

Nr. **8/9** '88

Aug. / Sept.

Postver-
triebsstück

G 7426 E

Erscheint
monatlich

19. Jahrgang

Jahresabo

33,- DM

Doppelheft

5 DM



AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT

Südkorea: Pax Olympia?

Ein Jahr nach **Esquipulas**

Angola: Südafrika unter Druck

Wirtschaftsgipfel * Entwicklungshilfe

Klein-Geld für die Dritte Welt

Endzeit für



Regionalkonflikte

Inhalt

Kommentar Vom Katastrophenalarm zum Ende des Golfkrieges	2
Schuldenkrise Der Wirtschaftsgipfel von Toronto Bonner Entwicklungspolitik im Schatten der Schuldenkrise Bundestagsdebatte zum 7. Entwicklungspolitikbericht und zur Schuldenkrise	5 10 12 13 15
Weltpolitik Endzeit für Konfrontation und Regionalkonflikte? (Teil 2)	22
Diskussionsforum „Endzeit für Regionalkonflikte?“ Stellungnahmen vom Infoburo Nicaragua, der Brigadenkoordination Managua und von Ricardo Ribera (FMLN/FDR)	22
Nicaragua Interview mit Daniel Ortega Die innere Front wird nicht geduldet	31 32
El Salvador Zurück zur oligarchischen Militärdiktatur?	34
Guatemala Tauschen um den Dialog	36
Angola Verhandlungen und Krieg gehen weiter	40
Mexiko Machterhalt durch Wahlbetrug	42
Chile Das Referendum Pinochets Interview mit R. Nuñez (PSC)	45 46
J. P. Cardenas über das Referendum Interview mit J. Sanfuentes (PCC)	47 48
Südafrika Gemeinsame Erklärung DGB-COSATU	50
Südkorea Pax Olympia oder martialische Spiele?	51
Persischer Golf Peace-Bird gegen den Golfkrieg	54
Palästina Der Fall des Ansar-El-Haqqans Mharran Barghouti Die Rechtsanwälte N. Ateia über die Haftbedingungen in Ansar El Appell der Gefangenen des „Lagers des langsamen Todes“	56 57 58
Libanon Zwei Flüchtlingslager für einen halben Präsidenten	59
Türkei Abschlußerklärung des Hearings „Menschenrechte in der Türkei“ OTV solidarisch mit türkischen Demokraten Prozess gegen Kufu, Sargin und andere Programme der kurdischen Linksfraut TEVCER	61 61 62 63
Pakistan Zie putscht gegen das Parlament Interview mit Jama Saqi (CPP)	66 68
US-Strategie GRÜNEN-Hearing zu „Low Intensity Conflict“	69
Außenpolitik Zimmermanns Ausländergesetz-Entwurf	70
Kultur Rudi Gullik: Nelson Mandela nicht vergessen! Miriam Makebas Homeland Blues Interview mit Harry Belafonte	72 73 74 75
Lesermeinungen	
Infos zur Solidarität Rüstungsexporte, U-Boot-Affäre, Daimlers Apartheidgeschäfte, Chile-Infoburo	77
Kurzinformationen Haiti, Somalia, Neukaledonien, Abbestimmungskonferenzen, Omas-Konferenz, AIDS, Namibia, Naher Osten	78



Schuldenkrise

S. 5

Der Weltwirtschaftsgipfel von Toronto hat erneut deutlich gemacht, daß die Westmächte, allen voran die BRD, in der Verschuldungsfrage allenfalls zu kosmetischen Zugeständnissen bereit sind. Wir berichten über die Ergebnisse des Gipfels und die Bonner Debatten über die bundesdeutsche Verschuldungs- und Entwicklungspolitik. Das Beispiel Zaire veranschaulicht die verheerenden Auswirkungen des IWF/Weltbank-Kurses.

Regionalkonflikte

S. 22

Nach dem ersten sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsabkommen und der Genfer Afghanistan-Vereinbarung scheint die Endzeit für Regionalkonflikte angebrochen. Das Näherücken von Verhandlungslösungen zu Angola/Namibia und Kamputscha unterstreicht dies. Wir wägen das Für und Wider dieser Veränderungsprozesse ab. Und wir greifen die Diskussion über die Aussichten des Friedensprozesses in Mittelamerika auf.



Mittelamerika

S. 31

Ein Jahr nach Esquipulas stößt der regionale Friedensprozeß immer noch auf Minenfelder der US-Obstruktionspolitik. Nicaraguas Sandinistas bemühen sich, die Contras wieder an den Verhandlungstisch zu holen und gleichzeitig die Innenlage zu konsolidieren. In El Salvador werden die Dialog-Chancen durch die Zerrüttung der regierenden Christdemokratie und den Vormarsch der extremen Rechten gemindert.



Impressum

DRITTE WELT-Zeitschrift, Gegr. 1970 als AIB. Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harris, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanno Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Aleks J. Arndt, Franz Bushin, Matthias Dohmen, Michael Fay, Walid Haddad, Marjut Heilmann, Ingrid Rein, Claudia Stellmach, Michael Voregger.

Redaktionssschluß: 15. Juli 1988

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 0868, 5000 Köln 51, Telex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 02 21/3 60 02-0

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr, Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken). zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.

DRITTE-WELT-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 21/1 60 01 27

Druck: Plambeck & Co, Neuss

Konten: Postgirokonto Köln 65 14-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 106 522 38 (BLZ 370 501 98)

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Dialog, KB, Publik-Forum, blätter des iz3w, Forum, links, WG, IWF/Weltbank-Kampagne, Barricada, Hintergrund, Iran-Magazin

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotografische: Time, J. Holst, N. Biver, P. Tuchscherer, AIB-Archiv, Middle East, Scholz, M. Heilmann, El Pais, South, Newsweek, SIPA, Jeune Afrique

Vom Katastrophenalarm zum Ende des Golfkrieges?

Wolfram Bröner



Die Botschaft, die am 18. Juli d.J. aus Teheran bei UN-Generalsekretär Perez de Cuellar einging, mutete unglaublich an.

Beinahe ein Jahr lang hatte die iranische Regierung der Friedensinitiative des Weltsicherheitsrats, der Resolution 589, die kalte Schulter gezeigt. Jetzt erklärte sie offiziell ihre Zustimmung, ohne länger irgendeine ihrer Standard-Bedingungen (Absetzung Saddam Husseins, Reparationszahlungen usw.) daran zu knüpfen.

Damit zeichnen sich erstmalig in dem seit acht Jahren währenden Krieg Irak-Iran eine dauerhafte Waffenruhe und hernach Friedensverhandlungen unter der Regie Perez de Cuellar ab. Das Ende des zerstörerischsten und verlustreichsten Konflikts seit dem US-Vietnamkrieg (1964-73) scheint damit urplötzlich in Reichweite gerückt.

Völlig unverhofft kam diese frohe Kunde schon deshalb, weil in den vergangenen Monaten eine Hiobsbotschaft vom Persischen Golf die andere jagte.

Im März d.J. war es jene vom großangelegten Giftgasangriff der irakischen Luftwaffe in und um Halabja, wobei rund 5.000 kurdische Zivilisten den Tod fanden. Mitte April d.J. ereigneten sich die schwersten amerikanisch-iranischen Kampfhandlungen zur See seit der Golfkrise vom Oktober 1987. Wie damals schoß die US-Kriegsmarine zwei gegnerische Ölplattformen zusammen und erweiterte noch ihr Golfengagement (derzeit 50 Schiffe).

Und dann, am 3. Juli d.J., folgte die Horrormeldung vom Abschluß eines iranischen Airbus nahe der Ölstraße von Hormus durch den US-Raketenkreuzer „Vincennes“, wobei alle 290 Insassen ums Leben kamen. Die Verantwortlichen in Washington bedauerten den „Irrtum“ und stellten u.U. Entschädigungszahlungen für die Hinterbliebenen in Aussicht.

Sie verbat sich ferner jeden Vergleich mit dem im Jahr 1983 als „barbarischer Akt“ gebrandmarkten Abschluß eines südkoreanischen KAL-Jumbos durch sowjetische Abfangjäger. Vizepräsident George Bush setzte 12 Tage später in der Debatte des UN-Sicherheitsrats noch eins drauf, als er für den „tragischen Unfall“ dem Iran eine wesentliche Mitverantwortung andichtete, da er seine Verkehrsflugzeuge über Kriegszone schicke.

An sich war dies eine Provokation. Denn längst hatten selbst US-Marine-stellen eingestanden, die „IranAir 655“ sei gar nicht – wie anfangs behauptet – ins Kampfgebiet abgedriftet, sondern ordnungsgemäß innerhalb des Korridors für die Zivilluftfahrt geflogen.

Von der Tatsache, daß die USA zur kriegführenden Partei auf beiden Seiten des Irak geworden und ihr Interventionskurs die eigentliche Ursache des Massakers ist, mochte Bush nichts wissen. Vielmehr pochte er auf die Fortführung des militärischen Engagements der Weltnation Nr. 1, ihrer Politik der Stärke in der Ölregion.

Damit goß das Weiße Haus Öl ins Feuer der radikalen Kräfte im Iran. Sie, darunter Ajatollah Khomeini und sein designerter Nachfolger Montazeri, hatten für den Abschluß postwendend Rache gepredigt.

Damit schien eine neuerliche Kriegeskalation vorprogrammiert. Obendrein waren sich die Experten selten einig in der Vorhersage, daß nun im Iran die Kriegsfanatiker naturgemäß neuen Auftrieb bekommen und die Bereitschaft Teherans zu Verhandlungen eher gegen Null sinken würde. Auch deshalb kam die iranische Zustimmung so überraschend.

Was sind die gewichtigsten Gründe für das Umdenken Teherans? An allererster Stelle ist hier wohl die Serie von schweren Niederlagen auf dem Schlachtfeld zu nennen, angefangen mit der irakischen Rückeroberung der Halbinsel Fao im April d.J. Teheran büßte damit alle relevanten besetzten irakischen Gebietsabschnitte ein. Damit war im Juni d.J. eine weitere Kernforderung der Resolution 589, die

Teheran widerstrebte, zum Fakt geworden, nämlich der Rückzug auf die Grenzlinie von 1980.

Die irakische Luftüberlegenheit tat ein übriges, so daß sich der Iran erstmals seit 1982 wieder in die Defensive gedrängt sah. Überdies bewirkten die Schäden des Raketenkriegs gegen die städtischen Zentren und die Mangelwirtschaft im Iran eine vermehrte Kriegsmüdigkeit.

Sie machte sich Luft in Antikriegs-Demonstrationen in mehreren Städten sowie in offenen Protestbekundungen von Ajatollahs und gemäßigten islamischen Oppositionsgruppen (Bazargan!) für die Einstellung des „sinnlosen Blutvergießens“. Da half es auch wenig, daß bei den Parlamentswahlen vom Mai d.J. die radikalen islamischen Kräfte, die für eine Ausweitung des „heiligen Kriegs“ und für wirtschaftlich-soziale Reformen eintreten, mit rund 60% der Sitze dazugewannen.

Angesichts der militärischen Rückschläge bevorzugte Khomeini nämlich einen Pragmatiker, den Parlamentspräsidenten Hojatolislam Rafsandschani, bei der Neubesetzung des Oberbefehlshabers der Streitkräfte. Rafsandschani wandte sich nach dem Airbus-Abschuß gegen Vergeltungsschläge. Er suchte ihn stattdessen zu nutzen, um die internationale Isolierung Teherans aufzubrechen, vorab die Beziehungen zu Washington, Paris u.a. aufzubessern.

Die iranische Bejahung eines Waffenstillstands im Golfkrieg, trägt seine Handschrift.

Nun sind die anderen Vormächte mit friedensfördernden Gesten am Zug: der dem Luftkrieg weiter frönende Irak und die USA mit ihrer eskalationsträchtigen Kriegsflottenpräsenz. Beidem gilt es abzuwehren.

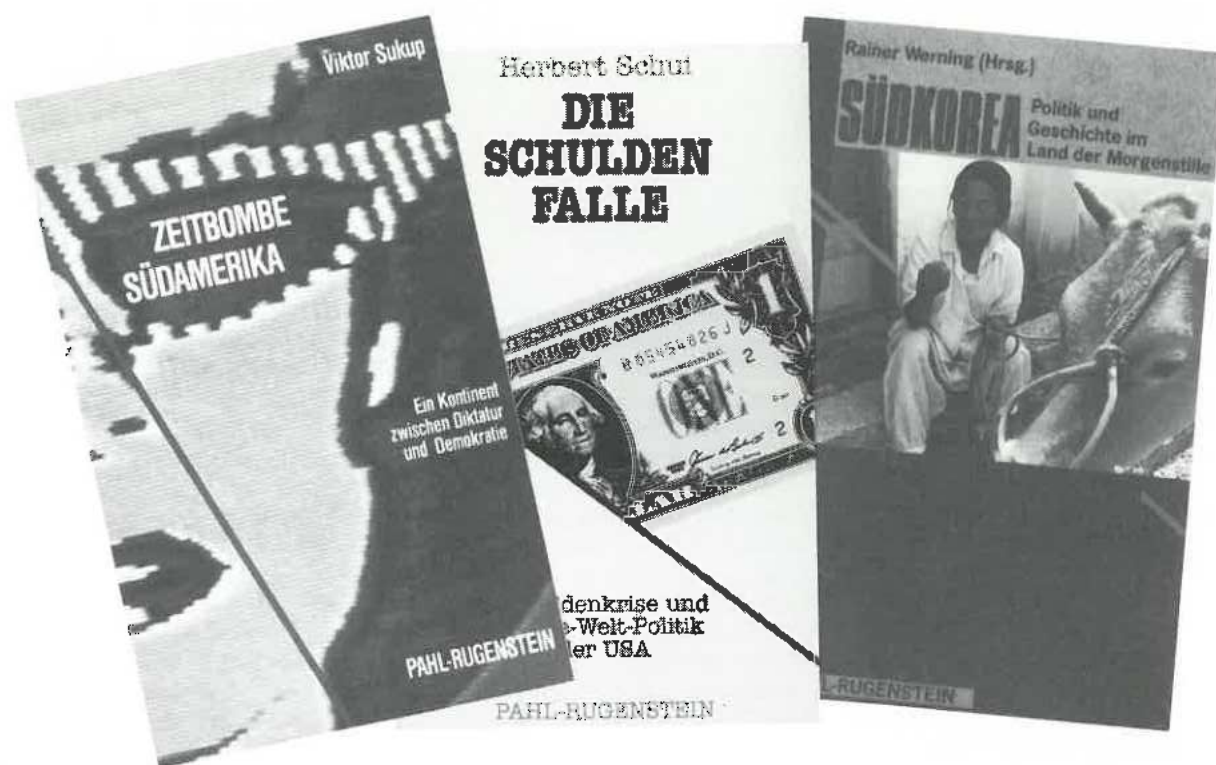
Gefordert ist jetzt mehr denn je das Engagement der internationalen und hiesigen Friedenskräfte, um die Tür zum Friedensschluß am Persischen Golf ganz weit mitaufzustoßen.

Gedrängt werden muß auf die schnellstmögliche Anwendung der UN-Resolution 589 und nachgerade ihres in Washington ungeliebten 5. Punktes, welcher „alle anderen Nationen zu äußerster Zurückhaltung und zum Verzicht auf alle Handlungen auf(ruft), die zur weiteren Eskalation des Konflikts führen können“.

Wir verschenken Bücher...

... an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder die **DRITTE WELT** verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup
Zeitbombe Südamerika
Ein Kontinent zwischen
Diktatur und Demokratie
Pahl-Rugenstein
272 Seiten, 14,80 DM

Herbert Schui
Die Schuldenfalle
Schuldenkrise
und Dritte-Welt-Politik der USA
Pahl-Rugenstein
184 Seiten, 14,80 DM

Rainer Werning (Hrsg.)
Südkorea
Politik und Geschichte
Im Land der Morgenstille
Pahl-Rugenstein
278 Seiten, 14,80 DM



Gipfelteilnehmer (v.l.n.r.): Delors, De Mita, Kohl, Thatcher, Reagan, Takeshita, Mulroney

Michael Voregger

Der Wirtschaftsgipfel von Toronto Beruhigungsspielen für die Schuldner

Vom 19.-21. Juni d.J. trafen sich in Toronto (Kanada) die Staats- und Regierungschefs der sieben größten kapitalistischen Industrieländer (USA, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada) zu ihrem 14. Weltwirtschaftsgipfel. Der Berichterstattung in den bürgerlichen Medien zufolge muß es sich um ein Treffen des Friedens und der Harmonie gehandelt haben.¹

In der Tat verlief dieser Gipfel, im Gegensatz zu den bisherigen 13 Treffen, nahezu beschaulich, vor allem weil Debatten über die weltwirtschaftliche Situation bewußt ausgespart wurden. Es entstand der Eindruck, daß es hier nicht um eine Zusammenkunft konkurrierender kapitalistischer Mächte ging, sondern um die Abschiedsfeier für den in Pension gehenden US-Präsidenten Ronald Reagan.

In den bevorstehenden US-Wahlen und in dem damit möglicherweise verbundenen politischen, aber in jedem Fall personellen Machtwechsel ist ein Grund für das dürftige Ergebnis des Gipfels zu sehen. Diese Situation bedingt einerseits eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit der US-Administration und andererseits eine Zurückhaltung der Partner bei der Konzeption längerfristiger Strategien.

Der Gipfel war durch die zwanghaften Bemühungen gekennzeichnet, die für die westlichen Metropolen günstige Konjunktur nicht durch unvorsichtige Konflikte und Beschlüsse zu gefährden. Grundsätzliche Fragen und Reizthemen wurden oberflächlich angesprochen oder auf nachfolgende Konferenzen vertagt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, daß Politiker die Erfolge des Gipfels feierten.

Neben wirtschaftlichen Themen wurden auch politische Probleme erörtert und in einer Erklärung zusammengefaßt. Die Staats- und Regierungschefs „sprachten sich für eine umfassende Vertiefung des begonnenen Prozesses der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen aus, der ausdrücklich über militärische Maßnahmen hinausgehen sollte. Die Gipfelteilnehmer zeigten

sich entschlossen, gemeinsam nach Wegen zu suchen, den weltweiten Drogenhandel zu unterbinden. Ebenso wollen sie dem Terrorismus widerstehen. Außerdem riefen sie die Staaten im Nahen Osten auf, einen Friedensprozeß in Gang zu setzen.“² Diese Erklärungen muß man als das betrachten was sie sind, nämlich politisch routinierte Pflichtübungen. Die wichtigsten Gipfelthemen waren aber der Komplex Agrarsubventionen sowie die Schuldenproblematik der Dritten Welt.

Vor allem der US-Präsident drängte auf einen Abbau aller Subventionen. „Im Jahre 2000 sollten danach alle Subventionen und solche Handelsbarrieren, die den weltweiten Agrarhandel behinderten, beseitigt sein.“³ Das Treffen endete aber auch in diesem Punkt mit einer allgemein gehaltenen Erklärung, daß „ein grundsätzliches Einvernehmen erzielt (wurde), die Agrarpolitik zu reformieren“,⁴ sowie der Vertagung dieses Komplexes auf die GATT-Konferenz⁵ im Dezember d.J.

Der „größte“ Erfolg des Gipfels liegt aber wohl in der Behandlung der Verschuldungskrise der Länder der Dritten Welt. Vor allem Bundeskanzler Kohl machte sich stark für einen Schuldenerlaß und für eine flexiblere Position zu den Schuldenproblemen der Dritten Welt.

Eine überraschende Wende in der bundesdeutschen Politik — die Bundesregierung in gemeinsamer Allianz mit der Bevölkerung der Schuldnerländer? Wohl kaum.

Bonn will einigen der ärmsten Länder Afrikas Verbindlichkeiten aus öffentlicher Entwicklungshilfe in Höhe von 2-3 Mrd DM erlassen. Das sind nur etwa 10% der gesamten öffentlichen Schulden der Entwicklungsländer gegenüber der BRD. Außerdem werden allein in den nächsten beiden Jahren etwa 3,6 Mrd DM aus Entwicklungshilfekrediten als Schuldendienst in den Bundeshaushalt fließen.

Inzwischen ist die unmögliche Situation entstanden, daß aus den „armen“ Ländern mehr Kapital in die Metropolen transferiert wird, als von dort in Form von „Entwicklungshilfe“ und Krediten geleistet wird. Die Länder der Dritten Welt sind zu

Nettokapitalexporturen geworden.

Die „großzügige“ Streichung der Bundesregierung kommt allerdings nur den armen Staaten zugute, die sich den Bonner Reformwünschen unterwerfen. Dies heißt u.a. politisches Wohlverhalten gegenüber dem Westen und Unterwerfung unter die IWF-Programme (siehe Beitrag von I. El-Masry in diesem Heft). Die Maßnahmen entpuppen sich somit als Beruhigungsspielen für die Schuldnerländer und die Öffentlichkeit im eigenen Land angesichts der im Zusammenhang mit der IWF/Weltbank-Tagung in West-Berlin im September d.J. zu erwartenden Auseinandersetzungen.

Hierzu gehört auch das Plädoyer Kanzler Kohls für die Gewährung von zusätzlichen Finanzhilfen, falls Maßnahmen zum Schutze des tropischen Regenwaldes ergriffen werden. Die an dieser Stelle notwendige Frage nach der Ursache für ökologischen Raubbau in den Schuldnerländern blieb in Toronto außen vor. Die Gründe liegen in der verstärkten Exportorientierung und Einbindung in den Weltmarkt der Schuldnerländer, zu der sie durch die Anpassungsprogramme des IWF gezwungen werden, um den Schuldendienst (Zinsen- und Tilgungszahlungen) an die Metropolen leisten zu können.

Die Möglichkeit des Schuldenerlasses für die „ärmsten“ Länder wurde von allen Gipfelteilnehmern mit Ausnahme der USA akzeptiert. Darüber hinaus gab es einen gemeinsamen „kanadischen Kompromiß“ der Gipfelstaaten zur Schuldenproblematik, „wonach sich – unter im einzelnen noch näher zu klärenden Bedingungen – alle Gläubigerstaaten solidarisch“ verhalten.⁶ Kernelement dieser Strategie ist die gleichgewichtige Verteilung der Folgekosten der Schuldenkrise (Equivalence of Burdensharing).

Neben dem Schuldenerlaß enthält dieses Menü zwei weitere Optionen, die „Umschuldung bei niedriger Verzinsung über einen Zeitraum von fünf Jahren ohne Tilgung sowie weiteren fünf Jahren der Rückzahlung; (und die) Umschuldung mit normaler Marktverzinsung über einen Zehnjahreszeitraum ohne Tilgung und weiteren zehn Jahren der Rückzahlung auf der Grundlage der für diese Länder im Pariser Club⁷ ausgearbeiteten Modalitäten“.⁸

Dieses Menü der Optionen, das nur Geltung besitzt für die Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, bedeutet nichts anderes, als daß jedes Gläubigerland je nach eigener Finanzlage Entlastungen vornimmt. Diese Entlastungen beschränken sich zudem auf öffentlich garantierte Kredite (z.B. im Rahmen der Entwicklungshilfe), die nur einen geringen Teil der Gesamtschuld der Dritten Welt ausmachen. Nach Schätzungen dürfte der Umfang dieser „Entlastungen“ etwa 15 Mrd \$ betragen.⁹ Der Schuldenberg der Dritten Welt beläuft sich gegenwärtig auf 1.200 Mrd \$. Und es werden jährlich 150 Mrd in die Metropolen als Schuldendienst transferiert. Hinter dieser abstrakten Zahl stehen konkrete Prozesse, die die Menschen der Dritten Welt in ihrer Existenz bedrohen. Hier ist massive Verarmung und Verelendung, Hunger, Tod und brutale staatliche Repression die Konsequenz.

Die nicht in die Vereinbarung einbezogenen Länder mit höherem Durchschnittseinkommen – im übrigen eine Kennzahl, die nichts über die Realität dieser Länder aussagt – und relativ weit entwickelter Industriestruktur, die sog. Schwellenländer, sind von den oben erwähnten Prozessen ebenso betroffen. Brasilien, ein Land mit einer Außenverschuldung von über 100 Mrd \$, ist ein typisches Schwellenland, und dennoch leben dort zwei Drittel der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums.¹⁰ Diesen Ländern wird weiter empfohlen, auf wirtschaftliches Wachstum und Weltmarktintegration zu setzen, eine Strategie, die diese Länder bereits in die Verschuldungskrise geführt hat. Die Absicht ist eindeutig: Den ärmsten Ländern werden die Schulden erlassen, die sie bereits mehrfach zurückgezahlt haben. Und die Länder, die noch eine weitere Verwertung ermöglichen, wie z.B. die Schwellenländer, bleiben durch die Aufrechterhaltung der Verschuldung in einem Abhängigkeitsver-

hältnis, das diese Verwertung absichert.

Auf dem Gipfel wurde zwar die gemeinsame Verantwortung für die Weltwirtschaft betont und die Forderung nach einem „weltweiten Strukturwandel“¹¹ aufgestellt. Aber die strukturellen Ursachen, die zur Verschuldung geführt haben, waren kein Thema. Denn eine Schuldenstreichung macht nur dann einen Sinn, wenn die durch den Weltmarkt vermittelten Abhängigkeitsverhältnisse aufgelöst und im Interesse der betroffenen Bevölkerung in der Dritten Welt und den Metropolen im Sinne einer gerechten Weltwirtschaftsordnung umgestaltet werden. Daß dies die Gipfelstaaten nicht leisten können und wollen, wird in einer Äußerung des ehemaligen US-Notenbankpräsidenten Paul A. Volcker deutlich, der eine neue Schuldeninitiative gefordert hat, um „Gefahren für vitale politische und wirtschaftliche Interessen des Westens abzuwehren“.¹²

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Handelsblatt (Hb), Düsseldorf, 22.6.1988
- 2) Die Welt, Hamburg, 21.6.1988
- 3) Hb, 20.6.1988
- 4) Hb, 22.6.1988
- 5) GATT (General Agreement on Tariffs and Trade = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), mit dem eine weltweite handelspolitische Liberalisierung erreicht werden soll.
- 6) Hb, 22.6.1988
- 7) Der Pariser Club ist ein informelles Gremium mit Sitz in Paris. Hier sind die Repräsentanten der wichtigsten westlichen Kreditgeberländer vertreten, um z.B. Umschuldungen und deren Konditionen zu verhandeln.
- 8) Hb, 22.6.1988
- 9) Vgl. Frankfurter Rundschau, 20.6.1988
- 10) Vgl. K. Hübner/E. Altvater, Die Armut der Nationen, West-Berlin 1987, S. 177ff.
- 11) Süddeutsche Zeitung, München, 22.6.1988
- 12) Hb, 20.6.1988

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Wissen was läuft - Aktionsorientierte Information!

Diese Zeitschrift wird vom BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) herausgegeben und erscheint monatlich mit wechselnden Schwerpunktthemen. Sie ist das Diskussionsforum aller BUKO-Mitgliedsgruppen und berichtet über Aktionen im entwicklungspolitischen Bereich.

WIR BISTEN:

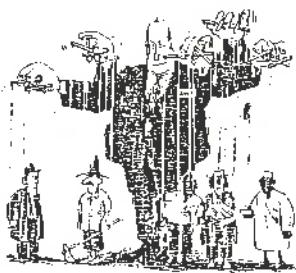
- wechselnde Schwerpunktthemen
- Analysen/Hintergrundinformationen
- Informationen über den BUKO
- Infos aus der Soli-Bewegung
- Serviceteil (Termine, Medien)

Unsere letzten Themen:

- Nr. 120: Grün-Nahe Stiftung
- Nr. 121: Korea-Olympia-Kampagne
- Nr. 122: Projekte und Projektionen
- Nr. 123: 10 Jahre FORUM
- 124/125: Multinationale Konzerne
- Nr. 126: Medien, Kultur und „Dritte Welt“
- 127/128: BUKO-12-Vorbereitung

Die nächsten Themen:

- 129/130: BUKO-12-Nachbereitung
- Korea-Olympia-Kampagne
- Nr. 131: IWF-Weltbank-Kongreß
- Nr. 132: Auswertung der IWF-Weltbank-Kampagne



UNSER ANGEBOT:

Jahresabonnement des FORUM
(DM 35,- incl. Porto)
Probestab (die nächsten 4 Hefte)
(DM 10,- incl. Porto)
Einzelheftbestellungen
(DM 3,50 incl. Porto)

Bezugsadresse: Redaktion FORUM
Lingener Straße 9
4400 Münster

Ingrid el-Masry

Bonner Entwicklungspolitik im Schatten der Schuldenkrise

Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels von Toronto und der West-Berliner Jahresversammlung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank stand die Bonner entwicklungspolitische Diskussion des ersten Halbjahres 1988 ganz im Zeichen der Schuldenkrise. Die Regierung Kohl gefiel sich in der Pose des Barnherzigen, als sie den allerärmsten Entwicklungsländern eine Restschuld von 86 Mio DM erließ. Auch in zwei Debatten, die am 19. Mai bzw. 9. Juni d.J. über den 7. Entwicklungshilfe-Bericht der Bundesregierung und über die Schuldenkrise im Bundestag ausgetragen wurde, stand das Verhältnis von Entwicklungshilfe und der Überwindung der Schuldenkrise im Vordergrund.

Kaum zu überhören sind die Propagandatrommeln für einen Teilschuldenerlaß zugunsten einzelner Entwicklungsländer seitens der Bundesregierung. Mit ihnen ist Bundesentwicklungshilfeminister Hans Klein (CSU) seit Monaten bemüht, die Entwicklungspolitik der Rechtskoalition im Vorfeld der Jahres-tagung von IWF und Weltbank in West-Berlin (September 1988) zu profilieren und gegen die Kritik engagierter entwicklungspolitischer Stimmen in der BRD abzuschirmen.

Hier soll nicht bestritten werden, daß es sich bei dem teilweisen Schuldenerlaß um einen ersten Schritt in die richtige Richtung handelt. Dennoch stellt sich die Frage, welches Gewicht dieser besonders hervorgehobenen „Großzügigkeit“ tatsächlich zukommt und wie diese Maßnahme einzuordnen ist in die entwicklungspolitische Gesamtstrategie der konservativ-liberalen Koalition.

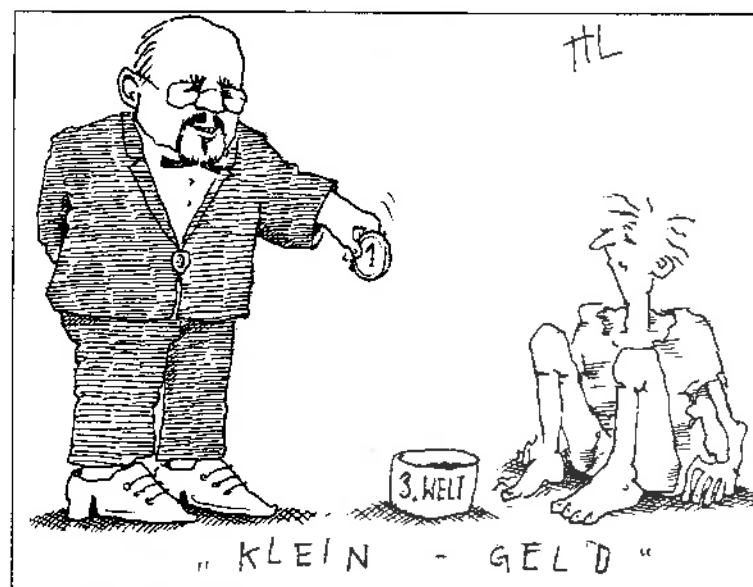
Der 7. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 16. März d.J. gibt hier Aufschluß. „Parlament und Regierung, politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen sollten die Hilfsbereitschaft der Deutschen nicht unterschätzen. Wir sind kein Volk von kalten Egoisten, auch wenn die Rabi-

Ob der im 7. BMZ-Bericht angemahnte Abbau protektionistischer Schranken und eine weitere Öffnung des bundesdeutschen Marktes insbesondere für Agrarprodukte der Dritten Welt realisiert werden, ist fraglich

heit mancher Interessenvertretung mitunter diesen Eindruck erweckt“, so Bundesminister Klein bei der Eröffnung der Parlamentsdebatte über den Bericht.¹

Der entwicklungspolitische Bericht, welcher die Jahre 1985, 1986 und teilweise die erste Hälfte 1987 umfaßt, zeige, so Klein weiter gegenüber der Presse, „daß die Regierung den ärmeren Ländern mehr helfen will, besonders auch durch zusätzlichen Schuldenerlaß. Die Entwicklungshilfe sei zu verstärken, weil das die Notlage vieler Länder erfordere... auch wenn dies den Bundeshaushalt spürbar belasten würde.“²

Gemäß einem Kabinettsbeschuß von Mitte Juni d.J. wurde 30 der schwächstentwickelten Länder (LLDC), denen bereits unter der sozialliberalen Bundesregierung 1978/79 insgesamt



4,2 Mrd DM und hernach ca. 0,3 Mrd DM an Entwicklungshilfe-Schulden erlassen worden waren, nun ein noch ausstehender Restbetrag von 86 Mio DM geschenkt. Zudem brauchen Mauretanien und Burma, die neu zur „Habenichts-Gruppe“ der nun 41 LLDC gestoßen sind, 900 Mio DM an Bonner Krediten nicht mehr zurückzuzahlen.

Einer weiteren Gruppe armer Entwicklungsländer (Mosambik, Sambia, Madagaskar, Senegal, Zaire, Ghana), die nicht als LLDC gehandelt werden, wurde der Erlaß von 2,2 Mrd DM für den Fall in Aussicht gestellt, daß sie die von IWF und Weltbank auferlegten Sparprogramme strikt erfüllen. Bekanntlich hat etwa der Frontstaat Sambia wegen der von den beiden Finanzinstitutionen verlangten Preisanhebungen für Grundnahrungsmittel mit diesen gebrochen.

Bonn zielt hier also auf politisches Gefügigmachen aufmüpfiger Schuldner und gibt sich als Anwalt von IWF/Weltbank. Darauf läuft auch der Vorbehalt gegenüber den 11 unberücksichtigt gebliebenen LLDC-Staaten hinaus, darunter Äthiopien, Afghanistan, Laos und Kamputschea. Sie könnten, so verlautete aus Bonner Regierungskreisen, erst dann auf Schuldenstreichungen hoffen, wenn sie in den westlichen Einflußbereich zurückgekehrt seien.³

Außerdem stellte Klein in Aussicht, den ärmeren Entwicklungsländern künftig bei Infrastrukturprojekten nur noch nicht rückzahlbare Zuschüsse zu gewähren, wie dies von anderen Industrieländern bereits seit langem in größerem Umfang praktiziert werde.

Dennoch knüpfte der Bundesminister daran den selbstkritischen Kommentar zu seinen Absichtserklärungen: „Das klingt besser, als es in Wahrheit ist.“ Weshalb er dies tat, macht ein Blick auf die Höhe der Rückflüsse aus früheren öffentlichen Entwicklungshilfekrediten deutlich:

Bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und damit bei der Bundesregierung stehen die Entwicklungsländer derzeit insgesamt mit 29,4 Mrd DM in der Kreide. Die Zins- und Tilgungsleistungen aus der Dritten Welt an Bonn betrugen im Jahr 1987



Plakat der Nord-Süd-Kampagne des Europarats

1,2 Mrd DM und sind für 1988 mit 1,76 Mrd DM veranschlagt. Für 1989 hat die KfW 1,86 Mrd DM eingeplant. Also wächst, trotz des teilweisen Schuldenerlasses für LLDC-Staaten, der Schuldendienst der Dritten Welt gegenüber den Bonner Geldgebern stetig weiter. Und überdies wird der neuerliche Schuldenerlaß den Bundeshaushalt, laut Klein, „nur mit zehn Millionen DM jährlich“, verteilt auf 30 Jahre, belasten.⁴ Schließlich hoben die Regierungsparteien die Bereitstellung von maximal 100 Mio DM — aus den Rückflüssen von 1,76 Mrd DM — zur Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Entwicklungskredite etwas zu großspurig als „Einstieg in die Rückflußproblematik“ hervor. Denn die Summe dürfte kaum ausreichen, das Mißverhältnis von steigenden Einnahmen und sinkenden Ausgaben des Entwicklungshilfeetats zu beseitigen.

Als bei weitem nicht ausreichend kritisierte so auch GRÜNEN-Abgeordneter Ludger Vollmer das „Recycling der Rückflüsse: Wir fordern, daß sämtliche Mittel aus der finanziellen Zusammenarbeit und zusätzlich auch sämtliche Mittel aus der technischen Zusammenarbeit, die als Kredite vergeben worden sind und die nun zurückfließen, wieder in den Entwicklungsprozeß eingespeist werden.“

Es geht nicht an, daß der Prozeß weiter läuft, der darauf hinauslaufen würde, daß Ende der 80er Jahre die Nettohilfsleistungen, die von der Bundesrepublik in Drittweltländer transferiert werden, gegen null gehen, weil die Rückzahlungen genauso hoch waren... Dies ist ein Skandal. Es geht nicht an, daß die Defizite im Bundeshaushalt dadurch abgedeckt werden, daß den Drittweltländern das Geld aus der Tasche gezogen wird.⁵ Als Skandal bezeichnet werden muß ferner die Tatsache, daß, wie der SPD-Abgeordnete Esters in der Debatte über den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hervorhob, „die Verpflichtungsermächtigungen für

Länder südlich der Sahara ausgerechnet jetzt, nachdem wichtige Teile der Bundesregierung ihr Herz für Afrika entdeckt haben, gegenüber dem Vorjahr abgesenkt werden.“⁶ Gerade die Verpflichtungsermächtigungen aber stellen den gegenüber den Baransätzen wichtigeren Teil des BMZ-Etats dar, bestimmen sie doch weitgehend die Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfegaben in den nächsten Jahren.

Schrumpfte der Entwicklungshilfeetat bereits im laufenden Haushaltsjahr 1988 um 0,52% auf 6,8 Mrd DM, so ist zumindest für die Länder des subsaharischen Afrika ein teilweiser Ausgleich des Schuldenerlasses durch sinkende Entwicklungshilfegaben in den nächsten Jahren vorprogrammiert. Dies reht

Die Bonner Entwicklungspolitik zielt darauf, die Verschuldung weiterhin als Druckmittel zu benutzen, um die Entwicklungsländer auf marktwirtschaftliche Ordnungsvorstellungen und außenpolitisches Wohlverhalten zu trimmen

sich nahtlos ein in die entwicklungspolitische Grundprämisse der konservativ-liberalen Regierung, daß „die Verbesserung der Qualität der Hilfe und ihrer Koordinierung“ vor einer Steigerung der Entwicklungshilfemittel Vorrang haben müsse.⁷ Bonner Wendepolitiker bezeichnen dies als wichtigste Schlußfolgerung aus den entwicklungspolitischen „Fehlern der Vergangenheit“. Laut der zu Beginn der 80er Jahre neu entfachten Grundsatzkritik an der Entwicklungspolitik sowie der öffentlichen Anhörung des BMZ vom März 1986 „Entwicklungspolitik — Bilanz und Perspektiven“ bedeutet Verbesserung der Qualität der Entwicklungshilfe vor allem folgendes:

Als ein zentrales, 1987 neu eingeführtes Instrument bundesdeutscher wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Dritten Welt gilt die sog. „Strukturhilfe“. Damit ist nichts anderes gemeint als die Strukturanpassungspolitik, wie sie von der Weltbank bereits seit 1980 betrieben wird. Es geht folglich um die Übernahme der direkt und offen konditionierten Entwicklungshilfevergabe multilateraler Institutionen auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit.

Für solche Strukturanpassungsprogramme bzw. -kredite sind im BMZ-Etat 1988 immerhin 500 Mio DM veranschlagt. Sie zielen in der Regel darauf, marktwirtschaftliche Strukturen sowie ein attraktives Klima für ausländische Investoren und multinationale Konzerne in den Entwicklungsländern zu schaffen — mit dem Ziel einer exportorientierten Wirtschaftspolitik und erzwungenen Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt.

Dieser aber ist für die Entwicklungsländer längst zur Sackgasse geworden. Wie eine Studie der Weltbank bereits 1985 feststellte, sind Entwicklungsländer allgemein und in stärkerem Maße noch die Hauptschuldnerländer mehr als doppelt so stark alleine von nichttarifären Handelshemmnissen betroffen als Industrieländer — und dies gilt in besonderem Maße für die EG.⁸

Ob der mit steter Regelmäßigkeit, so auch im 7. entwicklungspolitischen Bericht, angemahnte Abbau protektionistischer Schranken und eine weitere Öffnung des bundesdeutschen Marktes insbesondere für Agrarprodukte aus der Dritten Welt in näherer Zukunft in die Tat umgesetzt wird, ist fraglich. Zumindest ließ die Bonner Haltung auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel in Toronto (Ablehnung kurzfristiger Maßnahmen) eine derartige Erwartung kaum zu.⁹

Als eine weitere, zentrale Ebene einer qualitativen Verbesserung der Hilfe gilt schließlich — neben einer Intensivierung des sog. Politikdialogs — eine stärkere Koordination der Geberländer untereinander sowie mit den multilateralen Institutionen insbesondere in der Frage einer Lösung der Verschuldungskrise.

Gerade hinsichtlich des zentralen Problems einer Lösung der Verschuldung aber bietet der entwicklungspolitische Bericht keine neuen, ins Gewicht fallenden Ansätze — ganz zu schweigen von einer Gesamtlösung der Verschuldungsproblematik.

Im Gegenteil, globale Lösungen, so der BMZ-Bericht weiter, wie eine internationale Schuldenkonferenz, „ein allgemeiner Schuldenerlaß, Zinsnachlaß oder die Bereitstellung zusätzlicher umfangreicher öffentlicher Mittel im Stil des Marshallplans unterschätz(t)en die Qualität und Wirksamkeit der bestehenden Institutionen und erprobten Instrumente“.¹⁰ Dies gelte, wenn gleich zugegeben werden müsse, daß „sich die Lage vieler Schuldnerländer nicht verbessert“ hat.

Worauf die Ablehnung solcherart globaler Lösungen abzielt, ist deutlich: Die Verschuldung soll weiterhin als Druckmittel benutzt werden, um die Entwicklungsländer auf marktwirtschaftliche Ordnungsvorstellungen und außenpolitisches Wohlverhalten festzulegen.

Nicht ohne Hintergrund bezeichnete Bundesminister Klein noch Anfang April d.J. die „Entwicklungspolitik (als) eine wichtige, in absehbarer Zeit vielleicht schon die wichtigste Dimension moderner Außenpolitik“.¹¹ Nicht ohne Grund auch zeigten sich die Gefolgsleute von Franz-Josef Strauß seit dem Regierungswechsel 1982 besonders interessiert an der Besetzung des BMZ.

Eben darum lehnen die Bonner Entwicklungspolitiker auch ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen als alleinigen Maßstab für die Entscheidung über einen Schuldenerlaß als „zu starr und wenig aussagekräftig“ ab. Dies paßt kaum in den insbesondere seit der konservativen Wende in der Entwicklungspolitik apostrophierten Anspruch, vorrangig die ärmsten Entwicklungsländer zu fördern.¹² Deren Anteil an der Bonner finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt sank ohnehin von 25,2% 1980/81 auf 22,2% 1986.¹³

Wenn die konservativ-liberale Regierung in der Frage des Schuldenerlasses auf „flexible, maßgeschneiderte Einzelfalllösungen“ setzt, dann zum einen, so Klein, um „keine Präzedenzfälle aus(zu)lösen, bei denen alle vor der Tür stehen“.¹⁴ Zum anderen sollen lediglich „besonders anpassungsbereite“ Entwicklungsländer in den Genuß des Schuldenerlasses kommen. Hierzu zählen nach Ansicht der Bundesregierung z.B. Guinea, Sierra Leone, Sudan, Togo und die Zentralafrikanische



Dritte Welt 8-9/1988

MARXISTISCHE BLÄTTER

Wir suchen die Diskussion um alle Fragen, die die sich verändernde Realität aufwirft. Wir bedauern auf unserer Überzeugung, daß Bewegung Theorie braucht und Theorie Bewegung nutzen muß. Wir ringen um das Gemeinsame und legen Streitpunkte offen. Linke Politik und globales Denken gehören für uns ebenso zusammen wie Wissenschaft und sozialer Fortschritt, wie Arbeiterklasse und Intelligenz oder Demokratie und Sozialismus. Wir mischen uns ein. Es lohnt sich.

Lassen Sie sich von MARXISTISCHE BLÄTTER überzeugen. Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an.



Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an. Schicken Sie diesen Coupon an die VVG, Postfach 101555, 4040 Neuss 1.

Name: _____
Anschrift: _____
Telefon: _____

Authentische Zeugnisse vom Aufbruch in das neue Nicaragua



Carlos Fonseca: Gründer der sandinistischen Bewegung und ihr Führer seit Ende der fünfziger Jahre.

Diese Auswahl aus Fonsecas Werken enthält neben scharfen Anklagen und politisch-historischen Analysen des Somoza-Regimes Aufsätze zur Strategie des politischen und militärischen Kampfes sowie zahlreiche weitere Materialien über Probleme und Chancen des nicaraguanischen Freiheitskampfes.

Aus allen Etappen des Wirkens von Fonseca wurden die jeweils wichtigsten Texte ausgewählt. Sie sind ein lebendiges Dokument des nicaraguanischen Befreiungskampfes und unverzichtbares Hintergrundmaterial zum Verständnis der Geschichte der sandinistischen Befreiungsbewegung.

Carlos Fonseca
Unter den Fahnen sandinos
Ausgewählte Schriften
372 Seiten, 18,80 DM

EDITION MARXISTISCHE BLÄTTER

In Ihrer Buchhandlung

Republik als Länder, denen ja laut Bundestagsbeschluß vom 9.6.1988 ihre Restschulden (86 Mio DM) erlassen werden.

Dies mag angesichts der auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto bekundeten grundsätzlichen Weigerung der USA, den Entwicklungsländern Schulden zu erlassen, als großzügig erscheinen. Hier konnten die sieben führenden Westmächte sich lediglich auf drei Optionen zur „Milderung der Schuldenkrise“ einigen: Die Gläubigerländer sollen nunmehr wählen können zwischen einer Verlängerung der Kreditlaufzeit, der Herabsetzung der Zinsen oder der Streichung eines Teils der Schulden — selbstverständlich mit der grundsätzlichen Bedingung, daß das betroffene Entwicklungsland in eine Koordinierung seiner Wirtschaftspolitik mit dem IWF einwilligt.¹⁵

Eine Lösung der Verschuldungskrise kann von derartigen Schritten indessen kaum erwartet werden. Die strukturellen Ursachen der Verschuldung, welche insbesondere in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen sind, werden in den „Anpassungsprogrammen“ von IWF und Weltbank völlig unzureichend berücksichtigt und existieren weiter.

Die Bundesregierung beweist mit der derzeit verfolgten verstärkten Unterordnung unter die Politik von IWF und Weltbank nichts anderes, als daß sie aus den tatsächlichen entwicklungspolitischen Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt hat. Angesichts dessen wundert es nicht, daß die Kritik an der BRD-Entwicklungspolitik gerade im Vorfeld der Jahrestagung von IWF/Weltbank in West-Berlin wächst.

Bundestagsdebatte zum 7. Entwicklungspolitik-Bericht und zur Schuldenkrise



DebattenrednerInnen (v.l.n.r.): P. W. Höffkes, U. Eid, D. Schanz, S. Folk-Steinacker

Wenig Originelles zur Lösung der Verschuldungsproblematik bot die Regierungskoalition bei der Bundestagsdebatte über den jüngsten Entwicklungshilfe-Bericht der Bundesregierung am 19. Mai d.J. Während die Konzepte der Regierungsparteien im Kern darauf abzielen, die 1987 eingeleitete verstärkte Unterordnung bundesdeutscher Entwicklungspolitik unter die Strukturanspassungsprogramme von Weltbank und IWF zu forcieren, kritisierten GRÜNE und SPD insbesondere die finanzielle Unnachgiebigkeit der Bundesregierung sowie deren Unfähigkeit, einen Gesamtentwurf zur Lösung der Verschuldungsproblematik zu konzipieren.

Peter Wilhelm Höffkes (CDU/CSU): Wer den Siebten Bericht nichtern liest, muß unbestreitbar feststellen, daß sich die Bundesregierung in den Jahren 85/86 bemüht hat, allen Anforderungen gerecht zu werden, Anforderungen, die wegen Unterentwicklung aller Art berechtigt waren, aber oft auch horraufgeschworen durch Uneinsichtigkeit, Unfähigkeit und allgemeines Unvermögen von Regierungen und Staaten in der Dritten Welt. Allzuoft waren aber auch Kriege und Bürgerkriege Ursache von Hunger, von Flüchtlingsströmen, von Verelendungen und von riesigen ökologischen Zerstörungen...

Seit dem Ausbruch der Verschuldungskrise im Jahre 1982 haben die Gläubiger, nämlich Banken, Regierungen und internationale Finanzorganisationen, in Zusammenarbeit mit den Schuldern die Stabilität des internationalen Finanzsystems bewahrt und ein Übergreifen der Krise auf das internationale Währungs- und Handelssystem verhindert.

Die Strategie zur Überwindung des internationalen Schuldenproblems zielt darauf ab, in den Schuldnerländern dauerhaftes Wachstum bei wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität zu sichern und wieder zu normalen Finanzbeziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern zu gelangen und dies in sozial verträglicher Weise zu erreichen. Dabei müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Die verschuldeten Entwicklungsländer müssen ihrer Eigenverantwortung gerecht werden und durch eine Politik innerer Reformen ihre strukturellen Verzerrungen und sozialen Ungleichgewichte abbauen und damit ihre Voraussetzungen für inländische Ersparnisbildung, produktive Investitionen, ausländische Direktinvestitionen und die Rückkehr von Fluchtkapital schaffen.

Die Industrieländer tragen eine Mitverantwortung, durch Sicherung günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, ein nachhaltiges, nicht inflationäres Wirtschaftswachstum, Wechselkursstabilität, niedrige Zinsen und offene Märkte für die Ausfuhr der Entwicklungsländer, deren Integration in den Weltmarkt zu erleichtern. Die internationalen Finanzierungsorganisationen müssen durch Politikberatung und Finan-

zierung den Entwicklungsländern bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme helfen. Die Geschäftsbanken bleiben aufgefordert, ausreichende Finanzierungsmittel zu angemessenen Bedingungen bereitzustellen. Trotz der mit dieser Strategie bisher erreichten Erfolge hat sich die Lage vieler Schuldnerländer nicht verbessert. Hoher Schuldendienst, wirtschaftliche Ungleichgewichte und soziale Spannungen gefährden ihre Anstrengungen um Demokratisierung und Wachstum.

Ursula Eid (GRÜNE):

Dieser Bericht zeigt erneut in aller Offenheit das Doppelgesicht der bundesdeutschen Beziehungen zur Dritten Welt. Auf der einen Seite wird die dominante Rolle der Bundesrepublik als einer führenden Wirtschaftsmacht dazu genutzt, die ausbeuterischen Weltwirtschaftsstrukturen zu verfestigen.

Auf der anderen Seite werden die armutseligen Almosen der öffentlichen Entwicklungshilfe mit großem Werbeaufwand als Zeichen der Mittelmäßigkeit gegenüber den Armen in der Dritten Welt vermarktet. Schnell hat sich Minister Klein vom Hauptziel der Beschäftigungswirksamkeit bundesdeutscher Entwicklungshilfe unter seinem Vorgänger Warnke distanziert. Aber das CSU-geführte BMZ bleibt weiterhin einseitig den Außenwirtschaftsinteressen der bundesdeutschen Unternehmen verpflichtet.

Die zunehmende Ausrichtung der Bonner Entwicklungshilfe auf die Strukturanspassungsprogramme der Weltbank offenbart die strategischen Ziele der BMZ-Politik. Die nachhaltige Schwächung der meisten Dritte-Welt-Länder

Anmerkungen:

- 1) Vgl. den stenographischen Bericht über die Debatte in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, 80. Sitzung, Plenarprotokoll 11/80, 19.5.1988, S. 5400
- 2) Entwicklungspolitische Informationen (epi), Saarbrücken, Nr. 4/1988, S. 3
- 3) Daten nach: Frankfurter Rundschau, 14.6.1988
- 4) Nach: ebd., 14.6. und 17.3.1988. Siehe auch Kasten zur Bundestagsdebatte Ende Mai 1988
- 5) Vgl. die Debatte über den BMZ-Etat 1988, in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, 41. Sitzung, 24.11.1987, Drucksachen 11/1069 und 11/1081
- 6) Ebd. Durch die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen ist festgelegt, bis zu welcher Höhe die Bundesregierung verbindliche Verpflichtungen eingehen kann, die in den folgenden Jahren aus den Baransätzen eingelöst werden.

nett in dieser Frage positiv entscheiden?

Auch bei den Schulden der Dritten Welt aus Schadenszahlungen für Hermes-Bürgschaften verfolgt die Bundesregierung eine eigenständige Linie. Die mittlerweile auf über 7 Milliarden DM gewachsenen Forderungen der Bundesregierung werden selbst bei den allerärmsten Ländern nur zu Marktbedingungen umgeschuldet. Wie hart die Bundesregierung dabei den verzweifeltsten Staaten jede Erleichterung verweigert, zeigt sich an ihrem Verhalten gegenüber dem britischen Vorstoß zu den Ländern südlich der Sahara. London hat angeregt, diesen Staaten einen Zinsnachlaß bei Umschuldungen im Pariser Club von 3 Prozentpunkten zu gewähren. Der harte Widerstand von Minister Stoltenberg hat bisher die Durchsetzung dieser minimalen Zugeständnisse verhindert. Bei dieser Politik darf sich die Bundesregierung nicht wandern, daß die kritischen Stimmen im eigenen Land ständig lauter werden. Gerade im Vorfeld der anstehenden Jahresversammlung von IWF und Weltbank wächst das Interesse und entwicklungspolitische Engagement in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Auf diese Kritik reagiert der Minister mit einer unerträglichen Polarisierungsstrategie.

Dieter Schanz (SPD):

Der Siebente Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung liegt jetzt vor. Ihn heute umfassend zu würdigen, ist weder möglich noch nötig. Dies werden wir im zuständigen Ausschuß nachholen und in einer dann folgenden Plenardebatte vertiefen. Der Bericht dokumentiert die entwicklungspolitische Arbeit der Bundesregierung in den Jahren 1985 und 1986. Er ist auch nach meiner Meinung ein Dokument des Versagens.

Die Bedrohung der Umwelt, die in den Industrieländern und besonders in den Entwicklungsländern mittlerweile katastrophale Ausmaße angenommen hat, ist dieser Regierung gerade anderthalb Seiten wert.

Damit stellt sie sich ein Armutszeugnis aus. Obwohl Bundesminister Klein ein Meister der Öffentlichkeitsarbeit ist und sich wie kaum ein anderer darauf versteht, Berichte zu schreiben, wird es ihm nicht gelingen, diesen Bericht als wegweisendes Dokument deutscher Entwicklungspolitik der Öffentlichkeit zu verkaufen... Besonders deutlich wird das (der Bericht als Dokument des Versagens; d. Red.) in der Frage der Verschuldung der Dritten Welt. Ungeachtet aller Maßnahmen, aller Forderungen und Empfehlungen — auch der beiden deutschen Kirchen — liegt immer noch kein Gesamtentwurf zur Lösung des Schuldenproblems vor. Dabei weiß ein jeder, daß nur mutige Schritte und politischer Wille, der auf eine langfristige Gesundung der Wirtschaft der Länder der Dritten Welt abzielt, helfen könnten. Hier wäre die Bundesregierung aufgefordert bzw. gefordert, in den internationalen Gremien wie Weltbank

und IWF ihr großes Gewicht zu nutzen und auf eine tragfähige Lösung des Problems hinzuwirken. Mit Durchwurscheln ist es nicht mehr getan.

Völlig unzulänglich ist auch die Aussage zu dem Problem der Rückflüsse aus Tilgung und Zinsen früherer Kredite an Entwicklungsländer. Diese haben in den letzten Jahren die Milliardengrenze überschritten. Sie weisen eine wachsende Tendenz auf. Gelingt es aber nicht, diese Rückflüsse wieder zur Finanzierung einzusetzen, wird der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen in der Bundesrepublik, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, notwendigerweise weiter sinken.

Die Bundesrepublik als eines der reichsten Länder der Welt wird ihre international eingegangenen Verpflichtungen und selbst gesteckten Ziele nicht mehr einhalten können. Lediglich bis zu 100 Millionen DM sollen im laufenden Haushalt aus den Rückflüssen zur Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen bereitgestellt werden. Wir haben dazu Alternativen aufgezeigt. Es wäre Zeit, daß die Regierung sie akzeptiert und umsetzt.

Sigrid Folk-Steinacker (FDP):

Die bisherige Strategie zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise konnte die Verschuldungsprobleme einigermaßen unter Kontrolle halten. Eine dauerhafte Lösung der Krise ist aber nach wie vor nicht in Sicht.

Wenn wir die internationale Verschuldungskrise lösen wollen, müssen wir zunächst die strukturellen Ursachen der Verschuldungsprobleme beseitigen. Hierzu sind weiterhin Bemühungen von Gläubiger- und Schuldnerländern sowie neue Schritte für eine politische Lösung der Schuldenprobleme notwendig. Wir dürfen uns allerdings nicht der Illusion hingeben, durch internationale Schuldenkonferenzen oder durch einen generellen Schuldenerlaß die bestehenden Probleme zu beseitigen...

Die Strategie zur Lösung der Krise muß langfristig konzipiert sein und setzt Lösungen von Fall zu Fall auf der Basis von Vereinbarungen zwischen Schuldnern und Gläubigern voraus. Die zentrale Rolle von IWF und Weltbank, den verschuldeten Entwicklungsländern bei der Überwindung ihrer Probleme zu helfen, muß nachhaltig gestärkt werden.

Die Bereitschaft und Fähigkeit der Entwicklungsländer zur Durchführung struktureller Anpassungsmaßnahmen ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Gewährung von Schuldenerleichterungen. Wer Strukturanspassungen ablehnt, verhindert damit eine Lösung der Verschuldungskrise und die Überwindung von Armut in den Ländern der Dritten Welt.

(Quelle: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 11. Wahlperiode, 80. Sitzung, Plenarprotokoll 11/80, Bonn, 19.5.1988, S. 5404-5413, Ausschnitte)

Die Länder Mittelamerikas rücken zunehmend in das Interesse der europäischen Öffentlichkeit. Nicaragua fällt dabei eine besondere Rolle zu.

BARRICADA internacional will Informationslücken schließen.

BARRICADA internacional veröffentlicht Meldungen und Hintergrundberichte, z.B. zu den Themenbereichen Politik, Wirtschaft, Frauen, Kultur, Regionen und internationale Solidarität.

BARRICADA internacional gibt es bisher für die spanisch- und englischsprachigen Länder.

Ab 1. August 1988 erscheint die deutschsprachige Ausgabe als Monats-Magazin, 24 Seiten stark, natürlich auf umweltfreundlichem Papier, zum Jahres-Abonnementpreis von 36,00 DM.

Bitte ausschneiden und einsenden an:
verlag im hof, Sebastianstraße 40, 5300 Bonn 1

Ja, ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der BARRICADA internacional. Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls ich es nicht bis spätestens sechs Wochen vor Ablauf kündige.

(Die schlechte wirtschaftliche Lage Nicaraguas bestimmt auch die Finanzen der BARRICADA. Deswegen gibt es, um den kostenintensiven Aufbau der deutschsprachigen Ausgabe zu ermöglichen, Förder-Abonnements.)

ich entscheide mich für ein

- ☐ Abonnement zu 36,00 DM
☐ Förder-Abonnement zu 50,00 DM
☐ Förder-Abonnement zu 100,00 DM
☐ Ich spende _____ DM
☐ Scheck liegt bei
☐ Ich habe den Betrag von _____ DM überwiesen auf das Konto BARRICADA internacional/verlag im hof Konto-Nr. 1900 1801, Sparkasse Bonn BLZ 380 500 00

Vorname _____
Name _____
Straße _____
PLZ/Wohnort _____
Datum _____
Diesen Abonnementsauftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung an den Verlag im hof, Sebastianstr. 40, 5300 Bonn 1, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Besendung.
Unterschrift _____
Unterschrift _____



Diktator Mobutu: Konten in der Schweiz, Schlösser in Frankreich

Wolfgang Kessler

Sonntagsreden? Kirche und Verschuldungskrise

Sechs Jahre dauert die Schuldenkrise schon, und nun haben sich auch die beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik zu Stellungnahmen aufgerafft. Doch so erfreulich die Stellungnahmen teilweise sind – sie kommen zu spät und machen noch vor Tabu halt, die in der Diskussion schon gebrochen wurden. Gäbe es nicht die viel konsequenteren Äußerungen der Jugendorganisationen BDKJ und AEJ – dann wären die kirchlichen Positionen bis zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank im September d.J. in West-Berlin vergessen.

Dabei betonen die Bischöfe wie auch die EKD durchaus die vielfältigen ethischen Herausforderungen durch die Schuldenkrise (siehe Kästen; d. Red.). Sie nehmen eindeutig Partei für die Ärmsten der Armen, die von den Auslandskrediten am wenigsten profitieren, aber nun am härtesten unter der Rückzahlung der Kredite leiden.

Auch die Verantwortung der Gläubigerbanken und ihrer Regierungen in der Ersten Welt für die Schuldenkrise rücken die Kirchen eindeutig in den Blick. Schließlich vergaben die Erste-Welt-Banken und -Regierungen die Kredite leichtfertig und pressen nun die Rückzahlung mit Hilfe von Sparprogrammen (zum Teil über den IWF) aus den Schuldnerländern.

Und nicht zuletzt verweisen die Kirchen auch auf die Herausforderung der Schuldenkrise für die ganze Welt: Sie bedroht das Weltfinanzsystem und gefährdet das ökologische Gleichgewicht der Erde, wenn die Schuldnerländer ihre Kredite beispielsweise mit dem Holz ihrer Regenwälder bezahlen.

In dieser Sicht der Folgen der Schuldenkrise sind sich die Kirchen mit ihren Jugendorganisationen einig – dies gilt jedoch nicht für die Schlußfolgerungen. Schon die Einschätzung der Politik der Bundesregierung fällt den Kirchen schwerer. Die Bischofskonferenz beläßt es bei einigen kritischen Anmerkungen und lobt ansonsten den Erlaß der öffentlichen Schulden für die ärmsten Entwicklungsländer.

Die EKD hält sich hier nicht ganz so zurück. Sie sagt immerhin klar, was nicht nur für die Regierung Kohl gilt: daß nämlich alle Bundesregierungen die Forderungen der Dritten Welt nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung abgelehnt haben – und deshalb dafür verantwortlich sind, daß es überhaupt zur Schuldenkrise kommen konnte.

Gänzlich unentschieden sind beide Kirchen in ihren Lösungs-

vorschlägen. Weit vor wagen sie sich lediglich bei Forderungen, die ohnehin Allgemeingut sind: niedrige Zinsen, höhere Rohstoffpreise und eine stärkere Öffnung unserer Märkte für Produkte aus der Dritten Welt. Auch die Kritik an der egoistischen Welthandelspolitik der Europäischen Gemeinschaft ist berechtigt, aber längst alltäglich.

Sichtlich schwerer machen es sich beide Stellungnahmen mit der Frage eines politisch geplanten weitreichenden Schuldenerlasses. Die evangelische Kirche bekennt sich im Prinzip dazu, nennt die Sache aber nicht beim Namen. Sie spricht stattdessen von einer „Neubewertung der Schulden“ und meint dabei nichts anderes als einen Teilerlaß. Hatten die Autoren hier Angst vor der eigenen Courage?

Ähnliche Probleme hat die Bischofskonferenz mit diesem Punkt. Sie rettet sich in den Konjunktiv der Möglichkeit, spricht von einer Schuldenamnestie, die man prüfen „müßte“ oder erinnert an Überlegungen, die auf eine Schuldenamnestie zielen „können“.

Dagegen heben sich die Lösungsvorschläge des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ) klar und wohlthuend von ihren Kirchenleitungen ab. Sie verlangen eine Dreifach-Strategie zur Bewältigung der Schuldenkrise:

- eine sofortige und massive Verringerung der aktuellen Schuldenlast durch die privaten Gläubigerbanken und die öffentlichen Gläubiger;
- eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank, um das Gewicht der Entwicklungsländer bei Entscheidungen zu verstärken – heute verfügen die wenigen Industrieländer über die Mehrheit der Stimmen in den Entschei-

Die Kirchen zur Verschuldungskrise

Mitte Mai d.J. haben sich die Katholische und Evangelische Kirche in getrennten Erklärungen zur internationalen Schuldenkrise geäußert. Während in der Stellungnahme der Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst „Bewältigung der Schuldenkrise – Prüfstein der Nord-Süd-Beziehungen“ Vorschläge für weltwirtschaftliche Strukturveränderungen und eine Politik der Armutsbekämpfung vorherrschen, dominiert beim Papier der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz „Die internationale Schuldenkrise – eine ethische Herausforderung“ die Situationsbeschreibung. Wir dokumentieren Auszüge über die Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Schuldenkrise.

Kammer der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst

Nicht wenige Schuldnerländer wenden inzwischen nahezu die Hälfte ihrer laufenden Exporteinnahmen auf, um fällige Zins- und Tilgungszahlen aufbringen zu können. Daß den Volkswirtschaften der Schuldnerländer in solch erheblichem Maße finanzielle Ressourcen entzogen werden, die nicht der Förderung des eigenen Wirtschaftswachstums, sondern den Gläubigern im Ausland zugute kommen, hat aus der Verschuldung dieser Länder eine internationale Krise werden lassen...

Auslandsverschuldung und Armut sind ein Ausdruck struktureller Ungerechtigkeiten, die auf nationaler wie internationaler Ebene bestehen. Innerhalb der Schuldner-Länder ist es der Ausschuß der Armen von den politischen Entscheidungsprozessen und von produktiven Tätigkeiten, die die sozialen Lasten der Verschuldung anschwellen lassen: im Verhältnis der Staaten untereinander hat ein ausgeprägtes Machtgefälle und das Fehlen verlässlicher

Rechtsgrundlagen zu einer Verschärfung des Schuldenproblems geführt. (...) Auch ohne Schuldenkrise wäre eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik im Sinne einer konsequenten Armutsbekämpfung notwendig. Die Lösung des Schuldenproblems macht eine solche Korrektur noch dringender. Denn es ist offenkundig, daß jeder Schuldenerlaß und jede Zuführung von neuem Auslandskapital das Bruchliegen der Produktivkräfte der Armen in den Entwicklungsländern nur überliefert, aber nicht überwinden würde, wenn die Politik dieser Länder die alte bliebe. (...)

Es ist nur konsequent, wenn ... das Verhältnis zu den Schuldnern bereinigt wird und ihnen gegenüber nicht – wie es bislang geschieht – an z.T. schon abgeschriebenen Forderungen festgehalten wird. Viele Schuldner stehen nicht in einer vorübergehenden Liquiditätskrise, sondern in einer Krise ihrer Zahlungsfähigkeit

dungsorganen;

- eine Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie den Abbau von Einfuhrschränken, höhere Rohstoffpreise und geringere Exportsubventionen der Industrieländer.

Die Jugendorganisationen stellen dabei fest, daß nur eine Kombination dieser Maßnahmen die Schuldenkrise langfristig lösen kann. Gleichzeitig fordern sie von der Bundesregierung und von den Kirchen konkrete Beiträge zur Lösung der Krise, zum Beispiel Kürzungen im Verteidigungshaushalt bei gleichzeitiger Erhöhung einer sinnvollen Entwicklungshilfe oder (von den Kirchen) einen anderen „Umgang mit Geld“, der bestimmte Banken meidet und sich dafür verstärkt an alternativen Kapitalanlage-Initiativen (Ökobank, Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft) orientiert.

So engagiert und deutlich hätte man sich auch die Stellungnahmen der Kirchenleitungen gewünscht. Doch diese Chance haben sie nicht genutzt.

Entsprechend dürrig fielen denn auch die öffentlichen Reaktionen aus. Die SPD begrüßte die Stellungnahmen, den Banken gingen sie zu weit in Richtung „Schuldenerlaß“, die Bundesregierung reagierte überhaupt nicht.

Warum auch? Die ethischen Herausforderungen durch die Schuldenkrise sind längst Teil politischer Sonntagsreden – sogar das Wort „Schuldenerlaß“ fließt dort gelegentlich ein. Und zur notwendigen Beunruhigung an den Werktagen enthalten die vagen Vorstellungen der Kirchen zu wenig Sprengkraft. (Quelle: Publik-Forum, Oberursel, Nr. 11/10. Juni 1988, S.6)

Dr. Wolfgang Kessler ist Redaktionsmitglied von Publik-Forum – Zeitung kritischer Christen.

(Solvenzkrise) schlechthin. Nicht die Weiterführung des bisherigen Krisenmanagements, sondern nur ein Schritt nach vorn, der der Tatsache der Insolvenz nicht mehr aus dem Wege geht, hilft jetzt weiter.

Zu einem solchen Schritt nach vorn ist es bislang nicht gekommen, weil für die Gläubiger jede Form des Schuldenerlasses oder der Schuldneubewertung im Interesse der Aufrechterhaltung der „Schuldnermoral“ als ein Tabu galt. Nun kann man davon nicht sprechen, ohne zugleich die Frage nach der „Gläubigermoral“ zu stellen – etwa im Blick auf die Politik des leichten Geldes, die die Geschäftsbanken Anfang der 70er Jahre oft nur mit mangelhafter Risikoprüfung verfolgt haben.

Auch ist es zynisch, von Schuldnermoral zu sprechen, wenn die internationalen Bedingungen eine Rückzahlung der Schulden geradezu verhindern. Wie soll ein Land seine Schulden verzinsen oder gar zurückzahlen, wenn sich seine Exporterlöse unter dem Einfluß des Protektionismus der Industrieländer oder unter dem Einfluß eines weltweiten Preisverfalls seiner wichtigsten Ausfuhrsgüter deutlich verringern?

Die Legitimität der Schuldensumme ist also in Frage zu stellen. Notwendig ist deshalb eine Neubewertung der Schulden unter dem Gesichtspunkt ihrer Legitimität und ein Schuldenerlaß, der den Entwicklungsländern eine zukunftsorientierte Politik eröffnen könnte. (...)

Nach wie vor gilt im Nord-Süd-Verhältnis das Recht des Stärkeren, nicht aber ein Recht, auf das sich der Schwächere berufen könnte. Dieser Zustand ist ebenso wenig tragbar wie die

Tatsache, daß sich gerade auch die großen Wirtschaftsmächte immer wieder über geltendes internationales Recht hinwegsetzen. Es liegt vor allem in der Macht der wirtschaftlich starken Länder selbst, hier Abhilfe zu schaffen. Sie müßten bei der Konzipierung ihrer Binnenwirtschaftspolitik sehr viel stärker als bisher deren internationale Auswirkungen berücksichtigen. Das gilt insbesondere für die Agrarpolitik der EG.

Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben sich im März 1982 im Grundsatz zu einer solchen Politik bekannt. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung wird diesen Ansprüchen jedoch bisher nicht gerecht (die faktische Lieferbindung, das Ausmaß der Mischfinanzierung, die weitgehende Orientierung der Vergabe von Entwicklungsmitteln an der Beschäftigungswirksamkeit, die Verwas-

serung des Begriffs der Armutsorientierung sind nicht zu übersehende Indizien dafür). (...) Viele Schuldner-Länder stehen unter dem Druck, ihre natürlichen Ressourcen (z.B. durch den Raubbau an tropischen Wäldern) verstärkt auszubeuten, um ihren Schuldendienstverpflichtungen nachkommen zu können. Daraus sind langfristige Umweltschäden entstanden, die nicht nur auf die Schuldner-Länder beschränkt bleiben, sondern die auch das globale Ökosystem treffen, denn Umweltschäden machen nicht vor Ländergrenzen halt. Gemeinsam mit den Schuldner-Ländern sind deshalb Möglichkeiten zu entwickeln, die Schuldendienst- und Kreditfähigkeit dieser Länder ohne nachteilige Umwelteffekte zu verbessern (...)

(Quelle: der überblick, Stuttgart, Nr. 2/1988, S.51)

Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz

Zu den langfristigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Überwindung der Schuldenkrise gehört im wirtschaftlichen Bereich vor allem die Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Bisherige Vorstellungen, nach denen die Markprozesse von selbst zu einer ausgeglichenen internationalen Arbeitsteilung führen und die Entwicklungsländer in die Lage versetzen, wirtschaftlich leistungsfähiger zu werden, haben in eine Sackgasse geführt. (...)

Die vom Internationalen Währungsfonds mit den Schuldnerländern vereinbarten Anpassungsprogramme haben ihre eigentliche Zielsetzung, nämlich die Steigerung des Wirtschaftswachstums und den Ausgleich der Zahlungsbilanz, weitgehend verfehlt. In der ethischen Wertung wiegt am schwersten, daß die mit der Verschuldung und den Anpassungsprogrammen verbundenen Lasten am härtesten die ärmsten Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern getroffen haben.

Zudem haben sich seit 1983 die Finanzströme zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern umgekehrt: Seither zahlen die Entwicklungsländer insgesamt durch den Schuldendienst Jahr für Jahr weitaus mehr an die Industrieländer zurück, als sie von diesen an Entwicklungshilfe, neuen Krediten und Direktinvestitionen bekommen. Dieser Kapitalfluß von den armen zu den reichen Ländern darf so nicht fortauern. (...)

Wir bitten die Bundesregierung, die Konditionen für die Kreditvergabe im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit vor allem für Länder mit niedrigem Einkommen zu verbessern. Wir begrüßen, daß seit 1987 im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit Mittel auch für „Strukturanpassungen und wirtschaftliche Reformen in Entwicklungsländern“ zur Verfügung stehen. Es muß jedoch versucht werden, soziale Härten für die ärmere Bevölkerung im Entwicklungsland zu mildern, die sich bei der Durchführung von Anpassungsprogrammen

fast zwangsläufig ergeben. (...)

Die Entwicklungsländer sind auf Exporterlöse zur Finanzierung notwendiger Importe und zur Leistung des Schuldendienstes angewiesen. Vielfache protektionistische Maßnahmen der Industrieländer behindern jedoch den Handel mit den Entwicklungsländern. Es widerspricht auch wirtschaftlicher Logik, die Exportfähigkeit in Entwicklungsländern durch Investitionen und Kredite zu fördern, dann aber die zum Export bestimmten Produkte nicht auf unsere Märkte gelangen zu lassen. Wir halten den weiteren Abbau von Handelsbarrieren für den Zugang zu den Märkten der Industrieländer für unbedingt notwendig. (...)

Der enorme Verfall der Rohstoffpreise hat viele Entwicklungsländer schwer geschädigt und ihre Fähigkeit zur Leistung des Schuldendienstes sehr herabgesetzt. Wir weisen daher in Übereinstimmung mit der Päpstlichen Kommission auf die Verantwortung der Industrieländer für die Preisbildung der Rohstoffe hin. Die Europäische Gemeinschaft hat in den Lomé-Abkommen Maßnahmen zur Stabilisierung der Exporterlöse vereinbart. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür einzustehen, daß die dabei gewonnenen positiven Erfahrungen den Entwicklungsländern weltweit zugute kommen. (...)

Wir fordern daher die Bundesregierung und alle Politiker auf, die Exportbedürfnisse der Entwicklungsländer zu berücksichtigen. Vor allem muß mit wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen, wie dem Verkauf hochsubventionierter europäischer Agrarprodukte zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt sowie dem Protektionismus gegen den Import von Agrarprodukten aus Entwicklungsländern, Schluss gemacht werden.

Die Bundesrepublik und die EG werden in ihrer Entwicklungszusammenarbeit erst glaubwürdig sein, wenn sie diese ökonomisch verfehlten und ethisch unerträglichen Mißstände beseitigen. (...)

(Quelle: der überblick, Stuttgart, Nr. 2/1988, S.50)



Bischöfe Hennerle (l. kath.) und Kruse (ev.) auf dem Pfarrerntag 1987

Im Juni d.J. hat der zairische Diktator Mobutu Sese Seko dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank erneut mit der Aussetzung des Schuldendienstes gedroht. Wie bereits im letzten Jahr will er eine Vorzugsbehandlung seines Landes bei der Neuvergabe von Krediten und Umschuldungen erreichen. Und er kann erwarten, daß sie ihm trotz Korruption, Mißwirtschaft und der unverhohlenen Bereicherung der Führungsspitze gewährt wird, weil dem Westen aus strategischen Gründen an der Stabilität seines Regimes gelegen ist.

Beim ersten Hinschauen ist das wirtschaftliche Überleben der Zairer ein Rätsel.

Ihre einzige Waffe ist der „Artikel 15“: Sich durchschlagen. Seit das Land vor vier Jahren die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gepredigte Spar- bzw. Austeritätspolitik übernommen hat, sichern die Löhne nur mehr 25% des Konsums der Haushalte.

Im öffentlichen Dienst bietet die Arbeit vor allem Gelegenheit, sich Nebeneinkünfte zu verschaffen: Die Lehrer handeln mit den Zeugnissen; die Beamten machen Geld aus den Bescheinigungen; die Polizisten vermehren die Kontrollen. Im Busch erheben die Staatsdiener, zum Beispiel Agronomen oder Tierärzte, ihren Anteil, die einen beim Fleisch, die anderen beim Getreide. Oder sie verhängen Geldstrafen für die Übertretung von Vorschriften, die niemand kennt.

Recht oft, wie in der Provinz Kivu, aber auch anderswo, überlagert die als räuberisch empfundene Macht des Staates die der traditionellen Autoritäten; in der Region Bushi muß die Bevölkerung, die zum Salongo (Arbeitspflicht), wie etwa zur Straßenreinigung, herangezogen wird, auch an die traditionellen Chiefs Abgaben entrichten oder ihnen Naturalien als Entgelt für die Bodennutzung geben. Was die Armee angeht, gilt sie oft als gemeingefährlich: Wenn ihr Sold nicht gezahlt wird, bitten die Soldaten die Bevölkerung um „Beiträge“. (...)

In der Stadt wie auf dem Land sind die tausend Überlebensstricks vor allem Sache der Frauen: In Kinshasa sind sie Händlerinnen. Sie eröffnen kleine Ngandas, Bistros, wo man Musik hört und ein Bier trinkt; sie halten winzige Gemüsegärten auf Grünflächen längs der Kolonial-Avenuen oder in den hinteren Teilen der Grundstücke. (...)

Colette Braeckmann

Der IWF drückt beide Augen zu Das Beispiel Zaire

Nach den Statistiken ist Zaire heute trotz seiner riesigen mineralischen und landwirtschaftlichen Schätze eines der ärmsten Länder Afrikas. Es läßt nur Mali und Äthiopien hinter sich. Das Erziehungs- und das Gesundheitswesen belegen dieses Elend. 1986 entfielen auf Bildung nicht mehr als 8% der Staatsausgaben, gegenüber 24% im Jahr 1980. 1984 wurden 46.000 Lehrer „wepsaniert“ (entlassen). Sie sind zum Ackerbau oder zur Arbeitslosigkeit zurückgekehrt oder graben in den Bergbauregionen heimlich nach Gold, Diamanten und Zinnerz. Die öffentlichen Schulen von Kinshasa bieten ein trauriges Bild. Bänke und Tische sind verschwunden, die Schüler sitzen auf dem blanken Boden, in abscheulich schmutzigen Klassen, und draußen weiden Ziegen zwischen dem Müll.

Auf Anraten der Weltgesundheits-Organisation (WHO) hat die Regierung die Strategie der „elementaren Gesundheitsdienste“ eingeführt und das Land in 336 Zonen eingeteilt, welche über Gesundheitsstationen verfügen sollen, die an entsprechende Krankenhäuser überweisen. Doch dieses Netz verdeckt eine Scheinrealität: Der Staat hat sich praktisch aus dem Gesundheitsbereich zurückgezogen, der nicht mehr als 2% seiner Mittel erhält. Nur solche Gesundheitszonen funktionieren, die durch Missionen, nichtstaatliche Organisationen oder ausländische Mitarbeit betrieben werden.

Schlimmer noch: In Kikimi zum Beispiel, einem anderen entlegenen Vorort von Kinshasa abseits von Straßen und Stromnetz, funktioniert die Gesundheitsstation, die von belgischen Ärzten geleitet wird, aber ihre Besucherzahl nimmt ab. Die Bevölkerung hat nicht mehr die Mittel, um eine „Krankheits-Episode“ – nämlich 160 Zaire (2 DM) – für eine Sprechstunde und die erste Dose Arzneien zu bezahlen.

Immer mehr nehmen die Kranken Zuflucht zur Selbstbehandlung oder zur traditionellen Medizin. Aus Kivu wird außer Unterernährung die Wiederkehr großer Seuchen gemeldet, wie Cholera und Malaria. Ganz zu schweigen von AIDS, das besonders in Kinshasa wütet.

Bei dieser Vernachlässigung durch den Staat legt die Bevölkerung gewöhnliche Findigkeit an den Tag. Die Schattenwirtschaft zeugt von großer Dynamik, ob es um den Handel geht, um das Handwerk (die Kinder verkaufen wundervolles Spielzeug aus Draht, die Behinderten befördern Stoffballen auf ihren kleinen Wagen) oder um den Schmuggel.

Ganze Wirtschaftsbereiche entziehen sich den offiziellen Kreisläufen. Man schätzt, daß ein Drittel der Kaffeeproduktion im Osten nach Sudan, Uganda, Kenia geschmuggelt wird, im Austausch gegen Fabrikwaren. Obwohl es selbst kein Produzent ist, führt Burundi große Mengen Gold, Elfenbein, Diamanten aus, die aus Zaire stammen.

Shaba lebt in Symbiose mit Sambia, von wo Mais, Zement, Autos kommen, die oft jenseits der Grenze gestohlen wurden und „Dank Kaunda“ genannt werden. Die Vermehrung dieser Nebenkreisläufe macht es unmöglich, den wirklichen Lebensstandard der Bevölkerung zu schätzen, der wahrscheinlich besser ist, als die Statistiken erkennen lassen.

Doch das „zairische System“, diese Pyramide, wo die individuellen Behelfe und die unentwirrbaren Bande der Stammesloyalitäten, Familienpflichten und politischen Verpflichtungen ineinander übergehen, verhindert zugleich jede dauerhafte Wiederbelebung der Wirtschaft: Bei den Investoren gilt Zaire als

Publik-Forum

•A•K•T•U•E•L•L• Themenzeitungen für die Informationsarbeit

DIE SCHULDENBOMBE
DEM ELENDE EIN ENDE SETZEN

Die internationale Schuldenkrise verursacht in den Ländern der sogenannten 3. Welt tagtäglich Leid und Elend. Aber auch die Industrienationen werden nicht ungeschoren davonkommen, wenn nicht bald Lösungen gefunden werden. 8 Seiten

APARTHEID TÖTET AUCH IN MOSAMBIK
BEENDET SÜDAFRIKAS KRIEG GEGEN DIE NACHBARSTAATEN

Die menschenverachtende Politik Südafrikas fordert nicht nur innerhalb der Republik Südafrika täglich neue Opfer. Südafrika führt einen blutigen Krieg der Destabilisierung gegen seine schwarzafrikanischen Nachbarstaaten, vor allem gegen Mosambik. 8 Seiten

EINLADUNG ZUM KONZILIAREN PROZESS
MACHEN WIR UNS AUF DEN WEG!

Diese Zeitung ist eine Einladung an alle Christinnen und Christen aller Konfessionen, sich an dem konziliaren Prozeß zu beteiligen. Konziliarer Prozeß heißt, die drei überlebenswichtigen Dimensionen des biblischen Schalom – Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – zu Hauptanliegen der Einzelnen, der Gemeinden, Kirchen und Nationen zu machen. 4 Seiten

Bestellschein

Schicken an: Publik-Forum, Postfach 2010, 6370 Oberursel

Bitte senden Sie mir:

☐ Ex. PF-Aktuell: Apartheid tötet auch in Mosambik

☐ Ex. PF-Aktuell: Die Schuldenbombe

Preis: 20 Stück 15,- DM, 100 Stück 40,- DM, 300 Stück 90,- DM, 1000 Stück 250,- DM, jeweils zuzüglich Versandkosten.

☐ Ex. PF-Aktuell: Einladung zum Konziliaren Prozeß

Preis: 25 Stück 10,- DM, 100 Stück 25,- DM, 300 Stück 60,- DM, 1000 Stück 150,- DM, jeweils zuzüglich Versandkosten.

ein Ansichtsex. von

☐ PF-Aktuell: Apartheid tötet auch in Mosambik

☐ PF-Aktuell: Die Schuldenbombe

☐ PF-Aktuell: Einladung zum Konziliaren Prozeß

DM 2,- in Briefmarken liegen bei.

☐ die nächsten beiden Ausgaben von Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, unverbindlich und kostenlos zu.

Achtung: Nicht den Absender vergessen!

Land mit hohem Risiko, direkt vor dem Schlußlicht Sudan. Wegen Devisenmangels können keine Ersatzteile eingeführt werden, um die Industrie arbeiten zu lassen oder wieder in Gang zu bringen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind zum Teil auf internationale Zusammenhänge zurückzuführen: Der Kupferpreis ist um 30% gefallen, wobei dieses Metall 60% der Exporteinnahmen ausmacht. Der Kaffeepreis ist ebenfalls zurückgegangen. Das hat einen Einnahmeverlust zur Folge, der auf jährlich 400 Mio \$ geschätzt wird.

Aber die Außenschulden, die 6,5 Mrd \$ erreichen, erklären sich vor allem durch umstrittene wirtschaftspolitische Entscheidungen. In den 70er Jahren hat der Staat nämlich massive Abwanderungen von Privatkapital zugelassen (heute noch besitzt die ganze politische „Elite“ an der Spitze der Machtpyramide, angefangen beim Präsidenten selbst, Bankkonten, Häuser und Schlösser im Ausland). Die Weltbank predigte 1986 „die Rückführung gewisser zairischer Vermögen, die im Ausland angelegt sind“... Außerdem war ehrgeizigen Industrieprojekten, den „weißen Elefanten“, Vorrang gegeben worden. Sie erweisen sich heute als Fehlschläge, aber die Kredite dafür muß das Land zurückzahlen.

Der Wasserkraftwerks-Komplex von Inga läuft nur mit einem Viertel seiner Kapazität, während in den Slums von Kinshasa der Strom fehlt; die 13 von französischen Gesellschaften errichteten Satelliten-Fernmeldestationen funktionieren aus Mangel an Brennstoff nur mit Unterbrechungen. Die nationale Zementfabrik, das Stahlwerk von Maluku, das internationale Handelszentrum von Zaire... Beispiele dieser Art gibt es genügend. Ihre Kosten addieren sich zu denen der Verschwendung und des Versagens mehrerer halbstaatlicher Organe (zum Beispiel des nationalen Transportamts), deren Leiter nicht wegen ihrer Kompetenz, sondern zum Zweck politischer Belohnung ernannt werden.

Es wäre jedoch unnütz, von Mißwirtschaft, Korruption und Verschwendung auf allen Stufen der Pyramide zu sprechen, ohne zu bedenken, daß das Geld in diesem Land vor allem in den Dienst der Politik gestellt wird: Es ist der Zement der Macht.

Es garantiert das Funktionieren des totalitären Staates, die Vereinnahmung der Bevölkerung. Die ökonomischen Lehen, die denen gewährt werden, die man die „Barone des Regimes“ nennt, und die mit ihren Verwandten fortan die nachkoloniale Bourgeoisie formen, werden nur als Gegenleistung gewährt für Loyalität zur einzigen Partei und vor allem zur Person von Präsident Mobutu.

Die Art, wie Zaire seine Außenschulden „verwaltet“, die Zinsrückzahlungen, seine Beziehungen zu den Gläubigern und zum IWF, all das hängt darum in erster Linie vom politischen Spiel ab.

Von 1983 bis 1986 unterwarf sich Zaire nämlich den Richtlinien des Währungsfonds und der Weltbank: Es fror die Löhne ein, sanierte den öffentlichen Dienst und zahlte in guten wie in schlechten Jahren 500 Mio \$. Das machte 50% des Staatshaushalts, 20% der Exporteinnahmen.

Wegen des Preisverfalls der Rohstoffe führte das Land mehr Kapital aus, als es erhielt... Die zairischen Behörden betonen, daß von 1983 bis 1986 das Land 1,929 Mrd \$ hat zahlen müssen, während der Zufluß an fremdem Kapital nur 1,099 Mrd \$ betrug.

1986 wurde die Last des Sparkurses politisch unerträglich. Die Mitglieder des Zentralkomitees der Einheitspartei, der Volksbewegung der Revolution (MPR), wiesen auf Spannungen in der Bevölkerung hin und forderten eine Revision der mit dem IWF ausgehandelten Abkommen. (...)

Im Oktober 1986 empörte sich also der „Musterschüler“ und brach seine Abkommen mit dem IWF. Die Verhandlungen blieben bis Mai 1987 ausgesetzt.

In diesem Zeitraum führte Präsident Mobutu die Auseinander-

setzung auf politischer Ebene. Er begab sich in die USA und verwies auf Zaires strategische Bedeutung am Rande des Südlichen Afrika und auf die Gefahr, die eine Destabilisierung seines Regimes bedeuten würde.

Im April 1987, als der US-Kongreß die Bewilligung von 15 Mio \$ zur Unterstützung der UNITA, der angolanischen Rebellenbewegung des Herrn Jonas Savimbi, beschlossen hatte, führten gemeinsame Manöver amerikanische und zairische Truppen um die Basis Kamina herum zusammen. Wie die „New York Times“ berichtete, wanderten von nun an amerikanische Waffen durch Zaire zur Untergrundbewegung des Herrn Savimbi.

300 km von der angolanischen Grenze entfernt, wurde die Basis Kamina, die eine Landebahn von über 2.000 m Länge hat, von den Amerikanern wieder instandgesetzt und – ganz diskret – zu einer Operationsbasis gegen das Südliche Afrika. Zaire, das regelmäßig von den Angolanern bezichtigt wird, die UNITA zu unterstützen und den Transit amerikanischer Waffen zu dulden, das zudem mit Südafrika bedeutsame Handelsbeziehungen unterhält und die Staatssicherheit den israelischen Beratern anvertraut, wird allmählich ein gewichtiger Faktor in der amerikanischen Strategie im Südlichen Afrika (einige Jahre zuvor hatte Präsident Mobutu auf gleiche Art durch die Unterstützung der Militärintervention im Tschad Frankreich in die Pflicht genommen).



Der fallende Kupferpreis hat die Deviseneinnahmen verringert

Doch solche Dienste lohnen sich, und 1987 erlangte Zaire außergewöhnliche Rückzahlungsbedingungen: Am 15. Mai gewährte der IWF einen Kredit von 368 Mio \$ zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Und der Pariser Klub, der Zaires öffentliche Gläubiger vereinigt, zeigte sich am 18. Mai bereit, eine Schuld von 884 Mio \$ über 15 Jahre zu strecken, mit einem Zahlungsaufschub von sechs Jahren. Die von der Rückzahlung verursachte Last wird sich so um die Hälfte verringern. Künftig wird der Schuldendienst nicht mehr als 10% der Exporteinnahmen und 20% des Staatshaushalts betragen.

Ende 1987 gewährten die privaten Gläubiger ebenfalls einen zusätzlichen Aufschub. Doch trotz der frischen, jedoch unzureichenden Kapitalspritzen und einer Reihe außerordentlicher Gefälligkeitsmaßnahmen besserte sich die Wirtschaftslage nicht: Das System blieb unverändert, allzu abhängig von den Exporterlösen, unfähig zur Sicherung der wirtschaftlichen Wiederbelebung und gleichgültig gegenüber den Bedürfnissen einer Bevölkerung von 30 Mio potentiellen Konsumenten.

Im gegenwärtigen Moment, bei einer Inflationsrate von 100%, segeln Zaire und der IWF auf Sicht: Das wirtschaftliche Scheitern ist offensichtlich, die Schulden werden wahrscheinlich nie zurückgezahlt werden, das Land hat seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

Gewisse Vorstandsmitglieder des Währungsfonds verhehlen ihm gegenüber ihre Feindseligkeit nicht oder erkundigen sich nach dem Ausmaß der Kapitalflucht. Doch aus offenkundigen politischen Gründen können es sich die Finanzinstitutionen nicht erlauben, für diesen „Musterschüler“ des Westens den Konkurs zu erklären, während in Kinshasa Präsident Mobutu in dramatischen Worten die sozialen Kosten der Sparpolitik betont.

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 410/Mai 1988)

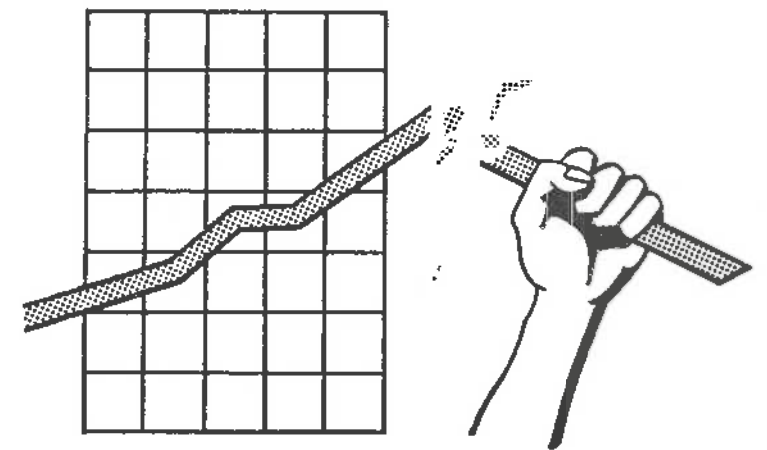
IWF/WELTBANK-KAMPAGNE

Der Arbeitsausschuß

Büro des Arbeitsausschuß und der Trägerkreise: **Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61, Tel. 030/614 50 98**
Spendenkonto: Sparkasse Berlin West, Netzwerk-Sonderkto. IWF, 6100 061 77 (BLZ 100 500 00)

**IWF und Weltbank
organisieren die
Armut der Völker**

**SCHULDEN
STREICHUNG
SOFORT!**



Trägerkreis Gegenkongreß

Demo/Kundgebung 25.9. Aktionstage 26.–29.9.

V.i.S.d.P.: TrägerInnenkreis Gegenkongreß, Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61

FÜR DIE ÜBERWINDUNG DER SCHULDENKRISE – FÜR EINE GERECHTE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG! AUFRUF

Im September 1988 werden der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank in Berlin (West) ihre Jahrestagung durchführen. Im Zusammenhang mit der sich seit 1982 verschärfenden Schuldenkrise der „Dritten Welt“ tragen diese beiden Spitzeninstitutionen des internationalen Finanzsystems eine Schlüsselverantwortung. Sie stehen für rigide Auflagenpolitik und sog. Struktur-anpassungsprogramme, mit denen sie tief in die Souveränität der verschuldeten Länder eingreifen.

Die Auslandsschulden der „Dritten Welt“ belaufen sich heute auf die gigantische Summe von 1,2 Billionen US-Dollar. Die Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen dieser Länder übertreffen inzwischen bei weitem den Neuzufluß an finanziellen Mitteln. Einen immer größeren Teil ihrer Exporteinkünfte müssen die Schuldnerländer für den Schuldendienst aufwenden, immer weniger bleibt für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung und einheimische Investitionen übrig. Die Schulden sind unbezahlbar geworden.

Die Ursachen dieser Situation liegen vor allem in einer aggressiven Kreditpolitik der Geschäftsbanken, in rücksichtslos verfolgten monetaristischen Konzeptionen in der Wirtschaftspolitik und allgemein in einer Wirtschaftsordnung, die den Ländern der „Dritten Welt“ eine untergeordnete, auf die Bedürfnisse der westlichen Industriemetropolen zugeschnittene Rolle aufzwingt.

Die Menschen in der „Dritten Welt“ leiden nicht nur unter den Eingriffen von IWF und Weltbank und den Auswirkungen der ungerechten Weltwirtschaftsordnung. In vielen Staaten tragen einheimische Staats- und Wirtschaftseliten Mitverantwortung für die explodierende Auslandsverschuldung, Aufrüstung, Korruption, verfehlte Industrialisierungsstrategien sowie interne Repression und Ausbeutung. Es muß allerdings gesehen werden, daß diese Eliten ihre Eigeninteressen häufig nicht aus eigener Kraft gegen die Bevölkerung durchsetzen können, sondern mit gezielter finanzieller und militärischer Unterstützung aus dem Ausland an der Macht gehalten werden. Jeder Versuch, aus Unterentwicklung, Abhängigkeit und Elend herauszukommen, ist unter diesen Umständen zum Scheitern verurteilt.

Die Krise hat katastrophale Konsequenzen für die Menschen in der „Dritten Welt“: Hunger, Armut, Krieg, Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit, Krankheit und hunderttausendfach Tod. Das stille Sterben in der „Dritten Welt“ fordert jedes Jahr so viele Opfer wie der Zweite Weltkrieg.

Der ökonomische Ruin der „Dritten Welt“ ist verknüpft mit der Auflösung bestehender sozialer Beziehungen, der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Zerstörung der kulturellen Identität. Er trifft in besonderem Maße auch die Frauen, die die größte Last zerstörter Lebens- und Produktionsstrukturen zu tragen haben.

Gegen dieses Elend und diese Not revoltieren die Menschen in vielen Ländern in Protest und Aufständen. Elend und Not führen zur politischen Destabilisierung bis hin zur Auflösung gesellschaftlicher Strukturen. Diktatorische Verhältnisse sind sowohl die Folge dieses Widerstands, wie sie auch direkt bestimmte Länder erst dem Zugriff der internationalen Finanzinstitutionen öffnen. Der Kreis von Verelendung, Unterdrückung und Militarisierung schließt sich.

Auch die Menschen in den Metropolen bleiben nicht verschont: Arbeitslosigkeit, neue Armut und Sozialabbau, Bauernsterben und die zunehmende Zerstörung der Natur sind nur ein anderer Ausdruck der selben Krise, die die „Dritte Welt“ in den Ruin treibt.

Ein Ausweg muß gefunden werden.

Die verhängnisvolle Entwicklung muß gestoppt werden. Es ist höchste Zeit für eine große internationale Initiative zur Lösung der Probleme der „Dritten Welt“, vorrangig des Schlüsselproblems der Auslandsverschuldung.

Das herrschende Krisenmanagement von IWF, Weltbank, Geschäftsbanken und westlichen Regierungen mit Umschuldungen, Neukrediten und Fall-zu-Fall-Behandlung bringt keine Lösung; im Gegenteil, es festigt die Abhängigkeit und verschärft die Krise.

Ohne Schuldenstreichung kann kein Ausweg gefunden werden. Die Lasten müssen nach dem Verursacherprinzip von jenen getragen werden, die dafür verantwortlich sind. Dies erfordert zugleich eine Veränderung der internationalen Beziehungen und Machtverhältnisse. Deshalb brauchen die politischen und sozialen Bewegungen, die ihre Lebensinteressen gegen das Kartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten durchsetzen müssen, unsere Solidarität.

Eine Schuldenstreichung allein wird jedoch das Problem langfristig nicht lösen können. So lange die Beziehungen der Völker über den „freien“ Weltmarkt geregelt werden und das Prinzip des größtmöglichen Profits das politische und ökonomische Handeln bestimmt, wird die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen nicht abreißen. Die Errichtung einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung ist daher unumgänglich.

Anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank rufen wir deshalb zu einem Internationalen Gegenkongress am 23./24. 9. 1988 in Berlin (West) auf. Wir wollen die Öffentlichkeit auf die dramatische Situation aufmerksam machen und gemeinsam nach Auswegen aus der Krise suchen.

Unser Kongress soll

- öffentlichkeitswirksam Kritik am herrschenden Weltwirtschaftssystem und der Politik von IWF und Weltbank formulieren;
- den Zusammenhang von Aufrüstungs- und sog. Entwicklungspolitik hervorheben;
- politische Alternativen und Strategien oppositioneller Kräfte in der „Dritten Welt“ und hier bei uns diskutieren und sichtbar machen;
- ein unübersehbares Zeichen der Solidarität mit den von IWF- und Weltbank-Politik am meisten Betroffenen setzen;
- Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch, zur internationalen Vernetzung und Selbstdarstellung der teilnehmenden Organisationen und Initiativen geben.

Wir rufen alle Kräfte im In- und Ausland, die hieran interessiert sind und zur Überwindung der Schuldenkrise beitragen wollen, auf, den Kongress zu unterstützen und an seiner Vorbereitung und Durchführung mitzuwirken.

ZUR TEILNAHME AM GEGEN-KONGRESS EINGELADEN SIND:

Ulrich Albrecht, FU Berlin
Elmar Altvater, FU Berlin
Julio Aroyo, Mitglied der Zuckergewerkschaft; Argentinien
Ahmed Ben Salah, ehem. Planungsminister Tunesiens; Paris
Gerard B. de Bernis, Ökonom; Grenoble
Bon Jai Lim, Koordinatorin der Bauernbewegung; Rep. Korea
Dieter Boris, Uni Marburg
Barbara Bramble, World Wildlife Fund; USA
Lothar Brock, HSKF; Frankfurt
Ernesto Cardenal; Nicaragua
Bernard Chidzero, Finanzmin.; Zimbabwe
John Denham, War on Want; Gr. Britain
Bernd v. Dreesmann, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe
Dieter Eich, DGB-Bildungswerk, Düsseldorf
Isam El-Zain, stellv. Generalsekretär d. Vereinigung d. Ökonomen d. 3. Welt; Syrien
Andre Gunder Frank, Prof.; Amsterdam
Folker Fröbel; Starnberg
Xabier Gorostiaga, Ökonom; Nicaragua
Ingomar Hauchler, SPD-MdB; Bonn
Randall Hayes, Rain Forest Network; San Francisco, USA
Doug Hellinger, Development gap; Washington D.C., USA

Jochen Hippler, Bonn
Uwe Holtz, SPD-MdB; Bonn
Jörg Huffschmidt, Memo-Gruppe; Bremen
Thomas Kampffmeyer, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; Berlin
Bischof Kamphaus, Vors. der Kommission Justitia et Pax; Limburg
Rolf Knieper, Uni Bremen
Laureano Leon Leon, Vors. der Vereinigung der Ökonomen Kubas; Kuba
Leo Locher, Health Action International
Rigoberta Menchu; Guatemala
Tobuktu Metzger; Sierra Leone
Dan Nabudere, Ökonom; Uganda, jetzt Zimbabwe/Europa
Jonas Nsofwa, Bauernbewegung; Zambia
Cheryl Payer, Ökonomin; USA
Alendino B. Pereira, Vors. der Verkehrsplaner Brasiliens; Brasilien
Ron Rote, Forum on Debt and Development (FONDAD); Niederlande
Magda Renner, Friends of Earth, Brasilien
Karl-Heinz Roth, Hamburg
Hans Schönefeldt, Redaktion „Konsequent“; Berlin
Vandana Shiva; Indien
Luis Inacio da Silva („Lula“), Gewerkschaftsvorsitzender; Brasilien

Roland Simbulan, Wissenschaftler; Philippinen
Robert Steiert, IG Metall; Frankfurt
Colin Stoneman, London School of Economics; Zimbabwe/London
Ralf Syring, medico internat.; Frankfurt
Rainer Tetzlaff, Uni Hamburg
Ludger Volmer, Die Grünen, MdB; Bonn
Pedro Vuskovic, ehem. Wirtschaftsminister der Regierung Allende; Chile

Organisationen, die VertreterInnen entsenden:

ABL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)
Arbeitslosen/Jobber-Initiativen
DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era)
DNR (Deutscher Naturschutzring)
FINRRAGE (Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering)
IDATU (Irische Gewerkschaft)
NRO-Netzwerk
Pacific Asia Resources Centre; Japan
Textil-Gewerkschaft; Mexiko

BLOCK I

FORUM I

DAS BESTEHENDE WELTWIRTSCHAFTSSYSTEM STRUKTUREN UND AKTEURE – DIE ROLLE VON BANKEN UND MULTIS

1. Hegemoniekrise der USA in der Weltwirtschaft – Rolle von EG, Japan und südostasiatischen Ländern in der Weltwirtschaft.
2. Interessen und Strategien der transnationalen Konzerne und Geschäftsbanken – internationale Rohstoffmärkte und terms of trade.
3. Außenwirtschaftsinteressen der BRD.

FORUM 2

DIE ROLLE VON IWF UND WELTBANK – POLITISCHE STEUERUNG IM WELTWIRTSCHAFTSSYSTEM

1. Funktionen, Aufgaben, Ziele, interne Machtverhältnisse und Entscheidungsstrukturen von IWF und Weltbank sowie deren Einbettung in das System der multilateralen Institutionen.
2. Auflagenpolitik des IWF und Struktur-anpassungsprogramme der Weltbank.
3. Rolle der Mitgliedsländer unter besonderer Berücksichtigung der BRD.

FORUM 3

MILITÄRISCHE HERRSCHAFTSSICHERUNG IM WELTWIRTSCHAFTSSYSTEM

1. Konfrontationspolitik, Aufrüstung und neue Strategien der Kriegsführung.
2. Rüstungsexporte in die „Dritte Welt“ sowie Rüstungsexporte von Ländern der „Dritten Welt“.
3. Militarisierung der Schuldnerländer – militärische Aktivitäten von Ländern der „Dritten Welt“ zur Absicherung regionaler Vorherrschaft.

FORUM 4

SOZIALE AUSWIRKUNGEN DER KRISENSTEUERUNG UND DER HERRSCHAFTSSICHERUNG IN INDUSTRIELÄNDERN UND IN LÄNDERN DER „DRITTEN WELT“

1. Soziale Auswirkungen der Anpassungspolitik von IWF und Weltbank.
2. Feminisierung der Armut weltweit.
3. Weltweite Flüchtlingsbewegungen (Genozid durch Weltbank-Projekte).
4. Sozialabbau und neue Armut, Massenarbeitslosigkeit in den Metropolen und in Ländern der „Dritten Welt“, Vernichtung bäuerlicher Existenzen.
5. Bevölkerungspolitik.

FORUM 1

PERSPEKTIVEN
FÜR EINE NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

1. Selbstbeschränkung der Industrieländer, demokratische Steuerung von Multis und Banken.
2. Modelle des regionalen Ausbaus der Süd/Süd-Beziehungen (regionale Wirtschaftszusammenschlüsse).
3. Rohstoffmärkte und Handelspolitik – Neustrukturierung der internationalen Handelsbeziehungen.
4. Veränderte Rahmenbedingungen für die „Dritte Welt“-Länder aus einem neuen Interesse von RGW-Ländern an der Weltwirtschaft.

FORUM 2

IWF UND WELTBANK.
ABSCHAFFEN ODER REFORMIEREN?

1. Reformieren durch Ausweitung der Mitbeteiligung:
 - Veränderung der internen Macht- und Stimmrechtsverhältnisse
 - neue Formen der Beteiligung von NGO's
2. Reformieren durch Umstrukturierung und Funktionswandel:
 - Auflösung bzw. Dezentralisierung der Weltbank, Stärkung regionaler Entwicklungsbanken
 - internationale Bankenaufsichtsbehörde
 - Weltzentralbank, neue internationale Leitwährung etc.
3. Durch die Reformierung von IWF und Weltbank bedingte bzw. erforderliche Veränderungen im Gesamtgefüge der multilateralen Organisationen.

FORUM 3

ENTSCHULDUNGSMODELLE UND NEUE WEGE DER
ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

1. Konzepte des partiellen oder globalen Schuldenerlasses.
2. Positive entwicklungspolitische Konditionalität:
 - debt for nature
 - debt for development
3. Nationalstaatliche Souveränität und Entschuldung.

4. Neue Wege der Entwicklungsfinanzierung:
 - Abrüstung
 - Besteuerung von Rüstungsexporten
 - Rohstoffimportbesteuerung etc.

FORUM 4

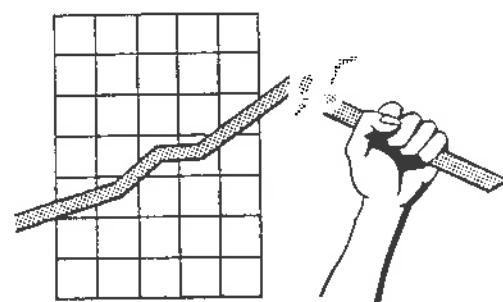
HANDLUNGSSPIELRÄUME SOZIALER BEWEGUNGEN
IN DER „DRITTEN WELT“ UND UNSERE ROLLE BEI DER
DURCHSETZUNG ALTERNATIVER ENTWICKLUNGS-
STRATEGIEN

1. Soziale Bewegungen als Träger des Widerstands gegen die Auswirkungen der Verschuldung:
 - Entstehungsbedingungen, Strategien, Programme
 - Widersprüche in den Bewegungen
 - staatliche Repression sozialer Bewegungen
 - konkrete Beispiele
2. Konkrete Ansatzpunkte sozialer Bewegungen in den Metropolen zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse:
 - kritische Konsumbewegungen / Agraropposition
 - Gewerkschaften
3. Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen in den Metropolen und in der Peripherie:
 - politische Solidarität, Vernetzung, gemeinsame Kampagnen
 - materielle Unterstützung

FORUM 5

FORDERUNGEN AN EINE ALTERNATIVE WELT-
WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DEN INDUSTRIELÄNDERN

1. Strukturveränderungen in Produktion und Konsum:
 - außen- und binnenwirtschaftlicher Umbau nach sozialen Kriterien; Reduktion der Weltmarktverflechtung
 - Abbau der Exportüberschüsse
2. Einsatzmöglichkeiten außenwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente zur Durchsetzung alternativer Wirtschaftspolitik.
3. Entwicklungspolitische Anforderungen an eine alternative Wirtschaftspolitik.



VORLÄUFIGER TRÄGER/INNEN-KREIS GEGEN-KONGRESS:

Alternative Liste Berlin – Die Grünen, Bundesvorstand – Die Grünen im Bundestag – Bundeskonferenz entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) – VWL-Gruppe am Otto-Suhr-Institut – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt – Jungsozialisten in der SPD, Bundesvorstand – Naturschutzjugend – Ständiger Arbeitsausschuß für Frieden und internationale Verständigung – Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung – Bundeskoordination unabhängiger Friedensgruppen (BuF) – Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW) – Antimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK) – Grün-Alternatives Bündnis im Europaparlament (GRAEL) – Aktion Selbstbesteuerung – Coordination gegen Bayer-Gefahren – Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS) – Bildungs- und Aktions-Zentrum Dritte Welt e.V., Berlin – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Juan V. Samliento Jr.

Philippinisches Bündnis fordert Schuldenfreiheit

In den Philippinen hat sich ein breites Bündnis von Massenorganisationen und anderen Gruppen in der Koalition für die Freiheit von Schulden zusammengefunden. Für die „Philippines News and Features“ berichtet unser Autor über den ersten Kongreß der Koalition. Der Beitrag wurde uns von „Third World Network Features“ (Malaysia) zur Verfügung gestellt.

An die 90 regierungsunabhängige Organisationen haben die philippinische Regierung in Zugzwang gebracht, indem sie eine umfassende Schuldenpolitik formulierten, die Wachstum und soziale Gerechtigkeit höher bewertet als die Bedienung der 28 Mrd \$ Schulden des Landes.

Auf ihrem ersten nationalen Kongreß Anfang März 1988 suchten Mitglieder der Koalition für die Freiheit von Schulden nach Wegen, das Land aus der Schuldenfalle zu befreien, die der Koalition zufolge den Filipinos Essen, Arbeitsplätze, Bildung und die Zukunft raubt.

Gastredner Senator Alberto Romulo (Laban) sagte, die Philippinen hätten immer noch keine nationale Schuldenpolitik, fünf Jahre nach dem Beginn der Schuldenkrise und zwei Jahre nach der EDSA-Revolution (EDSA ist die breite Straße in Manila, wo die Massendemonstrationen für den Sturz Marcos' stattfanden; d. Red.): „Bis jetzt haben wir keine nationale Schuldenpolitik, es sei denn, wir nennen die Politik von Marcos (Ex-Präsident der Philippinen), des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank (IWF-WB) unsere Schuldenpolitik“, sagte Romulo.

Er sagte weiter, daß sich am 31. Dezember 1987 die Schulden der Philippinen auf 28,629 Mrd \$ beliefen. Davon wurden 15,055 Mrd \$ ausländischen Handelsbanken geschuldet, 4,881 Mrd \$ multilateralen Finanzinstitutionen, und 4,03 Mrd \$ waren bilaterale Darlehen. Der Rest, sagte er, kam aus anderen Quellen.

Der Wirtschaftsprofessor Manuel F. Montes schätzte, daß jeder Filipino dem ausländischen Finanzsystem etwa 500 \$ oder 10.500 Pesos schuldet. Montes meinte, daß die Philippinen im Zeitraum von sechs Jahren zwischen 1987 und 1992 im Durchschnitt 2,3 Mrd \$ an Zinsen und 1,33 Mrd \$ an Tilgungen zahlen werden oder im Jahresdurchschnitt 3,6 Mrd \$.

Er fügte hinzu, daß auf der Grundlage des laufenden Programmes der philippinischen Regierung, die Philippinen 18,2 Mrd \$ mehr an die reichen Länder auszahlen als sie von ihnen bekommen. „Dies wird ein Fall sein, wo die Armen Kapital zur Wirtschaft der reichen Länder beisteuern“, sagte er.

Die Schwächung der Wirtschaft im Ergebnis der drückenden Schuldentrückzahlung kann Mitgliedern der Schuldenkoalition zufolge nicht so weitergehen. Sie schlugen eine alternative Strategie des Umgangs mit dem Schuldenproblem vor. Einer ihrer Vorschläge besteht darin, die Schuldendienstzahlungen auf nicht mehr als 10% der effektiven Erträge aus Warenexporten zu beschränken.

Sie sagten, daß unter dem gegenwärtigen Umschuldungsabkommen zwischen der philippinischen Regierung und ihren ausländischen Geldgebern vorgesehen ist, daß die Philippinen 31% ihrer Ausfuhrerlöse zwischen 1987 und 1992 an ihre Gläubiger zahlen. Mitglieder der Schuldenkoalition waren der Meinung, daß die Bereitstellung von 5-8% der Einkünfte des Landes für den Schuldendienst ein solides Wachstum und eine gesunde

Entwicklung der Wirtschaft hemmen werden.

Montes schätzte, daß das durch Halbierung der Netto-Schuldentrückzahlung gesparte Geld die Philippinen in die Lage versetzen würde, jedes Jahr 210.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Die Verminderung der Schuldenlast um die Hälfte könnte ebenfalls den Mindesternährungsbedarf von 100 Mio Kindern (mehr als die Gesamtzahl von Filipino-Kindern) sicherstellen. Mitglieder der Schuldenkoalition forderten auch ein neues Umschuldungsabkommen, das von der Zahlungsfähigkeit ausgeht. Montes erklärte, daß es zu andauernder Unsicherheit, hohen Zinssätzen und wegen der geringen Höhe der Devisenreserven, die die Wechselkurspekulation begünstigt, zu einem Kursverfall des Peso kommen muß, falls nicht sofort mit Verhandlungen begonnen wird. Ein weiterer Vorschlag der Schuldenkoalition war der Ausstieg aus betrügerischen Anleihen und solchen, die dem Volk keinen Vorteil brachten. Darunter fallen die Anleihen der Marcos-Verbündeten und Kredite für den Bau des leckgeschlagenen Atomkraftwerks in Bataan.

Die Notwendigkeit, eine nationale Schuldenkommission einzusetzen, in der Mitglieder der verschiedenen Schichten vertreten sein sollen, wurde ebenfalls von der Koalition angeführt. Zur gleichen Zeit forderten sie, daß die Philippinen eine neue Gruppe für die Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern des Landes einsetzen sollen. Diese Unterhändler müssen qualifiziert und vom Volk ausgewählt sein und dürfen nicht an Verhandlungen für Anleihen teilgenommen haben, die vorher von den Philippinen aufgenommen wurden.

Zusammen mit der Festsetzung einer Obergrenze für den Schuldendienst und Umschuldungsverhandlungen forderte die Koalition auch eine umfassende Agrarreform und eine nationale Industrialisierung. Mitglieder der Koalition wiesen einmütig die Politik des IWF und der Weltbank zurück, die laut Senator Alberto Romulo, hinter der Importliberalisierung, der Ein-

Durch eine
Halbierung des Schuldendienstes
könnten in den Philippinen jährlich 210.000
zusätzliche Arbeitsplätze
geschaffen werden

führung der Mehrwertsteuer und den Gebührenerhöhungen der Nationalen Elektrizitätsgesellschaft steht.

Mitglieder der Koalition befürworteten den Start einer landesweiten Kampagne zur Information der Bevölkerung über die Vorzüge schuldenfrei zu sein. Romulo meinte, daß Schuldenfreiheit die Freiheit bedeutet, eine nationalistische Wirtschaftspolitik festzulegen, die zu Wachstum und wirtschaftlicher Erholung führt. Das bedeutet auch, so sagte er, das Recht, eine unabhängige Politik zu formulieren und zu verfolgen, die nationale Ziele und Bestrebungen widerspiegelt.

Er bemerkte, daß „unsere nationale Souveränität durch unsere starke Abhängigkeit von Auslandsschulden in Frage gestellt worden ist“. Der Senator fügte hinzu, daß die USA ihre hohe Kreditsumme an die philippinische Regierung genutzt hätten, die Landespolitik und besonders die Außen- und Militärpolitik zu beeinflussen.

Wolfram Bröner

Nach dem ersten Abrüstungsvertrag UdSSR-USA Endzeit für Konfrontation und Regionalkonflikte? (II)

Ein Diskussionsbeitrag

Regionalkonflikte, verstanden als Kriege und Kriegs- bzw. Krisenherde, welche die Grenzen lokaler Konflikte überschreiten, mehrere Länder einer Region in Mitleidenschaft ziehen und die Gefahr einer regionalen bzw. überregionalen Eskalation in sich bergen, gehörten vom ersten Gipfeltreffen Gorbatschow-Reagan 1985 in Genf an zu den ständigen Diskussionspunkten zwischen den Weltmächten. Bis dahin blieb die Reagan-Administration darauf bedacht, die Beilegung regionaler Konflikte quasi zur Vorbedingung für ein Vorankommen in Abrüstungsfragen zu erklären.

Diese Instrumentalisierung von Konfliktszenarien in der Dritten Welt ging im übrigen noch auf Präsident Jimmy Carter zurück und wurde nach Ronald Reagans Amtsantritt im Januar 1981 auf die Spitze getrieben. 1979/80 standen die Iran- und Afghanistankrise Pate bei Carters Verkündung des Konfrontationskurses. Von ihm und der NATO wurden damals der sog. „Nachrüstungs“beschluß (Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf europäischem Boden) und die dramatische Ausweitung der eigenen Militärpräsenz in der Dritten Welt, voran im Nahen und Mittleren Osten (Eingreifgruppen), gleichzeitig inszeniert – und mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan gerechtfertigt.

Die Reagan-Administration stützte ihre atomare Erstschlagsstrategie gegenüber dem Widersacher UdSSR und ihr universelles Interventionskonzept gegen Befreiungsprozesse (Neoglobalismus) darauf, dem „sowjetischen Expansionismus“ überall Einhalt gebieten zu wollen. Damit legitimierte sie die Aufstands- bekämpfung in El Salvador, ihr Dirigieren bzw. Anheizen der Contra-Kriege gegen Nicaragua, Angola, Afghanistan oder Kamputschea sowie ihre Kriegführung gegen Grenada, im Libanon und gegen Libyen. Sie beschwor einesteils den Regionalkonflikt in Mittelamerika („Testfall“ Nicaragua!) selbst herauf und trug maßgeblich zum Wiederaufflammen anderer bei, insbesondere im strategisch so



Ist die Zeit für Regionalkonflikte abgelaufen? Uhrenvergleich von Gorbatschow und Reagan im Dezember 1987 auf dem Gipfel in Washington

hoch veranschlagten Nahen und Mittleren Osten (Gründung eines US-Regionalkommandos Südwestasien 1983).

Je mehr Washington diese sog. „Kriegführung niedriger Intensität“ bzw. Reagan-Doktrin⁸ auf die Spitze trieb und sie als Süddimension des Ost-West-Verhältnisses ausgab, desto mehr mußte das Konfliktgeschehen in der Dritten Welt dieses belasten. Folglich wuchs auch die Gefahr einer überregionalen Konflikteskalation, und dies erfahrungsgemäß (Kubakrise 1962, Afghanistankrise) gerade in jenen Gebieten, die den beiden Weltmächten geographisch am nächsten liegen, wo sie am ehesten eigene Sicherheitsinteressen geltend machen können. Hinzu trat dank der unter Reagan ent-

wickelten US-Erstschlagsstrategie ein neuartiger realer Bedrohungsfaktor im Ost-West-Verhältnis: Sie sah, vornehmlich für die angrenzenden Dritte-Welt-Regionen, für den Fall eines dortigen militärischen Zusammenstoßes mit der Sowjetunion oder mit dieser eng verbundenen Staaten eine „horizontale Eskalation“ vor.

Also mußte etwa bei einer Kriegseskalation im Nahen und Mittleren Osten, in Ostasien (Korea), in Mittelamerika oder auch in Angola (kubanische Präsenz!) fortan mit einem simultanen US-Angriff an der Zentralfront Europa wie den restlichen Frontabschnitten gerechnet werden.

Dies zusammengekommen verdeutlicht,

daß sich die globale Konfrontation USA-UdSSR und die Regionalkonflikte in der Dritten Welt in starkem Maß wechselseitig beeinflussten, aufschaukelten. Aus diesem engen Wechselverhältnis ergibt sich nun, unter veränderten weltpolitischen Vorzeichen, der Umkehrschluß: Bei anhaltenden substantiellen Fortschritten im politischen Dialog, im Abrüstungsprozeß zwischen den Weltmächten stehen von diesen umso positivere Anstöße für eine Überwindung von Regionalkonflikten zu erwarten. Dies gilt zumindest für jene Krisenszenarien, in welche die USA und/oder Sowjetunion von Haus aus am direktesten verwickelt sind und die sie daher am ehesten nachhaltig zu beeinflussen vermögen. Es ist jene Gruppe von Regionalkonflikten, für die eine hochgradige internationale Teilhabe typisch ist und die von globalem Gewicht sind.

Dabei fällt auf, daß ein Vorankommen in Richtung einer politischen Verhandlungslösung seit dem Washingtoner Gipfel just dort am weitesten gediehen ist, wo die UdSSR den bestimmenden Einfluß ausübt, nämlich in Sachen Afghanistan und Kamputschea. Ähnliches gilt für Angola/Namibia, wo von einer in etwa gleichgewichtigen Einwirkungsfähigkeit seitens des sozialistischen Kuba und der UdSSR hier, Apartheid-Südafrikas und der USA da gesprochen werden kann.

Auf der Stelle tritt hingegen der Nahostkonflikt, wo Washington sich ungeachtet des Aufstands in den besetzten palästinensischen Gebieten noch immer an seinen 1978 eingefädelten Separatkurs klammert. In Sachen Krieg Irak-Iran und Golfkrise, wo die Möglichkeiten der beiden Weltmächte zur politischen Einflußnahme auf die Hauptakteure geringer ausfallen, aber in Gestalt der Resolution 589 des UN-Sicherheitsrates vom Juli 1987 bereits eine gemeinsame Plattform für eine Friedenslösung zustande brachten, hat sich die Reagan-Administration zum militärischen Alleingang entschlossen.

Im Ergebnis beschwor sie damit eine neuerliche Kriegseskalation herauf. In ihrem hausgemachten Regionalkonflikt Mittelamerika schließlich verhält sie sich nicht weniger kontraproduktiv, sucht sie doch, den Esquipulas-Friedensprozeß weiterhin zu Fall zu bringen.

Im Grunde verhält es sich hier wie auf dem Feld der Abrüstung: Die Rolle des Initiators, der Antriebskraft fällt der Sowjetunion, die des Bremsers den USA zu. Dabei fällt auf, daß Letztere sich mittlerweile zwar immerhin bereit zeigen, gemeinsam mit dem Widerpart Sowjetunion in die Funktion der Garantemacht zu schlüpfen und beiderseitiges Disengagement zu vereinbaren – aber

eben erst in Teilbereichen. Dies trifft im Fall Afghanistan, Kamputschea und Angola zu.

Hier konnte von der Fortsetzung des Contra-Krieges kein Endsieg erhofft werden und fällt die Trennung leichter, da damit nur der Verzicht auf die Schädigung der Gegenseite („blutende Wunden“ Moskaus) verbunden ist. In punkto Persischer Golf, Nahost und Mittelamerika hingegen, wo stärker eigennützige Interessen auf dem Spiel stehen, sollen Vorposten des imperialistischen Weltherrschaftsanspruches bewahrt werden. Daher klammert sich Washington dort weiter so zäh an sein überkommenes Vormachtgebaren, an seinen militärischen Interventionismus und an die überkommene Separatdiplomatie.

D.h. es versucht, die UdSSR, die UNO u.a. noch immer aus einem Teil der brisantesten Regionalkonflikte herauszuhalten, vornehmlich aus jenen Krisengebieten, die in den globalstrategischen Konzepten von USA und NATO durchgängig als wichtigste „Einflußzonen“ des Westens benannt werden.

Allerdings wäre es falsch, ein Vorankom-

Am weitesten gediehen sind regionale Friedensprozesse dort, wo die Konflikte von den Weltmächten stark beeinflussbar und von großem globalem Gewicht sind

men in diesen Krisenzentren auszuschließen bzw. die Konfliktlage dort als unverrückbar hinzunehmen. An sich schon ein Beleg dafür ist das Zustandekommen des Friedensprozesses in Mittelamerika, den die Sandinistas trotz aller US-Störversuche zwischenzeitlich weiter vorantreiben konnten. Das Festhalten Washingtons an der alten Stärkepolitik hat hier nur zum eigenen Einfluß- bzw. Positionsverlust geführt, wie das Scheitern des Contra-Krieges gegen Nicaragua und jüngst des Unterwerfungsversuchs gegenüber Panama anzeigt.

Ferner muß darauf verwiesen werden, daß die Dynamik jener in Gang gekommenen regionalen Friedensprozesse längst dabei ist, auf Akteure in noch unbefassten Konfliktzonen abzufärben. Sie vermögen diese durchaus zu Eigeninitiativen anzuregen.

Damit soll nicht der schematischen Gleichsetzung der Regionalkonflikte und dem Griff nach einem Patentrezept das Wort geredet werden. Zu groß sind die Unterschiede in den Ausgangskonstellationen der Krisenszenarien, zu prägend einige Besonderheiten, um sie alle über einen Kamm zu scheren:

Im Fall Nicaragua, Afghanistan war ursächlich der Einstieg der Weltmächte USA bzw. UdSSR bestimmend, im Fall Kamputschea, Nahost, Persischer Golf und Südliches Afrika sind dies eher die regionalen Vormächte Vietnam/China, Israel, Irak/Iran und Südafrika. Bei zweien dieser Konflikte werden die zwischenstaatlichen Spannungen überschattet von der kolonialen Unterdrückung, nämlich der der Völker Palästinas, Namibias und der Bevölkerungsmehrheit Südafrikas. Zu verschiedenen fallen dann auch die Verwicklungsgrade und Einwirkungsmöglichkeiten der Großmächte in die Krisenzentren aus u.a.m.

Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, an die jeweiligen Konflikte differenziert heranzugehen, ihre Komplexität zu berücksichtigen, insbesondere die inneren und äußeren Ursachen bzw. Hauptfaktoren sorgfältig auseinanderzuhalten. Dies erscheint für die Aussichten auf eine Deblockierung weiterer Regionalkonflikte nach Afghanistan, Mittelamerika sowie in Anfängen Kamputschea, Angola/Namibia bedeutsam.

Gleiches gilt für die Nutzung von deren ersten Erfahrungswerten. Erfolgverheißend sind ein komplexes Herangehen, ein kollektives und schrittweises Vorgehen im politischen Lösungsprozeß, die Respektierung einer annäherungsweise Interessenbalance der Konfliktparteien. Und dem trägt sicher voll und ganz der in Nicaragua, Afghanistan und Kamputschea eingeschlagene Kurs der nationalen Versöhnung Rechnung, da er sowohl die inneren Kriegsursachen zu entschärfen als auch eine Kompromißplattform für die zwischenstaatlichen Kontrahenten anzubieten vermag.

Das Kopieren dieses Aussöhnungskurses aber ist kaum denkbar in der Palästinafrage, dem Kernstück des Nahostkonflikts, und im Südlichen Afrika (oder auch im Westsahara-Konflikt), weil dem der verlangte Einstieg in die Entkolonialisierung bzw. die Gewährung der nationalen Unabhängigkeit zuwiderläuft.

Auf welches Verständnis der Weltmächte von den Konfliktszenarien in der Dritten Welt treffen solche Einsichten?

Und inwieweit schlagen sie sich bereits im Wandel des Herangehens an die Krisenszenarien nieder?

Noch 1985/86 sah sie Ronald Reagan einseitig verursacht durch ein sowjetisches Vordringen in ureigene westliche Interessensphären, welches legitimerweise die Weltnation Nr. 1, die ihr verbündeten „Freiheitskämpfer“ und pro-westlichen Regimes durch eine sog. „Kriegführung niedriger Intensität“ (LIC) zurückzurollen suchten (Reagan-Doktrin). Es gehe im Kern darum, so der US-Präsident, „von Afghanistan bis Nicaragua, der von sowjetischer Seite un-

terstützten Aggression zu trotzen", nach dem Vorbild der „Befreiung“ Grenadas die „kommunistischen Regime ... heraus(zufordern)".¹⁰

Washingtons erstrangige Liquidierungsziele lauteten: Nicaragua, Angola, Afghanistan, Kamputschea. Und das hieß „rechtmäßiges“ eigenes Schüren gerade dieser Regionalkriege, deren bevorzugte Instrumentalisierung im Ost-West-Verhältnis je nach Bedarfslage. Gemessen an dieser extrem konfrontativen Weltsicht und Handhabung regionaler Konflikte, müssen die betreffenden Aussagen in den jüngsten sowjetisch-amerikanischen Gipfelerklärungen als Zeichen eines weniger primitiven Herangehens seitens der Regierung Reagan gesehen werden. Trotz „ernsthafter Differenzen“, so hieß es im Washingtoner Dokument vom Dezember 1987, hätten beide Seiten „die zunehmende Bedeutung hervor(gehoben), die der Beilegung regionaler Konflikte für die Minderung der internationalen Spannungen und für die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen zukommt.“¹¹

In der gemeinsamen Erklärung des Moskauer Gipfels vom Mai/Juni 1988 wurde, unter Berufung auf den zwischenzeitlichen Abschluß der Afghanistan-Regelung, für ein weiteres „konstruktives Zusammenwirken zwischen der UdSSR und den USA“ plädiert, obgleich bei den „Beratungen“ ernste Meinungsverschiedenheiten sowohl hinsichtlich der Ursachen der regionalen Spannungen als auch hinsichtlich der Mittel zu ihrer Überwindung zu Tage traten.“

Bekräftigt wurde die beiderseitige Absicht, die „Konsultationen fortzusetzen, deren Ziel es ist, den an regionalen Konflikten Beteiligten bei der Suche nach friedlichen Lösungen zu helfen, die ihrer Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit dienlich sind.“¹²

Der Wandel besteht für Reagan einmal darin, daß die Regionalkonflikte nicht mehr ausschließlich dem „sowjetischen Expansionismus“ angelastet, ihre Ursachen differenzierter, etwas realistischer gehandelt werden. Hatte Washington vor 1987 noch bei Verhandlungsinitiativen allerorts eine Beteiligung der UdSSR (und ihrer Verbündeten) strikt von sich gewiesen, so ist nun ein gemeinsames, konstruktives Vorgehen zugunsten politischer Lösungsprozesse am Zuge.

Mehr Realitätsnähe gewann auch die sowjetische Sichtweise, und zwar insofern, als sie sich von grob vereinfachten Schaubildern zu Konflikten in der Dritten Welt als imperialistischen Stellvertreterkriegen bzw. bloßen Ablegern der Ost-West-Systemkonkurrenz freimachte. Jevgeni Primakow, Direktor des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, etwa

weist es als „falsch“ zurück, „diese Konflikte durch die Brille der sowjetisch-amerikanischen Rivalität zu sehen“.¹³ Die sowjetische Führung berücksichtigt als Konfliktursachen bzw. prägende Inhalte heute neben dem imperialistischen Interventionismus stärker das vielfach große Gewicht sozialer Faktoren (revolutionäre Prozesse bzw. deren Destabilisierung!), nachkolonialer ethnischer oder Grenzstreitigkeiten, Vormachtrivalität usw.

„Die Wahrheit ist“, meint Michail Gorbatschow, „daß diese Konflikte, auch wenn sie in ihren Zielen und in der Art der einander bekämpfenden Kräfte

Gorbatschows Optimismus gründet sich vorab darauf, daß die in Bewegung geratenen Friedenskräfte von unten den Druck für politische Lösungen zu vervielfachen vermögen

ganz verschieden sind, gewöhnlich auf lokalem Boden entstehen, und zwar als Folge interner oder regionaler Streitigkeiten – die ihrerseits ein Produkt der kolonialen Vergangenheit sind –, neuer sozialer Prozesse, der Neuauflage einer ausbeuterischen Politik oder aller drei Faktoren zusammen.“¹⁴

Aufgrund dieser komplexeren Sichtweise trägt der KPdSU-Generalsekretär der Eigendynamik regionaler Konflikte deutlicher Rechnung. Er ordnet ihre Überwindung ein als organischen Bestandteil der erforderlichen Schaffung eines umfassenden, weltweiten Systems der internationalen Sicherheit.¹⁵

Konkret verlangt dies, Regionalkonflikte in der Dritten Welt müssen mit politischen Mitteln, auf der Basis „eines Interessenausgleichs“ und unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts bzw. Rechts eines jeden Volkes, seinen eigenen Weg ohne äußere Einmischung zu wählen, beseitigt werden.

Während des Washingtoner Gipfels bezeichnete es Gorbatschow als „das Wichtigste“ am neuen Herangehen an regionale Probleme, daß „sowohl wir als auch die Amerikaner und die anderen Länder unbedingt von der Anerkennung des Rechts aller Völker auf eine eigene Wahl ausgehen (müssen). Das ist der Schlüssel, der Ausgangspunkt.“¹⁶

Gorbatschows Zwischenbilanz der gemeinsamen Deblockierung brisantester Regionalkonflikte: Neben dem Präzedenzfall Afghanistan sei der Friedensprozeß in Mittelamerika im Gange, vollzogen sich „reale Prozesse einer möglichen Lösung“ zu Kamputschea und dem Süden Afrikas. Außerdem gäbe es

„eine Annäherung der Positionen“ zum Nahen Osten.

„Ich denke“, so der KPdSU-Generalsekretär weiter, „wenn Sie meine Überlegungen als ungerechtfertigten Optimismus oder als Wunschdenken auffassen würden, wäre das falsch. Ich möchte Sie daran erinnern, wie es vor drei Jahren war und wie es heute aussieht. Die Situation hat sich wesentlich geändert. Es bieten sich Möglichkeiten zur politischen Lösung aller dieser Konflikte. Es sind sowohl innerhalb dieser Regionen als auch in der ganzen Welt gewaltige Kräfte in Bewegung gesetzt worden.“ Gorbatschow schlußfolgert daraus, „daß wir die Chance ... nicht verpassen dürfen“.¹⁸

Die Einwände linker Skeptiker, die in dem gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Bewältigungsversuch von Regionalkonflikten eine Preisgabe der Hilfe für Revolutionsregimes und Befreiungsbewegungen seitens der UdSSR bzw. deren Unterwerfung unter eine „Pax americana“ sehen,¹⁹ passen mit Gorbatschows Sichtweise und Vorgehen vor allem an zwei Reibungspunkten nicht zusammen.

Einmal wäre da sein Insistieren auf dem unbedingten Recht Betroffener auf Selbstbestimmung bzw. eigene Wahl des Entwicklungsweges. Dies ist nach meinem Verständnis gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung antiinterventionistischer Schützenhilfe für Befreiungskräfte an der Macht oder im Untergrund, sei es im politischen und/oder bewaffneten Widerstand.

Politische Konfliktlösung auf der Basis eines „Interessenausgleichs“ kann ja wohl nicht einseitige Einstellung von Militärhilfe für Revolutionäre, sprich „Entwaffnung“ von afghanischen Volksdemokraten, Sandinisten oder der salvadorianischen FMLN heißen, sondern allenfalls ungefähr gleichgewichtige beiderseitige Demilitarisierung und/oder Reduzierung äußerer Militärhilfe. Das jüngste sowjetisch-kubanische Hilfsgebar in Sachen Nicaragua, Angola

US-Raketenkreuzer „Vincennes“ beim Einsatz im Persischen Golf – Zeichen der Eskalation



Abrückung sowjetischer Truppen aus Afghanistan – Zeichen des Disengagements

(siehe Beiträge von J. Becker) setzt daher Gegenpflocke.

Unbedingt muß revolutionären Akteuren weiter zugestanden werden, daß sie sich auch im Zuge politischer Verhandlungsprozeduren für negative Begleiterscheinungen oder jähe Wendungen gewappnet halten, was ihr Recht auf bewaffnete Gegenwehr für den Fall von Interventionen imperialistischer Mächte oder lokaler Rechtskräfte einschließt. Dies tut im übrigen, wenn man/frau dem für Internationales zuständigen KPdSU-Sekretär Anatoli Dobrynin Glauben schenken mag, auch aktuell und perspektivisch die Sowjetunion.

Generell kann das verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung und Befreiungskampf unterdrückter Völker mit allen Mitteln weder bei regionalen noch lokalen Lösungsprozessen wegverhandelt werden. Wohl aber sind die davon tangierten Befreiungsbewegungen, wie jene Namibias, Südafrikas, El Salvadors und Palästinas, sicher gut beraten, wenn sie die aktuell erweiterten Möglichkeiten ihres politisch-diplomatischen Kampfes auf-

greifen, sie aktiv nutzen und durch Weitsicht wie erhöhte Beweglichkeit mit vorantreiben.

Lehrreich sind hier die Erfahrungswerte etwa der Befreiungsfronten Vietnams, Simbabwe oder El Salvadors, die auch in Situationen militärischer Positionsgewinne eine Verabsolutierung dieser Form des Befreiungskampfes widerstanden.

Zum zweiten baut Gorbatschows Optimismus, mehr noch als auf die selbst forcierte Gipfeldiplomatie, darauf, daß die in Bewegung geratenen regionalen und weltweiten Friedenskräfte letztlich von unten her für einen unwiderstehlichen Druck zugunsten der politischen Konfliktbeilegung zu sorgen vermögen. Dem geben die eigenständigen latein-amerikanischen Friedensinitiativen zur Mittelamerikakrise genauso recht wie das inzwischen aktiver und wirkungsvoller gewordene Engagement von Nichtpaktgebundenen, Sozialistischer Internationale, UN-Sicherheitsrat u.a.m. bei der regionalen wie auch globalen Problembewältigung. Erfasst hat dieser Trend schließlich auch einflußreiche aufgeklärte Kreise des bürgerlichen Establishments in den USA (linker Flügel in der Demokratischen Partei), der BRD (Genscher) und anderen NATO-Bastionen. Auch sie haben erkannt, daß der von ihnen befürwortete Ost-West-Verständigungs- und Abrüstungsprozeß ohne Deblockierung zumindest der global bestimmendsten Regionalkonflikte zu sehr Gefahr läuft, wieder destabilisiert zu werden.

Was die kurzfristigen Durchsetzungschancen solchen Umdenkens betrifft, so wird viel vom Ausgang der US-Präsidentenchaftswahlen zum Jahresende 1988 abhängen. Unter dem „späten“ Reagan haben zwar die gemäßigt-konservativen Kreise eine tonangebende Stellung in der Administration erlangt, doch böte ein republikanischer Präsident Bush weit weniger Gewähr für eine Weiterführung oder gar Vertiefung der Dialogpolitik als der demokratische Konkurrent Dukakis. Dieser verspricht immerhin eine erweiterte Abrüstungsbereitschaft, eine Beendigung der Contra-Kriege gegen Nicaragua, Angola, einen teilweisen Schuldenerlaß sowie ein Zurückschrauben des neoglobale US-Interventionismus.

Doch nicht passives Starren auf Geschenke von Oben oder auf Retourkutschen der Westmächte ist angesichts der gewandelten Ausgangslage für das links-alternative Spektrum hierzulande angesagt. Es gilt die Veränderungen der weltpolitischen Rahmenbedingungen ohne Scheu vor neuen Fragestellungen offensiv auszuschöpfen, weiter mit voranzutreiben. Dies empfiehlt sich als die wirksamste Medizin, um die offenkundig tief in Legitimations- und Handlungsschwierigkei-

ten steckenden aggressivsten imperialistischen Kreise (Abbröckeln der Feindbilder bzw. Bedrohungsszenarien, Demilitarisierung der Außenpolitik usw.) weiter an allen Fronten zurückzudrängen. Ihnen werden mit jedem Stück Konfrontationsabbau, sei es die Rücknahme vorgeschobener atomarer Erstschlagsraketen oder der Verlust ausschlaggebender regionaler Konflikte, die Spielräume für ein Wiederanheizen des Wettrüstens und für neu frisierte Kriegführungs- bzw. Interventionsprojekte à la „abgestufte Abschreckung“²¹ eingeengt. Jedes Vorankommen im Abrüstungsprozeß, jeder globale oder regionale Demilitarisierungsschritt erschwert den Getreuen des militärisch-industriellen Komplexes, der NATO-„Modernisierung“ und des Interventionismus das Handwerk, erhöht ihr politisches Risiko.

Natürlich sind angesichts des weiter widersprüchlichen Verlaufs des globalen Dialogs Illusionen fehl am Platze. Auch hält die Wunschvorstellung, das Ende aller Konflikte bzw. Kriege in der Dritten Welt stünde über das gemeinsame Einschalten der Weltmächte UdSSR und USA kurz bevor, nicht den Realitäten stand.

Solange der neokoloniale Ausplünderungs- und Verelendungsprozeß der unterentwickelten Welt andauert, wird allein der soziale Sprengstoff immer wieder für Konfliktausbrüche sorgen, kann eine Kriegsverhütungsstrategie nicht voll greifen. Zu konfliktträchtig bleibt ferner die Dritte-Welt-Politik der Westmächte, solange diese sich nicht definitiv von ihren militärischen Interventionsrezepten verabschieden.

Außerdem kann, zumal angesichts einer zunehmend multipolaren Welt, das Zusammenwirken der Weltmächte UdSSR-USA kein „Allheilmittel“ (J. Krause) für jedwede Konflikte in der Dritten Welt abgeben.²² Einesteils sind ihre Einflußmöglichkeiten dazu insgesamt zu gering, andernteils können sie auf Dauer nur Initialzündung oder Motor für politische Verhandlungsrunden im Rahmen der UNO oder anderer internationaler Einrichtungen sein.

Besonders Moskau setzt auf eine künftige Vorhutrolle der Vereinten Nationen bei der Konfliktverhinderung wie beim Krisenmanagement.²³ Bis dahin aber können die beiden Weltmächte noch am ehesten die Endzeit für die derzeit explosivsten Regionalkonflikte einläuten sowie, mit oder ohne UN-Schirmherrschaft, die Eskalationsgefahren anderer existenter Konflikte über ein Zusammenwirken eingrenzen, entschärfen. Und es könnte die Herausbildung neuer Regionalkonflikte abgewendet werden. Dies wäre von Vorteil für die Völker der Dritten Welt nicht nur wegen der Vermeidbarkeit eines solch verheerenden

Zerstörungswerks, wie wir es gegenwärtig in der Golfregion erleben. Es würde ihnen auch neuartige Möglichkeiten für die Senkung der eigenen Rüstungslasten gerade in den naturgemäß am höchsten auferüsteten Konfliktgebieten der Dritten Welt eröffnen; allen voran im Iran, Irak und den Golfanrainerstaaten, welche allein derzeit rund die Hälfte aller Waffenexporte in die Dritte Welt auf sich vereinen.²⁴

Andersherum betrachtet, vermöchte die hierdurch erleichterte Reduzierung der Militärpräsenz der Großmächte in der Dritten Welt und ihr globaler Abrüstungsprozeß, daß folgerichtige Rüstungskürzungen seitens der kapitalistischen und sozialistischen Industriestaaten Mittel für zusätzliche Entwicklungshilfe an die Dritte Welt freisetzen würden. An dieses Prinzip „Abrüstung für Entwicklung“ knüpften eine erste UN-Sonderkonferenz²⁵ und der gemeinsame Vorschlag von Kpdsu und SPD im Herbst 1987 an, im Rahmen der UNO einen entsprechenden „Internationalen Solidaritätsfonds“ bzw. Weltentwicklungsfonds zur Hilfe für besonders bedürftige Länder der Dritten Welt zu gründen.

Ein Vorankommen in der politischen Beilegung von Regionalkonflikten könnte so gesehen neue Impulse für die

Demilitarisierung der Dritten Welt auslösen. Und sie könnte die Abrüstungsdynamik weltweit und regional fördern helfen.

Dies sollten Gründe genug sein für die Friedens- und Solidaritätsbewegung gerade der NATO-Hauptländer, solche weltbewegenden Veränderungsprozesse nicht dem Selbstlauf zu überlassen, sondern sie aktiver mit voranzutreiben. Immerhin winkt im Zuge des globalen Dialogs die für die Erste und Dritte Welt vorteilhafte und vielleicht nicht wiederkehrende Chance, die Endzeit für Konfrontation und Regionalkriege mit einzuläuten.

Anmerkungen:

- 8) Siehe ausführlich in: AIB 4/1987, S. 4ff.
- 9) Wortlaut und Einschätzung in: AIB 11/1987, S. 3-16
- 10) Wireless Bulletin, Washington/Bonn, 7.2.1985 und U.S. Policy Information and Texts, Bonn 17.3.1986
- 11) GIPFELTREFFEN, Washington, 7.-10. Dezember 1987. Dokumente und Materialien, Moskau 1987, S. 81
- 12) Prawda, Moskau, 2.6.1988
- 13) Neue Zeit, Moskau, Nr. 42/1987, S. 15
- 14) Michail Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. 224
- 15) Bereits im Herbst 1985 erklärte der neue sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse vor der 41. UN-Vollversammlung: „In die Konzeption der all-

umfassenden Sicherheit fügen sich organisch die Maßnahmen zur Liquidierung der regionalen Konflikte ein.“ Zit. nach: Neues Deutschland, Berlin (DDR), 24.9.1985

- 16) GIPFELTREFFEN..., a.a.O., S. 56
- 17) Vgl. Moskauer Erklärungen UdSSR-USA in: Prawda, 2.6.1988
- 18) Ebd.
- 19) So Hermann Gremliza bzw. Georg Fülberth in einer Konkret-Streitrunde zum „Neuen Denken“ des Kpdsu-Generalsekretärs, in: Konkret, Hamburg, Nr. 7/1988, S. 41 und 42
- 20) Vgl. Newsweek, New York, 18.7.1988; Frontline, Oakland, 23.5.1988; Stern, Hamburg, 28.4.1988; International Herald Tribune (IHT), Paris, 28.6. und 5.7.1988
- 21) Pentagon-Studie für eine integrierte US-Langzeitstrategie in den 90er Jahren vom Januar 1988. Einschätzung und Wortlaut in: DRITTE WELT 7/1988, S. 10-16
- 22) J. Krause, Supermacht-Kooperation bei Drittwelt-Konflikten, in: R. Hamann (Hg.), Die „Süddimension“ des Ost-West-Konfliktes, Baden-Baden 1986, S. 227-245, hier S. 229
- 23) Ein solches von Gorbatschow im Herbst 1987 entworfenes Konzept konkretisierten im Juni/Juli 1988 Außenminister Eduard Schewardnadse und sein Vize Wladimir F. Petrowsky in New York. Siehe: Prawda, 9.6.1988 und IHT, 7.7.1988
- 24) Nach Berechnungen des Friedensforschers Michael Brzoska in: der überblick, Hamburg, Nr. 4/1987, S. 17
- 25) Auswertung siehe in: AIB 10/1987, S. 33-35

Diskussionsforum „Endzeit für Regionalkonflikte?“

Im Rahmen der in DRITTE WELT 7/1988 eröffneten Diskussion zum Thema „Endzeit Regionalkonflikte?“ stellen wir zwei Positionspapiere vor, die sich mit den Bemühungen für eine Beilegung des bewaffneten Konflikts in Nicaragua befassen. Wie im Falle Afghanistan gibt es auch hier Stimmen, die die Befürchtung äußern, daß die Revolutionäre, um ein Ende der Aggression zu erreichen, zu weitgehende Zugeständnisse machen, die den revolutionären Prozeß insgesamt in Frage stellen. Damit setzen sich die beiden Papiere, die nach dem Abschluß des vorläufigen Waffenstillstandsabkommens zwischen nicaraguanischer Regierung und Contras am 23. März d.J. in Sapoá (siehe AIB 5/1988) im Informationsbüro Nicaragua und von der Brigadenkoordination Managua erarbeitet wurden, auseinander. Wir bitten unsere LeserInnen um weitere Stellungnahmen, kritische Anmerkungen oder Fragen, die sich mit den Positionen im zweiteiligen Beitrag von Wolfram Bröner in DRITTE WELT 7/1988 und in diesem Heft auseinandersetzen oder die sich mit einzelnen Regionalkonflikten oder Aspekten befassen.

In einem Interview, das Nico Biver mit Ricardo Ribera, Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Revolutionäre Demokratische Front (FMLN/FDR) in der Bundesrepublik, führte, gehen wir außerdem der Frage nach, wie die salvadorianischen Revolutionäre den regionalen Friedensprozeß beurteilen und wie sie sich die Lösung des Konflikts in ihrem Land vorstellen.

Informationsbüro Nicaragua

Esquipulas II – Sapoá – und dann?

Das Übereinkommen von Sapoá ist logische Konsequenz der politischen Linie der FSLN nach dem Abschluß und der Erfüllung des Esquipulas-Abkommens. Ziel der Sandinisten war es, durch dieses Abkommen eine Verschiebung des konterrevolutionären Kampfes von der militärischen auf eine politisch-ideologische Ebene zu erreichen. Der Grund dafür ist der sichere Ruin des Landes, der Wirtschaft, falls der Krieg nicht bald aufhört. Zusammen mit diesem Ausblutungskrieg schafft der Handelsboykott eine Situation, der die Sandinisten nicht mehr gewach-

sen sind. Über die Hälfte des Haushaltes wurde für die Verteidigung aufgebracht, was eine enorme Belastung für die revolutionäre Praxis bedeutet. Grundlegende soziale Veränderungen können nicht weitergeführt werden, die bestehende Infrastruktur ist soweit marod bzw. zerstört, daß die Strom- und Wasserversorgung zum Teil zusammenbrach usw. Die Erfüllung und die weit über den Inhalt des Abkommens hinausgehenden Zugeständnisse der Sandinisten haben ein internationales Kräfteverhältnis ermöglicht – und insbesondere die Positionen im US-Kongreß so ver-

schohen –, daß die konterrevolutionäre Politik der USA in ihrer bisherigen Form (low intensitiv warfare) deslegitimiert und verunmöglicht wurde.

Im Moment der Vereinbarung von Sapoá handelten die Sandinisten aus einer Position der Stärke heraus:

- moralische und militärische Schwächung der Contra durch die Offensive Danilo,
- Widersprüche in den USA zur Außenpolitik der Republikaner,
- öffentliche Kritik auf internationaler Ebene nach der Entsendung von US-Truppen nach Honduras,
- Ablehnung der militärischen Unterstützung der Contra durch den US-Kongreß,
- Ausschaltung der USA als aktive Kraft innerhalb der Verhandlungen von Esquipulas und Sapoá,
- Rückhalt in der Bevölkerung, der sich bei

verschiedenen Mobilisierungen deutlich machte.

Die Sandinisten haben es geschafft, diese Situation mit herbeizuführen, konnten durch ihre Zugeständnisse und ihre Verhandlungstaktik immer wieder Impulse erzeugen und die politische Dynamik in den eigenen Händen behalten.

Sie setzten die Contra damit unter Druck, ernsthafte Verhandlungen führen zu müssen, was für diese aus ihrer Situation der politischen und militärischen Schwäche heraus äußerst schwierig ist. Nicht umsonst versuchen sie zur Zeit, den Verhandlungsprozeß zu sabotieren und herauszuzögern.

Dies kann natürlich auf der anderen Seite bedeuten, daß die Contra versucht, Zeit zu gewinnen und die Rückzugsmöglichkeiten auszunutzen, um sich zu konzentrieren und neue Kräfte zu sammeln. Auf der anderen Seite gibt es klare Anzeichen für eine Spaltung der Contra für den Fall, daß die Verhandlungen erfolgreich sind. Enrique Bermudez will auf jeden Fall mit einer Rest-FDN (Nicaraguanische Demokratische Kraft; die größte Contra-Organisation; d. Red.) weiterkämpfen. Die Contra führt die gegenwärtigen Verhandlungen mit zwei Hauptzielen:

1. Einerseits geht es darum, eine politische und finanzielle Rückendeckung im US-Kongreß zurückzugewinnen. Dies ist ihr ansatzweise bereits gelungen, wie die nahezu einhellige Verabschiedung des 48-Mio-\$-Pakets („humanitäre“ Hilfe) zeigt, denn die Demokraten haben zugleich zugesichert, daß sie für eine Umwandlung dieser Gelder in Militärhilfe und für neue Militärhilfe stimmen werden, wenn sie der Meinung sind, daß die Sandinisten nicht kompromißbereit genug einen Verhandlungsfrieden anstreben. Wenn dieser zustande kommt, wird reichlich Geld in die Taschen und neuen Parteistrukturen der Contra-Häuptlinge fließen.

2. Andererseits will die Contra, da die direkte militärische Machteroberung endgültig passé erscheint, die Bedingungen für eine optimale Destabilisierung von innen her garantiert bekommen. Diese Garantien kann sie in einer Situation der politischen Offensive der Sandinisten schwerlich durchsetzen. Deshalb versucht sie, den Verhandlungsprozeß hinauszuzögern und die Glaubwürdigkeit der Sandinisten an eigentlich marginalen Punkten (Versorgungswege, Papier für „La Prensa“ usw.) propagandistisch anzukratzen. Zugleich geht es ihr darum, die Kongreß-Gelder so auszahlen zu lassen, daß dies den definitiven Zerfall der Contra-Einheiten verhindert.

Wie geht's weiter?

Würde die Contra/USA sich tatsächlich auf einen endgültigen Waffenstillstand einlassen, unter Ausnutzung aller bisher von den Sandinisten eingegangenen Zugeständnisse, werden die USA alles daran setzen, die zivile Opposition massiv zu unterstützen, sowohl materiell wie auch ideologisch. Das bedeutet, daß die Sandinisten einer gut geschmierten Propagandamaschine im Land gegenüberstehen werden, mit der die Contra versuchen wird, ihre politischen Spielräume zu erweitern und die tiefe ökonomische Krise gegen die Sandinisten zu benutzen (Instrumentalisierung von Lohnkämpfen z.B.). Außerdem wird sie versuchen, die Wehrpflicht, die Verteidigung und die militärische Macht insgesamt in Frage zu stellen.

Welchen Preis hat das Abkommen?

Werden die Sandinisten nicht zunehmend außenpolitisch erpreßbar (in dem Sinne, daß

sie die Kräfteverhältnisse im US-Kongreß durch immer weitere Zugeständnisse erhalten müssen) und sind dadurch grundlegende Elemente der Revolution in Frage gestellt?

Doch was sind denn diese „grundlegenden Elemente“ der Revolution? Dazu gehören doch nicht nur die Säulen der revolutionären Macht und Praxis (Heer und Volksbewaffnung, Agrarreform, Bildung, Gesundheit usw.), sondern auch die Grundbedingungen, die eine Revolution sozialistischen Typs verunmöglichen: Die geopolitische Lage, die Unterentwicklung der sozialen und materiellen Produktivkräfte, die Art der Einbindung in den Weltmarkt – alle diese Faktoren lassen eben keinen anderen Weg zur Befreiung zu, als den, der mit Pluralismus, nationaler Einheit und gemischter Wirtschaft, Blockfreiheit verbunden ist.

Das heißt, daß der Sandinismus immer gezwungen und willens war, das Bürgertum und ihr in Teilbereichen konterrevolutionäres Projekt politisch einzubinden und zu neutralisieren, und diese Notwendigkeit wurde durch den offenen, von den USA initiierten konterrevolutionären Krieg nur verdeckt und aufgeschoben. Die gegenwärtige Verhandlungspolitik der Sandinisten ist insofern kein neues Element, das den Charakter der nicaraguanischen Revolution verändert.

Schon in der Frühzeit der Revolution, von 1979 bis 1981, bestand eine Situation, in der die Sandinisten den Aktionsspielraum der Massen z.T. begrenzten (z.B. in der Frage der Landbesetzungen), um die Balance mit den bürgerlichen Sektoren zu erhalten. Reagans militärisches Projekt ab 1981 hatte dieser Politik die Grundlage entzogen, nach seinem Scheitern steht sie heute wieder auf der Tagesordnung.

Damals wie heute stellt eine solche Politik keinen „Verrat“ dar, sondern bringt die realen Handlungsspielräume einer nationalen Revolution auf ökonomischer Ebene zum Ausdruck, zu denen sich jede Revolution in der kapitalistischen Peripherie verhalten muß. Nicaragua kann sich aus der Weltarbeitsteilung, die ihm als Agrarproduktexporteur den fallenden Preisen und Austauschverhältnissen ausliefert und die Unterentwicklung festschreibt, nicht be-

freien, ohne erhebliche externe Finanzmittel zu erhalten (und natürlich ohne die militärischen Angriffe auszuschalten).

Bisher gingen diese Mittel für Verteidigung und Schadensbeseitigung (und zum Teil in unangepaßten Großprojekten) drauf. Das Land braucht also Frieden, hohe Exporterlöse und Kredite auch aus den Staaten des westlichen Imperialismus. Das sind die wirklichen Zwänge, die schon immer zu den Zugeständnissen an das „patriotische“ Unternehmertum geführt haben, und die hinter den heutigen Schritten stehen.

Innerhalb dieser Zwänge haben die Sandinisten revolutionäre Veränderungen durchgesetzt: in Gestalt der Agrarreform vor allem, aber insgesamt in der Entwicklung der Massenorganisationen, der politischen Bewußtseinsbildung und Aktivierung.

Konsequenzen für die Solibewegung

Die Entwicklung nach Sapoá sollte die Solibewegung nicht lediglich ängstlich auf die Möglichkeit der Selbstdemontage des Sandinismus starren lassen, sondern es gibt auch ermutigende Elemente und neue Ansatzpunkte. Daß der Contra-Krieg und die bisherige Form der Counter-Insurgency-Politik der USA deslegitimiert ist, ist auch der Erfolg der internationalen Solidaritätsbewegung.

Wir müssen jetzt daran arbeiten, zu zeigen, daß die Contra auch im Fall ihrer Integration ins zivile politische Leben Contra bleibt, d.h. wir müssen die Interessen der USA und die Ziele der Contra wesentlich klarer und inhaltlich genauer in die Öffentlichkeit tragen als bisher. Und wir müssen – und haben dazu bessere Möglichkeiten als bisher – das Thema 'Contra in der BRD' hochfahren.

Der Auftritt Scharrenbroichs (CDU-Politiker; d. Red.) auf der Seite der Contra bei den Verhandlungen in Managua zeigt, daß in dem Moment, in dem sich die Contra den Schafpelz umhängt, sich ihre Freunde und Förderer offener zeigen. Damit werden sie wesentlich angreifbarer, und diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen.

Brigadenkoordination Managua

Die Verhandlungspolitik der Sandinisten

Bedeutet die Verhandlungen der nicaraguanischen Regierung mit der Contra den Ausverkauf der Revolution? Wurden die Sandinisten durch wirtschaftliche Strangulierung an den Verhandlungstisch gezwungen? Sind die Verhandlungen ein Beweis für die Stärke oder Schwäche der Revolution? Im folgenden Artikel versuchen wir, auf der Grundlage unserer hier in Nicaragua gemachten Erfahrungen und Beobachtungen die Verhandlungen zu analysieren und zu bewerten.

Der historisch günstige Zeitpunkt

Die USA haben Zentralamerika einen Krieg der „niedrigen Intensität“ aufgezwungen. Dies ist ihre Aufstandsbe kämpfungsstrategie für diese Region.

Im imperialistischen Block USA, EG, Japan gibt es bedeutsame Interessenunterschiede und Konflikte. Sie sind gekennzeichnet von wirtschaftlichem Machtverlust der USA aufgrund der eigenen Wirtschaftskrise sowie des abnehmenden politischen Einflusses innerhalb des Blocks. Die EG definierte mit den San José-Konferenzen eine eigene Außenpolitik gegenüber den fünf zentralamerikanischen Staaten.

Sie eröffnete einen politischen Handlungsspielraum für die fünf mit einer realistischen Alternative zur US-Kriegspolitik, die in Nicaragua wie in El Salvador und Panama gescheitert ist. Weiterhin hat die Auslandsverschuldung in fast allen lateinamerikanischen Staaten die Herausbildung einer USA-ablehnenden Interessengemeinschaft gefördert. Nur zwei Jahre nach dem finanziellen Zusammenbruch Mexikos, 1982, bildete sich die Contadora-Gruppe, die für den zentralamerikanischen Konflikt eine lateinamerikanische Lösung suchte.

Die Verhandlungen sind also bestimmt von der

Formulierung gemeinsamer latein/zentral-amerikanischer Interessen unter Ausnutzung der Widersprüche des imperialistischen Blocks. Strategisches Ziel der nicaraguanischen Regierung ist es dabei, die Zentralamerikapolitik der USA international zu isolieren und die damit verbundenen innenpolitischen Differenzen in den USA zu fördern.

In den Verhandlungen der zentralamerikanischen Staaten („Esquipulas“) hat sich Nicaragua eine günstige politische Ausgangslage für Friedensbemühungen geschaffen. Durch ihre Verhandlungsbereitschaft und konsequente Erfüllung der Vertragsbestandteile haben die Sandinisten es den USA und ihren Satelliten erschwert, die Gespräche platzen zu lassen; ja, sie haben — ohne substantielle Zugeständnisse zu machen — die Zustimmung aller mittelamerikanischen Staaten zum Friedensplan erreicht und damit für einen sensationellen Einigungsschritt in der Region gesorgt — trotz vieler weiter existierender Widersprüche. Das Vertragswerk stieß auf volle Zustimmung vieler amerikanischer Länder, der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten; d. Red.), Kanadas und der EG.

Die Zustimmungen stellen umgekehrt eine tendenzielle Isolierung der auf imperialistisch-interventionistische Politik fixierten US-Regierung dar. Diese Tendenz wird in der Folgezeit wiederholt sichtbar in der breiten Ablehnung der US-Bestrebungen in Panama (Noriega-Komplex) und der Herr-im-Haus-Politik Honduras' gegenüber (mehrfache Außerkraftsetzung der Landesverfassung durch ungefragte Stationierung von Truppen sowie eigenmächtige Gefangennahme und Deportation des Honduraners Motta und dissidierender Contra-„Comandantes“). In den beiden betroffenen Ländern kam es zu überraschend heftigen Anti-Yankee-Manifestationen der Bevölkerung, und die Regierung vieler lateinamerikanischer und europäischer Staaten warnten die US-Regierung nachdrücklich vor weiteren kolonialistischen Exzessen.

Die diplomatische Offensive der nicaraguanischen Regierung hatte auch eine innenpolitische Auswirkung in den USA. Kongreß und Repräsentantenhaus konnten sich trotz schärfster Falkenagitation, Bestechungsversuchen gegenüber Abgeordneten und zur Schau gestellter peinlicher Doppelzüngigkeit nicht dazu durchringen, Reagans Contra-Care-Paket abzusegnen. Der zentrale Grund war die gerade durch Nicaraguas geschickte Politik geschaffene Tatsache, daß sich die zentralamerikanischen Länder mitten im Verhandlungsprozeß für den Frieden in der Region befanden — und schließlich hatten die USA diesen Prozeß nicht verhindern können!

So dominierten in diesen „schicksalhaften Stunden“ jene Kräfte, die — größtenteils mit der Faust im Hosensack — sich gegen Militärlieferungen im Gange sind. Hier hatte also der zentralamerikanische Einigungsprozeß sowie die tendenzielle lateinamerikanische Solidarität bewirkt, die Reagan-Administration in einem ihrer Lieblingsprojekte auch national zu isolieren.

Die Rahmenbedingungen

Die USA finanzieren seit Jahren in steigendem Ausmaß die Contra. Trotzdem hat die Söldnertruppe seit 1985 jegliche strategische Perspektive auf einen Sturz der Sandinisten und die Liquidierung des revolutionären Projekts verloren.

Die jahrelangverfolgte Strategie der Einnahme einer Stadt und der Ausrufung einer Alternativregierung zur Erlangung internationaler Anerkennung ist gescheitert. Sabotageakte

größeren Ausmaßes zur nachhaltigen Störung des öffentlichen Lebens wurden meist rechtzeitig aufgedeckt und vereitelt. Mit der militärischen Offensive „Operation Danto“ im März d.J. wurde auch dem Letzten klar, daß das Sandinistische Volksherr (EPS) in der Lage ist, der Contra existenzbedrohende Niederlagen beizubringen. Diese Operation löste bei den Chefs im Weißen Haus Angst um ihre teuren Lieblinge aus. Sie erfanden die Mär von der sandinistischen Invasion in Honduras und flogen 3.500 Marines als Hilfstruppen ein, zum Erstaunen und Ärger vieler Honduraner, die — bis hin zum Verteidigungsminister — von der angeblichen Invasion der Sandinisten nichts wußten.

Eine äußerst bedeutsame Schwächung der Contra-Position zeichnete sich seit Jahren an der Atlantikküste ab: Seit 1985 waren die Sandinisten immer erfolgreicher mit ihren Versuchen, sich mit der Misquito-Contra auszusöhnen und sie für den Autonomie-Dialog zu gewinnen. Als symbolische Figuren für diesen Prozeß können die Brüder Pantin gelten: Eduardo, der 1985 als erster Chef einer Misquito-Einheit Kontakte zum EPS knüpfte und prompt auf CIA-Weisung liquidiert wurde. Sein Bruder Maximo vollzog nur kurze Zeit nach den Unterzeichnungen von SAPOA den entscheidenden Schritt: Mit 400 YATAMA-Kämpfern unterstellte er sich dem sandinistischen Heer.

Damit ist die Misquito-Front zusammengebrochen — im wesentlichen ein Erfolg der Verhandlungsinitiative unzähliger EPS-Einheiten, denen regional begrenzte Waffenstillstandsabkommen gelangen. Parallel dazu wurde das Autonomie-Projekt vorangetrieben. Die Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung in diesem Prozeß bauten ebenso Vertrauen auf wie die Zusagen, daß Misquito-Kämpfer amnestiert und aus Honduras zurückkehrende Familien nicht mit Repressalien belegt werden. So setzte neben dem Abbröckeln der militärischen Front eine Rückkehrwelle aus Honduras ein, die zuletzt nach den Aussagen von Maximo Pantin vom honduranischen Heer blutig gestoppt wurde.

Als Sapoa begann, konnten Calero, Bermudez und Komplizen die Misquito-Verbände als kämpfende Partner bereits abschreiben. Zweifellos wurden für Nicaragua in den letzten Jahren die wirtschaftlichen und sozialen Lasten unerträglich hoch: 1979 übernahmen die Sandinisten als Erbe Somozas eine zerrüttete Wirtschaft und geplünderte Staatskassen. Seit 1982 frist der Krieg gegen die US-gelenkte Contra gut die Hälfte des Staatshaushalts. Stornierungen von Entwicklungshilfe (z.B. BRD) und US-Handelsembargo seit 1985 sind Beispiele gezielter Anschläge auf die nicaraguanische Wirtschaft.

Die sozialen Kosten dieses Krieges sind für Nicaragua verheerend. Tote, Verstümmelte, Kriegspsychosen sind zur Alltagsrealität geworden. Tausende von Bauern wurden zu Kriegsflüchtlingen, Tausende von Kindern zu Waisen. Der Alltag ist geprägt von sinkenden Reallöhnen; von der alltäglichen Mühe, die knappen billigen Lebensmittel zu ergattern, sich Geld zu verschaffen, um auf dem „freien“ (schwarzen) Markt etwas einkaufen zu können; von miserablen Verkehrs- und Transportbedingungen; von Mangel an Saatgut; von der Angst vor der Contra und der Sorge um die Verwandten an der Front.

Die Anspannungen gehen vielen über die Kräfte; die Notwendigkeiten verleihen aber genauso die Kraft durchzuhalten. Die Masse des Volkes, die Leidtragenden des Krieges, sind zugleich diejenigen, die ein strategisches Interesse an der Verteidigung der nicaraguanischen Revolution haben. Weil viele von ihnen während der sieben Jahre Contra-Krieg erheb-

liche Klarheit über die „Alternativen“ zur sandinistischen Revolution gewinnen konnten, werden auch die Opfer gebracht — nicht heroisch, mit Zähneknirschen. Sie wollen leben, nicht opfern. Trotz dieser angespannten Situation fanden die rechten Gewerkschaften — beraten durch die US-Botschaft — kaum 800 Arbeiter, die sich zum Streik für höhere Löhne organisieren ließen.

Auf dieser Grundlage konnte die Regierung trotz des Krieges an vielen Fronten eine relative „Normalität“ des innenpolitischen Lebens garantieren. Auch die schwierigen Situationen haben nicht das bewirkt, was — angeführt von der US-Regierung — viele ausländische Politiker und Journalisten herbeireden und -zuschreiben sich bemüht: daß die nicaraguanische Innenpolitik keine demokratischen Züge trage, vielmehr kommunistisch-diktatorisch mit Kriegs- und Notstandsmaßnahmen das gesellschaftliche Leben weitestgehend reglementierte und der Staatsräson unterwerfe. So wurden inmitten der Kriegssituation Wahlen durchgeführt. Sämtliche politischen und gremialen Organisationen existieren legal. Selbst das Sprachrohr der „gegnerischen kriegsführenden Macht“, „La Prensa“, kann wieder erscheinen und ein katholischer Würdenträger namens Peña wurde, obwohl der direkten Kollaboration mit der Contra sowie des Transports von Sprengstoff, Waffen und Propagandamaterial der FDN überführt, nach vier Wochen Haft auf freien Fuß gesetzt.

Sapoa — Sieg oder Ausverkauf der Revolution?

Die Übereinkommen vom 23. März in Sapoa haben hier in Nicaragua überrascht. Wir hatten nicht mit so konkreten Ergebnissen gerechnet. Sapoa hat in Nicaragua trotz aller Sehnsucht nach Frieden keine Euphorie ausgelöst. Die Sandinisten haben die Verhandlungen unter den oben abgehandelten Aspekten initiiert: auf der Grundlage militärischer Stärke und innenpolitischer Stabilität; aus der Einsicht in die wirtschaftlich finstere Lage und in die physisch-psychischen Belastungen vieler Teile der Bevölkerung.

Welches sind die Interessen der Beteiligten in diesem Friedensprozeß?

1. Die nicaraguanische Regierung verfolgt das Ziel, die Auseinandersetzungen mit der Reaktion und dem Imperialismus von der militärischen auf die politische Ebene zu verschieben. Für die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit der Reaktion setzen die Sandinisten auf die politische Klarheit der Bevölkerung, zumal diese Auseinandersetzung nicht jetzt erst beginnt, sondern auch schon während der Kriegsjahre geführt wurde.

2. Die Contra ist in eine Sackgasse geraten. Nach sieben Jahren Krieg stehen sie heute schlechter da denn je. Esquipulas und die strikte Einhaltung der Übereinkünfte durch die nicaraguanische Regierung entzogen der Contrafinanzierung die Legitimation. So mußten deren Führer, um weitere Finanzierungen durch den US-Kongreß zu erhalten, zumindest formal auf Verhandlungen eingehen. Die Operation „Danto“ legte die militärische Schwäche der Contra bloß. Jetzt versucht die Contra, am Verhandlungstisch das zu erreichen, was sie militärisch nicht erreichen konnte: die Beteiligung an der Macht.

3. Die Reagan-Administration ist vor acht Jahren mit dem Versprechen angetreten, die sandinistische Regierung zu stürzen. Dieses Projekt ist gescheitert. Ein Friedensabkommen mit eben dieser Regierung würde das Scheitern ihrer Politik deutlich sichtbar machen, was angesichts der anstehenden Wahlen in den USA den Republikanern Nachteile

brächte. Ihr Interesse ist es, zumindest den Status Quo bis über die Wahlen aufrechtzuerhalten, jegliche Friedensbemühungen zu sabotieren und so das Problem der nächsten Administration zu überlassen.

Betrachten wir die Zugeständnisse seitens der Sandinisten: Die Frage, ob man mit der Contra direkte Verhandlungen führt oder nicht, auch die möglichen Verhandlungsorte sind formale Punkte, die in der entsprechenden Situation aufgegeben werden konnten, da sie die Grundlagen des revolutionären Prozesses nicht in Frage stellen. Sie dienen dazu, Dynamik in den Prozeß zu bringen.

Amnestie für Contras und Guardias und deren gesellschaftliche Integration sind die Punkte, mit denen die revolutionäre Basis die meisten Schwierigkeiten hat. Die Greuelthaten sind noch allzu stark im Gedächtnis. Die Amnestie wird aber akzeptiert, da es logisch ist, daß man der Contra einen Ausweg aufzeigen muß — Integration in die Gesellschaft. Da es sich hier aber in der Tat um eine substantielle Frage handelt — einige tausend Konterrevolutionäre, die ja erneut bewaffnet und wieder gegen die Revolution eingesetzt werden könnten — wird dieses Zugeständnis von der definitiven Beendigung des Krieges und Auflösung der Söldnertruppe abhängig gemacht. Im übrigen wird die Freilassung der Exmitglieder der Guardia Nacional vom Gutachten und der Entscheidung des interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes abhängig gemacht.

Konsequenzen von Sapoa

Obwohl Sapoa zunächst einmal „nur“ ein Waffenstillstand auf 60 Tage bedeutet, hat sich daraus eine rasante Dynamik entwickelt. Teile der Contra sitzen in den sieben in der Akte von Sapoa festgelegten Zonen und werden zum Großteil vom EPS mit Lebensmitteln versorgt. Was auf den ersten Blick wie eine Zuminutung erscheint, daß man der Contra die Gelegenheit gibt, sich auszuruhen und zu reorganisieren, läuft in der Praxis jedoch in einer anderen Richtung ab. In allen Zonen gibt es Kontakte zwischen EPS und Contra. Auf örtlicher Ebene laufen Verhandlungen und Gespräche, und viele Contras haben zum ersten Mal Gelegenheit, sich mit dem revolutionären Projekt auseinanderzusetzen. Diese politisch-ideologische Offensive zeigt ihre Wirkung in den Reihen der Contra. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Contra-Führung solche Kontakte untersagt hat.

Gleichzeitig wird auf allen politischen Ebenen deutlich gemacht, daß im Falle des Scheiterns der Verhandlungen die totale Mobilisierung ansteht. Der Contra droht dann eine Daueroffensive, die die vernichtenden Auswirkungen der Operation „Danto“ weit übertreffen wird. Man ist fest entschlossen, den Krieg zu beenden.

Die Widersprüche innerhalb der Contra sind sichtbar aufgebrochen, nachdem das einigende Element, die gesicherte Finanzierung durch die USA, ausgefallen ist. Die Reagan-Administration und der CIA versuchen in dieser Situation mit allen Mitteln, ihre getreuen Gefolgsmänner aus der alten Somoza-Guardia mit Enrique Bermudez an der Spitze als Rückgrat der Contra zu stabilisieren. Bei Teilen der eigenen Leute sind diese Contra-Führer jedoch längst wegen Korruption und anderer selbstsüchtiger Machenschaften disqualifiziert. Der innere Krieg um die Vorherrschaft wird mit harten Bandagen ausgefochten. Erpressung, Entführung und Verschwindenlassen gehören zum Repertoire.

Die Gespräche mit dem EPS auf der einen und die Machtkämpfe der Contra-Führer auf der anderen Seite veranlassen immer wieder klei-

nere Contra-Trupps, die Waffen niederzulegen und das Amnestiegesetz in Anspruch zu nehmen.

In den letzten Tagen zeichnet sich jedoch auch ein verstärkter Rückzug von Contra-Einheiten nach Honduras ab, da dort die ersten, gegen die Akte von Sapoa verstoßenden Versorgungslieferungen der US-Regierung eintreffen. Bis zu diesem Zeitpunkt können wir feststellen, daß die Verhandlungen folgende positive Ergebnisse gebracht haben:

1. Vertiefung und Ausnutzung der Widersprüche innerhalb der Contra;
2. weitere Schwächung der militärischen Schlagkraft der Contra;
3. Zerstörung der mit großem propagandistischem Aufwand geschaffenen „Salonfähigkeit“ der Contra;
4. ein weiterer Schritt in der Abwehr von Versuchen, Nicaragua international politisch zu isolieren;
5. Entlarvung und Isolation der kriegstreiberischen Reagan-Administration.

Eskalation ist möglich

1. Der Waffenstillstandsvertrag galt offiziell bis zum 30. Mai. Die vereinbarten weiterführenden Verhandlungen wurden von der Contra systematisch verschleppt. Heute blicken wir auf zwei Monate Waffenstillstand zurück: Genereller Waffenstillstand, Verschnaufpause für die Bevölkerung, Skepsis gegenüber Hoffnungen, aufrechterhaltene Verteidigungsbereitschaft; Zahlreiche Opfer der inzwischen bekanntwerdenden Brüche der Waffenruhe durch die Contra: 44 Tote, 85 Verletzte, 276 Verschleppte, Vergewaltigte.

2. Die Verhandlungen werden seit dem 25. Mai fortgesetzt. Die Verhandlungsführung bei der Contra haben die Ultras um den Alt-Somozisten Bermudez übernommen, von Shultz und Abrams in dem Cupula-internen Kampf zum Sieger erklärt. Ihr Fundament für die Verhandlungen ist nicht Sapoa, sondern das US-Diktat: „Ein Spielchen der CIA mittels

der Contra zu präsentieren, damit am Ende der sandinistischen Regierung der Wille zum Waffenstillstand abgesprochen werden kann...“, wie der zu Verhandlungsbeginn mit ein paar Leuten übergewechselte Contra „Comandante Alfa-Lima“ ausführte. Es zeichnet sich immer schärfer ab, daß die USA das Ziel verfolgen, ihr Contra-Projekt durch fruchtloses Verhandeln bis über den Zeitpunkt der US-Präsidentenwahl hinüberzuziehen.

3.) Das revolutionäre Projekt steht auf dem Spiel. Wenn die Verhandlungen scheitern, ist mit der sandinistischen Großoffensive zu rechnen. Mit der Offensive steigen die Gefahren nicht nur für die Contras: Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges der „higher intensity“ gegen Nicaragua und in der gesamten Region nimmt zu. Eine Eskalation ist möglich, über deren Ausprägung wir hier keine Prognose wagen.

4. Nicaragua tut das Seine... Fundierte Verhandlungstexte und Vereinbarungsvorschläge für einen schrittweisen Friedensschluß liegen auf den Tischen der Contra; Lokale Gespräche zwischen EPS und Contra finden weiterhin statt; Soldaten des EPS erklären in entlegenen Gebieten den Campesinofamilien die Inhalte und den Stand der Verhandlungen; Freiwillige melden sich zum Heer; Reservisten werden mobilisiert; Frauen bilden im Norden eigene militärische Einheiten.

5. ...tun wir das Unsre! In der BRD gibt es viele, die die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika und die revolutionäre Entwicklung in Nicaragua mit ihren Erfolgen, Rückschlägen und Widersprüchen unterstützen. Wir rufen Euch auf, den Kampf Nicaraguas in dieser schwierigen Phase besonders zu unterstützen. Nicaragua unterstützen heißt die USA auf allen Ebenen angreifen! Der US-Imperialismus hat in der BRD Tausende von Stützpunkten: Macht dem Hauptfeind autonomer Entwicklungen in der Welt unsere gemeinsame Position klar: in Gedanken, Worten und Werken. Die Zeit drängt — Eskalation ist möglich! Managua, den 28.5.1988

Interview mit Ricardo Ribera (FMLN/FDR) Die Revolution ist der besonnenste Weg

FRAGE: Parallel zur Entspannung zwischen den USA und der UdSSR, dessen greifbarer Ausdruck bisher das Abkommen über die Abschaffung der Mittelstreckenraketen ist, haben sich die Initiativen zur Beilegung regionaler Konflikte verstärkt. Ich denke hierbei vor allem an Afghanistan, Angola, Kamputschea und auch an Mittelamerika. Siehst Du einen Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungen?

R. RIBERA: Die Fortschritte in Richtung einer Entspannung in der Welt sind sehr wichtig, sehr positiv. In diesem Bereich muß der internationale Druck für eine interne und regionale politische Konfliktlösung verstärkt werden.

Aber es muß sich noch herausstellen, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, effektive Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Es ist möglich, daß die USA versuchen, die Entspannung auf die Beziehung zwischen den Supermächten zu beschränken, während sie gleichzeitig ihre Aggressionen gegen die revolutionären Länder und die Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt verstärken. Erklärungen aus dem Pentagon, die höhere Ausgaben für konventionelle Waffen sowie die

Verschärfung des schmutzigen Krieges — der heute „Strategie der Konflikte niedriger Intensität“ genannt wird — ankündigen, lassen befürchten, daß genau das der Kurs ist, den der nordamerikanische Imperialismus einschlagen will.

FRAGE: Trägt der bewaffnete Kampf der Befreiungsbewegungen nicht zur Erhöhung der internationalen Spannungen bei? Bergen bewaffnete Konflikte durch die Einmischung der USA nicht die Gefahr einer Eskalation in sich, die zu einem Atomkrieg führen könnte? Erhält damit der Kampf für politische Lösungen von Konflikten nicht einen größeren Stellenwert?

R. RIBERA: Die FMLN besitzt weder Atomwaffen, noch plant sie, sie zu erwerben, noch sie einzusetzen — das ist offensichtlich. Ebenso wenig planen wir eine Invasion der Vereinigten Staaten noch eines anderen Landes.

Wir fordern, daß sich die ausländischen Militärberater aus El Salvador zurückziehen, daß die Militär- und Finanzhilfe, die die Fortführung des Krieges ermöglicht, eingestellt wird, und daß Waffenlieferungen aus dem Ausland beendet werden. Wir haben Maßnahmen zur inter-

nationalen Überprüfung der Einhaltung dieser Punkte durch beide Seiten vorgeschlagen.

FRAGE: Worin siehst Du die Ursachen für das Zustandekommen des Esquipulas-Abkommens? Ist es das Fehlschlagen der US-Interventionspolitik, die Kompromißbereitschaft der Sandinisten oder ihre Stärke, oder hat sich auf allen Seiten die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine militärische Lösung der Konflikte aussichtslos ist?

R. RIBERA: Wenn der Prozeß von Esquipulas II in den vergangenen 11 Monaten etwas deutlich gezeigt hat, dann, daß die Alternative entweder politische Lösung oder militärische Lösung falsch ist. Eine solche Alternative existiert nicht.

Die Revolution muß in einer ausreichend starken Position sein, um die Vereinigten Staaten zu einer politischen Lösung und zum Frieden zu zwingen. Die sandinistische Revolution konnte aus Esquipulas Nutzen ziehen und später mit den Vereinbarungen von Sapoá den Rahmen von Esquipulas überschreiten, weil sie ein deutlich günstigeres Kräfteverhältnis – politisch und militärisch – aufgebaut hat.

Der fehlende politische Wille der salvadorianischen Regierung, die Verpflichtungen von Esquipulas II zu erfüllen, steht in direkter Beziehung zum militärischen Gleichgewicht, das den Konflikt in El Salvador bis heute charakterisiert. Dieses Gleichgewicht zu unseren Gunsten zu entscheiden, ist eine unbedingt notwendige Voraussetzung, um die Verhandlungsbereitschaft des Regimes zu erzwingen und den direkten Einmischungsprozeß der USA in unseren internen Konflikt zu hemmen. Die FMLN intensiviert den politischen und militärischen Kampf während sie gleichzeitig auch den Kampf um den Dialog und die Verhandlung intensiviert.

FRAGE: Bietet das Abkommen die Möglichkeit einer Stabilisierung der sandinistischen Revolution? Welche Bedeutung hätte dies für Euren Kampf?

R. RIBERA: Die salvadorianische Befreiungsbewegung ist seit Jahren der erste Schützengraben für die Verteidigung des freien Nicaragua, indem sie mit ihrem Kampf die Einmischung der salvadorianischen Streitkräfte in die Aggression gegen das nicaraguanische Brudervolk verhindert.

Im Augenblick befindet sich die sandinistische Revolution in der Übergangsphase von der Zerschlagung der Aggression zu einer Konfrontation mit der ökonomischen Sperre und dem Wiederaufbau des Landes als vorrangige Aufgaben. Es ist jetzt noch dringender notwendig, die Kampagne „Nicaragua muß überleben!“ zu stärken.

Welche besseren Bedingungen für das Überleben Nicaraguas könnte es geben, als den Sieg der Revolution in El Salvador? Die richtige Lösung in dieser Phase ist: Nicaragua muß überleben, El Salvador muß siegen!

FRAGE: Der Krieg in El Salvador dauert mittlerweile acht Jahre. Dem US-Imperialismus ist es nicht gelungen, die FMLN/FDR zu zerschlagen. Gleichzeitig zeichnet sich aber trotz eines Kräftezuwachses für die Befreiungsbewegung kurzfristig kein Sieg für die FMLN/FDR ab. Wie sehen unter diesen Bedingungen Eure Ziele aus? Kämpft Ihr für die Beendigung der bewaffneten Konflikte, d.h. für eine Lösung, die demokratische Freiräume für eine Fortsetzung der Auseinandersetzungen auf politischer Ebene erlaubt, aber keine Machtübernahme der FMLN/FDR beinhaltet? Oder setzt Ihr den bewaffneten Kampf bis zum Sieg fort?

R. RIBERA: Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß unsere Fortschritte im politischen Kampf, im diplomatischen Bereich, in der Bündnispolitik, im Kampf der Massenbewegung, im Kampf für den Dialog und Verhandlungen direkt von unseren Fortschritten auf militärischem Gebiet abhängen. In dem Maße, in dem wir militärisch stark sind, stellen wir eine zweite Macht dar, haben wir uns zu einer realen Alternative entwickelt, zu der Alternative, und haben sich uns neue Möglichkeiten für die anderen Formen des Kampfes eröffnet, einschließlich der Politik der nationalen Übereinkunft und der ausgehandelten Gesamtlösung des Konfliktes. Vietnam kämpfte mehrere Jahrzehnte lang und siegte. Nicaragua kämpft praktisch seit 1979 und hat im wesentlichen bereits gesiegt. In El Salvador kämpfen wir gegen den Imperialismus und gegen seine Möglichkeiten in dieser Art von irregulärem Krieg (gegen seine Strategie, seine Technologie usw.).

Unter den Bedingungen, wie wir sie haben, ist es, logischerweise, ein schwerer und harter Kampf. Wir sind jedoch nach wie vor der Meinung, daß die Revolution der besonnenste Weg ist. Diejenigen, die El Salvador als Beispiel nehmen wollen, um zu beweisen, daß der reformistische Weg, der friedliche und langsame Weg, besonnener ist, befinden sich im Irrtum. Die Geschichte – die unsrige und die ihrige – wird uns Recht geben.

FRAGE: Wie Nicaragua zeigt, sind der Vertiefung der Revolution in Richtung Sozialismus aufgrund der geostrategischen Lage, der Unterentwicklung und der weltwirtschaftlichen Bedingungen enge Grenzen gesetzt. Dies läßt sich auch bei anderen sozialistisch orientierten und sozialistischen Staaten nachweisen (Afghanistan, Angola, Mosambik, Kamputscha und

Vietnam). Welche Folgen hat dies für Eure Vorstellungen über die Revolution in Eurem Land, z.B. für die Bündnispolitik im Innern und auf internationaler Ebene und was die Etappen des revolutionären Prozesses angeht?

R. RIBERA: Manchmal scheint es, daß jeder Kontinent die Welt durch seine Brille sieht. Wir, von Lateinamerika aus, sehen die Dinge weniger düster. Wir glauben, daß es der Imperialismus ist, der Rückschritte macht, und immer isolierter und defensiver ist. Das ist an der allgemeinen Tendenz zu beobachten (allein ein Blick auf die politische Weltkarte seit Ende des 2. Weltkrieges genügt, um das zu bestätigen), aber auch an der aktuellen Situation (Welche Erfolge hat die Außenpolitik der aggressiven Reagan-Administration erzielt?).

Die Anwendung der Methode einer „konkreten Analyse der konkreten Situation“ in jedem Land würde uns sicher ein wirklichkeitsnäheres Bild vermitteln, als eine Reihe von Ländern aus drei verschiedenen Kontinenten in einen Topf zu werfen. Heute, gegen Ende der 80er Jahre, stellt sich die Situation für uns günstiger dar, die Möglichkeiten und internationalen Spielräume sind breiter, als sie beispielsweise für Kuba und Vietnam am Tag nach ihrem Sieg waren.

Was den salvadorianischen Prozeß angeht, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich um einen sozialistischen Revolutionsprozeß handelt, der zuerst eine Phase der demokratischen Revolution, antilögarisch und anti-imperialistisch, durchläuft. Zwei Phasen, eine einzige Revolution. Wir glauben, daß das, objektiv gesehen, der Prozeß ist. Wir reden hier nicht von unseren Ideen und Wünschen.

Gemäß der gegenwärtigen Etappen haben wir die Notwendigkeit erkannt, uns für eine Politik der gemischten Ökonomie, des politischen Pluralismus und einer blockfreien Außenpolitik zu entscheiden.

Wir sind, was die Regierung und das Programm betrifft, sehr flexibel, wie unser Vorschlag einer provisorischen Regierung breiter Beteiligung zeigt. Diese Regierung wird Ausdruck der Nationalen Übereinstimmung sein, die erreicht wird, um dem Krieg ein Ende zu setzen, die nordamerikanische Intervention zu stoppen und um eine Verlängerung des Konflikts zu verhindern. Wir schließen dabei keine Kraft aus, die in diesen unmittelbaren Minimalzielen mit uns übereinstimmen kann.

Der revolutionäre Volkskrieg hat eigentlich die Basis – sozial und politisch – von Bündnissen der Revolution verbreitet. Die Kräfte, die einige Punkte mit uns gemeinsam haben, sind heute zahlreicher, als zu Beginn des Krieges. Die Verlängerung des Krieges – die von den Vereinigten Staaten als Erfolg an sich betrachtet wird – hat sich schließlich gegen die Vereinigten Staaten selbst gerichtet. Statt die Revolution zu isolieren, haben sie sich selbst isoliert.

Die Revolution hat jetzt die Gelegenheit, ihre soziale Unterstützungsbasis zu verbreiten, indem sie eine Minimalplattform fördert, die die nationalistischen Bestrebungen und den Wunsch nach Frieden der nichtrevolutionären Sektoren aufnimmt, auch solcher Sektoren, die vorher für die Konterrevolution waren. Diese neuen Möglichkeiten spiegeln die größere Stärke der Revolution wider und nicht ihre Schwäche.

Für uns ist daher nicht die Radikalität oder Flexibilität eines Regierungsprogramms am wichtigsten, sondern die effektive Entmachtung der oligarchisch-imperialistischen Macht und ihre Ersetzung durch eine volksdemokratische Macht. In diesem Sinn sind die Aussichten für den Befreiungskampf in El Salvador klar und ihre Verwirklichung wird nicht sehr lange auf sich warten lassen.

Nicaragua

Interview mit Daniel Ortega

Mehr als politischen Spielraum werden wir der Contra nicht gewähren



Friedensgespräche: „Hallo... kann ich euch helfen?“

Ende Juni d.J. weilte der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega zum ersten offiziellen Staatsbesuch in Kuba. Dort wurde u.a. eine außerordentliche Hilfe in Höhe von 150 Mio \$ für Nicaragua vereinbart. Dazu gehört ein Schuldennachlaß von 50 Mio \$ und die Lieferung von 90.000 t Rohöl in den nächsten drei Jahren. Anlässlich dieses Besuches äußerte sich Ortega in einem Interview zu den Verhandlungen mit der Contra, zur Kompromißbereitschaft und zum Charakter der Revolution sowie zu den jüngsten Wirtschaftsmaßnahmen seiner Regierung.

FRAGE: Die konterrevolutionäre Führung hat gesagt, daß Sapoá (vorläufiger Waffenstillstand zwischen der nicaraguanischen Regierung und den Contras vom 23. März d.J.; d. Red.) gestorben ist. Trotzdem besteht Nicaragua darauf, die Verhandlungen für einen endgültigen Waffenstillstand wiederaufzunehmen. Wie sehen Sie den Verhandlungsprozeß?

D. ORTEGA: Dieser ist dem, was der Contadora-Prozeß war, ähnlich geworden. Die Contadora (für die Vermittlung in der Mittelamerikakrise formierte Staatengruppe, der Mexiko, Panama, Kolum-

lungsprozeß über Mittelamerika sprechen. An erster Stelle steht der Contadora-Friedensplan. Danach folgt der Esquipulas-Plan (regionales Friedensabkommen vom August 1987; d. Red.) und das Abkommen von Sapoá. Sie sind Teil einer umfassenden lateinamerikanischen Anstrengung, einen Verhandlungsfrieden für den Krieg zu suchen, den die USA Nicaragua aufgezwungen haben. Die USA behaupten heute hartnäckig, daß Sapoá gestorben sei. Wir meinen, daß die USA den Vorschlag von Sapoá nicht durch ein Dekret zerstören kön-



nen. Der Friedensplan ist eine Verpflichtung, die von der Regierung Nicaraguas und der Führung der Contra eingegangen wurde. (...) Es ist logisch, daß die USA ein Scheitern von Sapoá erzwingen wollen. Deshalb lehnt die Contra es ab, die Verhandlungen im Rahmen von Sapoá fortzusetzen.

Die USA betonen das in aller Offenheit. Die Reise von Shultz (der US-Außenminister besuchte Ende Juni d.J. die mittelamerikanischen Staaten mit Ausnahme Nicaraguas; d. Red.) dient dazu, neue Bedingungen zu schaffen, um die militä-

rischen Aktionen gegen Nicaragua fortzusetzen. Dazu gehört auch ein direktes Eingreifen nordamerikanischer Truppen, eine Option, auf die sie nicht verzichtet haben. (...)

Man muß in Rechnung stellen, daß die Reagan-Administration nicht nur Ressourcen, sondern auch das Prestige des US-Präsidenten selbst in diesem Krieg gegen Nicaragua eingesetzt hat. Daher will der Präsident nicht, daß die nicaraguanische Revolution (...) weiterexistiert, wenn er das Weiße Haus verläßt. Das Maximum, das sie anstreben, ist eine militärische Intervention gegen Nicaragua, wobei sie einen günstigen Augenblick suchen, um ihre Truppen loszuschicken. Und das Minimum ist, ... Militärlieferungen für die Contra bewilligt zu bekommen, und damit die neue Administration in die Pflicht zu nehmen.

FRAGE: Comandante, es besteht noch immer die Möglichkeit, daß auf dem Wege der Verhandlungen in Nicaragua der Frieden erreicht wird. Was würde sich für die sandinistische Revolution ändern, wenn dies gelänge?

D. ORTEGA: Was die nicaraguanische Revolution wirklich tut, ist, den bewaffneten Gruppen einen politischen Spielraum anzubieten. Bis dahin reichen die Zugeständnisse, die die nicaraguanische Revolution machen kann, wenn sie größere Opfer des nicaraguanischen Volkes vermeiden will.

Aber das eigentliche Wesen der nicaraguanischen Revolution besteht darin, eine Revolution mit sozialistischer Orientierung durchzuführen. Sie befindet sich in einer Etappe, in der ein gemischtes Wirtschaftssystem und politischer Pluralismus bestehen und wir uns als Entwicklungsland innerhalb der Bewegung der Nichtpaktgebundenen befinden. Somit sind drei Elemente Teil dieses revolutionären Prozesses, der einer klaren sozialistischen Orientierung folgt.

Dies hat auch die nordamerikanische Administration verstanden, die ihr ganzes Feuer gegen Nicaragua gerichtet und konzentriert hat, um die nicaraguanische Revolution als das Beispiel, das sie

Sonderheft 3/1988

SCHULDENKRISE und IWF-Kampagne

Die Verschuldung ist kein **MODETHEMA**
 ● Exemplarisch: **AFRIKA** und **LATEINAMERIKA** ● Die **METROPOL** bleiben nicht **VERSCHONT** ● **ALTERNATIVEN** zur Verschuldung ● **DOKUMENTATION** von Lösungsansätzen ● Aufruf der **IWF/WELTBANK-Kampagne** ● **BÜCHER, MATERIALIEN** und **AKTIONEN** zum Thema

36 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

33% RABATT ab 10 Exemplaren

Vorauszahlung in Briefmarken (2,50 DM + 0,60 DM Porto) bei Bestellung eines Exemplares

Bitte Bestellkarte benutzen

DRITTE WELT 8-9/1988

DRITTE WELT 8-9/1988

für die lateinamerikanischen und besonders die Länder der mittelamerikanischen Region bedeutet, zu zerstören: (...)

Es ist das Beispiel und nicht so sehr die Eigenart und Charakteristiken der nicaraguanischen Revolution, was die nordamerikanische Regierung besonders beunruhigt... Deshalb versteifen sie sich darauf, das Beispiel auszuradieren, um die mittelamerikanischen und lateinamerikanischen Massen zu demoralisieren und zu demobilisieren... Dies gilt besonders für sehr entwickelte revolutionäre Kämpfe wie in El Salvador. (...)

FRAGE: Nicaragua hat unter einer Kriegs-, einer Überlebenswirtschaft

Widerstand geleistet. Wie ordnen sich die kürzlichen Wirtschaftsmaßnahmen der sandinistischen Regierung in diesem Zusammenhang ein. Was erwartet man von ihnen? (Am 15. Juni wurden die Löhne weit unterhalb der Inflationsrate angehoben, die Preise liberalisiert, die meisten Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs gestrichen und der Cordoba von 10 auf 80 für einen Dollar abgewertet; d. Red.)

D. ORTEGA: Die Wirtschaftsmaßnahmen sind Teil dieser Überlebens-, Kriegswirtschaft. Die Maßnahmen, die wir getroffen haben, dienen dazu herauszufinden, wie wir die knappen Ressourcen über das Land verfügt, besser verteilen können.

Wir hatten eine Politik umfassender Subventionen. Die führte zu einer sehr hohen Inflation und einem sehr großen Geldumlauf. Es gab eine sehr starke Spannung zwischen einem großen Geldumlauf und einem begrenzten Warenangebot. Dies wirkte sich u.a. auch negativ auf die wichtigsten Ziele der Revolution aus, diejenigen zu begünstigen, die die Hauptkräfte sind, d.h. die Kräfte, die sich der militärischen Verteidigung der Revolution verschrieben haben und die mit der Produktion und der Grundversorgung des Landes zu tun haben. (...)

Es sind Maßnahmen, die auf der einen Seite dazu dienen, eine bessere Zuord-

Die innere Front wird nicht geduldet

Wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes hat die nicaraguanische Regierung am 11. Juli d.J. den US-Botschafter Richard Melton und sieben weitere Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt. Die US-Regierung verwies daraufhin am folgenden Tag den nicaraguanischen Gesandten Carlos Tuneremann und sieben Botschaftsangehörige des Landes, obwohl Tuneremann auch bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) akkreditiert ist.

Anlaß für die Ausweisung der US-Diplomaten war eine gewalttätige Demonstration der rechten Opposition in dem 60 km südlich von Managua gelegenen Ort Nandaima. An ihr hatten auch zwei Angehörige der US-Botschaft teilgenommen.

Rund 3.000 teilweise mit Knütteln und Messern bewaffnete Personen waren am 10. Juli dem Aufruf der Contra-freundlichen Nicaraguanischen Demokratischen Koordination (CDN) gefolgt. Nach Steinwürfen gegen die Polizisten kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen die Sicherheitskräfte erstmals Tränengas einsetzten.

Ca. 50 Menschen, darunter 10 Polizisten, wurden verletzt. Während der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, Guillermo Fotey, erklärte, die Gewalttätigkeiten seien von den Sicherheitskräften ausgegangen, gab der Generalsekretär der CDN, Roger Gonzalez, zu, daß einige Demonstranten die Polizei „ständig provoziert“ hätten.

44 Personen wurden im Zusammenhang mit der Demonstration verhaftet. Vier führende Oppositionelle wurden zu sechs Monaten und 36 weitere Inhaftierte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am Tag nach der Demonstration hatte die nicaraguanische Regierung, neben der Ausweisung der US-Diplomaten, ein Sendeverbot für „Radio Católica“ und ein 14tägiges Erscheinungsverbot für die konterrevolutionäre Tageszeitung „La Prensa“ verfügt. Ihnen wurde vorgeworfen, zur Revolte angestiftet zu haben. Eine Woche später wurde auch „Radio Desperta“ geschlossen.

Die Absicht dieser Medien, die Spannungen anzukurbeln, wurde durch mehrere Falschmeldungen deutlich. So hatte „Radio Católica“ der Polizei eine „Schlächterei“ in Nandaima vorgeworfen. Und „La Prensa“ hatte auf einer Titelseite in der Woche zuvor gemeldet: „Ein sowjetisches U-Boot in Corinto“.

Nicaraguas Außenminister Miguel D'Escoto hatte dem US-Botschafter u.a. vorgeworfen,

daß er seine Aufgabe darin sehe, die Rechtsopposition „zu einer inneren Front zusammenzuschmieden, die die terroristischen Akte der Söldner ergänzen soll“. Diese Absicht der US-Regierung wurde in den letzten Wochen überdeutlich.

Nach der Torpedierung der Verhandlungen über einen endgültigen Waffenstillstand am 9. Juni d.J. und der Weigerung der Contras, sie wieder aufzunehmen, wurde zunehmend klar, daß die USA auf eine Fortsetzung des Krieges setzen. Auch die Mittelamerika-Reise des US-Außenministers George Shultz Ende Juni/Anfang Juli machte deutlich, daß die USA alles daran setzen, den Druck auf Nicaragua zu erhöhen.

Bereits im Juni d.J. sind verstärkt Contras von Honduras aus ins Land eingeschleust. Nach einem Treffen mit US-Außenminister Shultz am 30. Juni in Guatemala haben sie trotz des Waffenstillstands ihre Anschläge verstärkt. Nachdem Anfang Juli 12 Menschen durch eine Mine getötet wurden, starben bei Überfällen am 9. und 13. Juli weitere 11.

Auf der anderen Seite hat die innere Opposition ihre Aktivitäten ebenfalls verstärkt. Sie nutzt und überschreitet die durch das Sapoa-Abkommen gewährten Spielräume. Dies findet unter enger Abstimmung mit der US-Botschaft statt. Hier treffen sich ständig die Oppo-

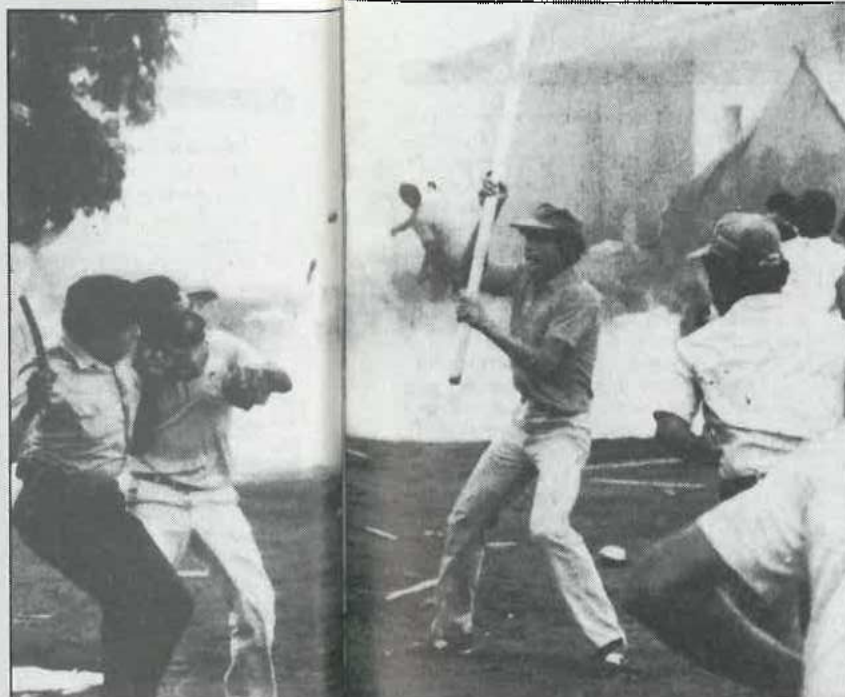
sitionsführer. Und der US-Botschafter oder andere Diplomaten nehmen an ihren Sitzungen oder Demonstrationen teil.

In Costa Rica waren Vertreter der Opposition außerdem Anfang Juli mit Shultz zusammengetroffen. Seitdem versuchen sie, nicht nur wie früher sich die katastrophale Wirtschaftssituation für ihre Agitation zunutze zu machen. Sondern sie fordern unisono – so auch auf der Demonstration in Nandaima – eine „Regierung der nationalen Einheit“ unter Einschluss der Contras.

Mit den jetzigen Maßnahmen haben die Sandinisten deutlich gemacht, daß politische Spielräume nur zum Preis der Beendigung des Krieges zu haben sind – selbst wenn dies die Chancen für eine Wiederaufnahme der Contra-Hilfe erhöht.

Die Fraktion der Republikaner im Senat hat bereits einen Gesetzesvorschlag in Vorbereitung, der die Bewilligung von 20 Mio \$ militärischer und 27 Mio \$ „humanitärer“ Hilfe vorsieht. Die Bewilligung dieser Gelder würde jedoch die vollständige Wiederaufnahme des Krieges bedeuten.

Ob dies die Reagan-Administration ihren Zielen näher bringen würde, kann bezweifelt werden, da die Contras durch Desertionen und Spaltungen schwächer ist als vor der Aufnahme der Waffenstillstandsgespräche. Nico Biver



Angehörige von Contra-Opfern fordern von Kardinal Obando y Bravo die Verurteilung der Söldner

nung der knappen Ressourcen, über die das Land verfügt, anzustreben und sie hauptsächlich für die militärische Verteidigung und das Überleben vitaler Wirtschaftsbereiche zu verwenden.

Was bedeutet dies? Nun, daß einige Produktionsbereiche geopfert werden müssen, Produktionsbereiche, die notwendig sind. Aber da wir uns im Krieg befinden, können wir nicht alles aufrechterhalten. (...)

Mit dem Personal, das übrigbleibt, arbeiten wir politisch, um das Problem zu erklären und dann um herauszufinden, wie dieses Personal in die produktiven Zonen des Landwirtschaftssektors, des wichtigsten der nicaraguanischen Wirtschaft, gebracht werden und dort arbeiten kann.

Die Maßnahmen erlauben uns gleichzeitig, die Subventionen besser einzusetzen, da wir keine IWF-konforme Politik verfolgen. Sicherlich wenden wir einige Maßnahmen an, die sich im Rahmen der Marktwirtschaft bewegen. Aber das heißt nicht, daß sie einem kapitalisti-

schen Schema entsprechen.

Dies entspricht einfach der Realität der nicaraguanischen Gesellschaft, wo wir viele kleine Landbesitzer haben. Wir haben keine Großindustrie, sondern viele Handwerker. Dies hat uns dazu gezwungen, nach Wegen zu suchen, wie wir Produktionsanreize schaffen können, aber ohne auf die Subventionspolitik zu verzichten.

In diesem Augenblick haben wir angesichts dieser schmerzhaften Maßnahmen sofort eine Subventionspolitik für die Erziehung, die Gesundheit, für die Milch an die Kinder unter sechs Monaten, für die Zentren der kindlichen Entwicklung und für die kriegsverletzten Kinder beschlossen. Dafür geben wir Subventionen, die sich auf etwa 15 Mrd Cordobas belaufen. D.h. es sind Subventionen, die einen inflationären Effekt haben, aber auf die wir nicht verzichten können.

Das Wichtigste ist, daß wir die Subventionen lenken, daß diese Gruppen der Bevölkerung davon den Nutzen haben und daß die Subventionen nicht wie vorher fehlgeleitet werden, als das Risiko bestand, daß der Handel, besonders wenn es um Grundnahrungsmittel ging, die Subventionen einsteckte. Bei der eigentlichen Durchführung dieser Maßnahmen werden wir sehen, wie wir die Subventionen jenen produktiven Unternehmen und jenen sozialen Gruppen zuführen, wo wir diese Subventionen für unerlässlich halten.

Wir verfolgen unterdessen keine Politik, durch die wir die Fortschritte der Revolution opfern werden. Wir können keine großen Pläne machen, um die Sozialprogramme weiterzuentwickeln, nach denen das nicaraguanische Volk so sehr verlangt. (...)

Was die Grundprogramme angeht, sind wir entschlossen, sie zu bewahren, auch wenn wir sie nicht weiterentwickeln können, wie wir es wünschen. (...)

(Quelle: Granma, Havanna, 27.6.1988)

Esquipulas Frieden für Zentralamerika?



NEU!

Instituto Histórico Centroamericano
Mittelamerika zwischen Krieg und Frieden – Das Wechselspiel zwischen den Regierungen, den Völkern und dem Imperium.
Sonderausgabe der Zeitschrift Envío, Edition Nahua, Managua/Wuppertal 1988, ca. 100 Seiten, ca. 14,80 Best.-Nr. 202

Länderberichte zu Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica. In den einzelnen Länderberichten wird versucht, die unterschiedlichen Ausgangssituationen und die Kräfteverhältnisse zu analysieren. So ergibt sich ein genaues Bild über die Chancen eines Friedensprozesses in Mittelamerika, der in den Verträgen von Esquipulas II, die die fünf mittelamerikanischen Präsidenten am 7. August 87 unterzeichneten, eingeleitet wurde.

HINTERGRUND

Krisenregion Zentralamerika – Costa Rica – El Salvador – Guatemala – Honduras – Nicaragua.
Edition Nahua, Wuppertal 1985, 148 Seiten, DM 16,-, Best.-Nr. 169

Joseph Collins u.a.
Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua
Edition Nahua, Wuppertal 1986, 232 Seiten, DM 24,80, Best.-Nr. 172

Wulf Driessler u.a.
Garnison Honduras – ein bitterarmes Land im Griff des Pentagon
Edition Nahua, Wuppertal, April 1987, 216 Seiten, DM 32,80, Best.-Nr. 171

Jochen Hippler (Red.)
Das Modell El Salvador
Hrsg.: Informationsstelle El Salvador e.V., Edition Nahua, Wuppertal 1987, 128 Seiten, DM 16,80, Best.-Nr. 170

Zu beziehen über den linken Buchhandel oder direkt bei:

Edition Nahua

Postfach 101320 - 5600 Wuppertal 1
Fordern Sie auch unser ausführliches Gesamtverzeichnis an (über 150 Titel)

Zurück zur oligarchischen Militärdiktatur?

Ein Jahr nach Unterzeichnung des Esquipulas-Abkommens blockiert die salvadorianische Regierung weiterhin einen Dialog zur Beilegung des Konflikts. Ein erneuter Verhandlungsvorschlag der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Revolutionäre Demokratische Front (FMLN/FDR) vom 13. Mai d.J. war vom Duarte-Regime abgelehnt worden. Angesichts der Zerstrittenheit der Christdemokratie und der Parlamentsmehrheit der extremen Rechten sind die Erfolgsaussichten neuer Verhandlungsinitiativen gering.

Die Regierung Costa Ricas hat jetzt eine Initiative für die Wiederaufnahme des Dialogs gestartet.

Den diesbezüglichen Vorschlag gab der Außenminister Costa Ricas nach einem Treffen mit führenden Vertretern der FMLN/FDR bekannt. Danach soll in El Salvador eine Kommission gegründet werden, die den Dialog vorbereiten und aus Vertretern der Kirche, des Staates, der im Parlament vertretenen Parteien, der Armee und der FMLN/FDR zusammengesetzt sein soll.

Auch die Kirche El Salvadors ist im Juni d.J. mit einer neuen Initiative zum Dialog hervorgetreten, deren zentrale Idee ist, daß „der Frieden die Aufgabe aller“ ist. In diesem Sinne hat sie die 100 wichtigsten Organisationen des Landes dazu aufgerufen, ihre jeweiligen Standpunkte auszuarbeiten. Für August hofft man dann, eine Synthese dieser Meinungen erstellen zu können, die als Grundlage für einen Dialog-Mechanismus mit genau festgesetzten Zielen dienen soll. Die Demokratische Konvergenz, an der die in der FDR zusammengeschlossenen Parteien beteiligt sind, äußerte sich über diese Kirchen-Initiative zufrieden. Sie könne dazu beitragen, einen nationalen Konsens für eine Beendigung des bewaffneten Konflikts zu finden.

Der sozialistische Politiker Hector Oqueli hob hervor, daß es das Wichtigste sei, „den Frieden zu erreichen, unabhängig von allen ideologischen Differenzen“. Die vier grundlegenden Punkte, auf deren Basis die Demokratische Konvergenz gegründet wurde, sind: eine politische Verhandlungslösung, Wiederherstellung der nationalen Souveränität, wirtschaftliche und soziale Programme, die dem Volk dienen sollen, und die Errichtung einer wirklichen Demokratie. Der FDR-Politiker bekräftigte, daß eine Beteiligung der Demokratischen Konvergenz an den nächsten Präsidentschaftswahlen davon abhinge, inwieweit Demokratie- und Sicherheitsgarantien gegeben werden können, die ermöglichen, daß sich im Wahlprozeß eine echte Debatte über die Programme und Lösungsvorschläge jeder politischen Kraft entwickle.

Für die Wahlen hat die Rechte bereits ihre Kandidaten festgelegt, während die regierende Christdemokratie (PDC) immer noch an der Frage zerstritten ist, ob es Chavez Mena oder Rey Prendes sein solle. Die USA scheinen sich endgültig für ersteren entschieden zu haben und üben öffentlichen Druck aus, damit dessen Kandidatur offiziell anerkannt werde.

Daraufhin hat Rey Prendes Rechtsmittel beim Obersten Gerichtshof (der von der Nationalistischen Revolutionären Allianz (ARENA) dominiert wird) eingelegt, und droht damit, seine eigene Partei im Parlament zu boykottieren. Dafür verfügt er über die Unterstützung von 17 der 23 PDC-Abgeordneten.

Die Krise der Christdemokraten, vertieft sich in einer Situation wo diese ohne Ideen und ohne Chefs von Format dasteht. Mitte Juli d.J. kehrte der politisch und gesundheitlich schwer angeschlagene Präsident Duarte ins Land zurück. Duarte wurde in einem US-amerikanischen Krankenhaus an Krebsgeschwüren an der Leber und dem Magen operiert. Die dortigen Ärzte rechnen damit, daß er höchstens noch 6 oder 8 Monate zu leben hat.

Diese Tatsache hat den Kampf um seine Nachfolge zugespitzt; auch hat sich seine Stellung gegenüber der Armee und der rechten Opposition weiterhin geschwächt. Während der Minister für Kultur und Kommunikation bekanntgab, man könne nicht wissen, ob der Präsident in der Lage sein wird, sein Mandat zu beenden, schloß der Generalstabschef Blandon die Möglichkeit aus, Duarte könne noch in der Lage sein, wieder die Führung von Regierung und Armee zu übernehmen.

Innerhalb der Streitkräfte haben sich die Widersprüche ebenfalls verschärft. Der Verteidigungsminister Vides Casanova sah sich genötigt, Äußerungen des Generalstabschefs zu dementieren, der behauptet hatte, es existierten Pläne zu einem Staatsstreich. Er mußte jedoch bestätigen, daß „wir eben um einen Staatsstreich zu verhindern, Änderungen vor-

nehmen müssen, der jüngeren Generation (von Militärschefs) Zugang gewähren müssen“.

Die Militärs, die auf Posten in der Militärführung drängen, sind der Jahrgang der 1966 die Militärakademie verlassen hat. Zu diesem Jahrgang gehörten auch der Faschist d'Aubuisson und andere Offiziere, die entweder Mitglieder der ARENA-Partei sind oder mit ihr sympathisieren. Diese Partei hat wiederholt der derzeitigen Militärführung vorgeworfen, die Armee den Wünschen der Christdemokratie und der USA unterworfen zu haben, den Krieg um ihrer Korruption willen vorsätzlich zu verlängern und außerdem unfähig bei der Führung der militärischen Operationen zu sein. Ihre These vom „totalen Krieg“ gegen die Subversion und ihre Kritik an der Doktrin des „low-intensity warfare“ (Konflikt geringer Intensität, der die US-Berater folgen, um die Unterstützung, die die Bevölkerung der Guerilla gewährt, zu schwächen) werden heute von einem Großteil der Offiziere mit Truppenkommando geteilt.

Angesichts dieser Situation mußte die Armee tiefgehende Änderungen vornehmen, die die Vizeministerien für Verteidigung und für Öffentliche Sicherheit und die Kommandanten von fünf Brigaden und zwei Elitebataillonen einschließen. Weiterhin wurden 27 Oberste ausgewechselt. Diese Änderungen wurden wenige Stunden nach einem Gespräch zwischen US-Außenminister Shultz und General Blandon bekanntgegeben, in dem jener anscheinend die US-amerikanische Einwilligung zu diesem Schritt gegeben hatte.

Der fünfstündige Besuch Shultz' in El Salvador Ende Juni d.J. rief eine Welle von Demonstrationen und Protesten der Bevölkerung hervor, in denen das Ende der imperialistischen Intervention in den inneren Konflikt El Salvadors gefordert wurde. Die mit 25.000 Teilnehmern größte Demonstration wurde von den Universitätsstudenten organisiert. Sie fand am 30. Juni in der Hauptstadt statt. Die Gewerkschafter ihrerseits nahmen an einer kämpferischen Demonstration teil, zu der die Solidaritätskoordination der Werktätigen (CST), aufgerufen hatte. In ihrem Verlauf wurden neun Busse quer über die Straße gelegt, um die Poli-

zeiwagen aufzuhalten. Auf einer weiteren Demonstration, die von einer neu gegründeten politischen Arbeiterorganisation organisiert wurde, wurden außer zwei Autobussen eines ARENA-Führers auch mehrere Barrikaden abgebrannt.

Die neue Arbeiterorganisation nennt sich Bewegung für Brot, Boden, Arbeit und Freiheit (MPTL), und ruft diejenigen Gewerkschafter, die bereit sind einen frontalen, politischen Kampf gegen die Diktatur aufzunehmen, auf, sich ihren Reihen anzuschließen. Ihre politische Plattform, die von Botschaftern als die bisher radikalste der aktuellen Massenbewegung eingeschätzt wird, wurde am 15. Juni auf einer Massenveranstaltung bekanntgegeben, an der etwa tausend Leute, die die Gesichter mit roten Tüchern geschützt hatten, teilnahmen. Auf einer anderen Demonstration, die von der Föderation der Komitees von Angehörigen der Ermordeten, Verschwundenen und politischen Gefangenen (FECMAFAM) organisiert wurde, wurde gefordert, daß die Rechte von 72 Personen als politische Gefangene anerkannt werden, die zusammen mit kriminellen Häftlingen untergebracht sind. Die Demonstration wurde von Hunderten von Kindern begleitet, die Transparente mit der Aufschrift „Wir wollen

Trotz zunehmender Menschenrechtsverletzungen hat die Bundesregierung die Hilfe für das Duarte-Regime aufgestockt

unsere Väter zurück!“ (der 17. Juni ist Vaternacht) trugen und die Freilassung ihrer Familienangehörigen forderten.

Laut Daten der katholischen Kirche haben die Menschenrechtsverletzungen nach den Märzahlen, die die ARENA gewonnen hat (siehe AIB 5/1988, S. 10f.), enorm zugenommen. Der Journalist Pedro Rioseca schrieb in der kolumbianischen Zeitung „Semana“, daß es in El Salvador durchschnittlich einen Mord pro Tag gibt. Die Nationale Vereinigung der Landarbeiter (ANTA) gab bekannt, daß die Armee in den letzten drei Monaten 49 Mitglieder der Organisation verhaftet, drei ermordet hat und 21 „verschwinden“ ließ.

Die Gewerkschaften haben die Forderung nach Beendigung der Repression als Thema ihrer Demonstrationen und Streiks aufgenommen.

Die Streikbewegung hatte im Juni einen neuerlichen Höhepunkt zu verzeichnen, wobei besonders der Streik in der Firma CIRCA und der in den staatlichen Elektrizitätswerken CEL hervorzuheben ist. Die 3.500 Arbeiter der CEL traten am 15. Juni in den Streik. Sie weigerten sich, noch irgendwelche durch Sabotage ver-

ursachten Schäden zu reparieren, wenn nicht ihr Lohn um den Gegenwert von mindestens 60 \$ erhöht würde und ihnen die Elektrizitätswerke nicht Lebensversicherungen von 10.000 \$ für jeden Arbeiter zubilligten. Zwei Wochen später hatten die sich durch die Sabotage der FMLN anhäufenden Schäden die Stromversorgung in der Hauptstadt auf 20% reduziert. Am 3. Juli beendeten die Arbeiter den Streik angesichts der drohenden Militarisierung der Werksgebäude und der Drohung, Militärverfahren gegen die Streikenden zu eröffnen.

Drei Tage später legte die Militärführung dem Parlament das Gesuch vor, den Ausnahmezustand zu verhängen, was die Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte und die militärische Besetzung jedes Betriebes, in dem gestreikt würde, beinhaltet. Der Verteidigungsminister rechtfertigte die Maßnahme mit folgenden Worten: „Wir wissen, daß die Massenorganisationen des Terrorismus in naher Zukunft Gewaltaktionen durchführen werden.“ Das Gesuch der Militärs wurde vom Parlament, in dem die ARENA die absolute Mehrheit hat, positiv aufgenommen.

Die Bewilligung des Ausnahmezustandes würde ihnen einen legalen Deckmantel für die Repression geben und ein weiterer Schritt zum „totalen Krieg gegen die Subversion“ sein. Dabei würden die Versuche der USA, dem Regime eine soziale Basis zu verschaffen, einmal mehr scheitern.

Für viele Beobachter ist klar, daß die Situation in El Salvador, die bisher von den USA und der internationalen Christdemokratie als „Demokratisierungsprozeß“ dargestellt wurde, sich immer weiter in Richtung der alten oligarchischen Militärdiktatur entwickelt.

Dennoch hat das Regime in El Salvador von den USA die Zusage erhalten, daß die finanzielle Hilfe weitergeführt wird. Und aus Europa kommt die Nachricht, daß die „Entwicklungshilfe“ erhöht wird, die El Salvador seit 1984 von der Bundesrepublik bekommt.

Die Bundesregierung nannte die Ziffer 61,6 Mio DM; etwa 7 Mio mehr als im Vorjahr. Der sozialdemokratische Politiker Wischniewski bezeichnete diese Haltung als unverantwortlich. Gleichzeitig bezeichnete er El Salvador als das Land, das am wenigsten die Vereinbarungen von Esquipulas erfülle.

Die GRÜNEN forderten ihrerseits im Bundestag den Stopp der Hilfe, solange die Regierung El Salvadors nicht in einen ernsthaften Dialogprozeß eintrete und ihre Praxis der systematischen Menschenrechtsverletzungen nicht einstelle. (Quelle: El Salvador report, Bonn, Nr. 21/Juli 1988; monatliches Bulletin der FMLN/FDR in der BRD, Schumannstr. 13, 5300 Bonn 1)

Kehrt die Armee zur Massenmordpolitik vom Anfang der 80er Jahre zurück? (L): nach einer Krebsoperation hat Duarte Mitte Juli seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen





Losung gegen die Militärs an der San Carlos Universität: „Die Gorillas in den Zoo, die Menschen an die Macht.“

Franz Bushin

Tauziehen um den Dialog

Der Putschversuch rechtsradikaler Offiziere vom 11. Mai d.J. machte erneut deutlich, daß jegliche Bemühungen, eine politische Lösung des bewaffneten Konfliktes in Guatemala zu erreichen, vor allem in der Armee auf starken Widerstand stoßen. Dennoch zeigen die politischen Entwicklungen im Lande nach Unterzeichnung des Esquipulas-Abkommens vom August 1987, daß Chancen für eine Verhandlungslösung bestehen.

In dem seit 27 Jahren andauernden bewaffneten Konflikt gab es vom 7.-9. Oktober 1987 in Madrid erstmalig Gespräche zwischen Emissären der Regierung und Vertretern der guatemaltekischen Nationalen Revolutionären Einheit (URNG). Sie endeten mit einem allgemein gehaltenen gemeinsamen Kommuniqué, erbrachten aber keine direkten Ergebnisse.

Verschiedene Entwicklungen hatten diese Gespräche ermöglicht. Letztlich ausschlaggebend war die Unterzeichnung des Friedensabkommens von Esquipulas II durch die fünf mittelamerikanischen Präsidenten auf dem Gipfeltreffen in Guatemala-Stadt am 7. August 1987. Mit ihrer Unterschrift unter dieses Abkommen bekundete die guatemaltekische Regierung vor der internationalen Öffentlichkeit die Absicht, für einen

stabilen und dauerhaften Frieden in der Region und für eine Demokratisierung und Frieden nach innen einzutreten. Innenpolitisch waren für das Zustandekommen dieser Gespräche zwei Faktoren wichtig, die sich 1985 entwickelten. Einerseits gab es einen Wechsel von einem Militärregime zu einer Zivilregierung unter dem Christdemokraten Vinicio Cerezo, der während seiner Wahlkampagne einen Dialog in Aussicht gestellt hatte. Auf der anderen Seite wurde die Generalkommandantur der URNG gebildet, womit sich die URNG als einheitlicher Verhandlungspartner auswies. Seit Februar 1986 machte die URNG verschiedene Dialogangebote an die Regierung und erzeugte damit einen auf Verhandlungen gerichteten Druck.

Im Zusammenhang mit diesen beiden Faktoren gewann die Dialog-Forderung

in den letzten zweieinhalb Jahren in Guatemala an Gewicht, wie etliche Initiativen zeigen, die Verhandlungen zur Lösung des sozial verursachten internen Konflikts unterstützen. Sie entstanden innerhalb der Kirche, in der gewerkschaftlichen und Volksbewegung, in Teilen der im Parlament dominierenden Mitte-Rechts-Parteien, bei der kleinen sozialdemokratischen Partei, bei intellektuellen sowie Teilen des Unternehmertums.

Eine Veranstaltung des CEDEP-Instituts am 8.12.1987 zum Thema „Politische Öffnung: Guerilla-Regierung II“ mit Teilnahme von Vertretern verschiedener politischer und sozialer Sektoren brachte dies genauso zum Ausdruck wie die entsprechende Erklärung der guatemaltekischen Bischofskonferenz am 29. Januar d.J. und die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung anlässlich der 1. Mai-Feiern 1988. Auftrieb erhielten diese Initiativen durch den einwöchigen Besuch der im Exil lebenden Einheitsvertretung der guatemaltekischen Opposition (RUOG) in der zweiten Aprilhälfte in Guatemala-Stadt.

Als außenpolitische Rahmenbedingungen spielen die regionalen Verhandlungsprozesse sowie die Verstärkung der Entspannungspolitik auf dem internationalen Parkett eine wichtige Rolle für das Zustandekommen des Treffens zwischen Regierung und URNG in Spanien.

Die Madrider Gespräche sind allerdings eine zunächst dünne Basis und nur ein erster Anknüpfungspunkt auf dem schwierigen Weg, zu konkreten und verifizierbaren Verhandlungsergebnissen zu kommen. Für die Aussichten weiterer Kontakte zwischen Regierung und URNG ist die Skizzierung der Positionen der beiden Verhandlungsseiten wichtig. Die Vorschläge der URNG für einen Dialog drehen sich um folgende Punkte: die volle Achtung der Menschenrechte; die effektive und verifizierbare Umstrukturierung der repressiven Sicherheitsapparate; Aufklärung der Menschenrechtsverbrechen; Beseitigung der Strukturen zur Kontrolle der Bevölkerung (Zivilpatrouillen/Modelldörfer); Einberufung eines nationalen Dialogs unter Einbeziehung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, um die Grundlage für eine nationale Vereinbarung zu schaffen, die die Herstellung von Frieden und Demokratie sowie die unabhängige Entwicklung des Landes garantiert. Als erster Schritt soll die Humanisierung des Krieges vereinbart werden; in diesem Zusammenhang erklärt sich die URNG zu einem Waffenstillstandsabkommen bereit (siehe AIB 1-2/1988, S. 49).¹

Die politische Position der URNG läßt „sich in dem Wunsch zusammenfassen, daß alle ehrlichen Guatemalteken an dem Prozeß mitwirken, der es erlaubt,

daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des Volkes der Institutionalität einverleibt werden“.² Dies bedeute nicht, daß sich die URNG ergebe, oder daß sie die Waffen niederlege bzw. ihre Operationsgebiete verlasse. Es bedeute, daß der erste konkrete Schritt ein vereinbarter Waffenstillstand ist.

Kurz vor seiner Wahl sagte Cerezo in einem Interview, daß man den Frieden durch Verhandlungen mit der Guerilla suchen kann, allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Regierung bewiesen habe, daß sie die Achtung von Gesetz und Menschenrechten garantieren kann.³ Im Oktober 1986 wiederholte Cerezo auf seiner Europareise seine Bereitschaft zum Dialog, die er allerdings 1987 an die Bedingung knüpfte, daß die Guerilla erst ihre Waffen niederlegen müsse. Als Vermittlungsinstanz sieht die Regierung Cerezo die Nationale Versöhnungskommission (CRN) an, wie es im Esquipulas II-Abkommen vorgesehen ist. Andere Vermittlungsangebote, z.B. von der Kirche, wurden von der Regierung abgelehnt.

In einem Interview Ende März d.J. erläuterte Cerezo, daß die Regierung von der Guerilla nicht fordere, sich zu ergeben, massenhaft die Waffen abzuliefern und daß die Guerilleros verurteilt werden. Ferner sagte er dort, daß die Gespräche mit den bewaffneten Gruppen in zwei Etappen erfolgen sollten: einer Willenserklärung der URNG, am politischen Leben zu partizipieren; die möglichen Formen der Reintegration in das politische Leben würden mit der CRN zu diskutieren sein. Nach diesen Schritten sei ein direkter Dialog zwischen Regierungsbehörden und Aufständischen möglich; in einer zweiten Phase eine Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen über Themen wie Agrarreform, Reorganisation der Sicherheitsinstitutionen, Zivilpatrouillen anfangen.⁴

An anderer Stelle sagte die stellvertretende Generalsekretärin der christdemokratischen Regierungspartei, Catalina Soberanis, daß darüber nachgedacht werden müsse, wie ein nationaler Dialog als multisektorales Forum organisiert wird

Delegation der Einheitsvertretung der guatemaltekischen Opposition (RUOG), die vom 18.-24. 4. 1988 in Guatemala weilte (v.l.n.r.): R. Molina, M. Torres, R. Menchu, R. Castillo, F. LaRue



und wie die Freiräume für mehr Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere auf dem Gebiet politischer Parteien, erweitert werden können. Bei derselben Gelegenheit sagte sie, daß die Gespräche Regierung-URNG fortgesetzt werden müßten, um zu einer Humanisierung des Krieges und einer Flexibilisierung der Amnestie zu kommen.⁵

Nimmt man die Äußerungen dieser wichtigen VertreterInnen der christdemokratischen Regierungspartei (die nicht alle Flügel der Partei repräsentieren) sowie die konkreten Vorschläge der URNG, die keine Maximalforderungen enthalten, zur Grundlage, so sind Einigungen auf wesentlichen Teilgebieten wie dem der Menschenrechte und der politischen Partizipation möglich.

Im gesellschaftlichen Kräftefeld Guatemalas spielen indes die Militärs eine dominante Rolle. Ihre Macht und die der dahinterstehenden Interessen sind weder durch die Verfassung von 1985 noch durch die Wahlen 1985 gebrochen oder entscheidend eingedämmt worden. Fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen und Bevölkerungskontrolle gehen auf ihr Konto. Die Streitkräfte als Institution fordern, daß die Guerilla die Waffen niederlegt und die Amnestie annimmt. Andernfalls gäbe es keine Gespräche.

Rechtzeitig zu den Madrider Gesprächen begannen die Streitkräfte die großangelegte Offensive „Fin de Año“ in den Hauptkonfliktzonen, vor allem in Quiché. Diese Offensive wurde, da sie das Ziel der entscheidenden Schwächung der Guerilla nicht erreichte, bis in das Frühjahr fortgesetzt, ohne jedoch ein vorzeigbares Ergebnis aufweisen zu können.

Die beste Illustration für den gegenwärtigen Zustand der Streitkräfte ist die gescheiterte Militärrevolte vom 11. Mai 1988. Die Regierung und die Militärspitze unter Verteidigungsminister Hector Gramajo wurden durch den Putschversuch einer Gruppierung innerhalb der Streitkräfte, die sich „Offiziere der Berge“ nennt, überrascht.

Diesen Militärteilen und ihren Auftraggebern aus der rechtsextremen Szene ist der Prozeß der politischen Öffnung,

durch den sie von der Christdemokratischen Partei (DCG) an der Regierung abgelöst wurden, ein Dorn im Auge. In ihrem Selbstverständnis sind sie Kämpfer in der vordersten Front, die den Glauben nicht aufgeben, daß die Guerilla schlagbar ist. Sie sind manipuliert von Vertretern der traditionellen Oligarchie, ultrarechter Parteien sowie von ewiggestrigen bzw. aus dem aktiven Dienst entlassenen Offizieren, die jeweils einem strikten Antikommunismus verpflichtet sind.

Hervorzuheben ist, daß die Rebellion von wichtigen Medienvertretern wie Mario David Garcia unterstützt wurde. Das Ziel der genannten Kreise ist die Eliminierung der Linksoption aus dem politischen und gewerkschaftlichen Leben.

Der Putschversuch ist als Reaktion auf die Konsolidierung der DCG an der Regierung und auf die bisherigen Versöhnungsgesten der Regierung Cerezo an die URNG zu verstehen. Einerseits hatte die DCG am 24. April 1988 mit erheblichem Stimmenvorsprung die Kommunalwahlen auf Kosten der rechtsextremen Parteien gewonnen. Andererseits sind der RUOG-Besuch Ende April und vor allem ein Treffen zwischen der zunehmend aktiveren Versöhnungskommission und der URNG am 5.5.1988 in San José (Costa Rica) Auslöser dieses Umsturzversuches.

Die dissidenten Militärteile zogen von zwei Garnisonen aus auf die Hauptstadt. Ihre Rebellion, ein Ausdruck politischer Ausweglosigkeit der Rechtsextremen, wurde relativ komplikationslos und ohne Blutvergießen von der Militärspitze und ihr ergebenen Truppenteilen vor den Toren der Hauptstadt vereitelt. Sechs Offiziere wurden vor ein Militärgericht und fünf Zivilpersonen (darunter Mario David Garcia) vor ein Zivilgericht gestellt.⁶

Dies ist ein für guatemaltekische Verhältnisse sicherlich nicht ganz gewöhnlicher Vorgang, auch wenn Zweifel an einer durchgreifenden Bestrafung angebracht sind. Als weitere Konsequenz hat die Militärspitze nach dem 11. Mai d.J. eine Reihe von Umbesetzungen und Entlassungen vor allem von mittleren Rängen bei den Streitkräften vorgenommen.

Die erwähnten Ereignisse stellen zunächst eine Niederlage für die Rechtsextremen dar, deren Nachhaltigkeit jedoch von der Sanktionierung der Dissidenten abhängt. Gleichzeitig demonstrieren die Vorgänge, daß die Militärspitze zur Regierung Cerezo steht, die für sie ein geeigneter Garant gegen abrupte Veränderungen ist.

Im Gegensatz zu den Status-quo-Kräften steht der Gramajo-Flügel für eine moderne Kapitalismuskonzeption. Im Rahmen der Aufstandsbekämpfung, die auch für

diesen Armee teil eine der wichtigsten Aufgaben ist, bedient sich die Militärspitze der Losung „die Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ (eine Umkehrung des berühmten Clausewitz'schen Satzes).⁷

Wenn diese Losung ernst gemeint sein sollte, so spiegelt sie letztlich die realistischere Haltung dieses Militärteils wider, daß nämlich die URNG gegenwärtig militärisch nicht zu schlagen ist. Unterstellt, daß dies der Fall wäre und daß diese Armee teile sich gegenüber den revoltierenden, von der Ultrarechten beeinflussten Militärs durchsetzen, würde sich dies positiv auf den Beginn von tatsächlichen Verhandlungen zur Lösung des Konflikts auswirken.

Auf militärischem Gebiet steht eine Lösung des Konflikts nicht in Aussicht. Damit sind die beiden wichtigsten Themen bestimmt, an denen aktuell Erfolg oder Versagen der Regierung Cerezo gemessen werden: der Dialog und die

Demokratisierung (worunter die Achtung der Menschenrechte fällt). Diese Punkte werden auf dem erneuten Gipfeltreffen der mittelamerikanischen Präsidenten Anfang August d.J. auf dem Prüfstand stehen.

Die dem Kleinbürgertum entstammende und mittlerweile relativ gut organisierte DCG hat begrenzte Modernisierungsabsichten. Hierin wird sie von gewissen Industrie- und Handelsinteressen unterstützt, während die traditionelle Oligarchie kritisch bleibt.

Dies zeigte sich u.a. an einem heftig umstrittenen aber letztlich realisierten Finanz- und Handelsabkommen mit Nicaragua im Februar 1988. Darin wurden Nicaragua die Zinszahlungen auf seine Auslandsschulden gegenüber Guatemala erlassen und somit Luft für einen verstärkten bilateralen Handel geschaffen. Eine Verhandlungslösung könnte die politische Stabilität bringen, die das christdemokratische Wachstumsmodell

zur Entwicklung des Binnen- und des regionalen Marktes, auf dem Guatemala eine wichtige Rolle spielen will, bräuchete.

Wenn sich Regierung und Armee nicht auf den Dialog einlassen, werden sie sich von denjenigen Kräften isolieren, die sich für den Dialog ausgesprochen haben. Diese Kräfte bilden einen Sektor, den die DCG im eigenen Machterhaltungsinteresse nicht ignorieren kann.

Die URNG hat die Themen Dialog und Demokratisierung mit ihren Initiativen verstärkt in die öffentliche Debatte geworfen. Sie werden bis weit ins bürgerliche Lager hinein diskutiert. Dadurch, daß die URNG ihre Verhandlungsposition flexibilisiert hat, hat sie ein Zusammengehen mit weiten Bevölkerungsteilen in diesen Fragen signalisiert.

In ihren Veröffentlichungen kommt zum Ausdruck, daß sie Transformationen der Gesellschaft auch über einen verhandelten Frieden, der zur Demokratie

führt, für möglich hält. Sie sieht die militärischen Machtstrukturen als wichtigstes Mittel zur Aufrechterhaltung der überkommenen sozialen Verhältnisse an.⁸ Von einer soliden politischen Lösung, die mit Waffenstillstandsvereinbarungen beginnen und in einem breit angelegten Nationalen Dialog fortgesetzt würde, nimmt sie an, daß sie die Erweiterung ihrer Handlungsspielräume sowie die anderer gesellschaftsverändernder Kräfte, vor allem der Volkssektoren zum Ergebnis hat.

Mit den Absichtserklärungen zu einem (sich gewiß schwierig gestaltenden) Dialog und mit Esquipulas II als günstiger regionalpolitischer Rahmenbedingung im Hintergrund lösen beide Verhandlungsseiten Erwartungen hinsichtlich einer politischen Lösung aus, die sie nicht leicht enttäuschen können.

Anmerkungen:

1) Vgl. Communiqué der URNG, Madrid,

9.10.1987

- 2) URNG, Carta Política, Por la Salvación Nacional, 10.10.1987
- 3) Vgl. die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 5.11.1985
- 4) Vgl. La EPOCA, Guatemala-Stadt, 25.3.1988. In einem Kommuniqué vom 17.6.1988 fordert die URNG ihrerseits die Regierung auf, sie als „repräsentative politische Kraft“ anzuerkennen, um zu einer politischen Lösung des Konflikts zu kommen. Vgl. CERIGUA, Managua, 21.6.1988
- 5) Vgl. La EPOCA, 1.4.1988
- 6) INFORPRESS, Guatemala-Stadt, 12.5.1988
- 7) Ebd., 20.8.1987
- 8) „Die militärische Machtstruktur ist der wichtigste Grund dafür, daß es Krieg gibt. Die anderen Gründe können in einem Prozeß zur Demokratie überwunden werden, wofür Frieden notwendig ist.“ URNG, zit. nach: INFORPRESS, 17.9.1988. Dies bedeutet, daß die URNG über den Dialog erreichen will, daß die repressiven Strukturen beseitigt werden und die Kompetenz der Streitkräfte auf ihren verfassungsmäßigen Auftrag eingegrenzt wird. Es bedeutet keinesfalls den Verzicht auf einen alternativen Gesellschaftsentwurf.

Interview mit Pablo Monsanto (URNG)

Die Militarisierung ist das größte Hindernis für die Demokratie

Pablo Monsanto ist Chefkommandant der bereits 1963 gegründeten Rebellenstreitkräfte (FAR) und, neben Gaspar Ilom und Rolando Morán, Mitglied des Generalkommandos der Guatemalteken Nationalen Einheit (URNG). Im folgenden Interview erläutert er die Ziele der URNG in der gegenwärtigen Situation und die Möglichkeiten einer politischen Lösung des Konflikts.

P. MONSANTO: Mit der Ernennung der Nationalen Versöhnungskommission (CRN) beabsichtigte Präsident Cerezo die in den Abkommen von Esquipulas II beschlossenen Anforderungen formal zu erfüllen. Er dachte nicht einen Augenblick daran, daß diese Kommission ernsthaft für die Lösung der inneren Probleme Guatemalas arbeiten würde. Dies hat die CRN in eine schwierige Position gebracht. Um ihren Verantwortlichkeiten nachzukommen, muß sie nach Wegen suchen, um den engen politischen Spielraum zu erweitern, der ihr von der Regierung, den inneren politischen Kräften und der guatemalteken Armee zugestanden wird. (...)

Der Nationalen Versöhnungskommission kommt u.a. bezüglich des Waffenstillstands eine wichtige Rolle zu, die sie spielen kann und soll. Entsprechend den Esquipulas-II-Abkommen ist die CRN damit beauftragt, das Zustandekommen eines Waffenstillstandsabkommens zu überwachen. Wir haben konkrete Vorschläge für einen Waffenstillstand gemacht, der in Kraft treten kann, sobald wir eine Übereinkunft mit der guatemalteken Regierung erreichen. (...)

FRAGE: Ist dies die einzige Aufgabe der CRN?

P. MONSANTO: Nein, eine andere Aufgabe von großer Wichtigkeit ist es sicherzustellen, daß ein wirklich demokratischer Prozeß in diesem Land entsteht. Die CRN kann das Zustandekommen einer politischen Lösung des bestehenden Konfliktes und die Entmilitarisierung des Landes unterstützen. (...)

Eine andere wesentliche Aufgabe ist es sicherzustellen, daß die Menschenrechte in Guatemala geachtet werden. Die bedeutendste Leistung der Regierung Cerezo war der Rückgang der Menschenrechtsverletzungen.

Aber man kann auf keinen Fall sagen, daß die Verletzungen aufgehört haben, Guatemalas Bilanz der Menschenrechtsverletzungen ist eine der schlimmsten. (...)

FRAGE: Kommandant Monsanto, inwieweit ist Guatemala von den Esquipulas-II-Abkommen betroffen? Erfüllt es die Abkommen?

P. MONSANTO: Präsident Cerezo ist verpflichtet all diese Vereinbarungen zu erfüllen, um dem Land Frieden und Demokratie zu bringen.

Dies schließt die Übereinkünfte ein, die auf dem Treffen in San José im Januar d.J. unterzeichnet wurden und die die mittelamerikanischen Präsidenten zu größerer Verbindlichkeit anhalten. Auf diesem Treffen wurde klar, daß die Regierung Guatemalas nicht alle geforderten Maßnahmen ergriffen hat.

Am wichtigsten ist, daß die Regierung keinen Dialog mit den aufständischen Kräften begonnen hat, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Es liegt auf der Hand, daß durch eine Amnestiebestimmung kein Abkommen erreicht werden kann, da wir nicht um Amnestie nachsehen. Wir lehnen die Idee nicht ab. Wir betrachten sie nur als unnötig. Denn wenn das Problem auf andere Weise gelöst wird, gibt es keinen Bedarf dafür.

Die Art und Weise, wie die Amnestie auf die Lage im Land angewendet wurde, hat den

Guerrilleros oder der URNG nicht genutzt, da sie nicht das Problem ihrer legalen Existenz im Lande lösen wollen. Die URNG versucht, die Probleme des Volkes von Guatemala zu lösen, was eine ganz andere Sache ist.

FRAGE: Was sind die Aussichten für einen Dialog zwischen der Regierung und der URNG? Was bedeutet ein Dialog für die URNG?

P. MONSANTO: Wir betrachten den Dialog als einen Weg, eine Reihe politischer Vereinbarungen zu erzielen, um den Krieg in Guatemala zu beenden. Der Krieg ist ein Phänomen, das aufgrund der Verletzungen der Menschenrechte in diesem Land existiert.

Aber auch das Zerschlagen einer Reihe von Errungenschaften, die in der Zeit der Demokratie in Guatemala, während der Zeit der Oktoberrevolution (1944-54) und besonders unter der Regierung Arbenz erreicht wurden, ist ein Grund für den Krieg. Der Sturz dieser Regierung hat sehr repressive und unterdrückende Regimes zur Folge gehabt, die für den Ausverkauf des Landes sorgten. Anders



ausgedrückt: Dies bedeutete Tod, Fetter, Rückständigkeit und Elend für das guatemalteke Volk.

Dies sind die Ursachen des Krieges. Der Krieg wird weitergehen, bis diese Probleme überwunden sind. Das Regime, das 1954 eingesetzt wurde, besteht weiter. Es wurde nicht beseitigt. Was wir heute in Guatemala haben, ist eine Regierung, deren Absicht es ist, dieses Regime zu verschleiern. (...)

Aber es ist möglich, dies alles durch politische Entscheidungen zu beenden. Wir glauben, daß wir dies durch den Dialog erreichen können. Aus diesem Grunde haben wir als erstes einen Dialog zwischen der Regierung und den Guerrilleros vorgeschlagen, um die Grundlagen zu schaffen, die einen nationalen Dialog ermöglichen. An ihm sollten sich alle politischen und sozialen Kräfte beteiligen, die der gemeinsamen Suche nach Lösungen für unser Land und unser Volk verpflichtet sind.

FRAGE: Was war die Antwort auf diesen Vorschlag?

P. MONSANTO: Die Armee und die Regierung haben ihre kompromißlose Position beibehalten.

Vor allem die Armee, das Verteidigungsministerium und der Generalstabschef haben ihre Haltung bekräftigt, daß wir unsere Waffen übergeben und um Amnestie nachsuchen müßten, um am Dialog teilzunehmen. Aber dann gab es keinen Grund mehr für einen Dialog.

Armee und Regierung sind in diesem Punkt gegenüber allen Sektoren isoliert, die sich für den Dialog ausgesprochen haben. Aufgrund ihrer Weigerung diesem Prozeß zuzustimmen, mußten sie sich mit diesen Sektoren direkt auseinandersetzen, insbesondere mit der Kirche, die durch die Bischofskonferenz zur Wiederaufnahme des Dialogs aufgerufen hat.

Wenn Regierung und Armee den Dialog ablehnen – wenn sie Bedingungen stellen bei denen sie von vornherein wissen, daß wir sie nicht annehmen werden – machen sie deutlich, daß sie in Opposition zu jenen stehen, die sich für den Dialog ausgesprochen haben, zu einem sehr wichtigen Sektor der öffentlichen Meinung. Dieser Sektor übt Druck auf die Regierung Cerezo aus, die in nicht so ferner Zukunft

den Dialog wieder aufnehmen muß, wenn sie an der Macht bleiben will.

Die Konfrontation zwischen Regierung, Armee und jenen Sektoren, die den Dialog befürworten, wird intensiver und schwieriger werden. Denn diese Sektoren wissen, daß der Krieg nicht nur immense Leiden verursacht – er blüht unser Volk aus –, sondern auch ein zentrales Element ist, um das die Manöver und Anstrengungen der Regierung kreisen, die Armee für den Einsatz gegen uns zu stärken. Eine mächtigere Armee wird weiterhin eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft Guatemalas sein. Sie wird das größte Hindernis darstellen, um die Demokratie in Guatemala zu erreichen. (...)

Und ohne Demokratie wird der politische Kampf sich verschärfen, die Polarisierung der Kräfte fort dauern und der Krieg weitergehen müssen.

FRAGE: Welcher Grad an Einheit besteht innerhalb der URNG?

P. MONSANTO: Er ist zufriedenstellend und entspricht dem Bewußtseinsstand und der Notwendigkeit, mit den verschiedenen Aufgaben an den Kriegsfrenten und anderen Aufgaben, die Einheit mit eingeschlossen, voranzukommen. (...)

Wir glauben, daß wir sogar einen höheren Grad an Einheit erreichen können. Und in der Tat schaffen wir die objektiven organischen Grundlagen, um dies zu erreichen. (...)

FRAGE: (...) Was ist die wirkliche militärische Stärke der URNG?

P. MONSANTO: Die URNG hat drei große Kriegsfrenten, die sich auf die Departments Petén, Quiché, Huehuetenango, San Marcos, Quetzaltenango, Sololá, Chimaltenango, und Suchitopéquez erstrecken. (...) Die URNG hat Volksunterstützung in all diesen Regionen – nicht nur moralische, sondern logistische, politische und militärische Unterstützung. (...) D.h., sie hat aktive Unterstützung. (...)

Wenn dem nicht so wäre, wären unsere Kräfte schon zerstört worden, da die Armee über große Ressourcen und Militärbhilfe von solchen Ländern wie den USA, Israel und Taiwan verfügt. (...)

(Quelle: CERIGUA, Special Service, Mexiko-Stadt, Nr. 2/März-April 1988, S. 2-5)

Die „links“ erscheint bereits seit 1969 und hat sich seither zu einem festen Bestandteil der deutschsprachigen Publizistik entwickelt. In der „links“ werden jeden Monat Kommentare, Analysen, aktuelle Informationen sowie Interviews, Debatten und theoretische Beiträge zu politischen Ereignissen und Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der Welt, insbesondere auch der „Dritten Welt“, und zur Theorie-diskussion veröffentlicht.

Die „links“ hat sich den schnellebigen Moden der „scene“ nicht angepaßt. „In“ zu sein soll für uns nicht zum Kriterium politischer Orientierung oder gar sozialistischer Strategiediskussion werden. Ein Stück weit ist die „links“ damit zu einem Fossil in der Tradition der Neuen Linken geworden, aber deshalb auch eine der meistgelesenen linken Monatszeitschriften geblieben! Übrigens: Über 30 % unserer Leser sind Leserinnen.

Die „links“ ist eine Zeitschrift zum Mitdenken. Eine ehrenamtliche Redaktion und engagierte Autoren tragen dazu bei, daß die „links“ den Ansprüchen ihrer Leserinnen und Leser gerecht werden und ihre argumentative Vielfalt bewahren kann:

mehr noch als eine Zeitung



Parabero

links

Sozialistische Zeitung

Hrg. vom Sozialistischen Büro
48 Seiten
erscheint monatlich
11 Ausgaben im Jahr
Einzelpreis 5,— (Stand 1.1.88)
Jahresabonnement 54,—
(incl. Versand)

Verlag und Vertrieb:
Verlag 2000
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach

Probeexemplar kostenlos!

Joachim Becker

Verhandlungen und Krieg gehen weiter

Die Verhandlungen über eine Beilegung des Angola-Konflikts und eine Unabhängigkeit Namibias zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA wurden mit Gesprächsrunden vom 24.-25. Juni d.J. in Kairo und vom 11.-13. Juli in New York fortgesetzt. Sie gehen auf eine vor mehr als einem Jahr begonnene diplomatische Initiative Angolas zurück (siehe DRITTE WELT 7/1988, S. 17 ff.).

Bei den Verhandlungen in Kairo hielt die angolanisch-kubanische Delegation laut Presseberichten ihre Bedingungen für einen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola, auf den Südafrika und die westlichen Länder stark drängen, weiterhin voll aufrecht.¹

Diese Bedingungen sind die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 aus dem Jahr 1978 über die Unabhängigkeit Namibias, der Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Angola, die Beendigung südafrikanischer und US-amerikanischer Unterstützung zugunsten der Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) und die Wahrung der nationalen Integrität und Souveränität Angolas.

Wie angolanische Regierungsvertreter betonten, ist für Luanda die Einleitung der Entkolonisierung Namibias eine zentrale Voraussetzung für den Abzug der Kubaner aus Angola.² Allein ein freies Namibia würde für Angola ein Ende der südafrikanischen Aggression gewährleisten.

Auf einer Pressekonferenz in Lissabon legte Jorge Risquet Valdés, an den Verhandlungen beteiligtes Politbüromitglied der Kommunistischen Partei Kubas, Anfang Juli d.J. die angolanisch-kubanischen Vorstellungen über die zeitliche

Abstimmung der Entkolonisierung Namibias und dem kubanischen Truppenabzug aus Angola dar. Zwei Wochen nach der Ankunft der UN-Friedenstruppen in Namibia, die über die Umsetzung der UN-Resolution 435/78 wachen sollen, solle ein Rückzug der kubanischen Truppen bis zum 13. Breitengrad beginnen.

Dieser Rückzug solle innerhalb von 17 Monaten abgeschlossen werden. Unmittelbar anschließend solle ein Abzug von 20.000 bis 25.000 kubanischen Soldaten aus Angola beginnen, der innerhalb von 24 Monaten beendet sein solle. Innerhalb von insgesamt vier Jahren sollten alle kubanischen Truppen aus Angola abgezogen sein. Die USA wollten den Zeitplan auf drei Jahre verkürzen, und Südafrika sei selbst das noch zu lang.³

Die südafrikanische Regierung hat über die zeitliche Abstimmung der Entkolonisierung Namibias und den Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola, dem zentralen politischen Streitpunkt, wesentlich andere Vorstellungen.⁴ Sie legte in Kairo zunächst ein für Angola und Kuba völlig inakzeptables Verhandlungspapier vor.

Hierin forderte das südafrikanische Regime u.a. — wieder einmal — eine Regierungsbeteiligung der UNITA. Dies wird

von der angolanischen Regierung ebenso kategorisch ausgeschlossen wie Verhandlungen mit der UNITA. Nach hitzigen Kontroversen zogen die Südafrikaner das Dokument wieder zurück und nahmen eine konstruktivere Verhandlungsposition ein.⁵

Laut Presseberichten will Südafrika in den Verhandlungen auch erreichen, daß sich Angola zur Schließung der Ausbildungslager des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) verpflichtet.⁶ Wie Elísio de Figueiredo, der an den Verhandlungen beteiligte Botschafter Angolas in London, klarstellte, wurde diese Forderung von Südafrika bei den Verhandlungen in Kairo allerdings nicht erhoben.⁷

Bei den Verhandlungen in New York vom 11.-13. Juli d.J. einigten sich die Delegationen auf einen Verhandlungsrahmen, der den jeweiligen Regierungen zur Zustimmung vorgelegt wurde. Der höchst bedeutsame und umstrittene Zeitplan für einen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola und die Entkolonisierung Namibias wurde nicht erstellt, entscheidende Details blieben unbearbeitet.⁸

Konfliktpunkte, an denen die Verhandlungen letztlich scheitern könnten, gibt es mithin genug. Zweifel am Willen Pretorias, zu einem globalen Abkommen über den Komplex Angola-Namibia zu kommen, sind weiterhin mehr als angebracht.

Während für den Apartheidstaat angesichts stark steigender Kosten seiner Angola-Aggressionen eine begrenzte Übereinkunft mit Angola durchaus von Interesse ist, möchte er seine Kontrolle über Namibia, wie sich aus Äußerungen südafrikanischer Militärs und Politiker entnehmen läßt, möglichst nicht aufgeben.⁹ Trotz steigender Besatzungskosten ist seine Position in Namibia militärisch haltbar.

Südafrikas schließliche Bereitschaft zu einem Abkommen über eine Beilegung des Angola-Konflikts und die Entkolonisierung Namibias wird wesentlich vom militärischen, politischen und diplomatischen Druck sowie dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA abhängen.

Die angolanisch-kubanischen Truppen setzten unterdessen in Südafrika ihren Vormarsch in Richtung auf die Grenze mit Namibia weiter fort. Am 27. Juni

kamen nach Angaben der angolanischen Nachrichtenagentur ANGOP bei einem Gefecht 30 km nordwestlich des Caluque-Damms an der angolanisch-namibischen Grenze 26 weiße südafrikanische Soldaten und acht Angolaner um.¹⁰

Die Angolaner haben nicht nur ihre Verhandlungsposition militärisch weiter stärken können, sondern bauen mit kubanischer Unterstützung auch neue Verteidigungsanlagen, namentlich für die Luftwaffe und die Luftabwehr, nahe der Grenze auf. Damit verschiebt sich das militärische Kräfteverhältnis weiter zuungunsten Südafrikas, das bereits seine Luftüberlegenheit in Südafrika eingebüßt hat.¹¹



Südafrikanische Truppen in Angola

Auch die andere Seite ist nicht untätig. Der CIA baut derzeit die UNITA-Infrastruktur in Zaire stark aus. Im Mai d.J. fanden gemeinsame zairisch-US-amerikanische Militärmanöver in der an Angola grenzenden Provinz Shaba statt. An ihnen waren auch etwa 450 von israelischen Spezialisten in der Militärbasis Kamina (Shaba-Provinz) ausgebildete UNITA-Angehörige beteiligt.¹²

Während der demokratische Präsidentschaftskandidat Dukakis eine diplomatische Anerkennung der VR Angola und ein Ende der UNITA-Hilfe befürwortet, beabsichtigt die Regierung Reagan, die Hilfe für die UNITA prophylaktisch von 15 auf 40 Mio \$ zu erhöhen.

Um diesem Unterfangen zum Erfolg zu verhelfen und das UNITA-Image im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen aufzupolieren, hielt sich UNITA-Chef Jonas Savimbi vom 22. Juni bis 2. Juli d.J. in den USA auf. Dort wurde er von Präsident Reagan, Außenminister George Shultz und Senatoren der Demokra-

tischen und Republikanischen Partei empfangen. George Bush, Vize-Präsident und Präsidentschaftskandidat, lobte Savimbi als „wahren Patrioten“.¹³

Danach ging Savimbi auf Westeuropatournee. Während die Regierungen



Außenminister van Dunem erzielte in New York einen diplomatischen Durchbruch

Großbritanniens und Portugals Savimbi die kalte Schulter zeigten, war für den Banditenchef sein BRD-Besuch ein voller Erfolg. Die „Stiftung Hilfe in Not“ konnte für Savimbi ein hochkarätiges Besuchsprogramm arrangieren. Diese Stiftung leistet, vom Bonner Finanzamt mit dem Gütesiegel der „Gemeinnützigkeit“ versehen, der Contra in Angola und in Afghanistan „humanitäre“ Hilfe und beabsichtigt, sich auch „humanitär“ im Rahmen der südafrikanischen Aufstandsbekämpfung in Nordnamibia zu engagieren.¹⁴

Für die Contra-Hilfe der Stiftung warb der extrem reaktionäre Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Hans Klein (CSU) in einer Sonderbeilage der Welt mit warmen Worten: „Die Stiftung Hilfe in Not mit Sitz in Bonn gehört zu diesen unterstützenswerten Mensch-zu-Mensch-Initiativen. Ihre medizinischen Hilfsprojekte zielen auf die Bedürftigen im Unita-kontrollierten Teil Angolas. Ihre Arbeit ist im nobelsten Wortsinn Friedensarbeit.“¹⁵

Klein war am 11. Juli einer der Gesprächspartner Savimbis. Laut Infor-

Rahmenabkommen zu Angola und Namibia

Am 20. Juli d.J. wurde bekanntgegeben, daß die Regierungen Angolas, Kubas und Südafrikas dem Verhandlungsrahmen für die Lösung des Angola-Konflikts und für die Unabhängigkeit Namibias, den sie bei einem vorausgegangenen Treffen in New York vereinbart hatten, zugestimmt haben. Die Grundsatzklärung hat folgenden Wortlaut:

A. Verwirklichung der Resolution 435-78 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen: Die Parteien sollen sich auf einen Termin für den Beginn der Verwirklichung der Resolution 435 einigen und diesen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vorschlagen.

B. Die Regierungen von Angola und Südafrika sollen, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Resolution 435, mit dem Generalsekretär zusammenarbeiten im Hinblick darauf, die Unabhängigkeit Namibias durch freie und faire Wahlen zu garantieren, und auf jegliche Handlung verzichten, die die Durchführung der Resolution 435 vereiteln könnte.

C. Verlegung kubanischer Truppen in den Norden und ihr schrittweiser und völliger Abzug von angolanischem Gebiet auf der Basis eines Abkommens zwischen Angola und Kuba und die Entscheidung beider Staaten, den Sicherheitsrat um die Vor-Ort-Überwachung dieses Abzugs zu bitten.

D. Achtung der Souveränität, souveränen Gleichheit und Unabhängigkeit von „Die Parteien erkennen an, daß jeder der folgenden Punkte für eine vollständige Regelung erforderlich ist.“

Staaten der territorialen Unversehrtheit und der Unverletzbarkeit der Grenzen. E. Nichteinmischung in interne Angelegenheiten von Staaten.

F. Unterlassung von Drohungen und des Gebrauchs von Waffen gegen die territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit von Staaten.

G. Anerkennung der Verantwortung von Staaten, nicht zu erlauben, daß ihr Gebiet für Kriegshandlungen, Angriffe oder Gewalt gegen andere Staaten genutzt wird.

H. Erneute Bestätigung des Rechts der Völker der Gebiete im Südwesten von Afrika auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Gleichheit der Rechte.

I. Überwachung und Beobachtung der Einhaltung der Verpflichtungen, die aus Vereinbarungen entstehen, die noch getroffen werden sollten.

J. Verpflichtung, nach bestem Wissen und Gewissen die Bestimmungen der Vereinbarungen zu erfüllen, die noch getroffen werden sollten, und die Differenzen mittels Verhandlungen zu lösen.

K. Anerkennung der Rolle der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates als Garanten für die Durchführung der Vereinbarungen, die noch getroffen werden sollten.

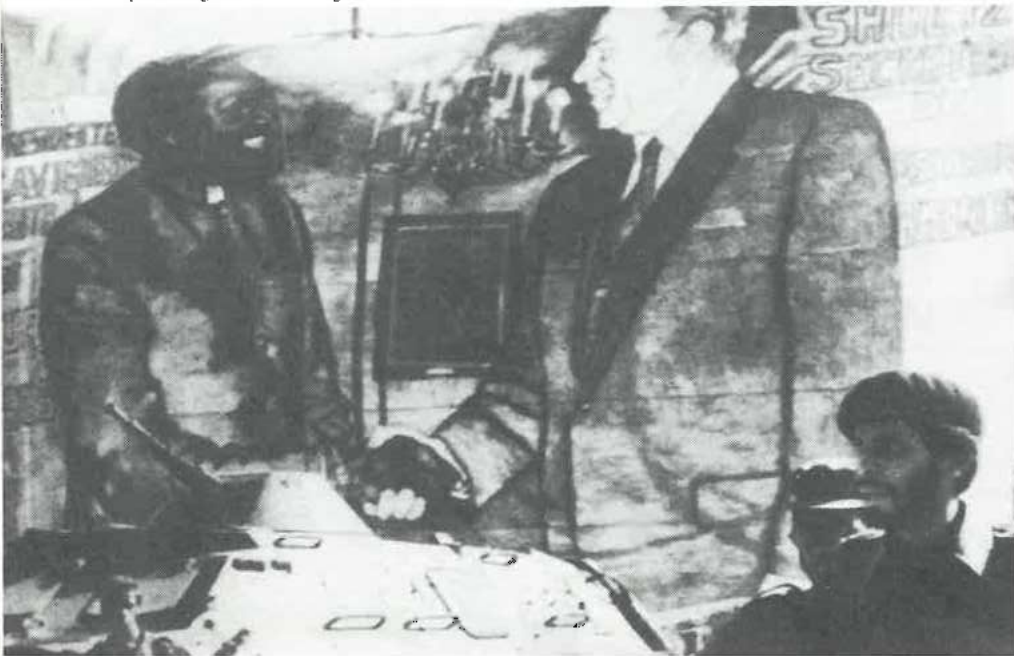
L. Das Recht jedes Staates auf Frieden, Entwicklung und sozialen Fortschritt.

M. Zusammenarbeit in Afrika und auf internationaler Ebene zur Lösung der Entwicklungsprobleme der Gebiete im Südwesten von Afrika. Und

N. Anerkennung der Vermittlerrolle der Vereinten Staaten von Amerika.“

(Quelle: Süddeutsche Zeitung, München, 22.7.1988)

Im Contra-Hauptquartier in Südafrika werden angesichts der eigenen Statistenrolle bessere Zeiten beschworen: Ein Riesenposter zeigt den Handschlag von US-Außenminister Shultz und UNITA-Chef Savimbi



mationen der Berliner „tageszeitung“ soll Klein in dem Gespräch mit Savimbi geäußert haben, über „humanitäre“ Hilfe für die Terrororganisation könne nachgedacht werden.¹⁶ Außerdem traf Savimbi den CSU-Vorstand und den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß. Die Kontakte Savimbis in der BRD beschränkten sich jedoch nicht auf die CSU, deren Sympathien für die UNITA ja sattem bekannt sind. Savimbi bekam auch einen Termin beim Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt Horst Teltschik.¹⁷ So ein Empfang wurde Savimbi auf keiner anderen Station seiner Reise mit Ausnahme der USA zuteil. Damit haben die Kräfte in der Rechtskoalition, die allein auf das Apartheidregime und seine allerengsten Verbündeten in Südafrika und der Region, wie Buthelezi und Savimbi, setzen, gegen die weitsichtigeren und flexibleren Kräfte wie Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gepunktet. Genscher hatte sich in der letzten Zeit um eine Verbesserung der extrem schlechten Beziehungen zu Angola bemüht.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Financial Times (FT), London, 27.6.1988
- 2) Vgl. ANGOP Document, London, Nr. 51/24.6.1988 und Nr. 52/1.7.1988
- 3) Vgl. El Pais, Madrid, 7.7.1988. Südafrika wünscht einen vollständigen kubanischen Truppenabzug aus Angola innerhalb eines Jahres; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12.7.1988
- 4) Vgl. West Africa, London, 30.5.1988 und FAZ, 12.7.1988
- 5) Vgl. Le Monde, Paris, 28.6.1988; Granma, Havanna, 25.6.1988; ANGOP News Bulletin, London, 30.6.1988 und International Herald Tribune (IHT), Paris, 28.6.1988; siehe auch: Jeune Afrique, Paris, 13.7.1988
- 6) Vgl. z.B. Guardian, London, 25.6.1988; FT, 29.6.1988 und FAZ, 12.7.1988
- 7) ANGOP Document, Nr. 52/1.7.1988
- 8) Vgl. hr 1, 14.7.1988, 13.15 Uhr; wdr 3, 14.7.1988, 20.05 Uhr und Süddeutsche Zeitung, München, 15.7.1988. Details über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.
- 9) Vgl. z.B. Citizen, Johannesburg, 21.6.1988 und IHT, 13.7.1988
- 10) Vgl. ANGOP News Bulletin, 30.6.1988; siehe auch: die tageszeitung (taz), West-Berlin, 13.7.1988 und IHT, 13.7.1988
- 11) Vgl. West Africa, 13.6.1988
- 12) Vgl. Communiqués issued by Angola's Ministry of Defence on 17 May 1988
- 13) taz, 13.7.1988; siehe auch taz, 25.6.1988 und West Africa, 11.7.1988
- 14) Siehe: Stiftung Hilfe in Not, Eine Kurzdarstellung, Bonn 1987 und ihre Presseerklärung vom 26.11.1987
- 15) Die Welt, Hamburg, Sonderdruck für Stiftung Hilfe in Not e.V., März 1988
- 16) taz, 14.7.1988
- 17) Außerdem sprach Savimbi u.a. mit dem CDU-Abgeordneten Schwarz und dem rechten FDP-Politiker Rumpff, vgl. FAZ, 13.7.1988 und hr 1, 12.7.1988, 18.15 Uhr

Mexiko

Ute Kampmann

Machterhalt durch Wahlbetrug

Erdrutschartige Verluste für die regierende Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) und massiver Wahlbetrug kennzeichneten die mexikanischen Präsidentschafts-, Parlaments- und Senatswahlen vom 6. Juli d.J. Aufgrund angeblicher Defekte des Auszählungscomputers wurde der PRI-Kandidat Carlos Salinas de Gortari erst nach einer Woche zum Wahlsieger proklamiert.

Nach der offiziellen Auszählung erhielt Carlos Salinas 50,4% der Stimmen. Auf den Kandidaten des linken Oppositionsbündnisses Demokratische Nationale Front (FDN), Cuauhtemoc Cardenas, entfielen 31,1% der Stimmen. Auf dem dritten Platz lag Manuel Clouthier, Bewerber der konservativen Nationalen Aktionspartei (PAN), mit 17,1% der Stimmen. Von den anderen Kandidaten erzielten Gumsindo Magana Negrete von der rechts von der PAN stehenden Demokratischen Partei Mexikos (PDM) 1% und Rosario Ibarra de Piedra von der trotzkistischen Revolutionären Partei der Arbeit (PRT) 0,4%.¹

Die seit 59 Jahren regierende PRI, die am längsten regierende Partei Lateinamerikas, bleibt also weiterhin an der Macht. Wie vor sechs, vor 12, vor 18 ... Jahren wurde der vom amtierenden Präsidenten per „dedazo“ (Fingerzeig) auserkorene Präsidentschaftskandidat der PRI der nächste Präsident. Und dennoch hat sich in und mit diesen Wahlen eine erhebliche Veränderung der politischen Realität Mexikos manifestiert.

Die absolute Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen wurde diesmal mit 50,4% nur sehr knapp erreicht. Bei den drei

letzten Wahlen waren satte Mehrheiten von 71-98% üblich.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus erhielt die PRI 249 der 300 Sitze, die direkt vergeben wurden. Die PAN kam auf 31, die FDN auf 20 Mandate. Weitere 200 Sitze werden an die unterlegenen Kandidaten nach einem komplizierten Verhältnissystem vergeben. Damit verfügt die PRI nur noch über eine knappe absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus.

Der Senat, in den die 31 Bundesländer und die Hauptstadt je zwei Senatoren schicken, wurde bisher ausschließlich von der PRI besetzt. In diesen Wahlen mußte die PRI die vier Senatssitze für die Bundesstaaten Mexiko-Stadt und Michoacan an die FDN abgeben. Während der Präsident der PRI, Jorge de la Vega, in üblichem Triumphalismus einen Tag nach der Wahl einen herausragenden Sieg ihres Kandidaten Salinas verkündete, bestätigte dieser kleinlaut, daß die Opposition erheblich zugewonnen und in einigen Bezirken die Mehrheit erreicht habe.

Als Salinas seinen Wahlsieg bekanntgab, erklärte er: „Die Zeiten, da wir praktisch nur eine Partei hatten, sind vorbei. Wir

PRI-Wahlsieger C. Salinas

sind in eine neue politische Etappe in der Geschichte des Landes getreten, mit einer Mehrheitspartei und sehr intensivem Wettbewerb mit der Opposition.“²

Die Opposition warf der PRI in einem gemeinsamen Kommuniqué vor, das Ergebnis gefälscht zu haben. Cardenas nannte konkrete Vorfälle: In Wahlregistern wurden Millionen Personen geführt, die nicht existierten. Wahlurnen wurden gestohlen, Wahlzettel gefälscht. Vertreter von anderen Parteien wurden nicht in die Wahllokale gelassen. Auch wurde die auffällige Anwesenheit des Militärs beklagt.

Auf massiven Wahlbetrug deutet auch ein Ausfall des Wahlcomputers wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale hin. Als nach Auszählung von 20% der Stimmen Cardenas mit 44,7% vor Salinas mit 27,6% führte, sollen nach Berichten der mexikanischen Presse die Techniker im Wahlzentrum, das der Opposition verschlossen war, den Computerzusammenbruch herbeigeführt haben.³

Auf Fälschungen deutet auch die mit 51,3% geringste Wahlbeteiligung seit 1958 hin. Dies ist nicht nur aufgrund der zugespitzten politischen Auseinandersetzungen erstaunlich. Noch am Abend des Wahltages war von einer Beteiligung von über 80% berichtet worden. Die Zeitung „La Mornada“ schrieb, 5 Mio Stimmzettel seien verschwunden.⁴

Drei Tage nach der Wahl erklärte Cardenas, daß er die Wahl nach einer Hochrechnung auf der Basis von 25% der Wahlbezirke gewonnen habe. Wenn die PRI weiterhin Salinas den Wahlsieg zusprechen würde, käme dies einem „technischen Staatsstreich“ gleich.⁵

In der seit Jahrzehnten größten Demonstration protestierten am 16. Juli in Mexiko-Stadt 350.000 Menschen gegen den Wahlbetrug und die Proklamation Salinas' zum Präsidenten. Cardenas erklärte dort, er habe nach eigenen Auszählungen der FDN 39% der Stimmen erhalten und Salinas lediglich 35,4%. Er

forderte die Bevölkerung auf, die „Einsetzung einer Usurpations-Regierung“ zu verhindern.⁶

Daß der Wahlbetrug ein solchermaßen den Wahlkampf beherrschendes Thema wurde, liegt sicher daran, daß er diesmal möglicherweise wahlentscheidend war. Auch die PRI wußte um die Chancen der Opposition. Ihr war klar, daß die Glaubwürdigkeit und damit die Legitimität der Wahlen umso höher sein würde, je knapper das Resultat ausfiel.

In der Vergangenheit hatte die PRI die Wahlergebnisse immer zu bequemen Regierungsmehrheiten noch oben „korrigiert“. Dies bedeutet jedoch nicht, daß sich die PRI in den letzten Jahrzehnten allein hätte durch Wahlbetrug und Repression an der Macht halten können.

Die PRI hat es vielmehr über lange Zeit verstanden, trotz zunehmender sozialer Ungleichheiten, wirtschaftlicher Krisen, autoritärer politischer Führung und Machtmißbrauch durch die Eingliederung der Interessensorganisationen der Bauern, der Arbeiter und des Mittelstandes in die Partei einen Großteil der Bevölkerung an sich zu binden. Auch die Opposition wurde durch eine geschickte Politik politischer Zugeständnisse in das bestehende System einbezogen, ohne dabei wirkliche Machtpositionen an sie abzutreten.

So hat es bei den bisherigen Wahlen an auch nur einigermaßen aussichtsreichen Herausforderern des PRI-Kandidaten

Durch Eingliederung der Massenorganisationen in die Staatspartei und Zugeständnisse an die Opposition konnte sich die PRI jahrzehntelang ein Machtmonopol sichern

immer gefehlt. Ihrer Unzufriedenheit mit dem bestehendem System gaben die MexikanerInnen am Wahltag v.a. durch Wahlenthaltung Ausdruck. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den letzten Jahren betrug nur knapp über 60%. Bei den diesjährigen Wahlen geriet der PRI-Kandidat Salinas jedoch gleich von zwei Seiten in Bedrängnis.

Die rechte PAN, bisher stärkste Oppositionspartei, stellte den schwergewichtigen und schwerreichen Unternehmer Manuel Clouthier als Präsidentschaftskandidaten auf. Sein Wahlkampf machte deutlich, daß er sich nicht mit der Rolle einer systemkonformen, einflusslosen Oppositionspartei zufriedengeben wollte.

Er forderte eine liberalere Wirtschaftsverfassung, d.h. eine Verringerung der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft, den Abbau des staatlichen Verwaltungs-

apparates, dessen Angestellte ein sicheres Wählerpotential der PRI sind, sowie mehr Meinungs- und Gewerkschaftsfreiheit.

Ihren Rückhalt hat die PAN hauptsächlich in den nördlichen Bundesstaaten. Sie erzielte aber auch in Mexiko-Stadt ein überdurchschnittliches Ergebnis. Sie findet v.a. bei den Mittelschichten Anklang, die bei der anhaltenden Wirtschaftskrise um ihren Besitzstand fürchten.

Die PAN konnte ihren Wähleranteil 1976-82 von 9% auf 17,5% ausbauen. Daß sie bei dieser Wahl nicht weiter zulegen konnte, lag neben dem Wahlbetrug daran, daß die meisten der mit der PRI unzufriedenen WählerInnen in dem linken Oppositionsbündnis eine bessere Alternative erblickten.

Der lange Zeit zersplitterten Linken war es diesmal gelungen, sich auf einen Kandidaten zu einigen: Cuauhtemoc Cardenas. Sein Name erinnert gleich doppelt an die mexikanische Geschichte:

Cuauhtemoc war der letzte aztekische Kaiser Mexikos. Lazaro Cardenas, der Vater von Cuauhtemoc Cardenas war von 1934-40 mexikanischer Präsident. 1938 verstaatlichte er die mexikanische Ökonomie und führte die bis dahin umfangreichste Landreform durch. Für die PRI war Cuauhtemoc Cardenas viele Jahre Senator und Gouverneur von Michoacan.

Im letzten Jahr wurde er aus der PRI ausgeschlossen, nachdem er innerhalb der Partei die Demokratische Strömung (CD) aufgebaut hatte und er der PRI in einem offenen Brief antidemokratischen Autoritarismus und ein Abrücken von den Zielen der mexikanischen Revolution vorgeworfen sowie eine Demokratisierung der PRI gefordert hatte.

Nach dem Ausschluß gelang es ihm und der CD, mit der Mitte-Links Partei Authentische Partei der mexikanischen Revolution (PARM), der Cardenistischen Front des Nationalen Wiederaufbaus (FCRN), die aus einem Teil der sozialistischen Partei der Werktätigen (PST) hervorging, und der Sozialistischen Volkspartei (PPS) die FDN aufzubauen. Diese nominierte ihn als ihren Präsidentschaftskandidaten.

Die übrigen Linksparteien zögerten zunächst, da sie in der FDN nur eine von der PRI beeinflusste Oppositionspartei vermuteten. PARM, PPS und PST hatten 1982 noch den PRI-Kandidaten Miguel de la Madrid unterstützt.

Am 3. Juni d.J. aber gab der Bewerber der größten Linkspartei, der Sozialistischen Mexikanischen Partei (PMS), Heberto Castillo, angesichts der Sogwirkung der Cardenas-Kandidatur seinen Verzicht zugunsten des FDN-Kandidaten bekannt. Die PMS war im letzten Jahr aus der Fusion von fünf linken Par-



C. Cardenas (r.) mit dem zu seinen Gunsten zurückgetretenen PMS-Kandidaten H. Castillo

teien (siehe AIB 9/1987) hervorgegangen. Als einzige Linkspartei hielt die PRT ihre Kandidatur aufrecht.

Cardenas begrüßte die Entscheidung Castillos und akzeptierte einen 12-Punkte-Katalog als Grundlage einer gemeinsamen Wahlkampagne. Darin werden die Demokratisierung des politischen Systems gefordert, und zwar durch die Abschaffung des Präsidentialismus mit der offiziellen Staatspartei und den integrierten sozialen Organisationen, größere gesellschaftliche Freiheiten und eine Reform des Justizsystems. Die Ziele der Wirtschaftspolitik sind: gerechte Verteilung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Förderung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Die Bedienung der 105 Mrd \$ Auslandsschulden soll(en) ausgesetzt, kooperative Produktionsformen vorangetrieben und vom Staat Verantwortung bezüglich der Staatsbetriebe in den Bereichen Transport, Kommunikation und in den Schlüsselindustrien wahrgenommen werden.⁷

Die Einheitskandidatur bezeichnete Cardenas als einen „sehr wichtigen Fortschritt in der Stärkung des Kampfes der demokratischen Kräfte“.⁸ Zum erstenmal seit Jahrzehnten trat dem von der PRI Auserwählten ein Kandidat entgegen, der den üblichen Erfolg der PRI ernsthaft gefährdete.

Doch nicht nur die Stärke der Opposition, auch die Umstrittenheit seiner Person in der eigenen Partei machte Salinas zu schaffen. Der bisherige Planungs- und Haushaltsminister ist besonders bei den staatstreuen Gewerkschaften nicht sehr beliebt. Der Chef der einflußreichen Öl- arbeitergewerkschaft, Joaquin Hernandez Galicia, empfahl den Mitgliedern sogar, Cardenas zu wählen. Die Gewerkschaften sehen in Salinas einen der Hauptverantwortlichen der Sparprogramme der letzten Jahre.

Durch die Privatisierung, Rationalisierung und Schließung staatlicher Unternehmen verloren Hunderttausende ihren

Arbeitsplatz. Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt. Seit 1982 hat sich die Kaufkraft der Löhne ungefähr halbiert. Die Inflationsrate erreichte 1987 mit 159% einen historischen Höhepunkt.

Um diese Preisentwicklung einzudämmen, unterzeichneten am 15. Dezember 1987 Vertreter von Regierung, Gewerkschaft, Bauernverbänden und Unternehmervereinigungen den „Pakt der wirtschaftlichen Solidarität“. Dieser Pakt sieht vor, die Preise, Löhne und den Wechselkurs des Peso einzufrieren bzw.

Mit der Unterstützung der meisten Linksparteien für Cardenas entstand erstmals eine zugkräftige Alternative zur PRI

später die Lohn- und Preisentwicklung aneinanderzukoppeln.⁹

Damit gelang es, die monatliche Inflationsrate von 15,5% im Januar auf ca. 2% im Mai 1988 zu senken. Durch die Fortschreibung des Lohn- und Preisstopps bis Ende August d.J. konnte die Inflationsrate während des Wahlkampfes niedrig gehalten werden. Es wird jedoch vermutet, daß nach seiner Aufhebung sich die Inflation wieder beschleunigen wird. Die größten Opfer hat dieser Pakt den ArbeiterInnen abverlangt. Denn während ein Lohnstopp relativ leicht durchgeführt und kontrolliert werden kann, ist dies bei den Preisen für Güter und Dienstleistungen, zumal wenn sie von privaten Unternehmen angeboten werden, schwieriger.

Außerdem galt der Preisstopp nicht für Unternehmen, die diesem Pakt nicht zugestimmt hatten. Nach einer Untersuchung der Zeitschrift „La Jornada“ erreichte die Preissteigerung bei einigen Produkten, die keiner Kontrolle unterla-

gen, 350% in den ersten fünf Monaten dieses Jahres. Damit setzte sich der Kaufkraftverlust der Löhne auch während des Solidaritätspaktes weiter fort.¹⁰

Die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen, den Lebensstandard der MexikanerInnen zu verbessern – das wird eines der Hauptprobleme der Regierung Salinas sein. Angesichts der Auslandsverschuldung ist es aber auch kaum zu bewältigen.

In einem Interview mit der spanischen Zeitung El Pais sagte Salinas: „Wir müssen zum Wachstum zurückkehren und wir werden zum Wachstum zurückkehren. Und wenn der Schuldendienst die wirtschaftliche Erholung verhindert, bezahlen wir die Schulden nicht.“¹¹

Angesichts der bisherigen Politik des Harvard-Absolventen werden die meisten MexikanerInnen diese Äußerung wohl der üblichen Wahlkampfrhetorik zuschreiben. Fraglich ist selbst, ob es Salinas gelingen wird, günstigere Bedingungen für die Rückzahlung der Auslandsschulden auszuhandeln. Die nur geringe Erleichterung, die sich aus dem Anfang 1988 ausgehandelten „Mexiko-Deal“¹² ergeben hat, berechtigt zu keinen großen Hoffnungen.

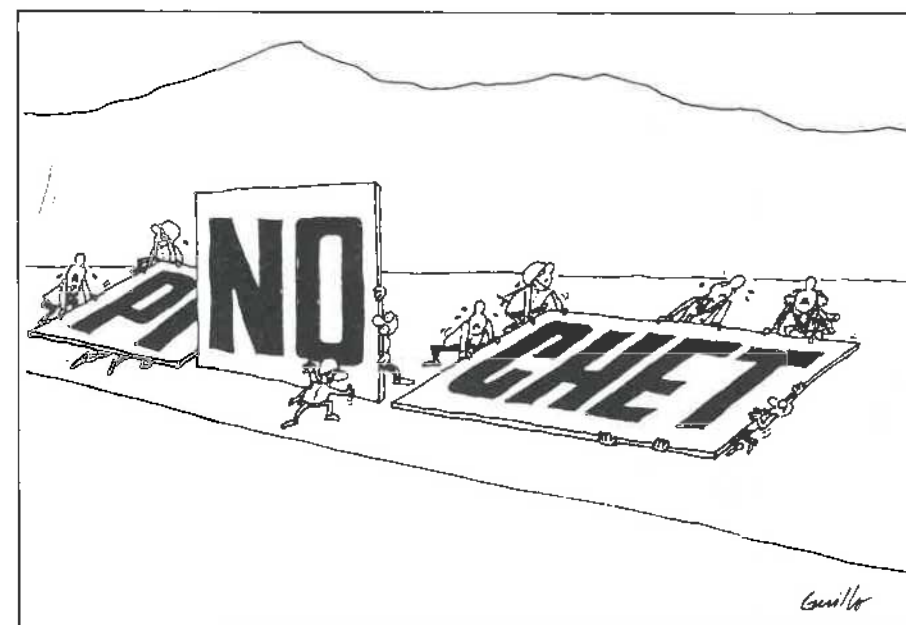
Ein weiteres Wahlkampfthema Salinas war die Demokratisierung des politischen Systems und der PRI. Auf einer Kundgebung in Puebla sagte er, daß die Rolle des Parlaments gestärkt und die Entscheidungsfindung stärker dezentralisiert werden müsse. Auch die PRI solle modernisiert werden.¹³ Wenn es sich dabei um mehr als Wahlpropaganda gehandelt haben sollte, wird Salinas jedoch auf Widerstand in der alten PRI-Hierarchie und bei all denjenigen stoßen, die sich ihre Posten und Pfründe in dem bisherigen System zu sichern verstanden.

Die erstärkte Linksoption, die beabsichtigt, ihren Wahlzusammenschluß zu einem festen Bündnis auszubauen, stellt die PRI in Zukunft vor zwei Alternativen: ihr das Wasser abzugraben, indem sie in der Wirtschafts- und Außenpolitik einige fortschrittliche Akzente setzt, oder aber mit verstärkter Repression zu reagieren.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.7.1988
- 2) El Pais (EP), Madrid, 8.7.1988
- 3) Vgl. Frankfurter Rundschau, 12.7.1988
- 4) die tageszeitung (taz), West-Berlin, 18.7.1988
- 5) Vgl. EP, 11.7.1988
- 6) Vgl. FAZ, 18.7.1988 und taz, 18.7.1988
- 7) Vgl. informationsdienst el salvador, West-Berlin, 1.7.1988
- 8) EP, 5.6.1988
- 9) Siehe: El Dia, Mexiko-Stadt, 8.12.1987
- 10) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 24.5.1988
- 11) EP, 19.6.1988
- 12) Siehe: DRITTE WELT 6/1988, S. 22 und AIB 3/1988, S. 84-85

Das Referendum Pinochets Abstimmen oder kämpfen?



Ein Thema beherrscht seit Monaten die politische Diskussion in Chile: das bevorstehende Referendum über einen Präsidentschaftskandidaten der Diktatur. Als General Pinochet vor fast 10 Jahren das Mittel der Volksbefragung in seine Verfassung einbauen ließ, dachte er wohl nicht im Traum daran, daß ihm dies eines Tages vielleicht zum Stolperstein werden könnte. Denn im Moment sieht es so aus, als ob ein Wahlsieg der Diktatur nur durch massiven Betrug zu erreichen wäre. Kaum jemand zweifelt noch daran, daß Pinochet der einzige Kandidat sein wird. Mit dem Aufruf der Kommunisten vom 15. Juni d.J. haben sich jetzt alle wesentlichen Oppositionsparteien für eine Teilnahme und das Abgeben von Nein-Stimmen ausgesprochen. Wie es aber nach dem Referendum weitergehen soll, das der Diktator vor Ende September d.J. abhalten will, darüber gehen die Meinungen weit auseinander.

Zu Beginn d.J. sah es noch so aus, als ob Pinochets Rechnung aufgehen würde. So muß er es sich wohl vorgestellt haben, als er die auf ihn maßgeschneiderte Verfassung von 1980 ausarbeiten ließ.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Form von beachtlichen Exportsteigerungen (24% im Jahr 1987) und rückläufigen Arbeitslosenzahlen (nach offiziellen Statistiken von 16 auf 9%; allerdings bei abgeänderter Zählweise) unterstrich scheinbar die Überlegenheit und Effizienz des neoliberalen Wirtschaftssystems. Das wurde weidlich propagandistisch ausgenutzt.

Die Repression war selektiver geworden als in den ersten Jahren der Militärdiktatur – und somit für viele ChilenInnen weniger spürbar. Die Abkehr der Christdemokraten von Massenaktionen und die damit einhergehende Uneinigkeit der

Opposition seit Herbst 1986 hatten Resignationstendenzen und Bestrebungen, sich im alltäglichen Leben mit der Diktatur zu arrangieren, verstärkt.

So herrschte um die Jahreswende der Eindruck, als ob das Referendum zu einem Heimspiel für den Diktator werden könnte. Die staatliche Propagandamaschinerie erschien übermächtig und ihre Gegner hatten dem nicht viel entgegenzusetzen.

Seit den letzten großen Protestaktionen am 2./3. Juli 1986 war es mit der Oppositionsbewegung ständig bergab gegangen. Das bürgerliche Lager um die Christdemokratische Partei hatte auf Anweisung aus Washington und Bonn seine Strategie geändert und auf allen Ebenen die Zusammenarbeit mit der marxistischen Linken, in erster Linie mit der Kommunistischen Partei Chiles (PCCh),

aufgekündigt.

Und Pinochet hatte diese Spaltung nicht nur geschickt ausgenutzt, sondern noch erfolgreich weitere Keile in die Opposition getrieben. Zum Ende des wahrlich nicht ermutigenden Jahres 1987 herrschten in deren Reihen Plan- und Mutlosigkeit: „Wenn es so weitergeht“, hieß es sogar in linken Kreisen, „gewinnt Pinochet das Plebiszit auch ohne oder mit ein bißchen Betrug.“ Nach 14jähriger Terrorherrschaft ein wirklich bedrückendes Fazit.

Während der großen Sommerpause im Januar und Februar d.J., in der regelmäßig das politische Leben brach liegt, änderte sich an diesem Eindruck natürlich nichts. Die Kampagne von und für Pinochet lief auf vollen Touren.

Intelligent gemachte Werbespots flimmerten in allen Programmen über die Bildschirme. Der Generalkapitän höchstpersönlich reiste kreuz und quer durch Chile, versprach hier ein neues Stadion und weihte dort eine Schule ein.

Mit großem Brimborium eröffnete er sein ehrgeiziges Projekt in Südchile, die zu knapp einem Drittel fertiggestellte Carretera Austral, die Straßenverbindung nach Feuerland. Nach klassisch populistischem Konzept gab und gibt er bis heute immer wieder „Geschenke“ an die Bevölkerung, wobei das Wohnungsproblem zu einem besonderen Knüller der Regierung geworden ist.

Überall im Land „verschenkt“ der General großzügig Minihäuschen, die erst mit gewisser Verzögerung und auf jeden Fall erst nach dem Referendum abbezahlt werden müssen. Nachdem für die Militärdiktatur jahrelang das Problem der Obdachlosigkeit gar nicht existierte, schämen sich Pinochet und seine Chicago-Boys nun nicht, mehrköpfigen Familien ganze 18 qm als Paradies anzubieten. In der groß angelegten Wohnungskampagne von Pinochet spielen die Obdachlosen allenfalls eine Nebenrolle. Hauptdarsteller ist das Regime des Generals, dessen Leistungen dem unentschiedenen Wähler nahegebracht werden sollen.

So wurden den Chilenen Tag für Tag die Erfolge unter die Nase gehalten, die das Regime für sich in Anspruch nimmt. Und wachsende Exporte, zunehmender offensichtlicher Wohlstand in den Stadt-

350 000 protestierten in Mexiko-Stadt auf einer Kundgebung der FDN gegen den Wahlbetrug



Interview mit Ricardo Núñez (PSCh)

Nach einem Sieg des „Nein“ verhandeln wir mit der Armee

Der rechte Flügel der Sozialistischen Partei Chiles (PSCh), der bereits seit mehreren Jahren mit der Christdemokratie verbündet ist, wirkt heute im Kommando für das „Nein“. Ihr Führer Ricardo Núñez erläutert die Position seiner Partei zum Referendum.



FRAGE: Die Umfragen zeigen, daß das Regime und die Opposition jeweils etwa ein Drittel der Präferenzen auf sich vereinigen, bei einem leichten Vorsprung für das „Nein“ und einem Drittel Unentschiedenen. Glauben Sie, daß unter diesen Bedingungen die Opposition gewinnen kann?

R. NÚÑEZ: Die Mehrheit der Unentschiedenen fürchtet die Ungewissheit und deshalb versucht Pinochet, die Opposition mit Chaos gleichzusetzen. Aber unsere Botschaft ist, daß der Verbleib Pinochets für weitere acht Jahre das Chaos, die Polarisierung sein würde. Die Chilenen wissen nach 15 Jahren Diktatur, daß Pinochet weder Ordnung noch Frieden ist.

FRAGE: Was wird in der Nacht des Referendums geschehen, wenn das „Nein“ gewinnt?

R. NÚÑEZ: Wenn das Referendum unter Bedingungen stattfindet, die Mindestgarantien bieten, wird das „Nein“ gewinnen. Dann werden wir geordnet und verantwortungsbewußt auf die Straße gehen, um unseren Sieg zu verkünden und unverzüglich wird ein Dialog mit den Streitkräften beginnen, um einen schnellen und geordneten Übergangsprozeß zu vereinbaren.

FRAGE: Und wenn das „Ja“ gewinnt?

R. NÚÑEZ: Dann haben wir den Willen des Volkes zu akzeptieren, da wir Demokraten sind. Aber ich betone, daß dies nur in dem Falle gilt, wo die Mindestgarantien erfüllt sind und dieser hypothetische Sieg von uns nach-

geprüft werden kann.

FRAGE: Wie hat sich die Opposition vorbereitet, um gegen die von ihr vorhergesagte Wahlfälschung vorzugehen?

R. NÚÑEZ: Das Regime fälscht bereits jetzt, indem es den Zugang zum Fernsehen verwahrt, indem es jene verhaftet, die sich an der Kampagne für das „Nein“ beteiligen, indem es den Ausnahmezustand aufrechterhält. Aber wir bauen eine nationale Struktur von Bevollmächtigten auf, was zumindest massive Fälschungen am Wahltag verhindert.

FRAGE: Wie bewerten Sie die kürzliche Entscheidung der Kommunistischen Partei, sich dem „Nein“ anzuschließen?

R. NÚÑEZ: Positiv, wie auch bei den rechten Sektoren, die dasselbe taten. Wir stimmen jedoch mit einigen Punkten ihres Dokuments nicht überein. Sie schlagen vor, daß der Sieg des „Nein“ auf den Straßen durch eine Bewegung verteidigt werden müsse, die in eine nationale Erhebung mündet mit dem Ziel eines Regimewechsels ohne Verhandlungen, was wir ablehnen.

(Quelle: El País, Madrid, 27.6.1988)

Wahllokal er abzustimmen hat, ist die Kontrolle über die Einhaltung der Zusage effektiver, als man vielleicht annehmen könnte, besonders weil dem übermächtigen Staatsapparat fast alles zuge-
traut wird.

Im Moment erscheint es allerdings fraglich, ob die großangelegte Pinochet-Kampagne letztlich zum Erfolg für den Diktator führen wird. Er hat alle Machtmittel in der Hand, professionelle Werbe-fachleute unterstützen ihn. Und an Geld mangelt es ihm in Anbetracht zweier Weltbank-Kredite (250 und 600 Mio \$) nicht.

Dennoch kehrte mit dem Ende der Sommerpause Zuversicht bei den Gegnern Pinochets ein. Nachdem sie monatelang immer nur reagieren konnten, übernahmen sie plötzlich selber immer mehr die Initiative.

Zu einem ganz ungewöhnlichen Zeitpunkt, nämlich genau in der Mitte der Sommerferien am 2. Februar d.J., einigten sich nach zähen Verhandlungen 13 Parteien (inzwischen sind es 16) auf eine Plattform, in der sie aufrufen, für das „Nein“ im Referendum zu mobilisieren. Erstunterzeichner waren die Christdemokratische Partei (PDC), die Sozialdemokraten, die Humanistische Partei (PH), die Nationale Demokratische Partei (PADENA), die Sozialistische Volksunion (USOPO), die Radikale Partei (PR), Fraktionen Cimma und Luengo, die Sozialistische Partei Chiles von Núñez (PSCh-Núñez), die Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (Arbeiter, Bauern) (MAPU(OC)), die MAPU, die Christliche Linke (IC) und die PSCh-Almeyda. Sie riefen dazu auf, sich in die Wahlregister einzutragen und mit „Nein“ zu stimmen.²

Das von ihnen gegründete Kommando für das „Nein“ umfaßte zwar ein breites Spektrum von rechts bis links, einschließlich der PS-Almeyda, jedoch nicht die gesamte Opposition. Neben der rechten, anti-pinochetistischen Nationalpartei fehlten v.a. die stärkste linke Partei, die PCCh, die Historische Sozialistische Partei (PS-Histórico) und beide Fraktionen der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR).

Dies bedeutete die Lahmlegung des am 26. Juni 1987 gegründeten Bündnisses Vereinigte Linke (IU), denn die darin in klarer Abgrenzung zum bürgerlichen Block zusammengeschlossenen Parteien verfolgten unterschiedliche Strategien. Während PSCh-Almeyda, IC, MAPU und PR-Luengo das Referendum als mögliche Form anerkannten, um Pinochet eine Niederlage beizubringen, sahen PCCh, PS-Histórico und MIR in einer Beteiligung an dem von Pinochet inszenierten Spiel die Aufgabe aller bisherigen Positionen. Während im gemeinsamen Aufruf der 13 Parteien unterstellt wird,

daß ein Sieg des „Nein“ die Diktatur beenden würde, hatte die IU in ihrem Gründungsmanifest erklärt, daß „der grundsätzliche Weg, um die Diktatur zu beenden ... die einheitliche ... und wachsende Mobilisierung der verschiedensten sozialen und politischen Sektoren“ und „jeglicher Wahlakt im Rahmen der momentanen Legalität illegitim, unmoralisch und betrügerisch“ sei.³

„Wir chilenischen Kommunisten lehnen die Falle des Referendums ab“, erklärte noch Mitte April d.J. der frühere Abgeordnete der PCCh, Luis Gustavino, der heute illegal in Chile lebt und dem ZK der Partei angehört:

„Die Verfassung (von 1980) ist eine eiserne Rüstung des Faschismus in Chile, die jeden Durchbruch zur Demokratie verschließt. Auf die Bühne des Referendums zu steigen und dabei den Kampf der Massen zu umgehen, garantiert bloß – ob man will oder nicht – die Legitimation und den Fortbestand der Dikta-

tur.“⁴ Eine deutliche Kritik, die sich auch an den bisher engsten Bündnispartner der Kommunisten, die PSCh-Almeyda, richtete.

In der Tat ist eine wirkliche Demokratisierung in Chile ohne Bruch mit der geltenden Verfassung nicht möglich. Zu eindeutig hat Pinochet darin seine Herrschaft und seinen Einfluß verankert. Änderungen einzelner Artikel sind nur über 2/3-Mehrheiten in beiden Kammern des zu wählenden Parlaments möglich, wobei 1/3 der Abgeordneten gar nicht gewählt, sondern vom Regime eingesetzt wird. Neben dieser Sperrminorität besteht für den Präsidenten immer die Möglichkeit, gegen Verfassungsänderungen Einspruch zu erheben.

Doch die einzelnen Paragraphen der zutiefst undemokratischen Verfassung betreffen verschiedene gesellschaftliche und politische Gruppen unterschiedlich hart. Christdemokraten wurden zwar wiederholt bedroht und eingesperrt,

doch waren sie nie im gleichen Maße der brutalen Repression des Regimes ausgesetzt wie die Linke.

Folglich fällt es der bürgerlichen Opposition wesentlich leichter, sich mit dem Regime zu arrangieren. Sie können auch mit der geltenden Verfassung leben, mit ein paar Korrekturen, die man mit Unterstützung des US-Außenministeriums nach der Niederlage Pinochets im Referendum mit den Streitkräften auszuhandeln gedenkt.

Auch für die bürgerlichen Linksparteien, allen voran die PSCh-Núñez, besteht kein besonderer Druck, die undemokratische Verfassung abzuschaffen und mit dem faschistischen System zu brechen (vgl. nebenstehendes Interview mit Ricardo Núñez). Und die Vorstellung eines Volksaufstandes läßt der chilenischen Mittel- und Oberschicht seit jeher das Blut in den Adern gefrieren.

Für die Linke im Kommando für das „Nein“ ist das Plebiszit eng mit der Er-

Juan Pablo Cardenas

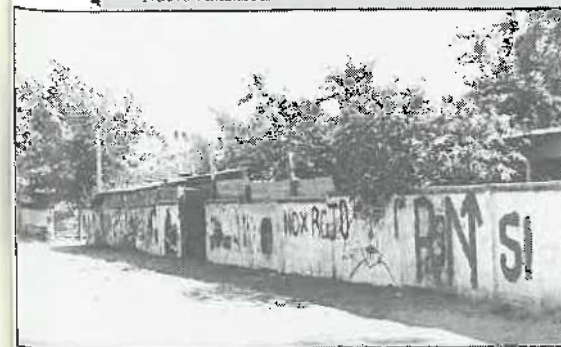
Das Referendum, ein Weg zum Sturz der Diktatur

Juan Pablo Cardenas ist Direktor der Wochenzeitschrift „Análisis“ und Mitglied des Sozialistischen Kommandos für das „Nein“. Die Redaktion von „Análisis“ sieht sich wegen ihrer engagierten Berichterstattung ständiger Repression ausgesetzt. 1986 wurde der außerpolitische Redakteur, José Carrasco, ermordet. Cardenas selbst muß 541 Tage lang die Nächte im Gefängnis verbringen. In einem Leitartikel, den wir gekürzt wiedergeben, argumentiert Cardenas, über die Beteiligung am Referendum könne der Sturz der Diktatur eingeleitet werden.

Für jeden echten Demokraten ist es unangenehm, an einem Referendum teilzunehmen, das durch die Diktatur anberaumt wurde und nach ihren Spielregeln funktioniert.

15 Jahre Betrug und zwei vorangegangene Volksbefragungen, Abstimmungen, bei denen der Volkssouveränität völlig die Hände gebunden waren, sind überzeugende Beispiele dafür, dem neuen Wahlvorgang und überhaupt der Möglichkeit, daß das Referendum stattfindet oder daß die offiziellen Ergebnisse mit der offensichtlichsten nationalen Ablehnung des Regimes, seiner Gesetze und dem institutionellen Verfahrensplan der Unterdrückten übereinstimmen, zu misstrauen.

Es gibt keinen Zweifel daran, daß der kürzeste, einfachste und klarste Weg, um Pinochet und seinen Alptraum von Regierung zu stürzen, die massive, friedliche und gewaltfreie Enthaltung des Volkes bei diesen Wahlen sowie seine Weisungen für das „Ja“ und das „Nein“ in der Publikation Nuevo Amanecer



gerung sein müßte, sich in die Wahlregister einzuschreiben und den politischen Spielregeln zu folgen.

Wenn wir Chilenen uns nicht eingeschrieben hätten, wenn dies nur der enge Kreis der Anhänger des totalitären Regimes getan hätte, wäre die Diktatur und ihre Verfassung – ohne größeren Aufwand und soziale Kosten – völlig isoliert. Auch ihren Versuch sich zu verewigen, hätte man in tausend Scherben zerschlagen und die Widersprüche unter den Regierenden vermehrt.

Jedoch steht fest, daß einige Sektoren der Opposition sich sehr früh am Wahlbetrug beteiligt haben und die anderen – die unnachgiebigen Demokraten – nicht die Kraft gehabt haben, die Einschreibung zum Scheitern zu bringen und das Referendum zu boykottieren. Dadurch ist jetzt das breiteste Spektrum von politischen und sozialen Organisationen mit dem Referendum befaßt. Und noch viel wichtiger ist, daß die Zahl der Chilenen, die bereit und fähig sind zu wählen, schon fast 6 Mio erreicht.

Dies ergibt ein neues Szenarium, in dem – ob es gefällt oder nicht – das Plebiszit sich in die große Möglichkeit verwandelt, um der Diktatur einen überzeugenden Schlag zu versetzen und den Weg zu bereiten für eine wirklich demokratische Ordnung. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die große Sehnsucht nach Gerechtigkeit und Freiheit auch die Hoffnung erweckt, daß das Plebiszit Spielräume schafft. Denn die große Mehrheit der Chilenen und ihrer Führer haben nicht nur den Plan von dem Sieg des „Nein“, sondern den kategorischen



Willen, daß dies das Ende der Diktatur bedeutet und daß die Streitkräfte sich unverzüglich in den Dienst eines Chiles stellen, das vom jetzigen grundverschieden ist. Auch wenn die vom Volk und der Opposition geforderten Bedingungen nicht erfüllt wurden, damit dieses Ereignis ohne den Verdacht eines neuen Betrugs stattfindet, hat das Land das Vertrauen, die Mehrheit der Nein-Stimmen werde so groß sein, daß es der Regierung so gut wie unmöglich sein wird, den Volkswillen zu entstellen. Oder daß im Fall eines neuerlichen Betrugs ein solcher Zorn und eine solche Mobilisierung losbrechen würde, daß die Versuche, die Diktatur zu verewigen, sehr schnell und endgültig verhindert werden könnten. Dem Vorangegangenen muß man noch die offensichtliche offizielle Nervosität hinzufügen, die deutliche Furcht, die die Regierung überfällt, daß das, was sie als reinen Wahlvorgang begreift, sich in ihre Achillesferse und in den bedrückenden Sieg eines „Nein“ verwandelt, eines „Nein“, das eine neue Ordnung schafft. (...)

(Quelle: Análisis, Santiago, Nr. 223/1988)

Interview mit José Sanfuentes (PCCh) Das „Nein“ auf den Straßen verteidigen

Am 16. Juni d.J. hat die Kommunistische Partei Chiles (PCCh) bekanntgegeben, sie rufe die ChilenInnen auf, beim bevorstehenden Referendum über die Wiederwahl Pinochets mit „Nein“ zu stimmen. Im folgenden Interview erläutert der Sprecher der PCCh und Generalsekretär des Bündnisses Vereinigte Linke, José Sanfuentes, die Position seiner Partei.

FRAGE: Warum hat es solange gedauert, bis die chilenische KP sich für das „Nein“ entschieden hat?

J. SANFUENTES: Weil Anfang d.J. ... in der Opposition unbegründete Illusionen darüber vorherrschten, daß die Abstimmung es ermöglichen würde, das Regime Pinochets zu beenden.

Aber jetzt schließen die diktatorischen Kräfte ihre Reihen: Die Großunternehmer lassen die Maske fallen, die Offiziere des Heeres setzen sich offen für Pinochet ein und die Illusionen über die Abstimmung verschwinden. Alle Oppositionskräfte sehen heute die Mobilisierung als unabdingbar an.

FRAGE: Wird der kommunistische Aufruf dazu dienen, die Einheit der Opposition zu erreichen in Anbetracht der Tatsache, daß die Christdemokratie es abgelehnt hat, die PCCh in das Kommando für das „Nein“ aufzunehmen?

J. SANFUENTES: Die Kraft Pinochets wurzelt vor allem in der Spaltung der Opposition. Es ist unverantwortlich, das Sektierertum beizubehalten und andere Kräfte auszuschließen. Einleuchtend und vernünftig ist es doch, daß sich die Opposition für diese Referendumschlacht vereinigt, wie es das chilenische Volk und die internationale Gemeinschaft verlangen. Wir sind davon überzeugt, daß die Macht des Faktischen die Einheit in Chile erzwingen wird.

FRAGE: Welches Ergebnis erwarten sie beim Referendum?

J. SANFUENTES: Es wird zwei Resultate geben. Eines drückt sich in der Abstimmung der Leute aus, ähnlich denen bei irgendeiner Wahl in gesellschaftlichen Organisationen. In jeglicher Abstimmung mit einem hohen Grad an demokratischer Kontrolle hat die Opposition mindestens 60% und gewöhnlich mehr als 70 und 75% erhalten. Aber Pinochet wird die Abstimmung manipulieren und gefälschte Ergebnisse vorzeigen.

Angesichts dieser doppelten Realität muß die Opposition das Land lähmen. Sie muß fordern, daß der Betrüger geht und es wird zu einer provisorischen demokratischen Regierung kommen, die freie und demokratische Wahlen abhält.

FRAGE: Wie sehen Sie den Tag nach dem Referendum?

J. SANFUENTES: Wenn das „Ja“ gewinnt, wird es ein wirkliches, von der Diktatur provoziertes Chaos geben. Das Volk wird sich in seiner Souveränität verletzt fühlen, auf die Straße gehen und verlangen, daß Pinochet geht.

Im hypothetischen Fall eines Sieges des „Nein“, muß die Opposition entschlossen sein



und den sofortigen Rücktritt Pinochets verlangen.

FRAGE: Folgt daraus, nicht mit den Streitkräften zu verhandeln?

J. SANFUENTES: Es gibt wichtige Sektoren der Streitkräfte, die angesichts einer vereinigten Opposition und eines mobilisierten Volkes bereit wären, sofort die Macht an neue Autoritäten zu übergeben.

FRAGE: Wie wird die PCCh-Kampagne für das „Nein“ aussehen?

J. SANFUENTES: Wir werden versuchen, die Leute für ein vollständiges „Nein“ zur Diktatur zu gewinnen, damit alle Stimmen mobilisierte Männer, Frauen und Jugendliche sein werden, die sich Hand in Hand mit den demokratischen Kräften darauf vorbereiten, die Abstimmung an den Urnen zu verteidigen. Es geht darum, mit „Nein“ zu stimmen und das Land vor, während und nach der Abstimmung unregierbar zu machen.

FRAGE: Wie wirken sich die Aktionen der bewaffneten Gruppen aus?

J. SANFUENTES: Die Rechte hat den Terrorismus eingeführt. Die Verantwortung für die Gewalt liegt bei der Diktatur. Wir Kommunisten lieben den Frieden, wir wollen keine Gewalt. Aber, um sie zu beenden, muß die Diktatur beseitigt werden. Die Kommunisten fordern, wie es das europäische Volk gegen Hitler getan hat, daß das Volk gegen die Gewalt auf alles zurückgreift, was ihm zur Verfügung steht.

(Quelle: El País, Madrid, 30.6.1988)

wartung verbunden, mit Hilfe der Mobilisierung für das „Nein“ eine Massenbewegung auf die Beine zu stellen, um den Widerstand gegen Pinochet weit über den vorgegebenen Rahmen des Plebiszits hinaus aktivieren zu können. Und wirklich, seit 1986 gab es kein derart breites Bündnis der chilenischen Opposition, wie es heute das Kommando für das „Nein“ darstellt. Der Einfluß der Linken ist darin aber eher gering.

Die Plattform der abstimmungswilligen Gegner Pinochets steht außerdem auf wackeligen Füßen. Sie schwanken zwischen der Hoffnung, Pinochet zu Fall zu bringen, und der Überlegung, sich die Chance des Volksentscheids nicht entgehen zu lassen.

Im Unterschied zu den Christdemokraten, von denen unter ihrem konservativen Parteiführer Patricio Aylwin kaum eine mobilisierende Kraft im Widerstand ausgehen wird, verbinden die Almeyda-Sozialisten und die Christliche Linke wesentlich weitergehende Forderungen und Konsequenzen mit ihrem Engagement für das „Nein“.

Für sie schließt es auch eine grundsätzliche Ablehnung des Regimes und seiner Verfassung ein. Doch immerhin haben sie sich relativ früh auf die Spielregeln des Regimes und die von der bürgerlichen Opposition diktierte Plattform eingelassen und damit heftige Kritik von Kommunisten, MIR und der Patriotischen Front Manuel Rodríguez (FPMR) zugezogen.

In den drei Organisationen ist es jedoch über die Frage des Referendums und des Verhältnisses von Massenmobilisierung und bewaffnetem Kampf zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Nachdem die PCCh im letzten Jahr der Volksmobilisierung erste Priorität eingeräumt hatte und offensive militärische Aktionen hintangestellt hatte (siehe AIB 8/1987, S. 4ff.), spalteten sich große Teile der mit ihr eng verbundenen Guerilla-Organisation FPMR ab. Auch

Massenprotest gegen die Diktatur: 1.-Mai-Demonstration 1988



die MIR hatte sich vorher aufgrund ähnlicher Auseinandersetzungen gespalten.

Die Konflikte in der PCCh hängen eng mit ihrer Geschichte und ihrer jetzigen sozialen Struktur zusammen. Zu den alten Kämpfern, die auf mehrere Jahrzehnte parlamentarisch-demokratischer Geschichte zurückblicken können, waren vor allem junge Aktivisten aus den Poblaciones und den Universitäten gestoßen, die unter der Diktatur aufgewachsen sind. Unter ihnen wuchs die Ungeduld.

Denn nicht nur hatten der politische Widerstand und die Massenmobilisierung keine spürbaren Erfolge gebracht, sondern auch die Verarmung großer Bevölkerungsteile und das repressive Vorgehen des Regimes vor allem in den Poblaciones waren ungemindert weitergegangen. Für viele lag deshalb der einzige Ausweg in radikalen militärischen Lösungen.

Die Anhänger eines offensiven bewaffneten Kampfes verloren jedoch durch das fehlgeschlagene Attentat auf Pinochet im September 1986 an Boden. Der Funke, der zum Sturz des Regimes führen sollte, sprang nicht über. Er folgte ein monatelanger verschärfter Ausnahmezustand und die bürgerliche Opposition nutzte die Gelegenheit, ihre Abgrenzung von den Kommunisten auch ideologisch zu untermauern.

In der PCCh setzte sich die Erkenntnis durch, daß eine zu starke Forcierung des militärischen Kampfes in der Folgezeit wenig erfolgversprechend sein würde. Bewaffneter Widerstand ja, um sich zu wehren und dem Regime seine Grenzen zu zeigen, aber der Schwerpunkt der Parteilarbeit sollte auf der sozialen und politischen Mobilisierung liegen.

Diese Auffassung deckte sich jedoch nicht mit der Überzeugung der Mehrheit in der FPMR, Pinochet wäre einzig durch gewaltsamen Widerstand zu beseitigen. Der gesamte logistische Apparat und ei-

nige wichtige Comandantes spalteten sich ab.

Die Orientierung immer größerer Teile der Opposition auf eine Teilnahme am Referendum und die massenhafte Einschreibung der Chilenen in die Wahlregister (inzwischen über 80%) führte dazu, daß die Kommunisten – obwohl sie ansonsten ihren Einfluß ausbauen konnten – immer mehr in die Isolation gerieten. Im Oktober 1987 rief die PCCh deshalb ihre Anhänger dazu auf, sich in die Wahlregister einzuschreiben. Nur wenige Monate zuvor mußte die bekannte Schauspielerin und frühere Abgeordnete, Maria Malucande, die Partei verlassen, weil sie eben diese Position vertreten hatte.

Der Aufruf fand jedoch nur ein geringes Echo, zumal die Partei auch nicht aktiv dafür warb. Aufgrund des Widerstands in den eigenen Reihen wurde im März d.J. den Mitgliedern die Einschreibung freigestellt und eine Stellungnahme zum Referendum verlegt.

Nachdem auch die PS-Histórico sich dem Kommando für das „Nein“ angeschlossen hatte, rief die PCCh schließlich am 15. Juni d.J. dazu auf, Pinochet im Volksentscheid eine Niederlage zu bereiten. Sie begründet diesen Schritt mit der veränderten Situation.

In der Opposition würde vor allem angesichts der offenen Androhung der Militärs, erneut zu putschen, die Bereitschaft zur offenen Konfrontation mit der Diktatur wachsen. Außerdem habe sich in ihr die richtige Ansicht verbreitet, daß das Referendum an sich nicht den Konflikt zwischen Demokratie und Diktatur lösen würde.

Die Partei ruft zum „Nein“ auf, da dies die beste Möglichkeit sei, eine Situation zu schaffen, die es ermöglicht, die Diktatur zu beenden. „Das Volk muß sich auf alle Möglichkeiten vorbereiten, sich wie ein Mensch erheben und das Land lahm legen, bei jeder Gefahr eines Selbstputsches, wenn die Diktatur den Sieg des 'Ja' erklärt ... oder wenn sie den Sieg des 'Nein' nicht zur Kenntnis nehmen und Pinochet sich weiter an der Macht festklammern will.“⁵

Damit dürften sich die Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns der Linksparteien, die durch die Volksmobilisierung das Referendum in ein Instrument zum Sturz des Regimes verwandeln wollen, verbessern und eine Wiederbelebung der IU bevorstehen.

Auf Skepsis ist die Stellungnahme der Kommunisten jedoch bei der Mitte-Rechts-Opposition gestoßen. PDC-Vorsitzender Aylwin kündigte an, er werde die Integration der Kommunisten in das Kommando für das „Nein“ nicht akzeptieren.

Sollte es zu einem Sieg des „Nein“ kommen, ist angesichts der Kompromiß-

bereitschaft der bürgerlichen Parteien noch längst nicht klar, ob Pinochet ausgespielt hat. Sollten sie nicht bereit sein, für eine sofortige Abschaffung der Verfassung und die Durchführung freier Wahlen zu kämpfen, wird sich die Opposition aufspalten; und zwar in jene, die im Rahmen der pinochetistischen Verfassung ihr Schäfchen ins Trockene bringen wollen und in die Linksparteien, denen die Teilnahme an den dann geplanten Präsidentschaftswahlen untersagt ist.

Anmerkungen:

- 1) Gespräch, das Jens Holst mit Humberto Vega in Santiago führte
- 2) Siehe: El Mercurio, Edición Internacional, Santiago, 3.2.1988
- 3) Aufruf in: AIB 8/1987, S. 6
- 4) El País, Madrid, 13.4.1988
- 5) Analisis, Santiago, 20.-26.6.1988

Betrachtungen über „Das Kapital“ der USA.



Herbert Schui
DIE SCHULDENFALLE
Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA
KB 465, 181 Seiten, DM 14,80
Mit eindrucksvollen Zahlen, Statements und Hintergrundinformationen belegt Herbert Schui seine These: „Die US-Zinspolitik ist eine bewußte Strategie. Die Schulden werden als Waffe eingesetzt, um den Ausverkauf der Dritten Welt zu erzwingen und soziale Reformen zu vereiteln.“



Viktor Sukup
ZEITBOMBE SÜDAMERIKA
Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie
KB 464, 269 Seiten, DM 14,80
Ein Kontinent – zehn Länder, diktatorisch oder demokratisch regiert, verbunden durch ihre Abhängigkeit vom US-Kapital und die Last der „Zeitbombe“ Zinsverschuldung. Ganz unterschiedlich aber in ihrer Reaktion darauf. Viktor Sukup hat die Länder Südamerikas bereist und studiert. Aus ihrer Geschichte und ihren nationalen Eigenheiten heraus analysierte er ihre Entwicklungsmöglichkeiten.

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN 258



Gemeinsame Pressekonferenz DGB-COSATU in Bonn (v.r.n.l.): DGB-Vorsitzender Breit, COSATU-Präsident Barayi, J. Naidoo, F. Meintjes

Gemeinsame Erklärung DGB-COSATU

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung weilte vom 21.-24. Juni d.J. die Spitze des Kongresses Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU) in der Bundesrepublik. Präsident Elijah Barayi, Generalsekretär Jay Naidoo und Vorstandssprecher Frank Meintjes führten u.a. Gespräche mit Außenminister Genscher, Arbeitsminister Blum und mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Obwohl ihnen durch die Verbote gegen die Opposition vom 24. Februar d.J. politische Forderungen wie die nach Sanktionen untersagt sind, waren ihre Äußerungen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem DGB dennoch unmißverständlich. So erklärte Jay Naidoo zur Politik der Bundesregierung: „Wir sind der Auffassung, daß ihre Entscheidungen ... im Gegensatz stehen zu der Meinung und den Wünschen der Mehrheit unseres Volkes.“

Die Apartheid stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar und verurteilt die Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas zu Armut und Erniedrigung aufgrund ihrer Hautfarbe. Wir stimmen darin überein, daß Apartheid nicht reformiert werden kann; sie muß abgeschafft werden. Sie muß durch ein einheitliches, auf allgemeiner Wahl basierendes System ersetzt werden.

Alle Maßnahmen, die die Apartheid-Regierung in den letzten Jahren ergriffen hat, lassen das Ziel sichtbar werden, das sie zielstrebig verfolgt, nämlich die Apartheid zu verewigen und alle politisch Andersdenkenden zu unterdrücken. Diese Maßnahmen umfassen die Verhängung von drei aufeinander folgenden Ausnahmezuständen, Massenverhaftungen von Gewerkschaftern und Aktivisten, die drakonischen Beschränkungen der Presse, sowie die Verbote und Restriktionen, die der COSATU und 17 anderen politischen Organisationen in Südafrika am 24. Februar auferlegt wurden.

Eine zusätzliche Spitze dieser Angriffe ist die systematische Offensive gegen Gewerkschaftsrechte, der die Gewerkschaften in den letzten 10 Jahren ausgesetzt waren. Die Bestimmungen des Entwurfs des neuen Arbeitszeitgesetzes zielen darauf ab, das Streikrecht stark einzuschränken, die auf dem Gebiet der Sicherheit am Arbeitsplatz errungenen Rechte auszuhöhlen und die rechtliche Schutzlosigkeit von Millionen von Farmarbeitern, Hausangestellten und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst aufrecht zu erhalten.

In diesem Klima staatlicher Repressionen haben rechte Gruppen viele Gewalttätigkeiten gegen Führung und Eigentum der COSATU einschließlich Bombenanschläge gegen ihr Hauptquartier und viele Büros im ganzen Land begangen.

Wir fordern den Staatspräsidenten der Republik Südafrika auf, die weltweite Verurteilung der Todesurteile, die über die „Sechs von Sharpeville“ verhängt wurden, zur Kenntnis zu nehmen, und der DGB verpflichtet sich, sich zusammen mit den Menschen in Südafrika um ihre Freilassung zu bemühen.

Weiterhin weisen wir auf die Versuche der Apartheid-Regierung hin, die Aktivitäten der Gewerkschaften und demokratischer Organisationen zu kriminalisieren. Zu diesen Versuchen gehören die Prozesse gegen Moses Mayekison, den Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft NUMSA, und die Delmas-Prozesse. Wir sind der Überzeugung, daß die Apartheid die eigentliche Ursache der Gewalt und der Konflikte unter den Bürgern Südafrikas ist, und aus diesem Grund verpflichtet sich der DGB, den Kampf der Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung und insbesondere ihre Gewerkschaftsbewegung weiterhin durch entschiedene Maßnahmen zu unterstützen wie:

1. Die Weiterführung und Verstärkung des politischen Drucks
 - auf die Bundesregierung,
 - auf die im Bundestag vertretenen Parteien,
 - auf die Europäische Gemeinschaft, die Durchsetzung von Maßnahmen, die geeignet sind,

- die Ablehnung der Apartheid nachdrücklich zu bekunden und bei ihrer Überwindung mitzuwirken,
- besonders die Regierung der Republik Südafrika zur Abschaffung der Apartheid zu zwingen.

Der DGB fordert die Durchsetzung

- der Forderung nach umfassenden, bindenden Wirtschaftssanktionen
- weitere geeignete Sanktionsmaßnahmen im politischen, diplomatischen und kulturellen Bereich wie:

- die Abberufung des deutschen Botschafters zur Berichterstattung,
- die Bestellung des südafrikanischen Botschafters in das Auswärtige Amt zur Entgegennahme des Protests der Bundesregierung,
- die Reduzierung des Personals der südafrikanischen Botschaft in Bonn,
- die Einführung des Visumszwanges für südafrikanische Staatsbürger,
- ein Lande- und Überflugverbot für die südafrikanische Luftverkehrsgesellschaft SAA,
- die Unterbrechung des Linienverkehrs der Lufthansa mit Südafrika;
- die Einstellung der Hermes-Bürgschaften für Handel und Investitionen mit oder in Südafrika,
- die Anwendung der Kriterien der COCOM-Liste in Bezug auf den Handel mit der Republik Südafrika, weil diese Forderungen die Position der Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung widerspiegeln.

2. Stärkung der Solidarität zwischen den Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitgliedern der beiden Länder, besonders derjenigen, die mit denselben Unternehmen zu tun haben.

3. Weitere Verstärkung der Öffentlichkeits- und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik zur Förderung des öffentlichen Bewußtseins über das Unrecht der Apartheid und der Notwendigkeit ihrer Abschaffung und zur Brandmarkung der ständigen Verstöße gegen die Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Republik Südafrika durch ständige Information und gezielte Kampagnen.

4. Unterstützung der COSATU in der Rechtshilfe und im humanitären Bereich.

5. Verstärkte Beobachtung der durch die Regierung der Republik Südafrika verfolgten Politik gegenüber Namibia und den Staaten des südlichen Afrika mit dem Ziel, Maßnahmen der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft durchzusetzen, die geeignet sind, der südafrikanischen Destabilisierungspolitik entgegenzuwirken und deren Folgen für die betroffenen Länder durch verstärkte Wirtschaftshilfe zu überwinden.

(Quelle: DGB-Nachrichten-Dienst, Düsseldorf, Nr. 258, 28.6.1988)

Südkorea

Wenn am 17. September die XXIV. Olympischen Sommerspiele der Neuzeit in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul beginnen, sieht sich das herrschende Regime des Ex-Generals Roh Tae Woo als erster auf dem Siegerpodest. Nehmen wir die Gastgeber beim Wort, so scheinen sie dafür eine Reihe guter Gründe präsentieren zu können.

Es begann im Herbst 1981 mit der in Baden-Baden gefällten Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Seoul anstelle des japanischen Mitbewerbers Nagoya als Ausrichter der 88er-Spiele zu nominieren.

Für das damalige Militärregime unter (Roh-Vorgänger) Chun Doo Hwan bedeutete das einen gleich doppelten Prestigegewinn. Nebst der politischen Aufwertung bescherte es dem „Erzfeind“ Japan, der Korea immerhin von 1910-45 unter sein Kolonialjoch gezwungen hatte, eine Schlappe.

Schließlich ließ sich mit diesem olympischen Pfund auch innenpolitisch wuchern. Seit der Baden-Badener Entscheidung gab es keine nennenswerte Kraft im Lande, die sich für einen (neuerlichen) Boykott der Spiele ausgesprochen hätte bzw. dafür eine Bresche schlug.

Gegenüber dem Ausland vermochte Seoul glaubhaft wirtschaftliche Solidität zu demonstrieren. Für das Land, so Chun Doo Hwan damals, bedeuteten die mit den Spielen notwendig anfallenden Infrastrukturprojekte und Baukosten keinerlei Probleme.

Seoul durchlief einen gigantischen Bau- und Binnensanierungsprogramm. Binnen kürzester Zeit veränderte sich die Skyline der Metropole derart, daß Außenstehende den Eindruck gewinnen mußten, deren Zentrum sei ein nach Fernost verpflanztes Stück Manhattan.

Außenpolitisch gewann Seoul im „olympischen Sog“ an Terrain. Nicht nur meldeten 161 der insgesamt 167 Nationalen Olympischen Komitees die Teilnahme ihrer Mannschaften für die 88er-Spiele fristgemäß an.¹ Die Handelskontakte und Wirtschaftsbeziehungen „entspannten“ sich außer mit dem nördlichen Nachbarn China auch mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten. Bereits heute ist die Republik Korea (Südkorea) trotz noch ausstehender diplomatischer Anerkennung ein bedeutsamerer Handelspartner als die

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), das seit der erzwungenen Spaltung Koras im Jahre 1948² exklusiv und mehr oder minder enge Bande mit der VR China, der Sowjetunion und Osteuropa pflegte.

Den Seoul-Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher Anfang Juli d.J. nutzte das Regime Roh Tae Woos zur Propagierung seiner „Wiedervereinigungs-Offerte“.

Im Klartext: Beide Koreas sollten gemäß dem zu Beginn der 70er Jahre unterzeichneten deutsch-deutschen Grundlagenvertrag initiativ werden und im Rahmen einer Überkreuz-Anerkennung erreichen, daß sich die militärische und politische Lage auf der koreanischen Halbinsel „entschärft“. Demnach sollen die Sowjetunion und China Seoul und im Gegenzug die Vereinigten Staaten Pjöngjang diplomatisch anerkennen.

Faktisch liefe dies auf die Zementierung der Teilung Koreas hinaus. Eine Analogie zu „deutschen Verhältnissen“, so kontert nach wie vor Pjöngjang (und das mit gutem Grunde), existiere nicht; schließlich sei Korea als Opfer und infolge ausländischer Aggression (Japan) und Intervention (USA) geteilt worden!³

Last not least zeigt sich das gegenwärtige

„Anti-Terror-Übung“ im Olympiastadion von Seoul



Rainer Werning Pax Olympia oder martialische Spiele?

Regime als dynamischer Erneuerer. Es habe, so betont Roh fortlaufend, mit der Vergangenheit endgültig gebrochen und dem Land eine demokratische und liberale Zukunft eröffnet, wie er dies in seiner berühmten Acht-Punkte-Erklärung vom 29. Juni 1987 vorgezeichnet und mit der Durchführung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 1987 bzw. April d.J. unter Beweis gestellt habe.

Das 40. Jahr seiner Staatsgründung verheißt für Südkorea folglich in vielerlei Hinsicht Gutes.

Nun haben auch in diesem unserem Lande sich als gewaltig verstehende Sport- und Politikkommentatoren, von Fritz Klein bis Ernst Otto Maetzel (FAZ), eine eigentümliche Handreichung ausgemacht. Olympischer Sport und (die) Politik (olympischer Spiele) haben tunlichst ein berechtigtes Eigenleben zu zelebrieren und sollten — nach den letzten, durch Boykotte gebeutelten Rumpf-Spielen — endlich wieder ihren gebührenden Stellenwert einnehmen.

Damit sprechen sie aus, was die Herzen von Politikern und Sportfunktionären gleichermaßen bewegt: Sport und Politik seien nun einmal strikt zu trennen. Seoul '88 dürfte dieses Wunschdenken aufs Neue und gehörig ins Wanken bringen. Gewichtige Gründe sprechen dafür, daß uns die politisiertesten und militarisertesten Spiele ins Haus stehen — ganz zu schweigen von den Aspekten exzessiver Kommerzialisierung.

Vor einem Jahr — die Bilder von Massendemonstrationen, Arbeiterstreiks und martialisch ausgestatteten Eliteeinheiten der südkoreanischen Polizei gingen um den Globus — führten sich nicht zuletzt die ansonsten auf Trennung von Sport und Politik Bedachten selbst ad absurdum.

Los Angeles, München und Berlin (West) brachten sich rasch als alternative Austragungsorte der 88er-Spiele ins Gespräch. Die politischen Verhältnisse — unerwartete „Unruhen“ im Olympialand Südkorea — ließen die ordnungsgemäße Durchführung dieses sportlichen Großereignisses als zweifelhaft erscheinen.

Das war damals, also auf dem Höhepunkt der Regimekrise Chun Doo

Hwans, durchaus nicht abwegig. Doch gelang in Südkorea etwas, was im südlichen Anrainer, den ebenfalls politisch „unruhigen“ Philippinen, Anfang 1986 gänzlich anders verlaufen war. Durch ein geschicktes US-Krisenmanagement hatte Washington dem Diktator Chun signalisiert, daß an die neuerliche Ausrufung des Kriegsrechts im Interesse des (sportlichen) Geistes von Völkerverständigung und Frieden vorerst nicht zu denken sei. Dies glückte, weil die USA seit 1978 durch den sog. „Combined Forces Command“ (CFC) über die weltweit einzigartige Möglichkeit verfügt, unmittelbar die über 600.000 Mann starken südkoreanischen Streitkräfte(!) zu kontrollieren. Der Kommandeur der immerhin noch ca. 41.000 GIs im Lande ist gleichzeitig u.a. in Personalunion Chef der UN-Truppen und eben Oberbefehlshaber der südkoreanischen Streitkräfte, deren Aktionen letztinstanzlich des Plazets dieses US-Generals (augenblicklich Louis Menetres) bedürfen! Da Washington im Sommer 1987 ein drakonisches Vorgehen gegen die Opposition ausschloß, mußte Chun zurückstecken und sich aufs Altenteil verlegen. Chun blieb zwar bis zum Februar d.J. im Amt, doch faktisch war er seit dem letzten Sommer kaltgestellt und von Roh überschattet worden. Im CFC⁴ verfügen die USA über eine Kontrollinstanz, die ihnen auf Dauer weitreichende und effektive Interventionen in innerkoreanische Entscheidungsprozesse garantiert.

Das zeigte sich erst jüngst wieder, als im Anschluß an das diesjährige „Team Spirit“-Manöver⁵ in Seoul die 20. südkoreanisch-amerikanischen Sicherheitsgespräche stattfanden. Der amerikanische Verteidigungsminister Frank Carlucci und sein koreanischer Amtskollege Oh Ja Bok kamen rasch darin überein, daß die Zeit bis zum Abschluß der Olympiade für die Sicherheit Südkoreas „von besonderer Bedeutung“ und das Flaggezeichen der GIs solange vonnöten sei, „wie die Bedrohung durch Nordkorea anhält und die Anwesenheit der US-Truppen von der Regierung in Seoul und dem koreanischen Volk erwünscht ist“.⁶

Als konkrete Schritte zur reibungslosen Durchführung der Spiele wurden folgende Maßnahmen vereinbart: Washington wird eine Flotte von Kampfschiffen in die südkoreanischen Gewässer entsenden; die ständigen Aufklärungsflüge über Südkorea sollen ebenso verstärkt werden wie die Satellitenbeobachtung; die koreanische Polizei erhält vom „großen transpazifischen Bruder“ zusätzliches, für „städtische Aufrufbekämpfung“ geeignetes Gerät sowie „Sicherheits“-Experten zugewiesen, über deren genauen Umfang aber Carlucci und Oh keinerlei

Angaben machten.

So wird sich denn die „Festung Olympia“ gemäß dem „Frontstaatencharakter Südkoreas gegen den Kommunismus“ (US-Präsident Reagan) als extrem wehrhaft erweisen: Neben den über 600.000 Mann starken und während der Spiele in Alarmbereitschaft versetzten Streitkräften werden 120.000 Nationalpolizisten, ca. 35.000 in den Wettkampfstätten postierte Wächter und eine gut 10.000 Mitglieder zählende Antiterrorismus-Einheit das Reis- und Spiele-Spektakel „schützen“.

„Zur technischen Ausrüstung zur Abwehr von Sabotage-Akten gehören Spezialgewehre, die Betonmauern durchdringen und ein vierfacher und elektrisch geladener Zaun um das Sportlerdorf. (...) Alle Beteiligten sehen schon jetzt aus, als hätten sie seit Jahren nicht mehr gelacht, notierte die „New York Times“.

Im weitesten Sinne kommen auf einen Athleten 52 „Aufpasser“⁷ Vorsichtshalber läßt man zudem das Gros der Universitäten geschlossen und Industrieanlagen um die Metropole Seoul ihre Produktion herunterfahren – „hygienische“ Verhältnisse sind alles.

Und selbst für die Zeit nach Olympia ist gesorgt. Aufgrund seiner gewachsenen wirtschaftlichen Potenz soll Seoul die bislang von Washington allein geschulerten Aufwendungen zum Unterhalt der GIs (jährlich immerhin 3 Mrd \$) kofinanzieren. Einen vergleichsweise bescheidenen Obolus von ca. 50 Mio \$ hat Seoul umgehend zugesagt.

Gewichtige Gründe sprechen dafür, daß uns die politisierten und militarisierten Spiele ins Haus stehen

Es ist nicht abgeneigt, über ein künftiges Aufstocken dieser Mittel hinaus gemeinsam mit Japan im Sinne Washingtons regionalpolitische „Ordnungsfunktionen“ wahrzunehmen. Während im State Department – vor allem durch den dort für Ostasien und den Pazifik zuständigen Gaston Sigur – die Ansicht vertreten wird, Südkorea könne einen finanziellen Beitrag zu dem von Washington für die Philippinen anvisierten Mini-Marshallplan leisten, erwägt das Pentagon eine Neubestimmung des Begriffs „burden-sharing“, des (militärischen) Lastenausgleichs also. Und eben das bildete ein zentrales Verhandlungsthema, das der stellvertretende US-Verteidigungsminister William Taft während seines Seoul-Besuchs im Mai d.J. vortrug. Mit diesen Überlegungen aufs engste verknüpft sind ökonomische Aspekte, die in

mehrfacher Hinsicht das zukünftige Verhältnis Washington-Seoul „säuerlich“ gestalten werden. Südkorea, so wird mittlerweile in einflussreichen New Yorker „Denkfabriken“ wie dem „Council on Foreign Relations“ und der „Asia Society“ argumentiert, habe in der Vergangenheit von amerikanischen Hilfen dermaßen profitiert, daß es heute der USA siebtgrößten Handelspartner mit dem gegenüber Washington fünfgrößten Überschuss darstellt.⁸

Dieser Handelsüberschuss – 1987 knapp 10 Mrd \$ – könne schon bald auf 13 Mrd \$ anschwellen. Da aber Südkoreas Wirtschaft extrem exportlastig ist – gut 40% seiner Ausfuhren gingen im Vorjahr allein in die Vereinigten Staaten – und eine erfolgreiche Umpolung auf den Binnenmarkt noch aussteht, bleibt sie extrem verwundbar gegenüber Schwankungen auf dem Weltmarkt und protektionistischen Maßnahmen.

Innerhalb der EG, in Kanada und nicht zuletzt in den USA hat sich so etwas wie eine Abschottungsmentalität gegenüber Seouls Wirtschaftserfolgen breitgemacht. Kontingentierungen sowie die Errichtung tarifärer und nichttarifärer Handelsschranken bei südkoreanischen Exportschlägern (z.B. Autos und Elektronikzeugnissen der Unterhaltungsbranche) sind geplant.

Zudem schüren die USA selbst durch die erzwungene Öffnung des südkoreanischen Marktes für Rindfleisch- und Zigarettenimporte den latenten Antiamerikanismus im Lande. „Häutet die Yankees!“ – schallt es häufig auf studentischen Protestmärschen. Die Radikalität dieses Slogans stößt zwar in der Bevölkerung mehrheitlich auf Ablehnung. Dessen Stoßrichtung – militanter werdender Antiamerikanismus – findet indes zunehmende Akzeptanz.

Neben wirtschaftlichen bleiben politische Schwierigkeiten bestehen. Im Augenblick ist unisono viel von Demokratie und einem Kurs der Liberalisierung zu hören, wobei vor allem auf die Dezember- und April-Wahlen verwiesen wird. Nun sind Wahlen im Allgemeinen und in Südkoreas 40jähriger Geschichte im Besonderen ein möglicherweise hinreichender, bei weitem aber kein ausreichender Gradmesser für demokratische Verhältnisse. In jünger Zeit haben – Analogien sind da durchaus angebracht – El Salvador und die Philippinen demonstriert, daß trotz (oder gerade aufgrund) „demokratischer“ Wahlen die staatliche „Counterinsurgency“ legitimiert und eskaliert wurde.

Vorausgesetzt, die um die beiden Kims (Kim Young Sam und Kim Dae Jung) gruppierte parlamentarische Opposition und der vornehmlich von Studenten und Arbeitern getragene außerparlamentarische Widerstand fänden eine gemein-

same programmatische Alternative zum Roh-Regime und zu einer abgestimmten Strategie zur politischen Umsetzung ihrer noch allgemein formulierten „dreieinigen“ Ziele (Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Wiedervereinigung), so stünden die Chancen für eine demokratische Umgestaltung der militarisierten südkoreanischen Gesellschaft nicht schlecht. Im „Sog Olympias“ könnten sie gar internationale Anerkennung und Unterstützung finden. Doch eine solche Entwicklung ist noch immer nicht absehbar.

Die parlamentarische Opposition hat dem Regime bislang nur Olivenzweige angeboten. Zwischen ihr und Roh herrscht aktuell ein großer „nationaler Konsens“. Erst ab dem 2. Oktober (dem Ende der Olympischen Spiele), so ließen die Kims verlauten, wollten sie die drängenden gesellschaftspolitischen und die Rolle der USA betreffenden militärstrategischen Fragen diskutieren.⁹ Bis dahin also ist Stillhalten angesagt und des Regimes politischer Handlungsspielraum vergrößert.

Für das außerparlamentarische Widerstandsspektrum freilich ist Stillhalten tabu. Mit guten Gründen verweisen dessen Sprecher auf historische Erfahrungen, die jeweils dunkel endeten.

Nach dem Sturz des ersten Präsidenten der Republik, Syngman Rhee, im Jahre 1960 übernahm ein Jahr später das Militär die Macht. Als aus dessen Reihen im Herbst 1979 der Ex-General Park Chung Hee ermordet wurde und dessen Nachfolge schrittweise General Chun Doo Hwan antrat, folgten dem damals im Inwie Ausland voreilig bejubelten „demokratischen Frühling“ das Kwangju-Massaker¹⁰ und eine Ära schärfster Repression!

Die berechtigte Befürchtung seitens des außerparlamentarischen Widerstands, eine solche Entwicklung könne ab dem 2. Oktober, wenn die internationale Medienkarawane abgezogen ist, abermals „durchschlagen“, hat ihn in diesen Wochen verstärkt auf das Thema Wiedervereinigung setzen lassen. Hierüber läßt sich am ehesten ein größtmöglicher Konsens in der Bevölkerung herstellen, die Position der USA sowie das Verhältnis des Regimes gegenüber tatsächlichen demokratischen Prozessen vermitteln. Vorgezeichnet ist damit ein scharfer Konfrontationskurs. Solange offiziell der Antikommunismus als Staatsdoktrin bestimmend bleibt, die „Nationalen Sicherheitsgesetze“ regimeunabhängige Wiedervereinigungsbestrebungen als „vom Norden gesteuert“ kriminalisieren und noch immer über 1.000 politische Gefangene einsitzen, wird im „Land der Morgenstille“ vieles – nur eben nicht eine besinnliche Zeit olympischen Friedens – möglich sein.

Anmerkungen:

- 1) Ihnen fernbleiben werden neben Nordkorea die Seychellen, Kuba, Nicaragua, Albanien und Äthiopien.
- 2) Ausführlich in: Rainer Werning (Hg.), Südkorea. Politik und Geschichte im Land der Morgenstille, Köln 1988
- 3) Ebd.
- 4) Der einstige UN-Kommandeur in Südkorea, General Richard Stilwell, bezeichnete den CFC als „the most remarkable concession of sovereignty in the entire world“. Näheres in: R. Werning (Hg.), Nordkorea. Annäherungen an einen Außenseiter. Analysen und Berichte, Frankfurt 1988 (i.E.).
- 5) Diese seit den 70er Jahren alljährlich zwischen den südkoreanischen und amerikanischen Streitkräften stattfindenden Manöver (mit zuletzt über 200.000 Soldaten) sind neben den „Reforger“-Übungen in Westeuropa die größten ihrer Art.
- 6) Frankfurter Rundschau, 10.6.1988
- 7) Zit. nach: Vorwärts, Bonn, 25.6.1988
- 8) Nach Japan, Taiwan, der BRD und Kanada. Vgl. Far Eastern Economic Review, Hongkong, 12.5.1988
- 9) Siehe u.a.: Time, New York, 16.5.1988
- 10) In dieser Stadt im Südwesten des Landes schlug die Soldateska im Mai 1980 einen Volksaufstand brutal nieder.

Ein olympischer Himmel? „Am hohen Himmel stehen so viele Sterne, in unserem Land gibt es so viel Kummer.“

Diese Zeilen aus dem koreanischen Lied „Arirang“ drücken auf subtile Weise das Leid eines Volkes, einer Gesellschaft, aus. Rainer Werning, der die Korea-Informationsstelle bei „terre des hommes Deutschland“ leitet, bringt uns Südkorea nahe. Mit Beiträgen von Deutschen und Koreanern zeigen sich die Zusammenhänge von Politik, Wirtschaft, Militär-Strategie, Widerstand und Kultur – des Alltags, der Geschichte und Gegenwart Südkoreas.



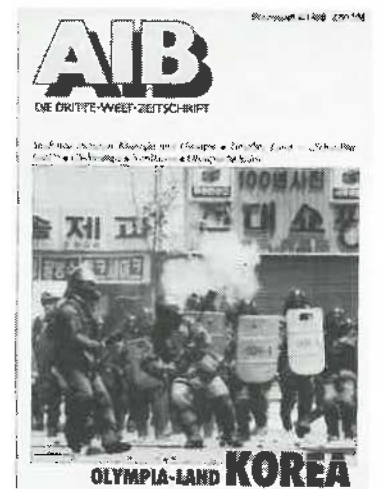
Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.
PAHL-RUGENSTEIN

Rainer Werning (Hrsg.)
SÜDKOREA
Politik und Geschichte
im Land der Morgenstille
KB 487, 278 Seiten, DM 14,80

Aus dem Inhalt: Leidvolle Geschichte(n) – Kolonialismus und erzwungene Abhängigkeit; Wachstum mit Schattenseiten: Südkorea in den 80er Jahren; Atomwaffen und Atomindustrie in Südkorea; Exportschlager Antikommunismus: Die „Moonies“; Minjung – Facetten des Widerstandes; Schwierige Solidarität: terre des hommes in Südkorea. Beiträge von Deutschen und Koreanern.

Rainer Werning leitet die Korea-Informationsstelle „terre des hommes Deutschland“.

AIB-Sonderheft



2/1988: Korea

Preis: 2,50 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte im Heft benutzen!

Peter Schütt

Peace-Bird gegen den Golfkrieg

In der achten Klasse einer Gesamtschule in Hamburg-Niendorf stellte ich im vergangenen Herbst mein Buch über den Golfkrieg vor. Ich las aus meinem Bericht über die Massengräber auf dem Teheraner Friedhof Behescht Sarah, und die Kinder waren sehr traurig. Nicht wenige fingen an zu weinen.

Aber einigen Schülern waren die Tränen des Mitleids nicht genug. Sie wollten selber etwas tun und kamen auf die Idee, sich an die Leute von Peace-Bird zu wenden. Vom Auftritt dieser Kinderfriedensinitiative beim Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik hatten sie im Fernsehen erfahren.

Holger Güssefeldt und Klaus Schulz vom Peace-Bird-Büro in Hamburg sagten sofort ihre Unterstützung zu. Auf ihren Rat hin schrieben die Kinder Briefe an die Bonner Botschafter des Irak und des Iran. Sie forderten die diplomatischen Vertreter beider Länder auf, endlich den sinnlosen Krieg einzustellen, und verlangten ein Gespräch über ihre Forderungen.

Monatelang warteten die Kinder vergeblich auf Antwort. Auch mehrmaliges Nachfragen bewirkte nichts. Aber diese Sturheit von Seiten der Politiker waren die Friedenskinder schon gewohnt: Auch Reagan und Gorbatschow hatten Jahre gebraucht, bis sie den Bitten der Kinder endlich Gehör schenkten.

Inzwischen sammelten die Peace-Bird-Gruppen in Hamburg, Bielefeld und Köln unverdrossen Unterschriften gegen den Krieg am Golf; bis jetzt sind es rund 2.500. Dazu kommen mehr als 300 persönliche Briefe an die Kriegsherren beider Länder, in denen Saddam Hussein und Khomeini aufgerufen werden, endlich Frieden zu schließen.

Während des Gipfeltreffens Ende Mai in Moskau war Peace-Bird plötzlich in aller Munde und in allen Medien. Vier Kinder, unter ihnen ein Mädchen aus Köln, waren zur Konferenz der Friedenskräfte eingeladen und hatten Gelegenheit, den beiden Staatsmännern ihre Forderungen vorzutragen.

Damit hatten die Kinder vor aller Welt bewiesen, daß sie klug und stark genug sind, weltpolitisch zu handeln, und dieses Beispiel blieb auch bei den Bonner Vertretungen des Irak und des Iran nicht ohne Wirkung. Beide äußerten plötzlich die Bereitschaft, eine Delegation der frie-



Peace-Bird-Demonstration in Bonn unter der Losung „Lerne den Frieden. Stoppt die Rüstung!“

densbewegten Kinder zu empfangen.

Am 16. Juni 1988 war es soweit. 22 Kinder aus Hamburg, Bielefeld und Köln versammelten sich, begleitet von einigen Müttern und Journalisten, vor der irakischen Botschaft in der Bonner Dürenstraße, entrollten demonstrativ ihre Transparente mit der Aufschrift „Kinder wollen Frieden auf der ganzen Welt“, holten ihre große Tafel hervor, auf der sie einige ihrer Friedensbriefe befestigt hatten, und nahmen ihre lange Wäscheleine in die Hände, an die sie die übrigen Briefe und die Unterschriftenlisten gehängt hatten. So betraten sie das Botschaftsgelände nicht mit leeren Händen und sorgten gleich zu Anfang ihres Besuchs bei den vielen Sicherheitsbeamten am Eingang für allerhand Aufruhr.

Nach einigem Hin und Her wurden sie schließlich auf der Treppe vom Botschafter und seinem diplomatischen Gefolge mit viel Trara empfangen. Sie wurden beinahe feierlich in den Empfangssaal geleitet und dort sofort mit Bergen von Blumen, Schokolade, Bonbontüten, Nüssen und Getränken überschüttet. Die Kinder bedankten sich artig, aber sie ließen sich weder von der Fülle der Geschenke noch von den großen Worten

des Botschafters von ihren Anliegen abbringen. Kaum hatte seine Exzellenz, Herr Ghani, den Kindern erklärt, daß der Irak von Anfang an nichts als den Frieden zwischen den Völkern im Sinne gehabt habe und daß einzig und allein die andere Seite für den Krieg verantwortlich sei, wollte Claudia Thorun aus Köln wissen, warum der Irak bei solcher Friedensliebe die Stadt Halabja mit Giftgas angegriffen habe.

Der Botschafter antwortet und lächelt dabei wie ein gutgelaunter Vater: Aber mein Kind, das sind doch alles Lügen. Claudia läßt nicht locker und hakt nach: Aber es gibt viele Beweise. Die UNO hat sogar protestiert, und einige Opfer liegen sogar bei uns im Krankenhaus. Seine Exzellenz lacht laut, als hätte er einen guten Witz gehört, und meint erklärend: Da seht Ihr mal, wie gut sich die Iraner auf das Lügen verstehen.

Stefan Mittenwald aus Bielefeld, 13 Jahre jung, wollte wissen, warum der Irak Raketen auf Teheran und andere Städte im Iran abgeschossen hat. Der Botschafter antwortet: Man muß Khomeini wehtun, damit er endlich begreift. Stefan kontert: Sie treffen aber nicht Khomeini, Sie treffen die armen Leute,

die gar nicht schuld sind am Krieg. Darauf seine Exzellenz: Wir haben versucht, sein Haus zu treffen, aber leider haben wir nicht gut genug gezielt. Khomeini ist verantwortlich für den Krieg, er allein.

Nein, ruft die elfjährige Irene Pingl aus Bielefeld dazwischen, das stimmt nicht. Wenn zwei Staaten Krieg miteinander führen, dann sind beide Seiten daran mitschuldig. Was weißt Du schon von Schuld! lacht Herr Ghani und beklagt dann, daß der Iran unschuldige Kinder in die Minenfelder und in die Schlachten schickt.

Steffen Braun aus Hamburg fragt erregt: Wenn Sie sagen, daß Sie von Anfang an für den Frieden sind, warum hören Sie dann nicht einfach auf zu schießen? Der Botschafter lacht wieder laut und freut sich über die Naivität der Kinder: Kinder, Kinder, sagt er, Ihr wißt nicht, was Krieg ist. Dann kann man doch nicht einfach aufhören und sagen, jetzt ist Schluß!

Doch, doch, rufen einige Kinder, und eines der Kleinsten, die achtjährige Sylvia aus Köln, fügt hinzu: Man muß nur wollen. Mit entwaffnender Unbekümmertheit wollen die Peace-Birds die Wahrheit über diesen Krieg herausbekommen, und sie lassen sich weder durch herablassenden Spott noch durch salbungsvolle Komplimente, weder durch Beschwichtigungen noch durch Gastgeschenke davon abbringen, nach Wegen zum Frieden zu suchen.

Sie lassen sich nichts vormachen. Was tun Sie selber für den Frieden? wird seine Exzellenz immer wieder gefragt. Sie fordern ihn auf, mit ihnen zur iranischen Botschaft zu kommen. Aber Herr Ghani wiederholt seine Entschuldigung zum zweiundzwanzigsten Mal, damit es auch jeder begreift: Da gibt es diplomatische Gepflogenheiten, und an die muß ich mich halten. Hier in Bonn ist nicht der Ort für Friedensverhandlungen, erklärt er zum Abschied den unzufriedenen Kindern, da müßt Ihr schon nach New York zur UNO fahren.

Selbstbewußt verabschiedet sich Kyra

iranische Rekruten vor dem Abtransport an die Front mit dem Symbol der erschossenen Friedenstaube. Feiert sie jetzt Auferstehung?



Scheurer von seiner Exzellenz und überreicht ihr bei dieser Gelegenheit eine Ausgabe der Moskauer „Prawda“ vom 1. Juni 1988, dem Weltkindertag: Dort ist sie als Peace-Bird-Botschafterin zwischen den beiden mächtigsten Männern der Welt zu sehen. „Ich bin der Meinung“, erklärt sie, „daß es schneller Frieden gäbe, wenn Kinder Botschafter für ihre Länder wären. Sie verstehen mehr vom Frieden als die meisten Erwachsenen.“

Diese Kritik an seiner Berufsehre scheint dem Botschafter gar nicht zu gefallen. Er merkt endgültig, daß er sich offenkundig in den Kindern verschätzt hat, und hat es mit einem Male sehr eilig, sich in seine Residenz zurückzuziehen. Auch wenn der irakische Botschafter nicht mitkommen wollte, gingen die Peace-Bird-Kinder gleich danach weiter zur iranischen Botschaft an der Rheinallee und waren trotz der Enttäuschung weder müde noch mutlos geworden. In der Hand trugen sie die Rosensträuße, die sie von den Irakern in die Hand gedrückt bekommen hatten; die wollten sie den Iranern als Zeichen der Versöhnung weiterreichen. Der Empfang im hohen Haus der Iraner war allerdings sehr viel zurückhaltender und frostiger als bei der irakischen Botschaft. Zuerst mußten die Kinder ihre Transparente einrollen, dann mußten sie eine gute Viertelstunde im Foyer warten, ehe sie in den Konferenzraum im sechsten Stockwerk gerufen wurden.

Als Botschafter Mustafawi endlich zu den Kindern kam, verzichtete er im Gegensatz zu seinem irakischen Amtskollegen auf große Worte und Gesten. Aber zur Überraschung der meisten Kinder war er bereit, sich ihre Fragen wirklich anzuhören und sich auf ein ernstgemeintes Gespräch mit ihnen einzulassen.

Stimmt es, will Steffen wissen, daß der Iran Kinder in den Krieg schickt? Sie gehen freiwillig, antwortet der Botschafter, und mitunter fälschen sie ihren Ausweis, damit es so aussieht, als wären sie schon 16. Der iranische Diplomat, der selber noch ein ziemlich junger Mann ist

mit beinahe kindlichen Gesichtszügen, macht es seinen Fragestellern nicht leicht: Ihr seid doch auch selber noch Kinder und kümmert Euch trotzdem schon um Politik. Dasselbe tun unsere Kinder auch.

Claudia Thorun protestiert: Aber es ist ein gewaltiger Unterschied, ob Kinder in den Krieg gehen oder für den Frieden auf die Straße. Kinder wollen leben, und darum müssen wir Kinder immer zuerst für den Frieden eintreten, weil wir nur in Frieden leben können. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Kind freiwillig in den Krieg und in den sicheren Tod geht.

Ob es in den Schulen militärischen Unterricht gibt, fragt Frank Stamer aus Hamburg. Nein, antwortet Herr Mustafawi, aber es gibt bei uns Einrichtungen, bei denen sich junge Männer freiwillig melden und für die Verteidigung ausbilden lassen können. Auch wenn sie noch Kinder sind, will Frank wissen. Der Botschafter bejaht die Frage, und Frank antwortet: Dann ist es auch kein Wunder, daß die Jungen sich hinterher freiwillig zum Kriegsdienst melden.

Die Kinder wollen auch hier wissen, wer den Krieg angefangen hat, und bekommen so ziemlich genau das Gegenteil dessen zu hören, was die Iraker ihnen gesagt haben. Wichtiger als der Anfang, meint Kyra, ist jetzt das Ende des Krieges. Ob es denn stimmt, daß der Iran sich weigert, der UNO-Entscheidung über den Waffenstillstand zuzustimmen, fragt David Schmale.

Der Botschafter sagt: Ja, so ist es. Und warum? Wir wollen erst feststellen, wer den Krieg begonnen hat, für den Ausbruch des Krieges verantwortlich ist und wer den Schaden bezahlen muß. Das kann ich verstehen, antwortet David. Aber das kann man doch auch hinterher untersuchen, wenn der Krieg endlich vorbei ist. Das wichtigste ist doch erstmal der Frieden.

Nein, widerspricht ihm der Botschafter, das wichtigste auf Erden ist die Gerechtigkeit, und ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Erst wenn wir Gerechtigkeit herstellen und diesem Verbrecher Saddam das Handwerk legen, kann es Frieden geben zwischen Iran und Irak. Aber was nützt die ganze Gerechtigkeit, entgegnet David nachdenklich, wenn die Menschen alle tot sind und die Länder vollkommen kaputt sind. Dann hat doch die schönste Gerechtigkeit keinen Sinn mehr.

Steffen Mittenwald fragt: Warum schießen Sie mit Raketen auf Bagdad? Er bekommt zur Antwort: Weil Saddam uns mit Raketen angegriffen hat und wir ihm eine richtige Antwort geben mußten. Aber die Raketen treffen nicht Saddam, sie treffen höchstens die armen Leute in Bagdad.

Auch Botschafter Mustafawi und seine Mitarbeiter sagen am Ende nur das, was sie von Amts wegen sagen müssen. Aber die Kinder bekommen den Eindruck, daß er besser versteht, was sie wollen. Immerhin läßt er sich nach anfänglichem Zögern fast drei Stunden Zeit für das Treffen und zeigt ihnen am Ende ein Buch mit Kinderzeichnungen aus dem Iran.

Aber die Kinder lassen sich auch diesmal nicht ihre Hoffnungen rauben. Sie bedrängen auch den iranischen Botschafter, mit ihnen zur irakischen Vertretung zu kommen und dort mit dem Amtskollegen nach neuen Wegen zum Frieden zu suchen. Natürlich ist Herr Mustafawi dazu ebenso wenig bereit wie Herr Ghani. Die erprobten Friedensaktivisten bitten immer wieder um Vorschläge, wie sie selber helfen können, damit der Krieg ein Ende findet.

Schließlich kommt doch noch ein brauchbarer Gedanke heraus. Die Kinder beschließen, an das Rote Kreuz nach Genf zu schreiben und dort vorzuschlagen, daß beide Länder nach acht Jahren Krieg endlich anfangen, ihre Gefangenen auszutauschen. Der Iran, erfahren sie, soll 12.000 irakische Kriegsgefangene haben, der Irak 70.000 aus dem Iran, und viele von ihnen sind schon seit mehr als fünf Jahren hinter Stacheldraht.

Hinterher, nach fast sechs Stunden aktiver Friedensarbeit, sind die Kinder zwar ganz schön erschöpft, aber friedensmüde sind sie keineswegs. Die Enttäuschung hält sich in Grenzen. Allen ist bewußt, wieviel Kraft, Geduld und Phantasie es erfordert, um auf dem Weg zum Frieden auch nur einen Schritt voranzukommen. Zum Gipfeltreffen in Moskau hatten sie immerhin 200.000 Unterschriften gesammelt ehe sie ein kleines Wort bei den Friedensverhandlungen mitreden konnten. Schon auf der Rückfahrt in der U-Bahn beginnt die Diskussion darüber, wie es weitergehen soll. Über den Kriegsgefangenen austausch wird geredet, aber auch über den Vorschlag, beim nächsten Mal zu denen zu gehen, die beiden Seiten im Golfkrieg die Waffen liefern und sich dabei eine goldene Nase verdienen.

Zwei Tage später, am 18. Juni nachmittags, sehe ich die meisten der Kinder schon wieder, und dazu noch viele andere mehr. An die 200 sind zusammengekommen, Kinder und Erwachsene, Deutsche, Iraner, Iraker und andere Ausländer. Das sind zwar nicht genug, um die beiden Botschaften mit einer Menschenkette zu verbinden. Aber die Zahl reicht für einen bunten und fröhlichen Friedensmarsch von einer Botschaft zur anderen, und bei uns haben wir so viele blaue Luftballons mit der weißen Friedenstaube, daß sogar für jeden von den vielen Polizisten, die uns unterwegs begleiten, einer übrig ist.

Palästina

Marjut Helminen

Der Fall des Ansar-III-Häftlings Mharram Barghouti Selbsthilfekomitees sind unerwünscht

Der palästinensische Aufstand währt nun schon ein Dreivierteljahr. Auch durch die Systematisierung ihres Gewalteinsatzes vermochte ihm die israelische Besatzungsmacht nicht beizukommen. Der Widerstand ist heute über Volkskomitees hochgradig organisiert – aber die Opfer auch zahlreich: über 270 Tote, 17.000 Inhaftierte, Abertausende Verletzte seit Aufstandsbeginn. Derzeit befinden sich 5-10.000 politische Gefangene hinter Gittern, darunter unter extremsten Bedingungen die ca. 3.500 Gefangenen des in der Negev-Wüste gelegenen Lagers Ansar III. Mharram Barghouti ist einer von ihnen. Marjut Helminen, Chefredakteurin des „Peace Courier“, präsentiert nach einer Israel- und Westbankvisite den Fall Barghouti und die Lage seiner Mitgefangenen. Die Beiträge erscheinen zeitgleich im Helsinkier „Peace Courier“.

Wir verbinden dies mit dem Appell, Briefe oder Postkarten zur Rettung der Gefangenen von Ansar III, des „Lagers des langsamen Todes“, nach Israel zu senden. Fordern Sie darin die Freilassung der Inhaftierten und die Beendigung der physischen und psychischen Folterung der Gefangenen: Israeli Government, Knesset, Jerusalem, Israel und Ansar 3 prison, Negev Desert, Israel.

Als er in den Gerichtssaal geführt wurde, waren zwei Soldaten nötig, um seine Akten zu tragen. „Was ist das?“ fragte der Richter. „Seine Akten“, antwortete der Ankläger.

„Erwarten Sie etwa, daß ich das alles lese?“ erwiderte der Richter, der dann eine schnelle Entscheidung traf: Dieser Fall gehört nicht vor dieses Gericht, er muß irgendwo anders verhandelt werden.

Der Gefangene, um den es hier geht, ist Mharram Barghouti, ein Führer der Komitees der jungen Freiwilligen in den von Israel besetzten Gebieten Westbank und Gaza. Er wurde festgenommen und Mitte März d.J. in das Gefangenenlager Ansar III in der Negev-Wüste geschickt. Seitdem befindet er sich dort.

Anfang Juni d.J. erlitt Mharram einen schweren Herzanfall. Zwei Tage ließ man ihn im Krankenhaus, dann wurde er wieder den unerträglichen Haftbedingungen, den heißen Tagen und kalten Nächten, ausgesetzt.

Was hat Mharram verbrochen? Offiziell ist es nicht zu erfahren, denn es fand kein Prozeß statt.

Ich kenne Mharram Barghouti seit August 1983 und habe ihn mehrere Male interviewt, zuletzt im November 1987, nur wenige Tage vor dem Beginn des palästinensischen Aufstands.

Während des Interviews erzählte Mharram eine außergewöhnliche Geschichte über die palästinensische Jugend und wie sie sich am Beginn der 70er Jahre der



13.11

großen Gefahr bewußt wurde, die die demographischen Veränderungen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft beinhalteten.

„Als Israel 1967 die Westbank besetzte, verdienten 85% der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Die Besetzung änderte dies: die Zahl der Teilzeitbauern wuchs, und die Menschen begannen in Fabriken und in Israel zu arbeiten. Die Beschlagnahmung von Land war eine reale Gefahr. Wenn Bauern nach Israel arbeiten gingen, konfiszierte Israel ihr unbearbeitetes Land. An diesem Punkt wurden die jungen Freiwilligengruppen gebraucht“, sagte Mharram.

Mharram sprach über die lange Tradition gegenseitiger Nachbarschaftshilfe. „Das Konzept 'ein Nachbar hilft dem anderen' erwächst aus unserer eigenen Geschichte.“ Die ersten Komitees wurden 1972 gebildet. „1980 vereinigten wir die Freiwilligengruppen und stimmten für das gemeinsame Programm 'Das Land ist unsere Identität'.“ 97 Komitees aus Dörfern und Flüchtlingslagern schlossen sich in der 5.000 Mitglieder umfassenden Vereinigung der Freiwilligen Arbeiterkomitees zusammen.

Und sehen Sie nur, was wir alles getan haben! Wir haben zusammen mit den Bauern das Land bestellt. Wir haben Gemüse- und Baumsetzlinge verkauft. Wir haben in den Dörfern und Flüchtlingslagern Straßen gebaut. Wir haben De-

monstrationen gegen die Konfiszierung von Land organisiert. Wir haben auf dem brachliegenden Land Olivenbäume gepflanzt. Dies alles hat die Jugendlichen den Bauern nahegebracht.

Die Arbeit vermittelte auch ein neues Verständnis des Wesens von freiwilliger Arbeit. Am Anfang gab es viele Schwierigkeiten und Vorurteile, es wurde sogar behauptet, wir verfolgten insgeheim ganz andere Ziele. Doch als die Ärzte begannen, die Dörfer und Flüchtlingslager freiwillig zu besuchen, wurde das Eis schließlich gebrochen.“

Mharram schildert, wie sehr sich die freiwillige Arbeit auf die Menschen ausgewirkt hat. Sie vereinte Ärzte, Landwirtschaftsingenieure, junge Arbeiter und Studenten mit älteren Palästinensern in Flüchtlingslagern und Dörfern.

„Es ging darum, Verantwortung zu übernehmen. Wir hatten keinen Staat, aber wir waren trotzdem verantwortlich für unsere eigenen Leute. Wir mußten ihnen helfen, trotz der Besetzung zu leben.“

Neue Initiativen brachten neue Probleme mit sich. „Wir halfen den Bauern, Bäume zu pflanzen. Aber dann stellten wir fest, daß es nicht genügt, einen Baum

zu pflanzen – man muß auch wissen, wie man ihn pflegt, wie man Düngemittel und Pestizide einsetzt. Wir brauchten Fachleute. Wir brachten Landwirtschaftsingenieure in die Dörfer, und dies war der Beginn der Landwirtschaftlichen Unterstützungskomitees“ (siehe AIB 3/1988, S. 12f.).

Während des Aufstands haben die Landwirtschaftlichen Unterstützungskomitees bei der Entwicklung von Programmen zum Aufbau einer Binnenwirtschaft, beim Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Lager und Dörfer und der Unterstützung bei der Bebauung von Brachland eine wichtige Rolle gespielt. Dies sind praktische Schritte hin zu einer Selbstversorgung der PalästinenserInnen und weg von der Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft.

Die jungen Freiwilligen waren die ersten, die 1976 Aktionen anlässlich des „Tags des Bodens“ am 18. Mai organisierten. „Wir haben uns auf diesen Tag konzentriert, um zur Bebauung von brachliegendem Land zu ermutigen, das beschlagnahmt zu werden drohte. Die Militärbehörden taten ihr Äußerstes, um uns

Appell der Gefangenen des „Lagers des langsamen Todes“

Der folgende Appell der palästinensischen Gefangenen wurde im Mai d.J., auf Toilettenpapier geschrieben, aus dem Lager Ansar III in der Negev-Wüste geschmuggelt.

An alle Menschen mit Gewissen.

An alle Verteidiger der Menschenrechte.

Wir rufen Sie auf, uns aus dem Lager des langsamen Todes, Ansar III in der Negev-Wüste, zu retten.

Wir, Tausende von palästinensischen Gefangenen in Ansar III, wurden ohne irgendwelche juristische Formalitäten inhaftiert. Man hat uns nicht einmal über die Anschuldigungen, die gegen uns erhoben wurden, informiert. Wir werden unter den inhumanen Bedingungen der Wüste festgehalten, wo die Temperatur am Tage 45 Grad erreicht und nachts auf null Grad absinkt, in einem Gebiet voll von Skorpionen, Insekten und Ratten.

Diese schweren Bedingungen sind nichts verglichen mit der Grausamkeit und willkürlichen Brutalität der Soldaten. Ein physischer und seelischer Krieg wird gegen uns geführt durch Aushungerung, Durst, Erniedrigung sowie physische und psychische Folter. Das Verhalten der Soldaten verletzt alle internationalen Konventionen, in denen die Behandlung von Verhafteten geregelt ist, und zeigt, daß sie die grundlegenden moralischen und menschlichen Wertvorstellungen ignorieren.

Wir werden gezwungen, unsere Zelte zwischen fünf Uhr morgens und Mitternacht offen zu lassen. Dadurch werden wir der brennenden Sonne und den Sandstürmen der Wüste ausgesetzt. Zwei- bis dreimal täglich zwingt man uns, draußen in der brennenden Sonne jeweils bis zu einer halben Stunde unter den Maschinengewehren unserer Bewacher zu sitzen. Keine Rücksicht wird auf Alte und Kranke genom-

men.

Das Wasser ist knapp und wird für mehrere Stunden am Tag gesperrt. Wenn Wasser da ist, reicht es kaum zum Trinken, Waschen und für ein Bad alle zwei Wochen in dieser erstickenden Hitze. Wir haben nur eine Waschegarnitur zum Wechseln. Es ist uns verboten, Kleider und andere notwendige Sachen von unseren Familien zu bekommen. Wir haben keine Möglichkeit oder Mittel, unsere Kleider zu waschen.

Unser Gesundheitszustand verschlechtert sich ständig, und wir leiden an Krankheiten und sich zunehmend verschlechternder körperlicher Verfassung. Ärztliche Betreuung ist praktisch nicht vorhanden. Hinzu kommt, daß wir total isoliert sind. Unsere Familien dürfen uns nicht besuchen, wir dürfen keine Briefe verschicken oder empfangen. Radios, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Schreibpapier und Stifte sind verboten.

Wir sind Strafmaßnahmen ausgesetzt, die zum Ziel haben, uns geistig zu zermürben und unsere menschliche Identität zu zerstören. Nicht einmal die Rechte, die in dem Gesetz der administrativen Haft garantiert sind, werden uns gewährt.

Wir appellieren an Sie, uns beizustehen und sich für die Beendigung dieser organisierten Gewaltanwendung und Erniedrigung, die unseren langsamen Tod bewirken, einzusetzen. Der Friede und die Gerechtigkeit, nach denen sich die Menschen im Heiligen Land sehnen, werden an diesem teuflischen Ort erstickt. Wir bitten Sie dringend, humanitäre Gruppen zu organisieren, die dieses mörderische Haftzentrum besuchen und für seine Schließung eintreten.

Wir rufen Sie auf, sich auf die Seite der Menschlichkeit zu stellen! Möge die Welt unsere Stimme hören!

Palästinensische Gefangene in Ansar III: 28 müssen sich ein Zelt teilen, Temperatur 45° C



Bericht der Rechtsanwältin Naila Ateia über die Bedingungen in Ansar III Ohne Wut ist es nicht auszuhalten

Naila Ateia ist eine junge israelische Anwältin. Schon als kleines Mädchen hatte sie einen einzigen Traum: eine Anwältin zu werden wie Felicia Langer, die bekannteste israelische Verteidigerin der Palästinenser. Nachdem Naila ihre Abschlussprüfung an der juristischen Fakultät abgelegt hatte, bot Felicia Langer ihr eine Mitarbeit in ihrem Büro an. Der Traum wurde wahr. Während der letzten sechs Monate hat sie die Palästinenser verteidigt. Dies zu einer Zeit, da 17.000 verhaftet und mehrere Tausend entweder vorübergehend festgehalten wurden oder im Gefängnis auf ihren Prozeß warten.

Mehrere Monate lang ist Naila Ateia einmal in der Woche vor Sonnenaufgang aufgestanden, um die vierstündige Reise nach Ansar III anzutreten, dem berüchtigten israelischen Gefangenenlager in der Negev-Wüste. Zusammen mit anderen Anwälten muß sie mehrere Stunden warten, bis sie ihre Klienten sehen kann. Naila beschwert sich nicht. Es ist ihre Pflicht, jenen zu helfen, die am meisten leiden – den politischen Gefangenen und ihren Familien.

„Ich bin Anwältin für 120 Gefangene in Ansar III. 34 weitere sind bereits vor Gericht gestellt worden; nur acht wurden freigelassen. Selbst unbeteiligte Zuschauer werden einfach festgenommen“, erklärt Naila.

Die Gefangenen in Ansar III schätzen, daß etwa 3.500 Personen dort festgehalten werden, während die offizielle israelische Statistik ca. 1.700 Gefangene verzeichnet. Es gibt keine Gebäude. Die Gefangenen sind in Zelten untergebracht – jeweils 28 Personen in einem Zelt; acht Zelte bilden eine Abteilung.

„Den Gefangenen ist es untersagt, mit jemandem aus einer anderen Abteilung zu sprechen, selbst wenn es ein Verwandter ist. Man trifft dort auf ganze Familien – Brüder, Väter...“

Das Durchschnittsalter der Gefangenen beträgt 25 Jahre; 35% sind Arbeiter, 25% Studenten und 25% Schüler. Die jüngsten sind erst 14 Jahre alt. Auch viele Journalisten, Anwälte, Ärzte, Universitätsprofessoren und -dozenten befinden sich in diesem Gefangenenlager.

Naila Ateia erklärt, daß die überwiegende Mehrheit der Gefangenen vorher noch nie verhaftet worden ist oder im Gefängnis war. Die meisten waren nicht einmal politisch aktiv gewesen.

„Die einzelnen Prozesse dauern zwischen sieben und 20 Minuten“, berichtet Naila. „Alle laufen nach dem gleichen Schema ab: Der Ankläger schaut in die Akten und erklärt: 'Sie enthalten geheime Informationen.' Dem Verteidiger ist es nicht gestattet, die Akten einzusehen. Er hat nur das Recht zu fragen, welcher Art diese Informationen sind.“

In den 34 Fällen, in denen ich bis jetzt als Verteidigerin auftrat, wurden als Hauptbeschuldigungen vorgebracht: 'Er war ein Aktivist, er warf Steine auf israelische Autos, er hat die palästinensische Fahne hochgehalten, er hat die Händler gedrängt, aus Protest ihre Läden zu schließen, oder er verteilte Flugblätter.' Ein Arzt wurde beschuldigt, 'breite soziale Kontakte' zu haben, weil er ein erfolgreicher Arzt ist.“

Die Haftbedingungen an sich sind schon eine Form der Folter. Die Menschen leben in Zel-



ten. Tagsüber steigen die Temperaturen auf 40-50°C, nachts fallen sie auf unter Null. Es gibt Holzpritschen, dünne Matratzen und eine dünne, fadenscheinige Wolldecke.

Verstößt ein Häftling gegen die Gefängnisordnung, werden ihm Matratze und Decke weggenommen. Bücher, Kugelschreiber oder Papier werden nicht bewilligt. „Wir wollten ihnen diese Dinge bringen, aber die Israelis sagen nein.“

„Jeden Tag müssen die Gefangenen eine bestimmte Zeit lang in der Sonne sitzen, mit den Händen hinter dem Kopf und den Kopf zu Boden geneigt“, schildert Naila. Eine andere Art von Sonderbestrafung für einen Verstoß gegen die Gefängnisordnung besteht darin, dem Gefangenen die Kleidung wegzunehmen und ihn zu zwingen, nackt in der heißen Sonne zu stehen.

„Etwa zwei Monate nach der Einrichtung des Gefangenenlagers befanden sich 2.000 Häftlinge dort. Während dieser Zeit erhielten sie keinerlei frische Kleidung. Als ich zum erstenmal in das Gefängnis fuhr, nahm ich Unterwäsche für sie mit. Ich durfte sie ihnen nicht geben. Später mußte ich sie unter meinem Gürtel hineinschmuggeln.“

Sie können sich gar nicht vorstellen, wie ein Gefangener reagiert, der nach zwei Monaten an einem solchen Ort saubere Unterhosen sieht. Es bricht einem einfach das Herz. Mit am schlimmsten für die Gefangenen ist, daß jeglicher Farbtupfer fehlt“, pläzt Naila plötzlich heraus.

„Ein Gefangener sagte zu mir: 'Ich bin schon wie jene Leute in alter Zeit geworden, die Steine anbeten müssen.'“ Es gibt keine Blumen; die einzigen Farben sind das Ockergelb des Wüstensandes und der Steine und das von der Sonne ausgebleichte Grün der Zelte und Soldatenuniformen. Die Kleidung der Gefangenen ist dunkelblau – um sie besser sehen zu können, falls sie zu fliehen versuchen, wie die Soldaten sagen.

Ohne große Wut zu empfinden, kann man diese Arbeit einfach nicht machen. Aber gleichzeitig bin ich froh, daß ich diese Menschen verteidige. Alles in allem sind wir 20-30 Anwälte, die sie verteidigen. Und wir werden gebraucht.“

Marjut Heininen

davon abzuhalten.

Jedes Jahr wird vor dem 18. Mai eine wahre Jagd auf uns veranstaltet, und dann werden wir zwischen 18 und 40 Tagen eingesperrt. Diejenigen, die trotz all der Schikanen auf die Felder gelangen, werden dort verhaftet. Das Al-Fara'a-Gefängnis wird schon Jugendgefängnis oder Gefängnis des 18. Mai genannt, weil die jungen Freiwilligen dorthin geschickt werden.“

Im Verlauf des Interviews im November 1987 erzählte Mharram auch, wie er 1982 das erste Mal von den Israelis gesucht wurde. Sie brachten seine Frau und seine sechs Monate alte Tochter in ihre Gewalt und versprachen, sie freizulassen, falls Mharram sich stelle. Seine Frau erklärte, sie würde sich nicht erpressen lassen.

Lange Zeit versteckte er sich, aber schließlich spürten sie ihn doch auf. Es wurde ihm untersagt, die Stadt zu verlassen, da erhielt er schon die nächste Verfügung, mit der ihm ein Verlassen der Stadt auf weitere sechs Monate untersagt wurde.



Alltag in Gaza und der Westbank: Besatzer nehmen einen palästinensischen „Auführer“ fest

Mharram wurde im März 1988 verhaftet und wird nun in Ansar III festgehalten, wahrscheinlich, weil er „Keime gepflanzt“ hat. Ohne die verschiedenen Aktivitäten der Freiwilligen und der neuen Qualität der Einheit unter den Palästinensern, wäre „Intifada“, wäre der Aufstand nicht möglich gewesen.

Amnesty International hat Mharram Barghouti zum Gefangenen erklärt, der wegen seiner Überzeugung eingesperrt wurde. Doch er ist nicht der einzige politische Gefangene. Es gibt Tausende.

Das einzige Verbrechen einiger von ihnen ist es, Palästinenser zu sein – und anderer, wie Mharram, patriotische Palästinenser zu sein, die sich ihrem Volk gegenüber loyal verhalten und an der Idee von einem unabhängigen Staat unbeirrbar festhalten.

Libanon

Walid Haddad

Zwei Flüchtlingslager für einen halben Präsidenten

Nach zweimonatigen Kämpfen zwischen Getreuen des Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, und feindlichen Kräften fiel am 27. Juni d.J. das Beirut Flüchtlingslager Schatila in die Hände des Arafat-Gegners Abu Musa. Zuvor war das Lager vollständig dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Schlacht um ein anderes Lager in Beirut, Bourj Al-Brajneh, endete am 8. Juli ebenfalls mit der Niederlage der Arafat-Getreuen und ihrem Abzug Richtung Sidon.

Die Kämpfe begannen nur einige Tage nach dem Treffen zwischen Yassir Arafat und dem syrischen Präsidenten Hafez Al-Assad. Dies löste zunächst Hoffnungen aus, daß jetzt der Dialog zwischen der PLO und Syrien wiederaufgenommen werden würde und daß die Entspannung im syrisch-palästinensischen Verhältnis positive Auswirkungen auf die Situation der Palästinensischen Lager im Libanon haben würde.

Diese leiden noch immer unter den Folgen von 3 1/2 Jahren Lagerkrieg und Belagerung durch die schiitische Bewegung Amal. Die Amal hatte kurz vor dem palästinensisch-syrischen Gipfel den Belagerungsring um die Lager aufgehoben – als Geschenk für den Aufstand in den besetzten Gebieten, wie Amal-Chef Nabih Berri erklärte.

Der neue Lagerkrieg macht jedoch all diese Hoffnungen zunichte. Die Kämpfe begannen, nachdem eine große Anzahl von Getreuen des Fatah-Rebellen Abu Musa zu der Mehrheitsfraktion von Al-Fatah um Yassir Arafat übergelaufen waren.

Darin sah Syrien nun wieder einen Versuch des PLO-Vorsitzenden, unter Ausnutzung der neuen politischen Konstellation den Syrern ihre Karten im Libanon, und besonders in den Lagern, zu entreißen. Für Abu Musa bedeuteten die Übertritte das politische und organisatorische Ende. Deswegen war er bereit, alles aufs Spiel zu setzen und griff trotz seiner militärischen Unterlegenheit die Stellungen der Arafat-Getreuen an. Allerdings wurde der kleine Anhang des Fatah-Rebellen schon im Verlauf der ersten Kampfrunde aus den Lagern geworfen.

Es drängt sich jedoch die Frage auf: Wie kommt es, daß, obwohl der Großteil der Gruppe Abu Musas ihm den Rücken gekehrt hatte, seine Streitkräfte in kürzester Zeit auf ein Vielfaches anwuchsen? Woher kommen die komplizierten

Waffensysteme, darunter schwere Artillerie, die sich sonst nur in den Waffenarsenalen klassischer Armeen finden und mit denen Schatila in Schutt und Asche bombardiert wurde?

Die Antwort liegt in Damaskus. Jeder Verlust Abu Musas wurde augenblicklich von den syrischen Einheiten ausgeglichen. Teile der von Syrien kontrollierten Palästinensischen Befreiungsarmee (sie ist dem syrischen Generalstab unterstellt) und Milizen wurden unter Abu Musas Oberbefehl zum Sturm auf die palästinensischen Lager abkommandiert.

Sie besetzten die eben von der Amal geräumten Stellungen. Die letzten 500 Familien haben Schatila inzwischen verlassen. Und von den 15.000 Bewohnern Bourj Al-Brajnehs blieben nur noch 3.000.

Gleich zu Beginn der Kämpfe bildeten sieben nicht an den Kämpfen beteiligte palästinensische Organisationen ein sog. Verbindungskomitee. Ein erster Waffenstillstandsplan dieses Komitees vom 21. Mai d.J. sah vor, daß Abu Musa wieder in seine Büros in den Camps zurückkehren dürfe.

Dafür solle der Artilleriebeschuß eingestellt und der Belagerungsring aufgehoben werden. Eine Streitmacht der sieben Organisationen solle die beiden Konfliktparteien trennen und die Sicher-

heit im Lager garantieren. Obwohl sowohl Abu Musas Gruppe, wie auch Arafats Al-Fatah das Abkommen unterzeichnete, hielt der zerstörerische Beschuß des Lagers an.

Die Demokratische Front trat daraufhin am 6. Juni aus Protest aus dem Verbindungskomitee zurück. Es werde, so erklärte sie, dem Komitee unmöglich gemacht, das zuvor ausgehandelte Abkommen in die Praxis umzusetzen. Die Volksfront machte Abu Musa in einer Erklärung für die Fortsetzung des Beschusses der Lager verantwortlich.

Auf Bitten der PLO versuchte Libyen schließlich zwischen Arafat sowie Abu Musa und seinen syrischen Auftraggebern zu verhandeln. Revolutionsführer Ghadaffi setzte sich persönlich mit dem syrischen Präsidenten Assad in Verbindung. Dieser winkte mit der Bemerkung ab, es gäbe bereits palästinensische Versuche, die Kämpfe zu beenden – zu gut Deutsch: Wir haben mit der Angelegenheit nichts zu tun und werden nichts unternehmen.

Am 24. Juni d.J. wurde auf libysche Initiative hin ein neues Abkommen unterzeichnet. Einen Tag später wurde Schatila erneut bombardiert – zwei Tage lang, durchschnittlich 25 Geschosse pro Minute.

Es wurde immer offensichtlicher, daß in Damaskus beschlossen worden war, Schatila endgültig zu Fall zu bringen. Nach zwei Tagen zäher Verhandlungen erreichten die libyschen Emissäre wenigstens, daß die noch in Schatila verbliebenen Kämpfer abziehen durften – allerdings ohne ihre persönlichen Waffen mitzunehmen. Das war eine syrische Bedingung. So wurde Schatila, von dem nichts

Anhänger Arafats nach der Aufgabe des Verteidigungskampfes in Schatila



als Staub und Trümmer übrigblieben, „besiegt“.

Nach einer Erklärung Abu Musas, er würde eine Existenz von Arafats Al-Fatah in Beirut nicht zulassen, befürchteten palästinensische Kreise, daß sich die Tragödie in Bourj Al-Brajneh wiederholen würde. Sie versuchten alles, um dies zu verhindern.

Die Demokratische und die Volksfront gaben in einem gemeinsamen Kommuniqué den Fatah-Rebellen die Schuld an der Zerstörung der Camps. Das Abkommen vom 24. Juni hätte alle Forderungen Abu Musas berücksichtigt. Dieser habe aber auf keinen Vermittlungsversuch reagiert, sondern stattdessen seinen Angriff auf Schatila und Bourj Al-Brajneh fortgesetzt und versucht, die Kämpfe gegen andere palästinensische Organisationen unter dem Vorwand, sie hätten auf Seiten der Kämpfer Arafats an den Zusammenstößen teilgenommen, auszudehnen. Gemeint ist damit vor allem die Demokratische Front.

Zu diesem Zeitpunkt berichtete „Associated Press“ aus Bourj Al-Brajneh, daß die psychische Situation der noch verbliebenen palästinensischen Familien sehr schlecht sei. Die Menschen litten unter Nervenzusammenbrüchen und würden fast ständig Valium einnehmen. Den Grund nannte eine schottische Krankenschwester des einzigen Krankenhauses im Lager: Die Lagerbewohner werden nicht mit dem Gedanken fertig, daß es Palästinenser sind, die sie unter solchen Bedingungen und mit solchen Methoden auszurotten versuchen.

Auch die Vereinigte Nationale Führung des Aufstands in den besetzten Gebieten reagierte auf das Blutvergießen im Libanon. In ihrem Aufruf Nr. 21 appellierte sie an Ghadafi und den algerischen Präsidenten Chadli Benjedid, alles zu tun, um den Kämpfen Einhalt zu gebieten. Sie bezichtigte Abu Musa, die palästinensische Sache verraten und der PLO einen Dolchstoß in den Rücken versetzt zu haben. Auch Syrien trage Verantwortung, da es nichts unternommen habe, die Zerstörung der Lager zu verhindern, obwohl es die einzige Macht sei, die dazu in der Lage gewesen wäre.

Nach den gescheiterten Vermittlungsbemühungen zogen sich auch die Libyer aus den Verhandlungen zurück mit der Begründung, daß sie es ablehnten, als Feigenblatt für die Massaker an Palästinensern im Libanon zu dienen. Nach dem Fall von Bourj Al-Brajneh ist zu erwarten, daß sich die Kämpfe auch auf den Südlibanon, vor allem auf das größte Palästinenserlager Ein El-Hilweh ausdehnen werden. Syrien ist bestrebt, alle palästinensischen Lager im Libanon zu beherrschen. Die Lager sind eine wichtige Karte in syrischen Händen, um die und mit der zu spielen sich lohnt ... mit den

Amerikanern.

Anfang d.J. nahmen Damaskus und Washington den Dialog über die Zukunft des Libanon wieder auf. Der Verantwortliche im US-Außenministerium für den Nahen und Mittleren Osten, Unterstaatssekretär Murphy, und die Abteilungsleiterin für den Libanon und Syrien, Errell Glaspy, pendelten fast ununterbrochen zwischen der syrischen und der US-amerikanischen Hauptstadt hin und her.

In syrischen Kreisen gab man sich optimistisch und ließ verlauten, daß die USA jetzt ernsthaft auf ihre libanesischen Verbündeten Druck ausüben würden, damit diese eine endgültige Lösung des Libanonkonflikts nicht mehr verhindern.

In Damaskus sickerte schon durch, daß eine Übereinkunft über die Person des neuen Präsidenten und über politische und Verfassungsreformen erzielt worden sei, wobei Washington die syrischen Interessen im Libanon offiziell anerkennen werde. Da erklärten die Amerikaner plötzlich und gänzlich unerwartet am 1. Juni, die Gespräche befänden sich in einer Sackgasse. Der libanesischer Präsident Gemayel und seine Ostbeiruter Verbün-

Die Beendigung der palästinensischen Präsenz ist der Preis, den Syrien an die USA zu entrichten hat, um seinen Einfluß im Libanon zu behalten

deten lehnten das Abkommen ab.

Tatsächlich ging es darum, vor dem Besuch von US-Außenminister Shultz in Damaskus, das syrische Regime zu noch mehr Zugeständnissen zu zwingen. Die Zeit dazu schien günstig, da die Syrer in den letzten Monaten ganz erhebliche Einflüsse im Libanon einstecken mußten.

Der syrische Hauptverbündete Amal war durch die Kämpfe mit der schiitischen, von Iran unterstützten Konkurrenzorganisation Hezbollah geschwächt. Infolge der Aufstände in den besetzten Gebieten war der palästinensische Faktor auch im Libanon wieder stärker geworden. Hinzu kamen bedrohliche Informationen über einen möglichen Einmarsch israelischer Truppen von größerem Ausmaß in den Libanon.

In dieser Situation wollten die Amerikaner den Syrern eines deutlich machen: Ihr habt niemanden mehr im Libanon, auf den ihr Euch verlassen könnt. Wenn ihr nicht jeglichen Einfluß in dem Nachbarland verlieren wollt, bleibt Euch nichts übrig, als zu einem Übereinkommen mit uns zu kommen, und zwar vor

der Wahl des libanesischen Präsidenten im September d.J. Arabische Quellen besagen, daß während des Shultz-Besuches in Damaskus, am 6. Juni ein solches Abkommen besiegelt wurde.

Der amerikanische Außenminister und der syrische Präsident kamen demnach überein, daß die Wahl des Präsidenten im Libanon zum verfassungsmäßig vorgesehenen Termin im September 1988 stattfinden soll. Die Syrer wollten den Wahltermin eigentlich um zwei Jahre verschieben in der Hoffnung, daß sich bis dahin das innerlibanesisches Kräfteverhältnis wieder mehr zu ihren Gunsten verändern würde. Für die Übergangszeit sollte das libanesisches Militär die Macht übernehmen.

Als Gegenleistung versprochen die Amerikaner, das syrische Regime gleichberechtigt – zu „50%“ – an der Auswahl eines libanesischen Präsidenten zu beteiligen. Dafür sollten die Syrer allerdings sicherstellen, daß der neue Präsident, wenn schon nicht über ganz Libanon, so doch wenigstens über die ganze Hauptstadt herrschen werde. Das setzte voraus, daß Westbeirut von Waffen gesäubert wird.

Shultz machte gegenüber Präsident Assad deutlich, die USA hätten gegen eine syrische Sicherheitsrolle im Südlibanon prinzipiell nichts einzuwenden. Allerdings wies er auch diskret auf israelische Ängste vor einem Anwachsen der palästinensischen Präsenz in der Region hin.

Über das neue Abkommen scheinen die USA die westlichen Geiseln im Libanon und ihre Angst vor der Ausbreitung des Fundamentalismus völlig vergessen zu haben. Ihr Hauptaugenmerk gilt zur Zeit der Frage, wie man die politischen Positionsgewinne des palästinensischen Widerstands durch den Aufstand wieder rückgängig machen kann. Deswegen geben die USA dem syrischen Regime „den halben Präsidenten“, auf daß die Syrer die PalästinenserInnen im Zaum halten. Vor diesem Hintergrund kommt einer Übereinkunft zwischen Assad und dem jetzigen libanesischen und wahrscheinlich auch zukünftigen libanesischen Präsidenten, Amin Gemayel, Bedeutung zu. Gemayel hatte Assad auf dem Arabischen Gipfel Anfang Juni d.J. in Algier zugesagt, daß der neue libanesischer Präsident und die nächste libanesischer Regierung die Anwesenheit der syrischen Truppen im Libanon als „legal“ erklären und nicht länger ihren Rückzug fordern würde.

Die bisherigen libanesischen Verbündeten der Syrer stellen sich zur Zeit die Frage, was aus dem Programm für wirkliche politische und soziale Reformen geworden ist. Waren die Kämpfe der letzten Jahre etwa alle umsonst – nur für einen halben Präsidenten?



Politische Gefangene in der Türkei

Abschlußerklärung Hearing „Menschenrechte in der Türkei“

Wie es um die vorgebliche Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und der Menschenrechte unter der Regierung Özal wirklich bestellt ist, das untersuchte im Juni d.J. in Hamburg ein Hearing „Menschenrechte in der Türkei“. Vor rund 500 TeilnehmerInnen standen Berichte von Betroffenen, Folteropfern und ehemaligen politischen Gefangenen und Expertengutachten im Vordergrund.

Wir, die Teilnehmer des Hearings „Menschenrechte in der Türkei“ kamen am 11.6.1988 in Hamburg zusammen, um die Menschenrechtssituation der Türkei zu erörtern. Namhafte und kompetente Persönlichkeiten, Betroffene, Prozeßbeobachter, Ärzte und Juristen nahmen zu folgenden Themen Stellung: Folter, Situation politischer Gefangener, Politische Prozesse, Meinungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Staatsbürgerschaft, Lage des kurdischen Volkes. Berichterstatter waren: Hans Odendahl, Gerhard Kromschöder, Dr. Ali Söylemezoglu, Deniz Kavakcuoglu, Yildiz Sargin, Karsten Baethge, Enver Karagöz, Christian Rahn, Christina Kukielka, Dr. Bülent Tarakcioglu, Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort, Berin Uyar, Dr. Ahmet Begik, Turgan Arinir und Beria Onger. Wir stellen fest, daß in allen oben genannten Bereichen die Menschenrechte in der Türkei mißachtet werden, insbesondere die Artikel der Menschenrechtskonvention Verbot der Folter (Artikel 3) Entgegen den Behauptungen der türki-

schen Regierung und der offiziellen Stellen besteht in der Türkei eine systematische Folterpraxis. Die Folter wird als eine gängige Verhörmethode angewandt. Obwohl bis heute nach offiziellen Quel-

len 70 Menschen durch Folterverhöre starben, wurde und wird gegen die Schuldigen nur in Ausnahmefällen etwas unternommen. Sie werden im Einzelfall sogar noch befördert, was eine zusätzliche Ermutigung für sie bedeutet.

Meinungs- und Koalitionsfreiheit (Artikel 9 und 11) Andersdenkende werden nach Gesetzen verfolgt, die eindeutig schon die politische Meinungsäußerung unter Strafe

Beschluß des ÖTV-Gewerkschaftstages '88 Solidarisch mit den türkischen Demokraten

Auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), der vom 18.-24. Juni d.J. in Hamburg stattfand, wurden u.a. einige Resolutionen zu internationalen Fragen verabschiedet. Beachtenswert ist der folgende Beschluß (Antrag Nr. 93a), der zur Solidarität mit den Verfolgten für Demokratie in der Türkei anhält.

Freie gewerkschaftliche Betätigungsrechte für alle demokratischen Gewerkschaften in der Türkei! Sofortige Freilassung aller inhaftierten politischen Gefangenen sowie der Arbeiterpartei-führer Dr. Nihat Sargin (Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei – TIP) und Kaydar Kutlu (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei)!

Der Gewerkschaftstag der ÖTV erklärt seine Solidarität mit den in der Türkei unterdrück-

ten demokratischen Gewerkschaften und den inhaftierten politischen Gefangenen. Er fordert die uneingeschränkte Gedanken- und Organisationsfreiheit für Gewerkschaften und Oppositionsparteien! Er fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen! Der Gewerkschaftstag fordert den Hauptvorstand der ÖTV auf, seine nationalen und internationalen Möglichkeiten einzusetzen, um die sofortige Absetzung des Prozesses gegen Kutlu und Sargin sowie ihre Freilassung zu erwirken!

stellen. Vor allem wurde auf die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches sowie auf die einschlägigen Bestimmungen der türkischen Verfassung eingegangen.

Recht auf Freiheit und rechtliches Gehör (Artikel 5, 6, 7 und 8)

In politischen Prozessen werden hohe Zuchthausstrafen ausgesprochen. Das Recht auf Verteidigung wird massiv eingeschränkt. Das Recht des Einzelnen wird beschnitten. Zur Zeit finden sich tausende politische Gefangene in den Gefängnissen. Sie leben unter menschenunwürdigen Bedingungen und sind ständig Repressalien ausgesetzt.

Recht auf Staatsbürgerschaft (Artikel 15)

Politische Emigranten, die, um der Verfolgung zu entgehen, im Ausland Schutz gesucht haben, werden ausgebürgert und ihr Hab und Gut konfisziert.

Minderheitenschutz (Artikel 14)

In der Türkei leben ca. 10 Mrd Menschen kurdischer Nationalität. Ihre Existenz wird von staatlicher Seite geleugnet. Sie

Prozeßfarce gegen Kutlu, Sargin und andere

Am 4. Juli d.J. wurde die Hauptverhandlung im Prozeß gegen die beiden türkischen Oppositionspolitiker Haydar Kutlu und Nihat Sargin sowie gegen weitere 21 Angeklagte vor dem Staatssicherheitsgericht, einer Einrichtung des Ausnahmezustands, in Ankara fortgesetzt.

Die Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Haydar Kutlu, und der Arbeiterpartei der Türkei (TİP), Nihat Sargin, waren am 16. November 1987 nach jahrelangem Exil in die Türkei zurückgekehrt, um dort die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP) legal zu konstituieren. Unmittelbar nach ihrer Ankunft wurden beide am Flughafen in Ankara festgenommen, 19 Tage lang verhört und teilweise schwer gefoltert, bis schließlich am 8. Juni d.J. offiziell der Prozeß gegen sie eröffnet wurde.

Bereits im November 1987 hatte u.a. das Europaparlament in einer Resolution die sofortige Freilassung der beiden Politiker sowie die Gewährung freier politischer Meinungsäußerung in der Türkei verlangt. Kutlu und Sargin hatten vor ihrer Rückkehr in die Heimat betont, daß sie mit ihrem demonstrativen Akt die Diskussion um die von Ministerpräsident Özal voll-

Ungeachtet der gegen das anachronistische Verfahren gerichteten Proteste aus dem In- und Ausland forderte der türkische Staatsanwalt am 4. Juli in einer 231seitigen Anklageschrift eine Freiheitsstrafe zwischen 271 und 497 Jahren für Haydar Kutlu sowie 276 bis 504 Jahre Haft für Nihat Sargin. Dabei stützt sich die Anklagevertretung vor allem auf die beiden Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches.

Beide Paragraphen wurden pikanterweise aus dem Strafgesetzbuch des faschistischen Italien übernommen. Es handelt sich dabei um die Paragraphen 270 und 272 der berühmten Rocco-Gesetze aus der Mussolini-Zeit. 1936 wurden sie von der Türkei übernommen und in den Jahren 1938, 1946, 1949, 1951 und 1983 noch verschärft.

Auf einen kurzen Nenner gebracht, verbietet Paragraph 141 Organisationen, die „darauf gerichtet sind, die Herrschaft einer sozialen Klasse über die anderen sozialen Klassen zu errichten, oder eine soziale Klasse aufzuheben, oder irgendeine der im Lande bestehenden wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen zu stürzen“. Paragraph 142 verbietet jegliche Propaganda mit diesem Ziel. Verboten ist auch die gewaltlose Änderung der sozialen Grundordnungen.

Dazu kommt ein weiteres Kuriosum: In der Türkei wird nicht nur die Gründung einer Organisation mit den verbotenen Zielsetzungen verfolgt, sondern sogar schon der Versuch der Gründung einer solchen Organisation. Der Willkür des Staates und seiner Repressionsorgane ist damit Tür und Tor geöffnet.

Dem Staatsanwalt im Prozeß gegen Kutlu und Sargin genügt deshalb auch Platitiden solchen Kalibers: „Die Gedanken, die den Programmen der illegalen Kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei gemeinsam sind, sehen wir auch im Programm der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei.“ Ganz nach dem Motto: Einmal verboten, immer verboten.

Dann folgten einige Vorlesungen des Staatsanwalts über den Kommunismus: „Der Grundsatz des Kommunismus lautet: Tod dem, der nicht mit uns ist. Es gibt keinen mittleren Weg.“ Oder: „Jeder talentierte, aufgeschlossene und unternehmerische Mensch ist in ihren Augen ein Faschist und muß sterben.“

Am ersten Prozeßtag (8. Juni) kam die Staatsanwaltschaft gerade bis Seite 99 der Anklageschrift, dann verlagerten die Militär Richter das Verfahren. Allzu deutlich klang das rhythmische Klatschen von über 1.000 Demonstranten auf der Straße bis in den Gerichtssaal.

Zuvor war zahlreichen Prozeßbeobachtern aus dem Ausland der Zutritt zum Gerichtssaal verweigert worden. Auch Journalisten erhielten keinen Zugang und selbst Anwälte standen vor verschlossenen Türen.

Wegen der Verschleppungstaktik des Gerichts, dem weitestgehenden Ausschluß der Öffentlichkeit vom Verfahren, dem Einsatz von Militärtruppen usw. haben die Anwälte von Kutlu und Sargin zwischenzeitlich eine 13 Punkte umfassende „Anklageschrift“ gegen das Gericht und das Regime in Ankara vorgelegt. Darin fordern sie einmal mehr die sofortige Freilassung ihrer Mandanten sowie aller anderen politischen Gefangenen in der Türkei.

Das Regime in Ankara fürchtet die anhaltende internationale Solidarität mit Haydar Kutlu und Nihat Sargin. Für die in der Türkei inhaftierten Demokraten ist sie dagegen Hoffnung und Stärkung zugleich. **Georg Diederichs**

der Prozeß gegen die beiden Oppositionspolitiker Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu, der vor 3 Tagen in Ankara eröffnet wurde, in allen Punkten unwiderlegbar unsere Feststellung. Der Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes Ankara gibt in der Anklageschrift zu, daß den beiden Generalsekretären keine Gewalttaten vorzuwerfen sind. In der Anklageschrift heißt es ausdrücklich, daß Sargin und Kutlu erstens wegen ihrer kommunistischen Gedanken und Überzeugungen und zweitens wegen ihres Eintretens für die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes verurteilt werden sollen.

Die Anklageschrift ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß der Prozeß gegen Kutlu und Sargin die Artikel 9, 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt. Dieser Prozeß steht auch im Widerspruch zu den bisherigen Erklärungen der türkischen Regierung, in der Türkei demokratische Verhältnisse schaffen zu wollen.

Wir erklären: Die Menschenrechte können nicht als eine innere Angelegenheit eines jeweiligen Landes angesehen werden. Die Türkei hat sich durch internationale Verträge gegenüber der Weltöffentlichkeit verpflichtet, die Menschenrechte einzuhalten.

Wir fordern von der türkischen Regierung:

- die Folter zu unterbinden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen;
- die Todesstrafe abzuschaffen;
- die Oppositionspolitiker Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu sowie alle politischen Gefangenen freizulassen, eine Generalamnestie auszurufen und den Verbotprozeß gegen die Sozialistische Partei einzustellen;

- die Meinungs- und Koalitionsfreiheit zu gewährleisten und die Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches ersatzlos zu streichen;
- die freiwillige und unbehelligte Rückkehr der politischen Emigranten zu sichern und ausgebürgerte Bürger wieder in die Staatsbürgerschaft aufzunehmen;

- die Unterdrückung des kurdischen Volkes zu beenden und seine nationalen Rechte, wie die Freiheit der Sprache und der kulturellen Betätigung, zu sichern. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf allen Ebenen für die Verwirklichung dieser Forderungen einzusetzen. Wir fordern die demokratische Öffentlichkeit auf, sich im Sinne aller Menschen einzusetzen für eine **BEENDIGUNG DER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN DER TÜRKEI!**

Hamburg, den 11 Juni 1988

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hearings „Menschenrechte in der Türkei“

Für ein Unabhängiges und demokratisches Kurdistan



DIE BEFREIUNGSBEWEGUNG KURDISTANS (TEVGER)

Programm der kurdischen Linksfront TEVGER

Nach einjährigen intensiven Verhandlungen haben acht kurdische Linksparteien und -organisationen aus Türkisch-Kurdistan beschlossen, ihre Kräfte in einer gemeinsamen Front zu vereinigen. Die Gründung dieser Front wurde auf einer Pressekonferenz in Brüssel am 22. Juni d.J. bekanntgegeben. Ihr Name lautet: Befreiungsbewegung Kurdistan (Tevgera Rizgariya Kurdistan, kurz TEVGER). Neben einigen kleineren Organisationen beteiligen sich zwei der wichtigsten kurdischen Linksparteien an diesem Bündnis: Die Avantgardistische Arbeiterpartei Kurdistan (PPKK) und die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan (SPTK). Nicht vertreten ist dagegen die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK).

Im Vorgriff auf eine umfassendere Einschätzung der politischen Auseinandersetzungen in Türkisch-Kurdistan, die wir in einer der nächsten DRITTE-WELT-Ausgaben bringen wollen, dokumentieren wir nachfolgend die programmatischen Ziele von TEVGER.

Grundlegende Politische Anschauungen und programmatische Ziele:

Unser Land Kurdistan blieb nach dem Kasri-Sirin-Abkommen von 1639 zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich aufgeteilt. Das Volk Kurdistan wurde durch diese despotischen Staaten schwer ausgebeutet und unterdrückt. Als nach dem ersten Weltkrieg die Landkarte des Mittleren Ostens sich änderte, wurde der zuvor unter der Herrschaft des Osmanischen Reiches stehende Teil Kurdistan, nun unter den Staaten in der Region neu aufgeteilt, deren Grenzen im Interesse der Imperialisten gezogen wurden.

Seit nahezu zwei Jahrhunderten erhebt sich unser Volk in allen vier Teilen seines Vaterlandes gegen die schwere Unterdrückung und Ausbeutung, gegen das nationale Joch und bringt dafür unzählige Opfer. Alle diese Aufstände wurden

jedoch jedes Mal durch die reaktionären, despotischen Staaten in der Region und die Imperialisten zum Erliegen gebracht. Nach wie vor ist das kurdische Volk geteilt und wird gefangengehalten. Trotz der Tatsache, daß unser Land hinsichtlich der Bodenschätze zu den reichsten Ländern der Erde gehört, lebt unser Volk in tiefer Armut und sozialer Rückständigkeit. Die Naturreichtümer Kurdistan werden durch die jeweiligen Länder und ihre imperialistischen Verbündeten grenzenlos ausgebeutet. So wurde Kurdistan zu einer geteilten Kolonie, seine ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung verhindert. (...)

Gegenwärtig besitzt das kurdische Volk in keinem Teil Kurdistan seine national-demokratischen Rechte. Selbst die freie Ausübung seiner Sprache und die Entwicklung seiner Kultur wird ihm verweigert. Jedwede Forderung unseres Vol-



Sargin (l.) und Kutlu vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara

dürfen weder ihre Sprache sprechen noch ihre nationale Kultur pflegen. Schon das Singen eines kurdischen Liedes und sogar die Erklärung der Existenz des kurdischen Volkes wird schwer bestraft. Im Südosten der Türkei, wo die kurdische Bevölkerung lebt, herrscht faktisch Belagerungszustand. Das kurdische Volk ist der Willkür der Kommandanten und der Behörden ausgeliefert. Wie viele andere Vorgänge, so beweist

mundig angekündigte Demokratisierung in der Türkei forcieren wollten.

Doch nicht nur sie selbst wurden kurzerhand inhaftiert: Das gleiche Schicksal ereilte auch ihre ersten Verteidiger, die ebenfalls unter Anklage gestellt wurden. Inzwischen haben sich allerdings mehr als 400 Rechtsanwälte und -anwältinnen aus Frankreich, Großbritannien, Kanada, der Bundesrepublik, der DDR, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Schweden, Dänemark und Griechenland Mandate für die Verteidigung von Kutlu und Sargin ausstellen lassen.

kes nach nationalen und demokratischen Rechten wird von jedem der kolonialistischen Staaten als schweres Vergehen angesehen und mit Terror von ihnen beantwortet. Die kolonialistischen Kräfte erkennen die Existenz unseres Volkes nicht an und wenden jede Art von Gewalt und Intrigen an, um seine nationale Identität und Kultur auszulöschen und das kurdische Volk zu vernichten.

Doch all diese Bestrebungen der Feinde, die unser Land geteilt und unser Volk in Ketten gelegt haben, konnten den Befreiungswillen unseres Volkes, das in einem großen Land lebt und zahlenmäßig über 25 Millionen Menschen umfaßt, nicht brechen. Im Gegenteil, der nationale Befreiungskampf entwickelte sich zu einer Massenbewegung und nahm an Stärke täglich zu. In den von Irak und Iran beherrschten Teilen Kurdistans ist ein starker Partisanenkrieg im Gange. Unser Volk schlägt mächtige, moderne Streitkräfte, die den nationalen Widerstand zu vernichten trachten, zurück. In dem von Syrien beherrschten Teil Kurdistans kämpft unser Volk für seine nationalen und demokratischen Rechte. Im von der Türkei beherrschten Teil Kurdistans weist die nationale Bewegung trotz aller Unterdrückungs- und Gewaltmaßnahmen des kolonialistischen Regimes, eine beschleunigte Entwicklung auf. (...)

Im aggressiven NATO-Pakt sind vor allem die USA beunruhigt über die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan. Aus Angst, dieser Kampf könnte ihren Interessen im Mittleren Osten schaden, unterstützen sie bei seiner Unterdrückung stark die reaktionären Regimes in der Region, insbesondere den kolonialistischen türkischen Staat.

Doch wie mächtig und aggressiv der Feind auch immer sein mag, unser Volk ist fest entschlossen, seinen Befreiungskampf zum Sieg zu führen, und dies wird es zweifellos meistern. Um unser Land zu befreien, dem Elend und der Tyrannei ein Ende zu bereiten, ein fortschrittliches und menschenwürdiges Leben einzuleiten, gibt es keinen anderen Weg, als den des Kampfes.

Die Befreiung unseres Volkes ist vor allem möglich durch die Kräfte aus seinen eigenen Reihen, durch die Anstrengung und Aufopferung, die dieser harte Kampf erfordert, durch die Verwirklichung einer festen Einheit unter den patriotischen Kräften. Die Einheit der patriotischen Kräfte ist eine der Hauptbedingungen, um die Massen in den Kampf zu führen und die Umtriebe des Feindes zu vereiteln. Unsere Organisationen, die sich für dieses Ziel vereinigt und die TEVGARA RIZGARIYA KURDISTAN (Befreiungsbewegung Kurdistans) gebildet haben, haben sich zum Ziel ge-

setzt, das koloniale Joch über dem Teil Kurdistans, der von dem türkischen Staat kolonialisiert wurde, zu brechen, den Imperialismus aus dem Land zu vertreiben und eine unabhängige und demokratische Republik zu gründen.

Das Programm, über das sich unsere Organisationen in der gegenwärtigen Etappe geeinigt haben, ist das Programm der national-demokratischen Revolution. Die Aufgabe der revolutionären und patriotischen Kräfte ist es, als erstes das koloniale Joch zu brechen, der nationalen Unterdrückung und der Zwangsherrschaft ein Ende zu bereiten, die nationale Wirtschaft und Kultur auf den Weg der Entwicklung zu führen, mit einer Bodenreform die feudal-stammesmäßigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, die in der einen oder anderen Form in Kurdistan nach wie vor existieren, sowie die Ausbeutung und Unterdrückung, die daraus resultiert, zu beseitigen und so die Gesellschaft zu demokratisieren. Um die revolutionäre Erneuerung der Gesellschaft voranzutreiben, ist vorerst die Meisterung der national-demokratischen Revolution nötig.

Die Grenzen, die Kurdistan im Interesse des Imperialismus und der reaktionären, despotischen Staaten in der Region teilen, sind künstlich und zwangsweise gezogene Grenzen, die die geographische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einheit unseres Vaterlandes und die Entwicklung unseres Volkes verhindern. Unser Volk hat diese Grenzen bisher nicht anerkannt und wird sie auch weiterhin nicht anerkennen. Die gegebenen Bedingungen und die Interessen des Volkes berücksichtigend streben wir die Einheit des Vaterlandes an.

Es ist offensichtlich, daß die kolonialistischen und imperialistischen Kräfte unser Land nicht freiwillig, nicht ohne Blut zu vergießen und ohne Krieg zu führen, verlassen werden. Sie haben bis heute jedwede nationale und demokratische Forderung unseres Volkes, jede seiner Reaktionen gegen Unterdrückung und Ausbeutung mit Terror und Gewalt beantwortet. Auch heute haben sie ihre Armee- und Polizeikräfte mobilisiert, um den Widerstand unseres Volkes zu ersticken.

Demgegenüber ist es ein notwendiges und legitimes Recht unseres Volkes, ebenfalls Gewalt, darunter auch den bewaffneten Kampf, anzuwenden. Wir glauben sogar, daß ohne einen solchen Kampf die Befreiung unseres Volkes nicht verwirklicht werden kann. Die revolutionären und patriotischen Organisationen sowie die breiten Volksmassen auf diese schweren Zeiten des nationalen Befreiungskampfes vorzubereiten, die große Aufopferung und Anstrengungen erfordern, ist unsere grundlegende Auf-



Von der türkischen Armee ermordete Kurden

gabe. Um den Sieg zu erkämpfen, wird die TEVGAR alle revolutionär-demokratischen Kampfformen und Mittel, entsprechend den Bedingungen einzeln oder gleichzeitig, schöpferisch anwenden, wobei der politische Kampf die Grundlage bildet.

Die TEVGAR wird den nationalen Befreiungskampf unseres Volkes in den anderen Teilen Kurdistans unterstützen und eine feste Solidarität und Zusammenarbeit mit den nationaldemokratischen Kräften in diesen Teilen praktizieren. Sie wird daran arbeiten, die Formen dieser Solidarität und Zusammenarbeit den Bedingungen entsprechend zu entwickeln.

Die TEVGAR wird mit den demokratischen Kräften der Türkei bei Gemeinsamkeiten Solidarität und Zusammenarbeit üben. Sie wird ein Bündnis anstreben gegen Imperialismus, Faschismus und die Herrschaft der kolonialistischen Bourgeoisie, welches auch das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation, einschließlich des Rechts auf Gründung eines eigenen unabhängigen Staates beinhaltet. Es wird angestrebt, die Form dieser Politik der Solidarität, Zusammenarbeit und des Bündnisses den Bedingungen entsprechend zu gestalten.

Die TEVGARA RIZGARIYA KURDISTAN (TEVGAR), die wir zu diesem Zweck gegründet haben, hat nachstehende programmatische Hauptziele angenommen und kämpft dafür, diese Ziele zu erreichen. Die TEVGARA RIZGARIYA KURDISTAN steht allen patriotischen, revolutionären und demokratischen Organisationen, Gruppen und Personen offen, die diese gemeinsamen Prinzipien des Kampfes und die gemeinsamen Ziele teilen. Vereinigen wir uns, um unser Volk von dem Jahrhunderte währenden Joch und unser Land von der Rückständigkeit zu befreien und ein neues Leben einzulei-

ten, das der Würde des Menschen entspricht. Vereinigen wir uns, um den Weg, der zum Sieg führt, zu verkürzen, den Leiden und dem Elend unseres Volkes ein baldiges Ende zu bereiten. Unsere Befreiung hängt von der Einheit ab.

Politische Ziele:

- Beendigung der Herrschaft des türkischen Kolonialismus sowie seiner einheimischen Kollaborateure und Gründung einer unabhängigen demokratischen Republik Kurdistan;
- Gründung einer aus den nationalen demokratischen Kräften Kurdistans bestehenden Provisorischen Demokratischen Regierung und Erstellung der Verfassung der Demokratischen Republik Kurdistan;
- Übergabe der Gesetzgebungskompetenz an das Nationalparlament Kurdistans, das in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl konstituiert wird; Übergabe der Exekutive an die Volksregierung, die vom Nationalparlament gewählt wird; Gründung von unabhängigen demokratischen Gerichten zur Ausübung der Judikative;
- Wahl und Abberufung der kommunalen Führungskräfte durch das Volk;
- Jede/r erhält mit Vollendung des 18. Lebensjahres das aktive und mit Vollendung des 21. Lebensjahres das passive Wahlrecht;
- Einführung von Meinungs-, Rede-, Organisations-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit und des Rechts hierauf; Abschaffung von Rassismus und Faschismus;
- Beseitigung jeglicher nationaler Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Kurdistan (Araber, Armenier, Tscherkessen, Assyrer und andere Völker); Sicherung der nationaldemokratischen Rechte dieser und der türkischen und aserbaidjanischen Minderheiten; Schaffung der Möglichkeiten, die für die freie Entfaltung ihrer Sprache und Kultur erforderlich sind; Anerkennung der regionalen Autonomie für Gebiete, in denen sie die Mehrheit darstellen;
- Beendigung jeder Art religiöser und konfessioneller Unterdrückung und Diskriminierung; Anerkennung der völligen Glaubensfreiheit für alle entsprechend dem Prinzip des Laizismus;
- Beendigung jeder Art der Unterdrückung der Frauen; Sicherung der Gleichberechtigung von Mann und Frau;
- Übertragung der Aufgaben der Verteidigung, des Schutzes der Republik und der Errungenschaften der Revolution an die Volksarmee und die Volksmiliz, die der Regierung unterstehen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik:

- Vergesellschaftung sämtlicher Betriebe und Einrichtungen der Imperialisten, Kolonialisten und der einheimi-

- schen Kollaborateure, der Wälder, Mineralien, Gewässer und ähnlicher Naturreichtümer, der Energiequellen, Banken, Versicherungsunternehmen, des Außenhandels, des Radio-, Fernseh-, Post- und Fernmeldewesens, des Eisenbahn- und Straßenverkehrswesens und ähnlicher Einrichtungen, die hinsichtlich des gesellschaftlichen Lebens grundlegende Bedeutung besitzen;
- Gründung und Entwicklung einer nationalen Wirtschaft, an erster Stelle der Schwerindustrie; Schutz von Kleinindustrie und -handel;
- Hinzuziehung ausländischer Quellen auf der Basis des nationalen Interesses und des gegenseitigen Nutzens, soweit es für die nationale Wirtschaft erforderlich ist;
- Unentgeltliche Verteilung von Boden an die landlosen und wenig Land besitzenden Bauern durch eine Bodenreform; Berücksichtigung der Großgrundbesitzer, die auf der Seite der Revolution stehen; Beschlagnahme des Bodens und anderer Produktionsmittel der kollaborierenden Grundbesitzer;
- Gründung von staatlichen Musteragrarbetrieben, damit sich Landwirtschaft und Tierzucht in Kurdistan entwickeln und modernisieren; Förderung der Organisation der bäuerlichen Produzenten in Kooperativen, ihre Unterstützung mit Krediten, technischer Ausrüstung und anderen Maßnahmen;
- Aufhebung der Schulden der armen und Mittelbauern, der Kleinhändler und des Handwerks gegenüber Institutionen des Staates, Banken, Großgrundbesitzern und Wucherern, die beseitigt werden; Aufhebung der schweren Steuerlasten der armen Bevölkerungsteile und Einführung eines gerechten Steuersystems auf der Basis des Schutzes aller Arbeitenden;
- Verwirklichung des Acht-Stunden-Arbeitstages in allen Bereichen des Arbeitslebens; Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte für alle ArbeiterInnen, die den General- und politischen Streik, Tarifverhandlungen, die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Betriebsführung einschließen;
- Verbot der Aussperrung;
- Einführung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
- Ergreifung von Schutzmaßnahmen bei der Frauen- und Kinderarbeit;
- Sozialisierung aller Dienste im Gesundheitsbereich und unentgeltliche Leistung dieser Dienste für Arbeitende;
- Unterstellung der Alten, Behinderten, Witwen und Waisen in den Schutz und die Pflege des Staates;
- Ergreifung der erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit;
- Lösung des Wohnungsproblems des Volkes.

Bildungs- und Kulturpolitik:

- Einführung des Kurdischen als Amtssprache;
- Abschaffung des rassistischen, chauvinistischen und assimilationistischen Bildungssystems; Gründung eines national-demokratischen Bildungssystems, Einführung einer Pflichtgrundbildung; Ergreifung von tiefgreifenden Maßnahmen zur Jugend- und Erwachsenenbildung; die gesamte Bildung erfolgt unentgeltlich; Ergreifung der notwendigen Maßnahmen für die Entwicklung und Verbreitung der nationalen Kultur, Wissenschaft und Technik.

Außenpolitik:

- Verfolgung einer unabhängigen und blockfreien Außenpolitik; Beseitigung der fremdländischen Militärbasen in Kurdistan;
- Verfolgung von Freundschaft und Solidarität mit den Weltkräften des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sowie den nationalen Befreiungsbewegungen gegen die Politik der Kriegshetze und des Rüstungswettlaufs des Imperialismus, gegen Faschismus, Rassendiskriminierung und jede andere Art von Reaktion.

Avantgarde Arbeiterpartei Kurdistans (PPKK), Demokratische Partei Kurdistans — Nationale Organisation, Nationale Befreier Kurdistans - Sozialistische Tendenz (KUK-SE), Partei der Nationalen Kraft Kurdistans, Revolutionäre Kurdistans, Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistans (SPTK), Sozialistische Einheit Kurdistans, Fahne der Befreiung 22. Juni 1988

(Quelle: Informationsbulletin KURDISTAN, Köln, Nr. 13, 22.6.1988, S. 7-9)

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

Palästina: Der Aufstand

Antizionismus =
Antisemitismus?

Dokumentation
eines Streits

Außerdem im Heft:
Neukaledonien
Südkorea
El Salvador
Guatemala
IWF
Juni 1988
Nr. 150

Be-
zug:
blätter
des iz3w
Postf. 5328
7800 Freiburg
Buchhandel:
Prolit, Pf. 63 Gießen

8 mal im Jahr für 40/30 Mark
Einzelheft 5 DM + 1 DM Porto

Ulrich Rupp

Zia putscht gegen das Parlament

Am 29. Mai 1988 löste Pakistans Präsident General Zia ul Haq, das Parlament auf und entließ den Ministerpräsidenten Mohamed Khan Junejo, dessen Amt er selbst übernahm. Innerhalb von 90 Tagen sollen Neuwahlen stattfinden – doch an der Glaubwürdigkeit dieser Ankündigung Zias, der bisher die Beteiligung von Parteien ablehnte, bestehen große Zweifel.

Als Gründe für die Absetzung Junejos, der nach den Parlamentswahlen von 1985 Ministerpräsident wurde, wurden vom Diktator dessen zögerliche Islamisierungspolitik, die jetzt beschleunigt werden soll, Mißmanagement und Korruption genannt. In der Tat wandte Junejo sich gegen die Absicht Zias, das Parlament und den Obersten Gerichtshof der Aufsicht eines Mullah-Rates zu unterstellen. Die Gründe für seine Absetzung liegen jedoch tiefer.

Durch seine im August 1986 gegründete Pakistanische Muslim-Liga (PML) versuchte Junejo, sich eine eigene Hausmacht zu schaffen und den Einfluß der Hardliner im Militär unter Zia schrittweise zurückzudrängen. Dem Diktator war zudem die zu kompromißlerische Linie der Regierung in der Afghanistanfrage ein Dorn im Auge. So verpflichtet das Genfer Afghanistan-Abkommen Pakistan, jegliche Unterstützung für die gegen Afghanistan operierenden Contras einzustellen.

Wäre es allerdings nach den Militärs gegangen, dann hätte in diesem Abkommen eine Beteiligung der Contras an einer afghanischen Übergangsregierung und die Fortsetzung der pakistanischen Unterstützung stehen müssen. Denn Pakistans Militär unter Zia braucht den Konflikt auch weiterhin zum politischen Überleben.

3,2 Mrd \$ Militärhilfe im Zeitraum 1981-85 und für die nächsten fünf Jahre weitere 4 Mrd \$ wurden bzw. werden von den USA bereitgestellt, um das Regime zu stabilisieren.

Pakistan wurde in die imperialistische Globalstrategie eingebettet. Die USA erhielten Ankerrechte für ihre im Persischen Golf gegen den Iran operierende Flotte und pakistanische Flughäfen sollen im Ernstfall als Landebahnen für den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe in Westasien und dem Indischen Ozean dienen.

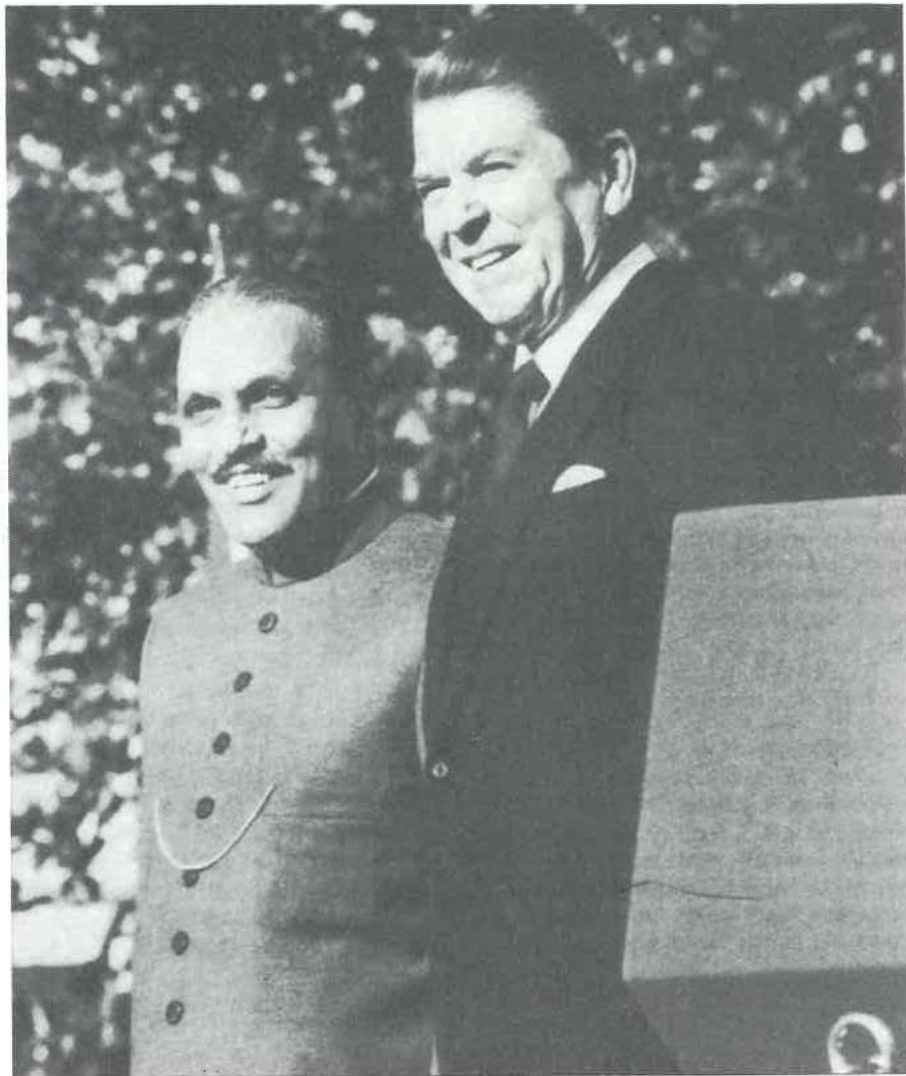
Im November 1986 wurde bestätigt, daß P-3-Überwachungsflugzeuge des US-Zentralkommandos für Südwestasien (CENTCOM) auf pakistanischen Flug-

häfen betankt wurden. Im April 1987 schließlich forderte Ministerpräsident Junejo den amerikanischen Präsidenten auf, AWACS-Überwachungsflugzeuge in Pakistan zu stationieren, die in der Lage sind, nicht nur Afghanistan, sondern auch das sowjetische Mittelasien, den östlichen Iran sowie den Golf zu überwachen und somit die in Saudi-Arabien stationierten AWACS-Einheiten zu ergänzen.

Im Juni 1987 besuchte der CENTCOM-Oberkommandierende, US-General George Crist, mit Militärexperten fünf



Entmachteter Ministerpräsident Junejo (oben): General Zia in Washington mit dem Hauptverbündeten, US-Präsident Reagan



Tage lang Pakistan. Eine offene Zusammenarbeit oder gar eine Übersiedlung des in Florida beheimateten CENTCOM nach Pakistan schien nicht opportun, da Reaktionen des Iran, mit dem Pakistan gute Handelsbeziehungen unterhält und der schiitischen Minderheit (20% der Bevölkerung) im Innern befürchtet wurden.¹

Der US-Geheimdienst CIA erhielt die Erlaubnis, auf pakistanischem Gebiet Ausbildungslager für die afghanischen Contras und die vielfältigen Spionage- und Subversionsakte gegen Afghanistan zu errichten.

Mit dem Putsch Zias wollte das Militär jegliche Zweifel darüber ausräumen, daß es gewillt sein könnte, sich ins politische Abschieds stellen zu lassen. Außerdem wollte es erreichen, daß die Zuwendungen Washingtons nicht gekürzt werden (was in der Reagan-Administration anläßlich des Afghanistan-Abkommens diskutiert wurde) und Fakten schaffen, bevor es sich ein neuer amerikanischer Präsident anders überlegen kann.

Zu diesem Zweck wird die Repatriierung der 3 Mio afghanischen Flüchtlinge hintertrieben, werden sie als Faustpfand für weitere humanitäre und sonstige Hilfe benutzt, obwohl sich unter den verschiedensten Bevölkerungsteilen darüber erheblicher Widerstand breit macht. Den afghanischen Flüchtlingen wird vor allem angelastet, daß sie die Pakistanis ins wirtschaftliche Abseits drängen, für den Drogenschmuggel verantwortlich sind und zunehmend ethnische Spannungen provozieren.

Vorerst machen die USA das Spiel noch mit und haben den pakistanischen Verbündeten seit Jahresbeginn mit 600 Mio \$ unterstützt. Sie schicken ihn vor, das Afghanistan-Abkommen mit dem Hintergedanken zu torpedieren, die Contras könnten in Kabul die Macht übernehmen, vorausgesetzt die afghanische Armee erwiese sich nach Abzug aller sowjetischen Truppen allein nicht in der Lage, ihren Angriff abzuwehren.

Ein Sieg der Mojahedin würde es Zia erlauben, den Druck auf Indien zu verstärken. Bereits heute werden Sikh-Separatisten im Pandschab militärisch unterstützt und mehr oder weniger offen wird mit dem Bau eigener Atombomben gedroht. Angesichts des Freundschaftsvertrages zwischen Indien und der Sowjetunion wäre dann aber ein neuer Regionalkonflikt denkbar.

Demgegenüber sind die USA dem Gipfel zwischen US-Präsident Ronald Reagan und KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau in der Pflicht, alles zu unterlassen, was zu neuerlichen Konfrontationen führen könnte (siehe DRITTE WELT 6/1988, S. 3-13). Die USA müßten den störrischen General zu-

rückpfeifen, wenn die Verhältnisse eskalieren.

Bis dahin kann Zia hoch pokern – dies umso mehr, als die Pakistanische Volkspartei (PPP) unter Benazir Bhutto als größte Oppositionspartei die Absetzung Junejos billigte und selbst in der Afghanistanfrage sowie beim Verhältnis zu den USA weitgehend an einem Strang mit Zia zieht.

Auch die Nationale Volkspartei (NPP), die sich 1986 unter Ghulam Mustafa Jatoi wegen ihrer Ablehnung eines föderalistischen Regierungssystems von der PPP abgespaltete, unterstützt Zia in seiner Politik. Sie gilt für den Fall, daß tatsächlich „Wahlen“ stattfinden sollten,

stand kleinerer Parteien. So drohte z.B. der Führer der Tehrik-i-Istiqal, Asghar Khan, den Austritt aus der MRD an, falls die PPP diese Politik nicht aufgeben würde.³

Eine „Allparteienkonferenz“ vom August 1987 konnte hier auch die Zersplitterung nicht aufheben. 10 Parteien verabschiedeten zwar ein Dokument, das Zias Rücktritt, eine Auflösung des Parlaments sowie eine Übergangsregierung zur Überwachung freier Wahlen forderte. Aber wegen Differenzen über die Rolle einer Übergangsregierung und vor allem wegen der Umgehung der MRD waren zwei Parteien, darunter die PPP, noch vor Unterzeichnung des Papiers

Pakistan – Daten

Territorium: 796.000 qkm (dreifache Fläche der BRD)

Staatsform: Islamische Republik

Bevölkerung: 98 Mio; 70% der Bevölkerung leben auf dem Land; größte Städte: Karachi (7 Mio), Lahore (5 Mio)

Hauptstadt: Islamabad (0,4 Mio)

Sprache: Englisch, Urdu

Religion: 97% Moslems, 3% Christen und Hindus

Währung: Pakistanische Rupie (PR); 100 PR = 1 DM (Dezember 1987)

Wirtschaft: Agrarland mit sich entwickelnder Industrie. In der Landwirtschaft arbeiten 52% der Beschäftigten; ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt 25%. Landwirtschaftliche Exporte erbringen 35% der Deviseneinnahmen des Landes.

In der Industrie sind 15% der Erwerbstätigen beschäftigt; ihr Beitrag zum BIP beträgt 28%. Die Textilindustrie erwirtschaftet 20% der Exporterlöse.

Hauptexportgüter: Baumwolle, Textilien, petrochemische Produkte; **Hauptimportgüter:** Rohmaterialien, Halbfertig- und Fertigprodukte. Pakistans Handelsbilanz ist chronisch defizitär. **Haupthandelspartner:** USA, Japan, EG.

Soziale Lage: 50% des Staatshaushalts werden für Rüstung und Schuldentilgung (Auslandschuld 15 Mrd \$) verwandt. Die Hälfte der

Landbevölkerung lebt unter dem Existenzminimum; das jährliche Prokopfeinkommen liegt bei 390 \$. 1/3 der Erwerbstätigen ist arbeitslos. 1/3 der Häuser hat kein Trinkwasser, 2/3 haben keinen Strom.

Die Lebenserwartung beträgt 50 Jahre, die Analphabetenrate 80%. 3 Mio Pakistani sind unter der Militärdiktatur ausgewandert.

Geschichte:

1947 Entstehen Pakistans nach Teilung Britisch-Indiens, 1. Krieg mit Indien um Kaschmir

1965 2. Krieg mit Indien

1971 3. Krieg mit Indien; Teilung Pakistans, Gründung Bangladeschs

1977 Militärputsch unter Zia ul Haq; Absetzung Zulfikar Ali Bhuttos, Verhängung des Kriegsrechts

1979 Hinrichtung Bhuttos

1983 Erste Massenproteste gegen die Diktatur Zias

1984 Erfolgreicher Boykott des Referendums zur Islamisierung, Beteiligung lediglich 3-15%

1985 Wahlen zur Nationalversammlung ohne Parteienbeteiligung (15,2%); Aufhebung des Kriegsrechts, nachdem Kriegsrechtsartikel vorher in Verfassung aufgenommen wurden (30.12.)

1986 Rückkehr der Oppositionspolitikerin Benazir Bhutto (PPP)

als Alternative zu der ausgebooteten PML von Ex-Premier Junejo.²

Eine einheitliche Strategie der Opposition gegen die Risiko-Politik Zias, die darüber hinaus zu echten demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Erneuerungen und Verbesserungen führen müßte, ist derzeit nicht in Sicht. Die Opposition führte mittels ihres 11-Parteien-Zusammenschlusses Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie (MRD) 1983, 1985 und schon mit Abstrichen 1986 zwar Massendemonstrationen zum Rücktritt des Diktators Zia, für sofortige freie Wahlen durch. Sie organisierte auch Boykottaktionen und Generalstreiks gegen die verschiedenen Wahlfarce der Diktatur. Aber sie ist zerstritten.

So will die PPP als die größte Oppositionspartei die Führung in der MRD eintragen. Dies stößt jedoch auf den Wider-

ausgezogen. Vier weitere Parteien erschienen erst gar nicht.⁴

Einer Einigung der Opposition stehen auch die zunehmenden nationalen und ethnischen Gegensätze im Lande und innerhalb wie zwischen den Parteien, die tatkräftig vom Regime geschürt werden, im Wege. Wegen der Dominierung des Landes in allen Bereichen durch Angehörige der pandschabischen Nation (67% der Bevölkerung), die auch der PPP den größten Rückhalt bietet, sehen die kleineren Parteien keine Möglichkeit, mit der PPP zusammenzugehen.

Es entstehen eine Vielzahl kleiner ethnischer Parteien, wie z.B. der Bewegung Muhajir Qaumi (MQM), die v.a. die Interessen der Muhajirs, muslimischer Flüchtlinge aus Indien und deren Abkömmlingen, gegenüber den Pathanen aus der Nordwestprovinz vertritt. Im

Frieden kann es nur durch Demokratie geben

Nach acht Jahren in den Gefängnissen des Regimes Zia ul Haq konnte Jam Saqi Ende 1986 die Freiheit wiedererlangen. Obwohl die Kommunistische Partei Pakistans (CPP) nicht verboten ist, war das Politbüro-Mitglied 1978 nach der afghanischen Revolution zusammen mit anderen progressiven Aktivisten verhaftet und gefoltert worden. Dem Schicksal seines Genossen Nazir Abbasi, der 1980 zu Tode gefoltert wurde, entging er u.a. durch die internationale Aufmerksamkeit, die seinem Fall zuteil wurde (siehe AFB 5/1980, S. 27). Über die gegenwärtige Lage in Pakistan sprach Nico Biver mit ihm.

FRAGE: Im Juni d.J. hat General Zia ul Haq das Parlament und die Regierung aufgelöst. Was sind die Gründe für diesen Schritt?

J. SAQI: Es gibt fünf Hauptgründe für die Auflösung der Zivilregierung, fünf Differenzpunkte zwischen Premierminister Junjo und dem sog. Präsidenten Zia ul Haq.

Erstens wollte die zivile Seite das Genfer Afghanistan-Abkommen erfüllen. Zia und seine Clique wollten sich jedoch nicht daran halten, um mehr Dollars zu bekommen, ihre politische Rolle zu vergrößern – wenn es Unruhe gibt, wächst die Rolle des Militärs – und um den Militärhaushalt erhöhen zu können. Die zweite Meinungsverschiedenheit hängt mit der großen Explosion in einem Munitionslager in der Nähe der Zwillingstürme Islamabad und Rawalpindi am 10. April d.J. zusammen. Es war eines der großen Lager mit amerikanischen Waffen für die afghanischen Banditen. Da Stinger-Raketen im Iran, statt in Afghanistan aufzutreten, wollte eine amerikanische Kommission die untersuchen. Nachdem das Regime davon erfuhr, schickte es 200 Lastwagen, um die Munition wegzuschaffen und dann der Kommission mitzuteilen, daß alles auf dem Weg nach Afghanistan sei.

Da die Kommission aber schon auf dem Weg war und die Zeit nicht reichte, um alles abzutransportieren, entschloß man sich, das Ganze zu sprengen und damit die Spuren des Waffenhandels mit dem Iran zu verwischen. Jedoch waren die Explosionen stärker als erwartet, so daß nach offiziellen Angaben 109 Menschen umkamen. In Wirklichkeit starben aber mehr als 5.000 Menschen.

Es wurde eine Kommission eingesetzt, um herauszufinden, wie dies geschehen konnte. Junjo wollte den Untersuchungsbericht veröffentlichten, Zia ul-Haq ihn aber geheimhalten.

Der dritte Grund ist, daß Junjo sich weigerte, die Amtszeit von Zia ul Haq als Oberkommandierenden der Streitkräfte und anderer hoher Offiziere zu verlängern, da sie das Pensionsalter erreicht hatten.

Der vierte Punkt ist, daß Junjo sich weigerte, das Scharia-Gesetz zu unterstützen, das Zia ul Haq dem Parlament unterbreitet hatte. Danach sollten fünf von Zia eingesetzte Mullahs die Macht haben, jede Entscheidung des Obersten Gerichtshofes und des Parlaments abzulehnen.

Der fünfte Grund war, daß Junjo für März 1989 Parlamentswahlen ankündigte und die Parteien aufforderte, sich darauf vorzubereiten, was das Regime ablehnte. Jetzt haben sie Wahlen innerhalb von 90 Tagen angekündigt. Beim letzten Mal waren daraus 90 Monate geworden.

FRAGE: Pakistan erfüllt die Bestimmungen des Genfer Afghanistan-Abkommens nicht. Spielen dabei eigene Interessen eine Rolle oder geschieht dies auf Anweisung der USA?

J. SAQI: Beide sind daran interessiert, Zia ul Haq geht es um Dollars, um Macht und einen höheren Militärhaushalt. Bei den USA ist es etwas komplizierter, denn sie unterschreiben das Abkommen, und der Kongreß hat es ratifiziert. Aber sie verhalten sich trotzdem anders.

Es gibt den militärisch-industriellen Komplex, in dem sich die Macht von CIA und Pentagon vereinen. Und dieser ist an einer Fortsetzung des Konflikts interessiert und setzt sich über das Weiße Haus und das Capitol hinweg. Ohne dessen Unterstützung könnte das Zia-Regime nicht überleben, denn es ist im Lande vollständig isoliert. Pakistan hat auch aus innenpolitischen Gründen ein Interesse an der Fortsetzung des Afghanistan-Konflikts. Wenn es zu erfolgreichen sozialen Veränderungen in Afghanistan kommt, wird das Auswirkungen auf das pakistanische Volk haben.

Außerdem hat das Regime Interesse daran, am Drogenhandel mitzuverdienen. Dieser wurde 1980 vom CIA begonnen, als er die ersten Ausbildungslager für die afghanischen Banditen aufbaute.

FRAGE: Wie wirkt sich die Verwicklung Pakistans in den Afghanistan-Konflikt auf die innenpolitische Lage aus? Führt die Anwesenheit der Flüchtlinge nicht zu Problemen für die Bevölkerung?

J. SAQI: Die Flüchtlinge sind ein Problem für das afghanische Volk, aber nicht für die Regierung, denn dadurch kommen eine Menge Dollars, DM und englische Pfund ins Land und in die Taschen der Militärs. Deshalb wollen sie auch verhindern, daß die Flüchtlinge nach Afghanistan zurückkehren.

FRAGE: Unter welchen Bedingungen arbeitet die Opposition? Gibt es Raum für legale politische Aktivitäten?

J. SAQI: Unter Zia ul Haq hatte sich die Lage verschlechtert. Aber aufgrund des wachsenden Bewußtseins der Bevölkerung mußte er Zugeständnisse machen.

Z.B. wurde das Genfer Abkommen von allen Parteien, mit Ausnahme der von Saudi-Arabien und den USA finanzierten Jamaat-e-Islami, und selbst vom zivilen Teil der Regierung unterstützt. Es gab sogar Demonstration für die Unterzeichnung des Abkommens. Aber solange das Militärregime besteht, wird das Abkommen nicht eingehalten werden. Der Frieden in der Region hängt eng mit der Demokratisierung des Landes zusammen.

Das Schüren des Afghanistan-Konflikts garantiert dem Zia-Regime weitere US-Hilfe und Unterstützung

Es gibt die Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD), die, wenn man ihre Zusammensetzung und ihr Programm betrachtet, erreicht hat, was sie erreichen konnte, nämlich die Junjo-Demokratie, die jetzt beendet wurde.

Unsere Position ist, daß die MRD fünf zusätzliche Punkte in ihr Programm aufnehmen sollte: Durchführung einer Agrarreform; unbefristetes Streikrecht und Abschaffung des Kontraktarbeitersystems; das Selbstbestimmungsrecht aller pakistanischen Nationen, um aus Pakistan einen freiwilligen Zusammenschluß der Nationen zu machen; Erhöhung des Mindestlohns auf den Wert von 12 g Gold; eine



unabhängige Außenpolitik. Dies ist sehr wichtig, da die Regierung den USA Stützpunktrechte gewährt hat.

Außerdem haben wir gefordert, daß alle Parteien, besonders die der Linken, einschließlich der CCP, in der MRD aufgenommen werden. **FRAGE:** Welche Rolle spielt die größte Oppositionspartei, die Volkspartei Pakistans (PPP)?

J. SAQI: Die PPP ist vor allem eine Wahlpartei. Sie ist schlecht organisiert und kann nur zusammen mit den anderen demokratischen Kräften mobilisieren.

Ihr ehemaliger Vorsitzender, der frühere Regierungschef Zulfikar Ali Bhutto, der vom Zia-Regime gehängt wurde, hatte vor seinem Tod erklärt: „Amerika tötet mich.“ Aber die jetzige Vorsitzende, seine Tochter Benazir Bhutto, sagt heute, daß Amerika unschuldig sei.

Die Partei hat sich nach rechts entwickelt. Die Regierenden haben Benazir Bhutto gesagt: Wenn Sie sich weiterhin Amerika widersetzen, dann sollten sie an das Schicksal ihres Vaters denken. Es gibt andere Gründe für die Rechtsentwicklung, aber Angst ist einer davon.

FRAGE: 1986 vereinigten sich vier Linksparteien zur Awami-Nationalpartei (ANP). Was sind die Ergebnisse dieses Vereinigungsprozesses?

J. SAQI: Die ursprüngliche Idee war die, ein ant imperialistisches Bündnis aller linken Parteien zu gründen. Aber in der Pakistanischen Nationalpartei (PNP) kam die Idee auf, die Parteien zu verschmelzen, was jedoch von drei Parteien abgelehnt wurde.

So kam es zur Vereinigung der Nationalen Demokratischen Partei (NDP), der Pakistan Awami Tehreek (PAT) und von Teilen der Arbeiter- und Bauernpartei (MKP) und der PNP. Ein Führer der ANP erklärte später, daß die Partei rein nationalistisch sei und Kommunisten und Sozialisten in andere Parteien gehen sollten.

Dadurch ist eine neue Situation entstanden. Und es werden Verhandlungen zwischen den Linksparteien geführt, um ein ant imperialistisches Bündnis zu gründen, was in naher Zukunft geschehen wird.

Zwischen allen marxistischen Parteien – darunter auch solchen, die bisher auf maoistischen Positionen standen – bestehen gute Beziehungen. Nur ein Flügel der Sozialistischen Partei ist nicht bereit, im Bündnis mitzumachen. Aber er wirkt mit in dem von den Linksparteien gegründeten Bauernkoordinationskomitee, in dem die Bauernorganisationen zusammengeschlossen sind.

Außerdem wurde die All-Pakistanische Gewerkschaftsorganisation gegründet, der größte Verband in Pakistan. Möglicherweise wird sich dem Parteienbündnis auch die ANP anschließen, die sich nicht als marxistisch bezeichnet.

Jahr 1986/87 kam es in der Hafenstadt Karachi wiederholt zu Kämpfen zwischen diesen Volksgruppen. Oppositionspolitiker warfen im Verlauf dieser Kämpfe dem Militär vor, diese dazu benutzen zu wollen, die Regierung Junjo zu destabilisieren um eine Rechtfertigung dafür zu bekommen, das Kriegsrecht wieder einzuführen.⁵

Zur Entschärfung der ethnischen Gegensätze schlägt die Linke ein föderatives Staatssystem vor. 1986 hatten sich vier fortschrittliche Parteien mit vorwiegend regionaler Basis zur Awami Nationalpartei (ANP) zusammengeschlossen. In ihr sind die Nationaldemokratische Partei (NDP), die Arbeiter- und Bauernpartei (MKP) sowie Teile der Pakistanischen Nationalpartei (PNP) und der Pakistan Awami Tehreek (PAT) aufgegangen.

Die ANP nimmt im Afghanistan-Konflikt und gegenüber der US-Politik eine anti imperialistische Haltung ein. Sie bezieht sich in dieser Hinsicht in Gegnerschaft zur PPP, deren Führerin Benazir



Festnahme von Anti-Zia-Demonstranten in Karachi

Bhutto PPP-Mitglieder, die gegen die USA protestierten und eine Flagge verbrannten, als Agenten des Polizei-Geheimdienstes bezeichnete.⁶

Weitere, vorwiegend marxistische Linksparteien, darunter die Sozialistische und die Kommunistische Partei, die 1986 eine Fusion abgelehnt hatten, wirken für ein anti imperialistisches Bündnis unter Einschuß der ANP. Ihnen nahestehende Arbeiter- und Bauernorganisationen haben sich bereits zusammengeschlossen.

Damit könnte in der Zukunft eine echte Alternative zu den bürgerlichen Parteien und dem Militär heranwachsen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. MERIP Reports, Washington, September/Oktober 1987 und Frankfurter Rundschau (FR), 22.1.1988
- 2) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 23.6.1988; FR, 24.6.1988 und Die Zeit, Hamburg, 17.6.1988
- 3) Vgl. FEER, 4.9.1986
- 4) Vgl. ebd., 3.9.1987
- 5) Vgl. ebd., 8.1.1987
- 6) Vgl. AfricaAsia, Paris, Dezember 1986

GRÜNEN-Hearing zur Strategie des „Low-Intensity Conflict“

„Low-Intensity Conflict“ (Konflikt bzw. Kriegführung niedriger Intensität) ist für bedeutende US-Militärplaner die „Kriegführung der Zukunft“. Mit dieser neuen Strategie sollen in den 80er und 90er Jahren die außenpolitischen Ziele der Weltmacht USA in der Dritten Welt durchgesetzt werden.

Zweifelloso hat die relative Unwahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation in Europa – nach dem Mittelstreckenraketen-Abkommen (INF) und vor dem Hintergrund der verschiedenen Verhandlungsebenen im Rahmen des KSZE-Prozesses (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit 1975; d. Red.) – die geostrategischen Schwerpunkte für die USA verändert. Als Hauptschauplatz von Konflikten wird daher zunehmend die Dritte Welt angesehen. Die Instrumente für diese Konflikte und Kriege sollen mit „Low Intensity Conflict (LIC)“ definiert bzw. bereitgestellt werden.

Unter den Sammelbegriff der Kriegführung niedriger Intensität – das wurde auf einem Hearing der GRÜNEN im Bundestag, das am 1. und 2. Juli d.J. in Bonn stattfand, breit und sachkundig behandelt – fallen dabei so unterschiedliche Konfliktformen wie Aufstandsbekämpfung, Counterterrorismus und Contra-Operationen. Die Bekämpfung der Guerilla auf den Philippinen und in El Salvador wurden dabei ebenso als Beispiele herangezogen wie der Luftangriff auf Libyen (1986) und die Destabilisierung der Regierung Angolas.

Zu den „Spezialisten“, die beim GRÜNEN-Hearing zu Wort kamen, zählten Ramsey Clark, früherer „Attorney General“ der amerikanischen Administration, David McMichael, ehemaliger Mitarbeiter des CIA zu Nicaragua, die Fachpublizistin Sara Miles, Joel Rocamora, Co-Direktor des „Transnational Institute“ in Amsterdam, und Ali Sherif aus Libyen.

Sie behandelten die konzeptionellen Grundlagen, die auf einer integrierten Anwendung militärischer, ökonomischer, gesellschaftspolitischer und psychologischer Instrumente beruhen und die auf eine Kontrolle „schwieriger“ Länder zielen, die sich aus der Vorherrschaft der USA zu lösen bestrebt sind.

Besonders intensiv und lebhaft wurde über die Bedeutung der LIC-Kriegführung im Rahmen der NATO und für die Länder Westeuropas diskutiert. Dabei ging es insbesondere um die Interessensidentitäten und -unterschiede zwischen den USA sowie europäischen NATO-Staaten, aber auch um Interessenidentitäten oder -abweichungen unter den westeuropäischen NATO-Mitgliedern. In diesem Zusammenhang wurde auch die US-Studie „Discriminate Deterrence“ („Abgestufte Abschreckung“, vom Januar 1988, siehe Einschätzung und Wortlaut in DRITTE WELT 7/1988; d. Red.) behandelt.

Ein eigenes Kapitel dieser „integrierten Langzeitstudie“ ist bekanntlich überschrieben mit „Konflikte in der Dritten Welt und die Interessen der Vereinigten Staaten“. Einleitend heißt es dort, nahezu alle bewaffneten Konflikte der letzten 40 Jahre seien eben in den Ländern der Dritten Welt ausgetragen worden. Dabei habe es „hinsichtlich unseres militärischen Engagements ... immer heftige Meinungsverschiedenheiten über die Art unserer Interessen“ gegeben. Vor allem der „Mißerfolg“ in Vietnam überschattete „noch immer jegliche amerikanische Intervention“.

Die grundlegenden Vorschläge der Kommission, der unter anderem Zbigniew Brzezinski, Andrew J. Goodpastor, Henry Kissinger und John W. Vessey angehörten, laufen darauf hinaus: 1. die Streitkräfte der USA „nicht als kämpfende Truppe“ einzusetzen (dies müsse, siehe Grenada und Libyen, die Ausnahme sein), 2. „antikommunistische Aufstandsbewegungen“ zu unterstützen, und 3. die Mittel der sog. Verteidigungshilfe auf neue gesetzliche Grundlagen zu stellen und vor allem zu erhöhen.

Die Richtung, in die die Aktivitäten verlagert werden sollen, werden im weiteren damit beschrieben, daß 4. die USA „mit ihren Verbündeten in der Dritten Welt am Aufbau 'kooperativer Kräfte' arbeiten“ müßten, 5. mehr als zuvor technologische Vorteile genutzt werden sollten (z.B. „intelligente Waffen“) und schließlich 6. „Alternativen zu den Stützpunkten in Übersee“ entwickelt werden müßten (etwa über den Einsatz von Satelliten im Weltraum zum Zweck der Überwachung).

Auf dem Hearing wurde der Versuch unternommen, das Risiko- und Eskalationspotential der Kriegführung niedriger Intensität herauszuarbeiten – auch an den Beispielen der Destabilisierung Panamas, der „Contragate“-Affäre oder (jüngstes warnendes Beispiel) des Abschusses der iranischen Passagiermaschine im Persischen Golf.

Es herrscht Übereinstimmung unter den Teilnehmern, daß der „Low-Intensity Conflict“ an Bedeutung gewinnen werde und, wie es in einer zusammenfassenden Bewertung der GRÜNEN-Fraktion heißt, „die Konflikte zwischen den Supermächten verstärkt in die Dritte Welt“ verlagert würden. (Ein Reader über das Hearing ist in Vorbereitung.)

Matthias Dohmen

HINTERGRUND

Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik

Themenschwerpunkte:

- Kapitalismuskritik
- Perspektiven der Linkskräfte
- Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus
- Marxistische Subjektwissenschaft

HINTERGRUND II/88 – aus dem Inhalt:

- Debatte zur marxistischen Parteitheorie
- Umgestaltung des politischen Systems in der SU
- Russen raus aus Afghanistan – was nun?
- Tätigkeitspsychologie

Der HINTERGRUND erscheint 4 x im Jahr mit einem Umfang von jeweils ca. 60 Seiten. Das Einzelheft kostet DM 4,50, das Jahresabo incl. Porto DM 18,00. Bestellungen bitte an: Marxistische Arbeitsgemeinschaft (Hrsg.), c/o K. Vogelpohl Belmer Str. 3 4500 Osnabrück

NEU

Claudia Stellmach

Zimmermanns Ausländergesetz-Entwurf

Die Axt im Haus verspermt die Tür

Die gezielte Lancierung des „Vorentwurfs zu einem neuen Ausländerrecht“ vom 1.2.1988 einerseits und „strikte Vertraulichkeit“ andererseits – das sind die auf den ersten Blick verwirrenden Methoden mit denen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) zu Werke geht. Er versucht damit, erste Fakten zu schaffen und die Unsicherheit, vor allem unter AusländerInnen, zu vertiefen.

Eindeutig setzt dieser Vorentwurf die Koalitionsvereinbarung vom März 1987 um. Danach soll das Asylrecht „weiterentwickelt“, das Verhältnis von Asyl und Auslieferung neuen gesetzlichen Regelungen unterworfen und das Ausländerrecht „umfassend neu geregelt“ werden.

Er belegt, daß Rechtsradikalismus, Nationalismus, Völkerrechts- und Rechtsstaatsverletzung in der „Ausländerfrage“ zum Programm des Bundesministeriums des Inneren (BMI) geworden sind. Die „strikte vertrauliche“ Öffentlichkeitsarbeit mit dem Vorentwurf dürfte die Aufgabe haben, Präjudizien zu setzen, denen gegenüber jede Veränderung im Detail durch Koalitionspartner politische Kosmetik bleibt.

Noch ist dieser Vorentwurf kein Referenten-Entwurf. Noch ist er zwischen den Koalitionsparteien nicht abgestimmt; noch trägt er ausschließlich die Handschrift des CSU-Ministers. Zu vermuten ist allerdings, daß die Bundesregierung auch auf diesem Gebiet ihrer selbstgesetzten Aufgabe nachkommen will, in dieser Legislaturperiode „gestaltend“ tätig zu werden. Daher ist der Entwurf sehr ernst zu nehmen.

Ausländerrecht war immer schon Sonderrecht, Rassismus ist der ideologische Generalnenner des Neofaschismus, und Ausländer(rechts)fragen wurden deutlich genug schon zu nationalistischen Wahlkampfschlagern...

Die Tendenz des Entwurfs ist eindeutig. Was das innergesellschaftliche Verhältnis zwischen BRD bzw. BundesbürgerInnen und AusländerInnen betrifft, sind die letzteren Störfaktoren für den „Vorrang der Interessen der Bundesrepublik Deutschland vor ausländischen und Ausländerinteressen“ (S. 20).¹ „Deutsche Interessen“ können folglich nur gegen AusländerInnen durchgesetzt werden. Konsequenterweise werden daher AusländerInnen als Menschen ohne Rechte verstanden. Auf Rechte haben nur Bundesdeutsche einen Anspruch. Von Partner-

schaft, sogar in den Thesen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) eingefordert, wird radikal Abstand genommen.

Ziel ist die „Begrenzbarkeit“ einer weiteren Zuwanderung. Begründet wird sie mit Argumenten wie von der Neuen Rechten und der NPD: „Extrem hohe Siedlungsdichte“, „Grenzen ... des ökologisch Zumutbaren“ (S. 22). Im „Kern“, so räumt der Entwurf ein, sei das Problem allerdings weniger ökonomischer Natur, sondern ein „gesellschaftspolitisches“, nämlich – es folgt das rechtskonservative Geschichtsbild –, „die Frage des Selbstverständnisses der Bundesrepublik als eines deutschen Staates“ (S. 23).



Biertisch-Politiker der CSU: Zimmermann (l.), Gauweiler

Eine Zuwanderung von AusländerInnen bedeute „Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die ... durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird“ (S. 23), auf die „Bewahrung des eigenen nationalen Charakters“ als „legitime(s) Ziel jeden Volkes und Staates“, sowie die Öffnung des „ei-

genen Landes“ für die „Besiedlung durch Ausländer“ (S. 24). Vornehmlich im „nationalen Interesse“ müsse einer möglichen Zuwanderung „im Ansatz“ begegnet werden (S. 23).

Der Biertisch wird als Kronzeuge ange-rufen: Solche Zuwanderung stoße bekanntlich auf „vielfache Ablehnung“. Die Heimholung der Volksdeutschen als wahre deutsche Ausländerpolitik wird proklamiert: Der „eigene nationale Charakter“ – für die BRD „im Hinblick auf die ungeklärte deutsche Frage“ angeblich „eine geschichtliche Verpflichtung“ (S. 24) – schließt logisch die „unbedingt“ vorrangige „Verpflichtung zur Aufnahme von Deutschen und deutschen Volkszugehörigen“ ein (S. 22f.).

Profitiert man/frau also einerseits mit frischem Mut, dicken Zinsen und hohen Ausbeutungsraten an der Verarmung der Dritten Welt, möchte man/frau, bitte-schön, von den Folgen doch verschont bleiben. Daher also die Notwendigkeit,

„nicht mehr verkraftbare Zuwanderungen von Ausländern abwehren zu müssen“ (S. 24). Das Ganze nennt sich dann „weltoffene und liberale Ausländerpolitik“, die freilich den „vorgegebenen(!) sachlichen Notwendigkeiten“ entspreche (S. 25).

Die so gesehenen „Notwendigkeiten“

werden in den beiden Entwurfsteilen selbst nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“ ausgeteilt. Der „Ausländerintegrationsgesetz“-Entwurf (AIG) gesteht jener winzigen Minderheit von AusländerInnen einige wenige aufenthaltsverfestigende und den Familiennachzug erleichternde Verbesserungen zu, „denen vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Einreise nicht nur zur vorübergehenden Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit erlaubt worden ist und die sich seither rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten“ (§ 1 (2)).

Das sind praktisch nur die ausländischen ArbeiterInnen, die bis zum „Anwerbestopp“ 1973 einreisten. Darunter fallen aber weder die Familienangehörigen noch AusländerInnen, die als StudentInnen o.ä. in die Bundesrepublik gekommen sind.

Von einem eigenständigen (Ehe-)Frauen-Aufenthaltsrecht ist ebensowenig die Rede wie vom (kommunalen) Wahlrecht. Mittel- oder gar langfristige Lebensplanung und gesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten sind dem Entwurf fremde Begriffe. Ein sehr kleines Zuckerbrot also...

Die Peitsche ist dafür umso dicker; sie wird im zweiten Entwurfsteil, dem „Ausländeraufenthaltsgesetz“ (AAG) geschwungen. Die entscheidenden Verschärfungen zeigen sich hier im neuen ausländerrechtlichen „Ermessens“-begriff, im Aufenthaltsrecht und den Regelungen zur Aufenthaltsbeendigung.

Der schon bisher weite „Ermessens“-begriff, in der Praxis zunehmend zugunsten der ausländischen Bevölkerung genutzt, ging immerhin von der Existenz zweier Interessen aus: denen der AusländerInnen und denen der BRD bzw. der Bundesdeutschen. Nun aber ist Ermessen „das Recht der Bundesrepublik Deutschland, ... nach Maßgabe ihrer Interessen über den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet zu entscheiden“, und „Interessen der Bundesrepublik sind alle(!) politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und sonstigen(!) öffentlichen Interessen“ (§ 3 (1), (2)).

Der Begründungsteil sagt dazu konsequent, dieses Ermessen diene „ausschließlich der Wahrung und Durchsetzung der Interessen des Staates ... und des eigenen Staatsvolkes“ (S. 51). „Außerhalb des Bundesgebietes gelegene Umstände“ werden daher auch nur noch bei „humanitären Gründen“, also nicht rechtlich reklamierbar, berücksichtigt. Für Asylbewerber bedeutet dies z.B., daß Begründungen ihres Antrags des Sinns entleert werden.

Dazu paßt auch, das das AAG „zwischenstaatliche Vereinbarungen“, also völkerrechtswirksame Verträge, nur insoweit anerkennt, als deren Anwendbar-

keit „in diesem Gesetz ausdrücklich bestimmt ist“ (§ 2 (2)). Das BMI bestimmt also über ihre politische Respektierung... Das geplante neue Aufenthaltsrecht betont drei Ziele in Paragraphen: eine eventuelle Einreise von AusländerInnen muß verhindert werden; ein gesicherter bzw. Dauer-Aufenthalt muß unmöglich gemacht werden und nach einer bestimmten Zeit muß jede/r einmal Eingereiste wieder raus.

Dazu wird u.a. die Visapflicht – bisher Ausnahme, allerdings für eine wachsende Zahl sog. „Problemländer“ geltend – zur zwingenden Vorschrift. Das Recht auf Asyl, also auch das auf Zugang zum Asyl, wird dadurch zur Farce.

Es muß begriffen werden, daß der Umgang mit der ausländischen Bevölkerung dem Umgang mit der Dritten Welt „draußen“ entspricht

Die fünf verschiedenen neuen Formen eines Aufenthalts-Status, teilweise noch einmal untergliedert in befristet/unbefristet, sind auch für rechtskundige Einheimische schon ein verwirrendes Labyrinth (§§ 7 bzw. 11ff.). Sie laufen auf Folgendes hinaus: Wer kommt, darf grundsätzlich nur befristet bleiben; wer hier ist, darf höchstens eine Generation nachziehen lassen; Nachzug ist nur bis zum 6. Lebensjahr der Nachziehenden möglich.

Insgesamt also ein flexibles „Ausländer-Rotations“-System, das wachsende Flüchtlingsströme wieder in ihr Schicksal zurückwirft und gegebenenfalls den kurzfristigen Bedarf an unterqualifizierter Arbeitskraft befriedigt, den die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 1983 schon anmahnte.² Weiteres regelt das Ermessen... Entsprechend konsequent „gestaltet“ ist die Aufenthaltsbeendigung durch Erlöschung, Entzug o.ä. der Aufenthaltsgenehmigung bzw. durch Ausweisung in der „Kann“- „Ist“- oder „Regel“-Form. Einige Neuheiten auch hier: Ausweisungsgrund ist z.B. schon eine für Einheimische „unzureichende“ Wohnung oder ein Verstoß „gegen die Rechtsordnung“ (§ 37 (1)7 bzw. 1) – nicht erst ein Verstoß gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung“.

Bei einem solchen aber werden AusländerInnen „in der Regel“ ausgewiesen (§ 39, 1); ebenso wenn sie z.B. Mitglied einer „Vereinigung“ sind, die etwa Fischbacher Giftgasdepot-Eingänge blockiert („Anwendung von Gewalt“; § 39, 3) oder bei „extremistischer Betä-

tigung“ (§ 28 (2)5) nach Zimmermannschem Verständnis. Einzelheiten regelt das Ermessen...

Asylbewerber können bei „Unbeachtlichkeit“ oder „offensichtlicher Unbegründetheit“ ihres Antrages ausgewiesen werden (§ 40 (3)). Ausweisungsschutz gilt auch für Asylberechtigte(!) nicht mehr bei „schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ (§ 40 (1) 6). Im Zweifel gilt: das Ermessen...

Oder man macht es auf die feinere Art: durch Entzug der Aufenthaltsgenehmigung. Was bleibt, ist ein Recht: Das auf Ausreise.

Schweigen wir neben diesen systematischen Veränderungen von den Hunderten von Perfidien, die den Entwurf durchziehen: die immensen Gebührenerhöhungen, die eine mehrköpfige Familie leicht mehrere Zitausend Mark für Aufenthaltsgenehmigungen zahlen lassen; die Pflicht, für Neugeborene eine Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen, damit das Baby nicht ausgewiesen wird (alleine natürlich, wenn die Eltern eine haben); Visums-Verweigerungen bedürfen künftig weder der Schriftform noch müssen sie begründet werden; Ländererlasse des Außenministeriums, die bestimmte Regionen als „Krisen-“ oder „Kriegsgebiete“ definieren (Ausweisungsschutz!), bedürfen künftig des Einvernehmens mit dem BMI...

Eine erste Durchsicht zeigt: Der Gesamt-Entwurf ist schlicht verfassungswidrig wegen der Verletzung grundlegender Prinzipien wie der Menschenwürde, der Rechtssicherheit, des Vertrauensschutzes und der Ausbeulung völkerrechtlich bindender Abkommen. Sie zeigt weiter: Gegenstand der offensten juristischen und politischen Aggression sind die immer zahlreicher werdenden Flüchtlinge aus den von Hunger, Krisen, Armut, Katastrophen und Krieg heimgesuchten Gebieten der Dritten Welt.

Rechtliche oder moralische Empörung allerdings greifen zu kurz. Zu massiv sind in der täglichen Praxis, trotz vieler solcher Aufschreie, die Verfassungsverletzungen gerade in den letzten Jahren, zu rapide ist die Aushöhlung und Liquidierung verfassungsrechtlicher Mindestgarantien v.a. für Dritte-Welt-Flüchtlinge in der Bundesrepublik, als daß dieser Erosion durch bloße Empörung begegnet werden könnte.

Begreifendes Interesse ist gefragt. Begriffen werden muß die alles überragende Bedeutung einer wirklichen Welt-Friedens-Politik. Begriffen werden muß, daß der Umgang mit der ausländischen Bevölkerung bei uns, mit den Flüchtlingen zumal, dem Umgang mit der Dritten Welt „draußen“ entspricht, daß es unser Interesse sein muß, zur Chancengleich-

heit international wie national beizutragen und Ungleichheitsideologen den Weg zu verstellen. Der Gesetzentwurf bietet ein — lang vernachlässigtes — Kampffeld. Begriffen werden muß und kann auch, daß der Umgang mit den AusländerInnen bei uns längst zu einem zentralen Gebiet geworden ist, auf dem der Abbau sozialer, demokratischer und politischer Rechte geprobt und in dem Rassismus eingeübt wird. Wenn wir Einheimische selbst einmal betroffen sein werden von solchen Gesetzentwürfen, ist die gefährliche Probe längst gelungen.

Anmerkungen:

- 1) Sämtliche Zitate aus dem „Gesetz über den Aufenthalt und die Integration der im Bundesgebiet aufgenommenen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (Ausländerintegrationsgesetz — AIG)“ bzw. dem „Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländeraufenthaltsgesetz — AAG)“ (Entwurf), Stand: 1.2.1988; Zitate mit Seitenzahlen aus dem Begründungsteil dieses Gesetzentwurfes („Entwurf für ein Gesetz zur Neuordnung des Ausländerrechts“). Das Gesamtpapier ist für 20 DM erhältlich bei: Zentrale Dokumentationsstelle der freien Wohlfahrtspflege für Flüchtlinge e.V. (ZDWF), Hans-Böckler-Str. 3, Postfach 30 1069, 5300 Bonn 3
- 2) Vgl. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Das Ausländerproblem. Die Grundauffassung der Arbeitgeber, Köln, März 1983, S. 23

südostasien informationen

Heft Nr. 2/88

Gewerkschafts- bewegungen

- Entstehungsbedingungen
- Gewerkschaften in Thailand
- Gewerkschaften in Singapur
- Gewerkschaften in Indonesien
- Gewerkschaften in den Philippinen

und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus zum Teil schwer zugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:
3/88 Medien

südostasien informationen

erscheinen vierteljährlich
Einzelverkauf: 6,- DM
Jahresabonnement:
24,- DM für Einzelpersonen
48,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71,
4630 Bochum,
Tel.: (0234) 60 27 48

Kultur

Georg Diederichs

Ruud Gullit, Europas Fußballer des Jahres

Mandela nicht vergessen!

Er schickt sich an, selbst einem Diego Maradona den Rang abzulaufen: Ruud Gullit, niederländischer Fußballprofi im Trikot des AC Mailand, gilt als derzeit herausragende Figur in der an Persönlichkeiten gewiß nicht armen italienischen Liga.

So war es denn auch kaum verwunderlich, daß der 25jährige, inzwischen auch Kapitän der niederländischen Nationalmannschaft, bereits im Vorfeld der diesjährigen Fußball-Europameisterschaft zum Star des Turniers erkoren wurde. Durchaus zurecht übrigens, denn Ruud Gullit ist ein Fußballer, der auffällt. Und das nicht nur auf dem Rasen.

Als Spieler verkörpert er wie kein anderer den „neuen Typ“ im technisch und athletisch weiterentwickelten Fußball. Er hebt die Trennung zwischen dem Pässe schlagenden, technisch versierten Spielgestalter und dem körperlich robusten, durchsetzungsfähigen „Reißer“ in der Spitze auf. Am liebsten hängt er etwas hinter den Sturmspitzen zurück, wo er in Ruhe sein Spiel entfalten kann, um dann mit Wucht (bei 1,85 cm Körpergröße bringt Gullit 83 kg auf die Waage) und Schnelligkeit (er läuft die 100 m in 11,2 Sekunden) in den gegnerischen Strafraum vorzustoßen.

Sein exzellentes Kopfballspiel macht ihn zusätzlich torgefährlich. Beispiel: Sein Kopfballtor zum 1:0 im Europameisterschaftsendspiel am 25. Juni d.J. in München gegen die UdSSR, mit dem er in der 33. Minute dieses Spiels den Grundstein für den späteren 2:0-Sieg und damit den Gewinn der Europameisterschaft für die niederländische Nationalmannschaft legte.

Dabei spielte Gullit, der Star, das gesamte Turnier über ausgesprochen mandschaftsdienlich. So erklärte beispielsweise der Jugoslawe Milutinovic, Ex-Trainer der mexikanischen Nationalelf bei der Fußball-WM 1986, treffend den Unterschied zu Diego Maradona, mit dem gerade Gullit oft verglichen wird: „Argentinien spielte damals für Maradona, dagegen spielt Gullit für Holland...“

Ruud Gullit, das ist ein Star ohne Allüren, der mit dem gewissen Etwas, die Persönlichkeit, die nicht nur vom Fußball geprägt ist. Seine Lebensgeschichte und sein politisches Engagement sorgen

außerhalb des Spielfeldes für den meisten Gesprächsstoff. Geboren in einem der ärmeren Viertel Amsterdams als Sohn einer Niederländerin und eines Surinamesen, lernte er zunächst einmal die Schattenseiten der Welt kennen, die ihm heute soviel Glitzer und Glamour bietet.

Als Kind kickte Ruud in einer Amsterdamer Straßemannschaft. Entdeckt wurde er von einer Frau, „Mevrouw“ Ter Rehorst, Jugendtrainerin beim Amsterdamer Club Meerbos. Mit 15 hatte ihr Schützling einen Platz in der niederländischen Schüler-Nationalmannschaft. Als Profi bei Feyenoord Rotterdam spielte Gullit sogar noch ein Jahr neben dem legendären Johan Cruyff, wechselte dann aber zum PSV Eindhoven.

Sein Jahreseinkommen wird inzwischen auf umgerechnet 3,2 Mio DM beziffert. Für die stolze Ablösesumme von 15 Mio DM wurde er 1987 aus seinem Vertrag bei PSV Eindhoven vom AC Mailand herausgekauft, so daß er nach Maradona der z.Zt. teuerste Fußballer rund um den Globus ist.

Doch Gullit, der seinen neuen Verein AC Mailand im Wettrennen mit Titelver-

Ruud Gullit im Drob des AC Mailand



teidiger SSC Neapel auf Anhieb zur italienischen Mannschaft führte, hat die schlechteren Zeiten nicht vergessen: „Ihr habt ja keine Ahnung, wie man als Farbiger von seinen Mitmenschen behandelt wird, wenn man von ihnen finanziell abhängig ist.“

Der Mann mit der Rasta-Frisur, die für ihn Ausdruck „totaler Freiheit“ ist, und der Vorliebe für Reggae-Musik (in seiner eigenen Band „Revelation Time“ spielt Gullit Baß und Bongos), hat sich nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Vergangenheit dem Kampf gegen die Apartheid verschrieben.

Als er kürzlich zu „Europas Fußballer des Jahres 1987“ gekürt wurde, widmete er die ihm in Paris verliehene Trophäe Nelson Mandela. „Wir dürfen Nelson Mandela nicht vergessen. Es ist hervorragend, wie er sein Leben für seine große Sache einsetzt, für Gerechtigkeit und gegen Apartheid. Seine Sache ist auch meine, und ich will, daß alle an ihn denken.“

In einem Interview stellte die französische Sportzeitung „France Football“ fest, daß Ruud Gullit der erste Spieler ist, der den „Goldenen Ball“ in den Dienst seines Engagements stellt. „Warum nicht?“, fragte Gullit, „das ist doch ein Anlaß, an die Probleme der Welt zu denken. Wenn wir sie nicht lösen, bedeutet das, daß wir sie an unsere Kinder weitergeben. Und die werden genug mit ihren Problemen zu tun haben. Wir stehen jetzt im Jahr 1988 und schleppen immer noch die Probleme des Mittelalters mit uns herum. Finden Sie das normal?“

Oft, gern und kostenlos engagiert er sich deshalb auch im niederländischen Fernsehen in Spots der Anti-Apartheid-Bewegung gegen das weiße Rassistenregime in Südafrika. In seiner Heimat ist er zudem Mitglied der Anne-Frank-Stiftung, die sich vor allem dem Kampf gegen Rassendiskriminierung widmet.

Für Ruud Gullit ist es im Gegensatz zu vielen anderen eine Selbstverständlichkeit, daß er sein fußballerisches Können, mit dem er sich die Herzen vieler Fußballfans erobert hat, zum Weitertragen seiner Vorstellungen von Frieden und Gerechtigkeit auf der Welt nutzt: „Wenn man jemand ist, soll man den Mund aufmachen. Da hören die Leute hin.“



Miriam Makebas Homeland Blues

Beim Londoner Konzert gegen Apartheid im Juni d.J. war auch sie mit von der Partie: Miriam Makeba, die prominenteste südafrikanische Sängerin, die mit ihrem Hit „PATA PATA“ weltbekannt wurde. Seit 27 Jahren im Exil lebend, gehört sie zu den exportiertesten Künstlerinnen auf seiten der Anti-Apartheid-Bewegung. Seit kurzem ist in der Bundesrepublik ihre neue Schallplatte „Sangoma“ und die miteißende Biographie „Homeland Blues“ auf dem Markt.

Ein „isangoma“ ist ein von den Geistern der Vorfahren besessener Mensch. Sie verleihen ihm wundersame Heilkräfte, sie ist Medizinfrau, Zauberin, Bewahrerin der alten Geschichten und Mythen, des Volksglaubens.

Die Mutter von Miriam Makeba war eine „isangoma“, ihre Tochter Bongi ebenfalls von Geistern heimgesucht. „Wir beten zu unseren Vorfahren und bitten sie um Rat. Ihnen zu Ehren werden Tiere geopfert. Sie antworten uns in unseren Träumen, manchmal aber auch durch einen „isangoma“...“ Sie, die Geister der Ahnen, wollen den Lebenden helfen zu leben.

Miriam Makeba lebt diesen Mythos und singt ihn auf ihrer neuen LP „Sangoma“: Keine unseren Hörgewohnheiten angepaßten, verpöpten Afromelodien, sondern „Homeland Blues“ (so der Titel ihrer Autobiographie). 19 südafrikanische „Volkslieder“, Choräle, die meisten ohne instrumentale Begleitung, manchmal Trommeln, Händeklatschen, vielstimmiger Gesang.

Für unsere Ohren etwas ungewöhnlich — eben Afrika. Ungewöhnlich nicht nur für unsere Ohren. Afrikanische Kultur (wie sie Miriam Makeba beschreibt) erscheint uns als Aberglaube, den sie etwas gerade rückt. Aufdringlichkeit gegenüber Künstlern gilt im schwarzen Afrika als unhöflich, die Bitte nach Autogrammen, den Starkult im Westen gibt es dort nicht. „Augenscheinlich glauben ihre Bewunderer, daß in diesen Unterschriften eine gewisse Magic läge.“

Man weiß, daß Miriam Makeba in Südafrika gebannt ist, ihr der Paß entzogen wurde, man weiß, daß sie sich als Botschafterin des schwarzen Afrika versteht, sie vor der UNO gegen Apartheid auftrat, man kennt ihre Lieder. Erstaunt ist man nach der Lektüre von „Homeland Blues“ über ihre Rolle als Bewahrerin der Kultur der Mythen des schwarzen Afrika.

Dies, ebenso wie die Geschichte, die Leidensgeschichte des eigenen Volkes, hält Miriam Makeba aus „politischer“ Überzeugung lebendig. Weil sie gegen die alltäglich erlebte Minderwertigkeit in Südafrika nicht nur Identitätsstiftend ist, sondern praktizierter Widerstand gegen die rassistische Überheblichkeit und die tagtäglich erlebte Gewalt der Apartheid. Nach der Lektüre von „Homeland Blues“ ist — soweit es überhaupt möglich ist — nachvollziehbar, was Apartheid heißt, was es bedeutet

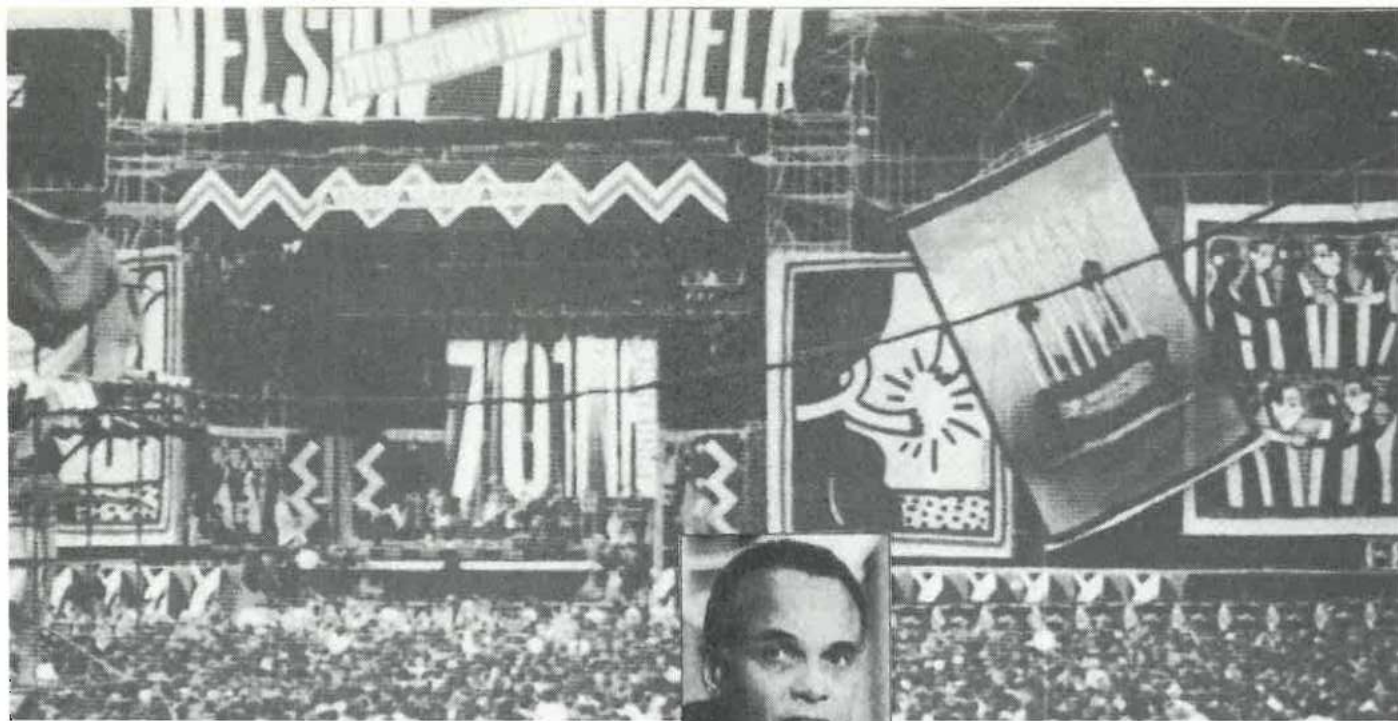
mit der Angst, etwas „falsch“ zu machen, zu leben. Vor ihrer ersten Reise in das Ausland hatte niemand Miriam Makeba gesagt, wie sie sich verhalten müsse.

Im Flugzeug der South African Airways wollte noch kein Weißer neben ihr sitzen; in Europa sieht sie, für sie völlig ungewöhnlich, weil in Südafrika nur von Schwarzen gemacht, weiße Frauen im Heu arbeiten; sie kann ihre Scheu nicht überwinden, in ein Lokal zu gehen, in dem Weiße sitzen; die Angst vor der Polizei verfolgt sie auch hier.

„Vor mir sehe ich zwei Polizisten. Die Straße war lang, und die Vorgärten waren von Büschen und Zäunen gesäumt. Ich konnte mich nirgends verstecken. Da stand ich nun und wartete nervös, was geschehen würde.“ Nichts geschah, die Polizisten fragten freundlich, ob sie helfen könnten. Zum ersten Mal in ihrem Leben fühlt sich Miriam Makeba in der Gegenwart von Polizisten nicht bedroht.

Nachvollziehbar ist auch, daß Widerstand gegen Apartheid nicht nur aus Demonstrationen und Streiks bestehen, sondern jeden Tag praktiziert wird durch das gelebte Selbstbewußtsein des schwarzen Afrika und der Schwarzen in Afrika. Dafür ist Kultur und Mythos, die Kenntnis der eigenen Geschichte notwendig. Widerstand gegen Apartheid entsteht aus dem alltäglichen Erleben, muß nicht — wie auch bei Miriam Makeba nicht — (nach unseren Vorstellungen) politisch motiviert und begründet sein. Das Leben, diese Bedingungen zwingen dazu. Die Alternativen sind so einfach wie brutal: entweder man nimmt als Schwarzer die von Weißen verordnete und mit brutaler Gewalt durchgesetzte Minderwertigkeit an, wird als Mensch würdelos, oder man widersetzt sich. Dies alles, ihr Leben, ihr Selbstverständnis als schwarze Sängerin, ihre Begegnungen mit Künstlern und Politikern, ihre alltäglichen Sorgen und Tragödien hat Miriam Makeba James Hall erzählt, der daraus mit ihr zusammen ein sehr lesenswertes Buch gemacht hat. Ein Leben, das bestimmt ist von der afrikanischen Magie und von den Erfahrungen der Apartheid.

Ludwig Janssen
Miriam Makeba, Sangoma, Warner Bros., LP 925673-1
Miriam Makeba/James Hall, Homeland Blues, Goldmann Verlag, München 1988, 349 S., 38,- DM
(Quelle: Die Lerche, Düsseldorf, Nr. 2/1988, S. 30)



Interview mit Harry Belafonte

Singen gegen Apartheid

72.000 im Londoner Wembley-Stadion und 400 Mio an den Fernsehschirmen waren am 16. Juni d.J. Zeuge des Mammutkonzertes, das für Nelson Mandela, den seit 1962 in Südafrika eingekerkerten Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) gegeben wurde. Aus Anlaß seines am 18. Juli d.J. bevorstehenden 70. Geburtstages forderten 120 Rockgruppen, SängerInnen und SchauspielerInnen seine Freilassung. Zu den Gastgebern des Konzerts gehörte der amerikanische Sänger, Schauspieler und Produzent Harry Belafonte. Im folgenden Interview, das er in London gab, spricht der „König des Calypso“ über die Gründe für sein Engagement.

FRAGE: Warum haben Sie zugestimmt, Gastgeber für das Mandela-Konzert zu sein?

H. BELAFONTE: Es ist eine Gelegenheit, die Jugend der Welt zu mobilisieren. Ich glaube, daß die Jugendlichen diejenigen sind, die die Zukunft des Südlichen Afrika bestimmen werden. Ich gründe diese Auffassung auf meine Beteiligung an Jugendbewegungen.

Während der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und den Protesten gegen den Krieg gab die Energie der Jugend den Ausschlag. Ich glaube, mit Südafrika wird es genauso sein.

Die politischen Führungen in Westdeutschland, Frankreich, Japan, Israel, Großbritannien und den Vereinigten Staaten besitzen diese Unfähigkeit oder diesen Unwillen dazu beizutragen, den Boykott gegen Südafrika stark genug zu machen, um eine Änderung in der Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung zu erzwingen.

Aber da kann die Jugend einiges tun. Sie kann protestieren, sie kann mobilisieren. In den Vereinigten Staaten gibt es eine

gewaltige Wählerschaft; in der Tat können die Stimmen der Jugend der Dreh- und Angelpunkt für den Ausgang der nächsten Präsidentschaftswahl sein. Mit den Jesse Jacksons der Welt, die auf eine aggressivere Außenpolitik gegenüber Südafrika drängen, gibt es eine Chance, daß wir in der Anti-Apartheid-Bewegung Einfluß an den Wahlurnen ausüben können.

FRAGE: Sie sprachen sich schon in den 60er Jahren gegen die südafrikanische Rassenpolitik aus. Gab es irgendein Ereignis, das Sie veranlaßte, sich der Bewegung anzuschließen?

H. BELAFONTE: Es war in genau dieser Stadt vor 28 Jahren. Ich arbeitete am Theater und kam nach einer Vorstellung eines Morgens sehr früh in mein Hotel zurück.

Ein Priester wartete auf mich in der Halle. Er hatte drei junge Leute aus Südafrika bei sich, die an der Herstellung eines Films gegen die Apartheid beteiligt waren. Der Film war heimlich in Südafrika aufgenommen, aus dem Land geschmuggelt und unter riesigem Beifall

bei einem Filmfestival in Italien aufgeführt worden.

Die südafrikanische Regierung war wütend, und diese drei Schwarzen brauchten politisches Asyl. Sie wollten, daß ich ihnen helfe, es zu bekommen. Ich tat es.

Kurze Zeit später tat ich mich mit einem der aus Südafrika vertriebenen Mitglieder zusammen und brachte sie nach Amerika. Sie sang sieben Jahre lang für mich als Background-Sängerin. Unter ihrem Einfluß und dem anderer begann ich, meine Aufmerksamkeit auf Südafrika zu richten – so weit, daß meine Platten in diesem Land in den frühen 60er Jahren gebannt waren.

Seit dieser Zeit bin ich ein Aktivist gewesen. Ich habe mit Martin Luther King, Jr. daran gearbeitet, Bewußtsein über die Apartheid zu schaffen. Ich habe eine Stiftung gegründet, um südafrikanische Schüler durch die Schule zu bringen. Meine Verbindung mit Südafrika besteht also schon lange.

FRAGE: Wer war zuerst da: Harry Belafonte, der Künstler, oder Harry Belafonte, der politische Aktivist?

H. BELAFONTE: Ich glaube nicht, daß sie zu trennen sind. Meine Arbeit widerspiegelt meine politischen Interessen und meine politischen Interessen widerspiegeln meine Kunst.

Ich wurde zum ersten Mal politisch, als ich entdeckte, was es mit Harlem auf sich hatte – als ich als Junge ins Kino ging und Tarzan in all seiner weißen Pracht sah, während die zitternden Afrikaner ihn furchtsam betrachteten. Dann entdeckte ich, was mit Jamaika los war.

Ich habe dort unter der britischen Kolonialherrschaft gelebt. Meine Mutter war eine Hausangestellte, mein Vater ein arbeitsloser Seemann. Das Elend dieses Daseins machte mich sehr aufgeschlossenen gegenüber sozialen Fragen.

Aber es war mein Mentor, Paul Robeson, ein Sänger und wichtiger schwarzer Führer, der mir zeigte, wie man seine künstlerischen Fähigkeiten nutzen kann, um politische Ziele zu fördern.

FRAGE: Ist es Zorn, der Sie bewegt?

H. BELAFONTE: Zorn ist ein Teil des Antriebs für meine Arbeit. Ich glaube nicht, daß man die Welt betrachten und nicht wütend sein kann. Wenn man nicht wütend ist, wie kann man motiviert sein?

FRAGE: Sie haben gerade Ihr erstes Album seit 15 Jahren in den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Warum?

H. BELAFONTE: All diese wundervollen Klänge des Südlichen Afrika, ich hatte das Gefühl, daß das eine Musik war, deren Zeit gekommen ist. In der Tat, sie war lange überfällig.

Mir ist klargeworden, daß ihr Klang dem europäischen Geschmack zwar fremd sein mag, aber in der gleichen Situation hatte ich mich auch mit dem Calypso befunden. Ich wollte etwas machen, das von den südafrikanischen Bedingungen sprach.

Dieses Album „Paradies in Gazankulu“ ist die offenste politische Aufnahme, die ich gemacht habe. Überall in der Tradition der schwarzen Musik hat die Musik eine riesige Macht. Sie ist angefüllt mit Freude, aber voll von Doppeldeutigkeit und Protest.

Als ich dieses Album zusammenstellte, fragte mich Paul Simon, mit wem er sich zusammentun solle, um Graceland zu machen. Ich habe gehofft, soweit irgend möglich, wobei ich fühlte, daß es eine gute Sache für die Musik war, und daß es umso besser ist, je mehr Leute sie singen.

FRAGE: Ihre Schallplatten können in Südafrika nicht verkauft werden. Wurde diese Aufnahme in Südafrika gemacht?

H. BELAFONTE: Sie wurde in Südafrika gemacht, zumindest teilweise. Wir mußten eine Menge Arbeit zu Hause und zur Produktionsvorbereitung machen. Dann schickte ich ein Team von Leuten mit Touristen-Visa, die sich mit den Musikern dort in Verbindung setzten, die die einzigen sind, die ihre Musik in ihrer vollen, köstlichen Echtheit spielen können.

Wir versuchten, alles sehr verschwiegen zu halten. Aber während das Produktionsteam dort war, entdeckten die Sicherheitskräfte, was sie taten und stellten sie unter Beobachtung. Wir waren in Sorge, daß die Bänder beschlagnahmt werden könnten. Deshalb brachten wir sie heimlich nach jedem Aufnahmetag heraus.

Zurück in den Vereinigten Staaten habe ich große Mühe gehabt, mich ihrer ganzen Großartigkeit anzupassen.

(Quelle: Newsweek, New York, 27.6.1988)

Lesermeinungen • Standpunkte

LeserInnen-Resonanzen

Über unser neues Titel-Lay-out haben sich im Juni/Juli d.J. eine Vielzahl von Leserinnen und Lesern geäußert – telefonisch, in Gesprächen am Rande von Veranstaltungen oder in schriftlichen Kurznotizen. Ihr durchgängiges Urteil: „Ein Schritt nach Vorn.“ „Weiter so.“

Vereinzelte Stimmen merkten an, Ihnen gefalle an der neuen Gestaltung die „altmodische Schrift“ im Titelkopf nicht. Nun, wir halten dies für Geschmackssache. Den jetzigen Schrifttypus wählten wir, weil wir ihn für lebendiger und origineller als das Gängige halten.

Eine andere skeptische Stimme legte Wert auf die Feststellung der Redaktion in Heft 6/88 „Von AIB zu DRITTE WELT“ (S.2), daß bei aller Veränderung in Sachen Gestaltung und inhaltlicher Öffnung die konsequente Linie der Zeitschrift nicht verloren gehen dürfe. Wir möchten dies vor allem in einer Hinsicht verstanden wissen: Wir ergreifen weiterhin entschieden Partei für die Völker der Dritten Welt, für ihre Kernanliegen, für ihre revolutionären, demokratisch-antiimperialistischen Bewegungen und Regierungen.

Wir haben im letzten Heft nun auch im frauenemanzipatorischen Sinne unsere Schreibweise (LeserInnen, man/frau/mensch usw.) verändert – ein nachholender, überfälliger Schritt unseres Erachtens. Was meinen Sie?

Die bisherige LeserInnen-Resonanz werten wir als breite Zustimmung. Dennoch appellieren wir nochmals gerade an unsere LeserInnen, die Vorbehalte gegenüber unseren Veränderungen haben, mit ihrer Kritik und/oder Anregungen nicht hinter dem Berg zu halten, sondern sich schriftlich zu Wort zu melden. Für die Weiterentwicklung des AIB zu DRITTE WELT sind Kritik, Selbstkritik und eine noch offenere, breitere Diskussion dringend vonnöten. Wir sind darum bemüht.

Aber wir brauchen auch eine stärkere Rückmeldung, d.h. Beteiligungsbereitschaft, mehr und eine kontinuierlichere Resonanz aus der Leserschaft. Wie wär's, und seien es auch nur ein paar Zeilen?

Wolfgram Brönnner, Chefredakteur DRITTE WELT

Die Stute von hinten aufgezaunt

Also, ich weiß nicht... Diese neue Rechtschreibung im AIB (7/1988): „TeilnehmerInnen“ (S. 3), „FeldarbeiterInnen“ (S. 27) finde ich, mit Verlaub, zum Kotzen. Ich bin ja nun kein solcher Schowi, der meint, das vietnamesische Volk bestünde nur aus Männern, und dem man „VietnamesInnen“ vorschreiben muß, damit er's merkt. Oder „BundesbürgerInnen“. Ich weiß, daß es in der BRD Frauen gibt, ich habe schon welche gesehen.

Was soll das? Eine Sprache ist doch etwas, was sich im Laufe langer Zeit entwickelt. Diese Entwicklung kann man nicht künstlich und noch dazu einseitig beschleunigen. In August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“ kann man die Tatsache nachlesen, daß viele Sprachen noch Verwandtschaftsbezeichnungen in ihrem Wortschatz konservieren, die längst vergangenen Gesellschaftszuständen entsprechen. Gerade das wurde zum Ausgangspunkt von Forschungen über die Entwicklung der Gesellschaftssysteme. Viele Worte, die wir täglich benutzen, sind tausende von Jahren alt, entsprechen schon lange nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen, und werden trotzdem weiter benutzt.

Nach der Logik der neuen AIB-Rechtschreibung dürfte es nicht mehr „Sessel“ heißen, denn das hat was mit „Sitzen“ zu tun, sondern „Fläzel“, und „Tisch“ dürfte man nur zu runden ebensolchen sagen, da von „Discus“ abgeleitet, und es dürfte nicht „Stuhlgang“ heißen, sondern „Porzellanschüsselgang“. Mit einem Federstrich will man hier, von heute auf morgen, die Sprache verändern. Das geht nicht. Das geht schon deshalb nicht, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse, die dieser neue

Sprachgebrauch widerspiegeln soll, noch gar nicht da sind, ja noch nicht einmal das Bewußtsein, daß sie zu schaffen seien, ist vorhanden. Und hat nicht mal wer gesagt, „Das SEIN bestimmt das Bewußtsein“?

Also, hier wird der Gaul/die Stute von hinten aufgezaunt. Und es ist unwahrscheinlich, daß sich das durchsetzt. Sprache ist ja ein kollektives Instrument einer Masse von Leuten, und man kann sie nicht administrativ verändern, ohne in die sektiererische Ecke zu geraten. Auf diese Weise wird man/frau, anstatt Sprache zu verändern, einen Jargon, eine Gruppen-Fachsprache schaffen.

Man wird zu Jägerlatein und Seemannsgarn die AIB-Rechtschreibung als weiteren exotischen Geheimjargon hinzufügen. Und dann noch nicht mal konsequent! Auf S. 28 z.B.: mal „ZivilistInnen“, mal „ZivilistenInnen“. Jawie nun? Und S. 39 (Kasten): „Besatzer“. Warum nicht „BesatzerInnen“? Schließlich ist doch gerade die israelische Armee für ihre SoldatInnen bekannt!

Oder „Händler“. Warum nicht „HändlerInnen“? Die meisten Marktwelber sind doch weiblich, oder? Falsch ist auch „Konfronteure“ (S. 6). Richtig ist: „KonfronteurInnen“ (Thatcher!!!); also, wenn schon, denn schon, gelte? Also: Vorher/trauschaft“ oder „Volks-wirtInnschaft“. „Kreditgeber“ ist auch falsch, richtig: „KreditgeberInnen“ (die Bank – weiblich!).

Ich denke, man soll den Käse lassen. Zumindest in Übersetzungen MUSS man ihn lassen, um nicht evtl. den Sinn zu verfälschen (der englischsprachige Verfasser des Beitrages S. 26 hat sicher nicht „Zivilist(en)Innen“ geschrieben, sondern wahrscheinlich schlicht „civilians“, und so sollte man es auch übersetzen). Sonst untergräbt man die Seriosität der Zeitung.

Stattdessen lieber auf die Satzqualität achten: Diesmal wimmelt es von Unsorgfältigkeiten... Der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium (S. 20) heißt mit Vornamen nicht „Vladilen“, sondern „Wladilen“, was eine in den Zwanzigern als Vornamen (sektiererisch) beliebte Abkürzung von „WLADimir LENin“ darstellt. Es heißt „Kampagne“ (S. 3) und nicht „Kampagner“ (Freud?). „Deutlich“ kommt mit einem „i“ aus (S. 3), dagegen schreibt man „fünfte“ mit „f“ (S. 5), und so schlampst sich das gänzlich ungewohnt durch's Heft. (Hauptsache, die „...Innen“ sind alle berücksichtigt.)

Tut Ihr mir einen kleinen Gefallen, ja? Denkt doch an all die armen Bäume, die für die Volksausgabe des DUDEN gefällt worden sind. Soll ihr Tod umsonst gewesen sein?

Aleks J. Arndt, AIB-ÜbersetzerIn, Mörfelden

Falschmeldung zur PKK

In der Einleitung des Artikels von Dieter Falk, „Todesfasten gegen Kurdenverfolgung“ (AIB 5/1988) stellt Ihr einige Behauptungen auf, die wir nicht unbeantwortet lassen wollen, umso mehr, als sie durch den besten dokumentierten Text von Falk selbst stark in Frage gestellt werden.

Zunächst schreibt Ihr von Überfällen von PKK-Sympathisanten auf rivalisierende Gruppen, ohne dem Leser in dem Zusammenhang mitzuteilen, daß die Auseinandersetzungen zwischen Kurden im erwähnten „ersten Halbjahr 1987“ in der BRD einem Anhänger der PKK das Leben gekostet haben. Er wurde auf einem Fest der KOMKAR am 7.3.87 erschossen.

Weiters stellt Ihr die schwerwiegende Beschuldigung auf, Ramazan Adigizel sei von der PKK ermordet worden. Selbst das BKA spricht in diesem Fall bis heute stets nur von einem „Verdacht“, der allerdings durch keinerlei Beweise gestützt ist. Hingegen haben die Vertreter der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) jede Verantwortung für das Attentat zurückgewiesen.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wem solche Verdächtigungen und Verleumdungen nützen, die darauf abzielen, den Befreiungskampf der Kurden zu isolieren und zu schwächen. Gewisse Kreise der deutschen linken und vor allem grünen Szene haben dabei in letzter Zeit eine üble Rolle gespielt und sich quasi als Sprachrohr türkischer Dienste mißbrauchen lassen. Uns ist es unverständlich, daß Ihr solche Thesen einfach übernehmt.

Wie die Anschuldigungen gegen die Kurdische Arbeiterpartei zustandekommen, dafür gab es zuletzt im Januar dieses Jahres ein anschauliches Beispiel. Nach dem Mord an einem bundesdeutschen Konsularangestellten in Paris, Siegfried Wielspütz, und dem Absturz einer Boeing 737 einer deutschen Chartergesellschaft etwa zur selben Zeit berichtete die halbamtliche türkische Presseagentur ANA von einem anonymen Anrufer mit starkem kurdischem Akzent, der für beide Vorfälle im Namen der Kurdischen Befreiungsfront die Verantwortung übernehmen wollte. Kurz darauf konnte man in winzigen Zeitungsnotizen lesen, daß das Flugzeug durch Mängel im türkischen Radarsystem abgestürzt sei und daß die Pariser Kriminalpolizei in den Ermittlungen um den Mord an W. auf eine Privataffäre gestoßen sei...

Selbst die berüchtigte SAPO (schwedische Sicherheitspolizei) mußte nach Jahren zugeben, daß die PKK nicht als terroristische Vereinigung bezeichnet werden kann (s. Svenska Dagbladet vom 22.5.87). Nachdem man jahrelang versucht hat, der PKK den Mord an Olof Palme in die Schuhe zu schieben, wur-

de die „Hauptspur“ nun endgültig als Hirn-gepinsel einiger Superpolizisten abgetan. Auch hier hat man etwas zu lange auf den türkischen Geheimdienst gehört.

Zum Schluß wollen wir Dieter Falk zu seiner klaren Analyse zu diesem Thema beglückwünschen.

Jürgen Kräfer für den „Ulenspiegel“, Eisenkappel/Österreich

Die PKK-Gewaltspolitik schwächt die Solidarität

Betreff: AIB Nr. 5/Mai 1988, Dieter Falk: „Todesfasten gegen Kurdenverfolgung“

Der Artikel von Dieter Falk „Todesfasten gegen Kurdenverfolgung“ veranlaßt mich, einige Aussagen richtigzustellen und wesentliche Aspekte hinzuzufügen, die von Falk unbegrifflicherweise ausgelassen wurden.

Richtigstellen möchte ich zunächst:

– Tatsache ist, die PKK hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Liquidierung von Abweichern aus den eigenen Reihen zu ihrer Politik gehört. Ein Einblick in die PKK-Schriften hätte genügt, „eine deutliche Tendenz zur gewaltsamen Lösung von Konflikten“, wie der Verfasser es sehen will, von einer absurden Politik der Gewalt zu unterscheiden. Eine solche Klarstellung halte ich nicht nur hinsichtlich der Objektivität für erforderlich, sondern auch in bezug auf das linke Verständnis von Demokratie und Humanismus.

– Ramazan Adigizel (KOMKAR-Vorstandsmitglied) und Kürsat Timuroglu u.a. sind dieser PKK-Politik ebenso wie „einige ihrer früheren Kader“ zum Opfer gefallen. Hätte sich Falk die Mühe gegeben, sich bei den betroffenen Organisationen eingehend zu erkundigen, bräuhete er nicht auf das Fehlen polizeilicher Beweise hinzuweisen. Abgesehen von Zeugnisaussagen und Phantombildern, die auf PKK-Mitglieder hinweisen, hat sich die PKK niemals unmittelbar nach den Morden von diesen Taten distanziert. Der Tod eines PKK-Angehörigen bei einem gewalttätigen Überfall der PKK auf das Newroz-Fest von KOMKAR im März letzten Jahres beweist, daß es doch die PKK ist, die zu solchen Aktionen greift. Hierbei werden auch Tote in Kauf genommen. Die Tatsache, daß versehentlich ein Mann von den eigenen Leuten erschossen wurde, nutzte die PKK, um ihre Mitglieder noch stärker gegen andere kurdische Organisationen aufzuhetzen.

– Das Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen die PKK mag als Entgegenkommen an das faschistische Regime in der Türkei gewertet werden. Jedoch muß man sich überlegen, ob nicht die PKK durch ihre Angriffe gerade ein seit langem angestrebtes Verbot kurdischer und türkischer Organisationen in der BRD begünstigt. Insofern kann die PKK nicht als „eines der Hauptobjekte der Counterinsurgency-Strategie des türkischen Geheimdienstes MIT“ betrachtet werden, sondern wird (ungeachtet) zum Handlanger des kolonialistischen Staates. So führten die Angriffe und Provokationen der PKK dazu, daß im Namen der PKK und auch anderer Organisationen Flugblätter verfaßt und verteilt wurden, die mit Sicherheit auf das Konto des MIT gehen. Auf diese Weise sollten z.B. KOMKAR und PKK gegeneinander aufgehetzt werden.

Hierbei ist zu erwähnen, daß KOMKAR jegliche Gewaltanwendung strikt ablehnt. Von Falk wäre zu erwarten gewesen, dieser Frage auch auf der PKK-Seite nachzugehen. In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, wenn die PKK für Taten verantwortlich gemacht wird, die sie nicht begangen hat. So z.B. bestand ein Verdacht des Mordes an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof

Palme gegen die PKK, der sich schließlich als unhaltbar erwies.

Zum Schluß möchte ich noch einige wichtige Aspekte dem Artikel hinzufügen:

Erstens hat die durch die Angriffe der PKK hervorgerufene Situation die Solidaritätsbewegung mit Kurdistan in erheblichem Maße geschwächt. In der Presse war die Rede von „rivalisierenden kurdischen Organisationen“. Die zunehmende Distanz vieler Demokraten in der BRD von kurdischen und türkischen Organisationen sowie ihren Aktionen kann nicht übersehen werden.

Zweitens wurden alle kurdischen und türkischen Organisationen wieder als „Extremisten“ diffamiert und mit Verboten bedroht. Die Angst vor den Angriffen der PKK einerseits, die Diffamierungskampagne seitens der rechten Kreise, vor allem der Bundesregierung andererseits schreckten viele Kurden sogar davon ab, an Aktivitäten kurdischer Organisationen auch nur teilzunehmen. Das war doch schon immer der allergrößte Wunsch des faschistischen Regimes in der Türkei.

Drittens hat die PKK selbst den Sicherheitsbehörden die Möglichkeit geschaffen, gegen sie vorzugehen, zumal wurde das Vorgehen vor der Öffentlichkeit mit den Aktionen der PKK gerechtfertigt.

Diese Tatsachen zu verleugnen, bedeutet nichts anderes als unmittelbare Unterstützung der bisherigen Politik der PKK, die mit großen Irrtümern und Schäden verbunden ist. Auch ihr Kampf in Kurdistan und die auf sie gerichteten Angriffe in der BRD sind meines Erachtens nicht hinreichend für seine Solidarität, solange die PKK ihre bisherige Politik gegenüber Andersdenkenden nicht ändert.

A. Rojan, Köln

Selbst werben

Eure neue Aufmachung in Nummer 6/88 ist für mich Anlaß, ein Förderabo (à 50 DM) einzurichten. Außerdem möchte ich 10 Exemplare dieses neuen AIB „Friede den Afghanen“ bestellen, um damit selbst unter Bekannten zu werben.

Macht weiterhin ein so einwandfreies, tip-topes AIB. Ein Riiieeszenkompliment für Euch alle und Eure Arbeit.

Nik Pfister, Luterbach/Schweiz

Wieder erschienen

IRAN-MAGAZIN

Zeitschrift des Iran-Solidaritätskomitees e. V.

Zu erhalten über:
Paul Tuchscherer
Marienstraße 24
5000 Köln 30

3,- DM in Briefmarken oder Spende
bei BfG Köln, BLZ 370 101 11
Iran-Solidaritätskomitee,
Konto 1107509200

Chile

Informationsbüro koordiniert Solidarität

Vom 1.-3. Juli 1988 fand in der Katholischen Studentengemeinde das erste bundesweite Treffen der Chile-Solidaritätsbewegung zur Konstituierung eines Trägerkreises des Chile-Informationsbüros statt, das seinen Sitz in Münster haben wird.

Anwesend waren VertreterInnen von 31 Gruppen, u.a. der Vereinten Linken Chiles (IU), regionale Komitees und Gruppen der Kinderhilfe Chiles. Außerdem nahm die im Vorjahr freigelassene politische Gefangene Beatriz Brinkmann an dem Treffen teil, ebenso zwei Vertreter direkt aus Chile: Javier Saez, Koordinator der Jugendabteilung einer Organisation von RandviertelbewohnerInnen in Santiago, und Marcelo Jimenez, Koordinator des nationalen Zusammenschlusses der Angehörigen der politischen Gefangenen (ANFPF).

Neben einem regen Austausch der verschiedenen Gruppen wurde über die zukünftige Funktionsweise des Chile-Informationsbüros gesprochen. Es soll die Chile-Solidaritätsgruppen untereinander bundesweit vernetzen und die Arbeit effektivieren, um die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft in Chile von der Bundesrepublik aus zu unterstützen. Außer der Planung von Aktionen und Kampagnen standen Diskussionen über die Situation der politischen Gefangenen, das anstehende Plebiszit und 15 Jahre Diktatur im Mittelpunkt.

Beschlossen wurde eine bundesweite Kundgebung am 10.9.1988 in Bonn, um auf den 15. Jahrestag des Putsches aufmerksam zu machen. Auf einem Tribunal sollen die Verbrechen der Militärdiktatur angeklagt und in Erinnerung gerufen, die Funktion der Verfassung von 1980 und das bevorstehende Plebiszit für die Machterhaltung der Diktatur und der wirtschaftliche Ausverkauf Chiles angeprangert werden.

Südafrika

Falschaussage Kohls vor U-Boot-Ausschuß?

Am 29. Juni d.J. erstatteten die GRÜNEN-Bundestagsabgeordneten Ursula Eid und Otto Schily Strafanzeige gegen Bundeskanzler Helmut Kohl. Sie werfen ihm „vorsätzliche un-
eidliche Falschaussage“ vor dem U-Boot-Untersuchungsausschuß des Bundestages vor. Den Stein brachte ein Brief von F.J. Strauß an Bundeskanzler Kohl ins Rollen. Eine Kopie war dem neuen SPD-Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, Klaus Klingner, in die Hände gefallen. In diesem Ende Juli 1984 abgefaßten Brief schrieb Strauß u.a.: „Wir haben uns mehrmals über Aufträge aus Südafrika unterhalten. Ich habe das letzte Mal auf unserem gemeinsamen Spaziergang darauf hingewiesen, daß der Vertrag über Software in der Höhe von etwa 116 Millionen DM zwischen dem südafrikanischen Partner und IKL/HDW mit der Klausel abgeschlossen worden ist, daß er nur wirksam wird, wenn bis 15. August der Sicherheitsrat die Genehmigung erteilt. Daher ist größte Eile geboten!“

Es ist auch von einem Dreiergespräch zwischen Kohl, Strauß und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 1. Juni (anscheinend des

Der Bundeskanzler Helmut Kohl

Vorher per Telefax:

Am 29. Juni 1984

Am 29. Juni 1984
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Helmut Kohl
Bonn

5300 Bonn

Gehr. gesehener Herr Bundeskanzler

Lieber Helmut Kohl!

Wir haben uns mehrmals über Aufträge aus Südafrika unterhalten. Ich habe das letzte Mal bei unserem gemeinsamen Spaziergang darauf hingewiesen, daß der Vertrag über Software in der Höhe von etwa 116 Millionen DM zwischen dem südafrikanischen Partner und IKL/HDW mit der Klausel abgeschlossen worden ist, daß er nur wirksam wird, wenn bis 15. August der Sicherheitsrat die Genehmigung erteilt. Daher ist größte Eile geboten!

So kann sowohl bei dem Dreiergespräch am 1. Juni wie auch bei unserem Spaziergang darauf hingewiesen, daß die eine große Lösung mit Lieferung von Hardware, die nicht nur finanzielle Nachteile, sondern auch Produktionsaufträge mit sich bringen würde, lieber wäre.

Faksimile des Strauß-Briefes an Kohl

Jahres 1983) die Rede. Das Absendedatum des Briefes ist aus der Kopic nicht ersichtlich. Sie hat den IKL-Eingangsstempel vom 2. August 1984. Das Absendedatum ist jedoch von großer Bedeutung, weil laut einer Aktennotiz des damaligen HDW-Vorstandsvorsitzenden Klaus Ahlers der damalige Chef des Kanzleramtes, Waldemar Schreckenberger, am 31.7.1984 telefonisch mitteilte, „daß der Bundeskanzler und Franz-Josef Strauß unserem Projekt IK 97 in der Mittleren Lösung, d.h. Blaupausen-Export und Zustimmung von Teilen ihre Zustimmung verleiht“.

Das Original des Schreibens wurde vernichtet. Ende Juni d.J. gab Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble zu, daß es einen Registraturvermerk über die an Kohl persönlich gerichtete Post gebe: „31.7.1984 MP Strauß: Aufträge aus Südafrika AL 2 27.8.“ Damit könne der zitierte Strauß-Brief gemeint und am 31.7.1984 eingetroffen sein, mußte Schäuble eingestehen. Bei seiner Vernehmung durch den U-Boot-Bundestagsausschuß hatte Kohl am 16. Februar 1987 behauptet, erst im Sommer 1985, allenfalls schon im Oktober 1984 von dem Vertrag zwischen HDW, IKL und Südafrika vom 15. Juni 1984 erfahren zu haben.

Friedensbewegung

Proteste gegen Rüstungsexporte

10 Christliche Organisationen, darunter Pax Christi, Ohne Rüstung leben und die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, rufen zu einer bundesweiten Demonstration am 12.11.1988 vor dem Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn (BAW) und dem Flüchtlingslager in Schwalbach/Taunus auf. Ihr Motto: „Stopp aller Rüstungsexporte in den Irak und Iran, Asyl für alle Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten.“ Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung hatte am 7./8. Mai d.J. diese Aktion unterstützt (siehe DRITTE WELT 7/1988, S. 49).

Im Aufruf wird festgestellt, daß die Bundesrepublik an den Grausamkeiten des Krieges Iran-Irak (Giftgasopfer, Städtebombardierung, Abschluß eines iranischen Verkehrsflugzeuges durch die USA usw.) durch die Lieferungen von militärischen Gütern beteiligt ist. Insbesondere wird die Beteiligung bundesdeutscher Firmen bei der Lieferung von Produktionsstätten für Giftgas an den Iran angeprangert.

Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, sofort alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern an den Irak und den Iran einzustellen, jeglichen Export von Rüstungsgütern zu beenden und mit der Umstellung der

Infos zur Solidarität

Rüstungsproduktion auf die Herstellung ziviler sozial-nützlicher Produkte sofort zu beginnen sowie allen Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten des Nahen und Mittleren Ostens Asyl zu gewähren.

Das BAW in Eschborn wurde wegen seiner zentralen Bedeutung bei Rüstungsexporten, das Flüchtlingslager Schwalbach wegen der dort zahlreich untergebrachten Flüchtlinge aus dem Irak und dem Iran als Demonstrationsort gewählt. Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) und BUKO unterstützen diesen Aufruf.

Eine Diarerie der Stuttgarter Kampagne gegen Rüstungsexporte setzt sich am Beispiel Lateinamerika mit der Rüstungspolitik der BRD auseinander. Sie kann gegen 30 DM/Woche bei ORL, Kornbergstr. 32, 7000 Stuttgart 1 ausgeliehen werden.

Südafrika

Daimlers Apartheidgeschäfte

Die Aktionärsversammlung des größten bundesdeutschen Konzerns, Daimler-Benz, war Anlaß für die Anti-Apartheid-Bewegung, die Praktiken des Konzerns in Südafrika zu verurteilen.

Eine Veranstaltung mit VertreterInnen der Gewerkschaften, der Kirche, und der GRÜNEN sowie mit Abdul Minty von der Weltkampagne gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika informierte die Öffentlichkeit über die Südafrika-Geschäfte des Konzerns. Während der Aktionärsversammlung rollten Rhönräder, die den Mercedes-Stern symbolisierten, über schwarze Puppen. Als kritische Aktionäre sprachen in der Aktionärsversammlung Abdul Minty, der SPD-Bundestagsabgeordnete Toetmeyer und Daimler-Betriebsrat Jungbeck die Apartheid-Geschäfte an.

In den Wochen vor der Aktionärsversammlung hatte es in der südafrikanischen Tochterfirma in East London erneut Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung gegeben. Im Mai d.J. hatte die Metallarbeiter-Gewerkschaft (NUMSA) zu einem Sympathiestreik mit Arbeitern zweier lokaler Firmen aufgerufen. Die Leitung von Daimler-Benz kündigte daraufhin die Entlassung der Beteiligten an und verbot der Gewerkschaft über eine gerichtliche Verfügung, sich im Betrieb zu engagieren.

Gegen diese Konzernpolitik traten am 9. Juni etwa 400 Beschäftigte in den Streik. Der Streit wurde Ende Juni einer Schlichtungskommission vorgelegt, deren Entscheidung von beiden Seiten akzeptiert werden soll.

Helft uns beim DRITTE-WELT-Verkauf!

Wir suchen dringend Leute, die uns in Westberlin während dem IWF/Gegenkongreß (23./24. 9.) und der bundesweiten Demo (25. 9.) beim DRITTE WELT-Verkauf unterstützen. Bitte zum 15. 9. melden bei DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

IWF/Weltbank-Kampagne

Internationale Konferenzen für Abrüstung

Am 26. Juni d.J. ging die 3. UN-Sondertagung über Abrüstung nach vier Wochen intensiver Debatten in New York zu Ende. Der Präsident der Sondertagung, Peter Florin (DDR), sprach von einem produktiven Dialog, der auf bisher höchster Ebene in der Geschichte von UN-Sondertagungen geführt wurde. Florin verwies in diesem Zusammenhang auf die große Zahl von Staats- und Regierungschefs sowie Außenministern, die vor dem Forum gesprochen hatten.

Die Rednerliste reichte von Shultz (USA über Genscher (BRD), Schewardnadse (UdSSR), Gandhi (Indien), Alfonsín (Argentinien) bis hin zu Carlsson (Schweden), de la Madrid (Mexiko) und Mugabe (Simbabwe). Daneben kamen aber auch 55 nationale und internationale Friedensorganisationen sowie 35 Friedensforschungsinstitute vor der UNO zu Wort. Darunter Generale für den Frieden, die Pugwash-Konferenz, die Weltföderation der Wissenschaftler, das Internationale Friedensinstitut (Wien), der Weltgewerkschaftsbund, die Sozialistische Internationale, der Weltfriedensrat, die US-amerikanische Freeze-Bewegung und – als einzige aus der BRD – das Institut der Gesellschaft für politische Ökologie aus Stuttgart.

Die von verschiedenen Vorbereitungsgremien vorgelegten offiziellen Berichte beinhalteten u.a. die Forderung nach Abrüstung für Entwicklung, nach einem Atomwaffentestverbot, nach der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, nach vertrauensbildenden Maßnahmen sowie konventioneller Abrüstung. Die Folgen der Senkung der Militärhaushalte wur-

den dabei ebenso benannt wie die Notwendigkeit, die Rolle der UNO im Umfeld der Abrüstung zu stärken. Diese zum Teil in jahrelanger Arbeit zusammengetragenen Vorschläge wurden denn auch von den meisten Rednern unterstützt, sowohl von denen der Regierungen wie auch denen aus der Friedensbewegung. Einzig die USA mochten sich dazu nicht durchringen. US-Außenminister Shultz bestand auf weiterer „Nach“-rüstung und SDI. Am Veto der USA scheiterte auch die Einigung auf ein gemeinsames Abschlußdokument.

„Mögen wir hinsichtlich der Wege und des Schrittmahes zu einer kernwaffenfreien Welt, hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und Realisierbarkeit kernwaffenfreier Zonen nicht alle der gleichen Meinung sein, im Streben nach einer Welt ohne Kriege und Gewalt, ohne Atom- und Chemiewaffen sind wir einig.“ So lautete die ermutigende Bilanz des vom 20.-23. Juni d.J. in Berlin (DDR) durchgeführten Internationalen Treffens für kernwaffenfreie Zonen.

Aus 113 Ländern waren insgesamt 1.034 VertreterInnen in die Hauptstadt der DDR gekommen, von denen mehr als die Hälfte auf den verschiedenen Diskussionsforen und spezifischen Treffen das Wort ergriffen. Neben der Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa ging es dabei auch um die Bedeutung solcher Zonen in der Dritten Welt, z.B. im Südpazifik.

Gesundheit

WHO: AIDS ist die Epidemie der Armen in aller Welt

7.000 Experten aus 140 Ländern folgten Mitte Juni d.J. einer Einladung nach Stockholm zum vierten und bislang größten internationalen AIDS-Kongress. Nach Berichten der Welt-

gesundheitsorganisation (WHO) sind gegenwärtig 96.433 AIDS-Erkrankungen registriert, doppelt so viele wie noch im Jahr zuvor. Die WHO schätzt die Zahl der HIV-Infizierten weltweit auf 5-10 Mio. Mit großer Besorgnis wies Dr. Jonathan Mann, Direktor des AIDS-Programmes der WHO, auf die derzeit rasche Ausbreitung der Viruskrankheit in Asien hin. Als eine „Epidemie der Armen in aller Welt“ bezeichneten die TeilnehmerInnen der Stockholmer Konferenz die Immunschwächekrankheit. René Sabatier vom Londoner Panos-Institut verdeutlichte in ihrer Studie über „AIDS, Rassismus und Vorurteil“, daß sich die Krankheit vor allem in den unterprivilegierten Schichten ausbreite. „AIDS“, so die Wissenschaftlerin, „schafft sich sein Zuhause in der globalen Unterklasse“. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Benachteiligung und mangelnden Bildung würden zahlreiche Menschen, gerade aus den armen Ländern und den an den Rand der Gesellschaft gedrängten ethnischen Minderheiten, von den Aufklärungsprogrammen nicht erreicht.

Energie

Konferenz gegen Uran- und Atommüllgeschäfte

Vom 16.-21. Juni d.J. fand in Sakatoon, einem Zentrum des Uranabbaus in der kanadischen Provinz Saskatchewan, der erste Weltkongress gegen Uranabbau mit Delegationen aus 22 Ländern statt. Er war Teil der Protestaktionen gegen den parallel im kanadischen Toronto stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel.

Die Delegierten zeigten auf, daß 70% des Welturanabbaus in Ländern der Dritten Welt oder auf Territorien indigener Völker in Kanada, den USA und Australien erfolgt.

Im Zentrum der Reden und Diskussionsbeiträge standen die dadurch verursachten Umweltzerstörungen, die forcierte Vertreibungen der indigenen Bevölkerung sowie die durch die Nutzung des Urans in atomaren Brennstoffkreisläufen hervorgerufenen Gefahren für Umwelt und Leben.

Der Kongress beschloß einen Aufruf zu direkten Aktionen gegen alle Teile des Atomkreislaufs und für einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie. Verurteilt wurden die Versuche, radioaktiven Müll billig in Ländern der Dritten Welt abzuladen.

Eine Resolution mit der Forderung, diese „Entsorgung“ zu verbieten, wurde der UNO zugeleitet. Die westeuropäischen Delegierten beschlossen, den Anti-AKW-Bewegungen in Europa vorzuschlagen, eine Kampagne gegen bundesdeutsche und französische Beteiligungen am kanadischen Uranabbau durchzuführen.

Somalia

Gefechte zwischen Armee und bewaffneter Opposition

Ende Mai/Anfang Juni d.J. begannen im Norden Somalias heftige Kämpfe zwischen Guerilleros der Somalischen Nationalbewegung (SNM) und Truppen der Regierung. Ca. 10.000 Mann der SNM sollen Boro, die Hauptstadt der Nordostprovinz erobert und die zweitgrößte Stadt des Landes Hargeysa teilweise eingenommen haben. Der Armee scheint es jedoch gelungen zu sein, die Städte

wieder zurückzuerobern.

Ausländer, die von der UNO aus dem Gebiet evakuiert wurden, berichteten von Massenhinrichtungen durch die Armee. Schätzungen über die Zahl der Todesopfer reichen bis zu 10.000. 50.000 Einwohner flüchteten im Juni vor den Kampfhandlungen nach Äthiopien.

Die SNM ist neben der Demokratischen Front für die Rettung Somalias (DFSS) die wichtigste fortschrittliche Oppositionsbewegung gegen das Regime von Siad Barre. Während die SNM sich vor allem auf den nördlichen Stamm der Isaaq stützt hat die DFSS im zentralen Teil des Landes Einfluß.

Durch die Normalisierung der Beziehungen zu Äthiopien im April d.J. hatte die somalische Regierung eine Schwächung der Rebellen erhofft, die bis dahin von Äthiopien unterstützt worden sein sollten. Beide Regierungen haben sich verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates einzumischen.

Namibia

Schüler und Arbeiter im Streik

Am 20./21. Juni d.J. legten in Namibia mehr als 80.000 die Arbeit nieder und folgten damit dem Aufruf des namibischen Gewerkschaftsdachverbandes NUNW sowie der angeschlossenen Einzelgewerkschaften zum ersten landesweiten Streik seit 1971.

Der Streik stellte eine Solidaritätsaktion mit den seit März d.J. streikenden SchülerInnen dar. Anlaß des Protestes war die Einrichtung von Armeeagarn in drei Schulen Anfang d.J., die im Norden des Landes in der Ovambo-Provinz liegen.

Die streikenden Schulkinder aus der Ovambo-Provinz forderten den sofortigen Abzug der im Umfeld von Schulen und anderen sozialen Einrichtungen stationierten südafrikanischen Militär- und Polizeieinheiten. Am 3. Juni d.J. schlossen sich die schwarzen SchülerInnen in Windhoek/Katutura dem Streik an, womit sich der Protest ins Zentrum des Landes ausweitete.

Insgesamt beteiligten sich daran über 40.000. Die südafrikanische Polizei und das Militär gingen mit Gewalt gegen die streikenden Kinder und Jugendlichen vor. Sie setzten Gummigeschosse, Tränengas und Knüppel ein, wobei zahlreiche SchülerInnen z.T. erheblich verletzt wurden.

Im Vorfeld des NUNW-Streiks durchkämmten südafrikanische Repressionskräfte Wohngebiete der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, um diese einzuschüchtern. Trotzdem wurde der Streikaufruf weitestgehend befolgt.

Haiti

Das Militär putscht gegen seinen Präsidenten

Am 20. Juni d.J. putschte das Militär unter General Henri Namphy gegen den zivilen Präsidenten Leslie Manigat. Manigat hatte bei den Wahlen vom 17. Januar d.J. aufgrund massiver Wahlfälschung als Kandidat des Militärs gesiegt und war am 7. Februar in sein Amt eingeführt worden.

Der Absetzung Manigats waren Spannungen zwischen ihm und der Militärführung vorausgegangen. So hatte er korrupte Duvalieristen ihrer Posten enthoben und war gegen den Schmuggel und Drogenhandel des Militärs vorgegangen. Als General Namphy eigenmächtig Beförderungen vorgenommen hatte und u.a. den in den USA wegen Rauschgift Handels angeklagten Obersten Jean-Claude Paul auf einen

Schreibtischposten abschieben wollte, entthob Manigat Namphy seines Kommandos. So wie sich Manigat zunächst auf die Unterstützung ausgerechnet Pauls verließ, so schnell wechselte dieser die Fronten und tauchte bei der Pressekonferenz Namphys an dessen Seite auf. Alles deutet darauf hin, daß Manigat in eine Falle des Militärs getappt ist.

Der Putsch ist bei der Opposition und im Ausland weitgehend auf Ablehnung gestoßen. Die Christdemokratische Partei Haitis (PDCH) verurteilte ihn und verlangte freie Wahlen. Venezuela setzte seine Entwicklungshilfeszusammenarbeit mit Haiti aus. Während sich die USA noch zurückhielt, stoppte Bonn die Auszahlung von 5 Mio DM.

Auf dem Gipfel der Mitgliedsländer der karibischen Gemeinschaft (Caricom) forderte Jamaikas Premier Edward Seaga, Haiti den Beobachterstatus im Caricom abzuerkennen.

Naher Osten

Arabischer Gipfel unterstützt palästinensischen Aufstand

Die außerordentliche Arabische Gipfelkonferenz von Algier stand ganz im Zeichen der Unterstützung des palästinensischen Aufstands („Intifada“) in den von Israel okkupierten Gebieten. Die anwesenden 21 Mitglieder der Arabischen Liga, die vom 7.-9. Juni d.J. berieten und drei Dokumente verabschiedeten, erklärten im Abschlußkommuniqué wie in einer gesonderten Resolution die arabische Solidarität mit der „Intifada“ für vordringlich, finanzielle Zuwendung inbegriffen. Die Parteinahme für den Irak im Golfkrieg, die noch auf dem letzten Gipfel vom November 1987 in Amman die Szene beherrschte, wurde in Algier zum Randereignis herabgestuft.

Der Gipfel wurde zum Erfolg für die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), weil in den verabschiedeten Dokumenten ihre Führungsrolle als einzig legitime palästinensische Repräsentanz und ihr Recht auf Beteiligung an allen Nahost-Verhandlungen wieder bekräftigt wurde. Die PLO sei u.a. an der angemahnten internationalen Nahostkonferenz unter Schirmherrschaft des UN-Sicherheitsrates gleichberechtigt zu beteiligen. Der Gipfel forderte diesen ferner erstmals auf, einen Übergangsschritt voranzustellen, „indem ein sofortiger und vollständiger israelischer Rückzug aus allen besetzten Gebieten sichergestellt wird und indem die palästinensischen Gebiete vorübergehend unter Aufsicht der Vereinten Nationen gestellt werden“. Unterstützung wurde auch Syrien, Jordanien und dem Libanon (gegen Israels Besetzung des Südstreifens) versichert.

Kritik richtete der Gipfel an die Adresse der USA, denen er eine „einsichtige Politik zugunsten Israels“ vorhielt. Die Konferenz sprach sich allerdings nicht explizit gegen den sog. Shultz-Plan (siehe AIB 4/1988, S. 16) aus, welcher für die PalästinenserInnen lediglich eine Autonomie vorsieht und die PLO außen vor lassen will. Der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat wies ihn in Algier nachdrücklich zurück.

Neukaledonien

Elnigung zwischen Kanaken und Siedlern

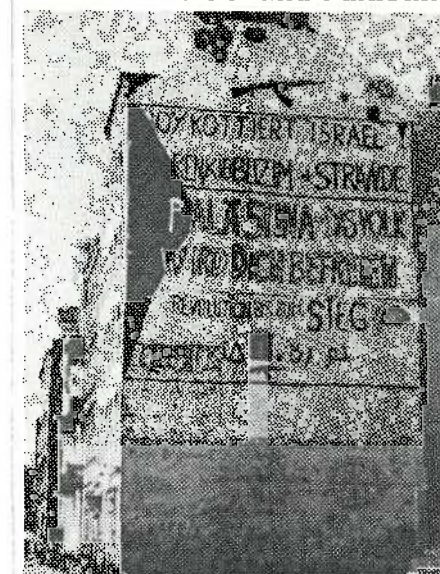
Am 26. Juni d.J. wurde in Paris zwischen Delegationen der Sozialistischen Kanakischen Nationalen Befreiungsfront (FLNKS) und der Sammlung für ein Kaledonien in der Republik (RPCR) unter ihren Führern Jean-Marie

Tjibaou und Jacques Lafleur ein Abkommen über die Zukunft Neukaledoniens unterzeichnet. Nachdem sich unter der Regierung Chirac die Situation in der französischen Kolonie im Mai d.J. fast bis zum Bürgerkrieg zugespitzt hatte, gelang es dem jetzigen Premierminister Michel Rocard, ein Einvernehmen zwischen den Führern der Kanaken und der französischen Siedler zu erzielen.

Das Abkommen, dem die französischen Wähler in einem Referendum zustimmen sollen, sieht vor, daß das Gebiet bis zum 14. Juli 1988 direkt von Frankreich verwaltet wird. Danach soll es in drei Regionen aufgeteilt werden – eine, in der die meisten Siedler leben und zwei mit großteils kanakischer Bevölkerung – die sich weitgehend selbst verwalten sollen. Die wirtschaftliche Entwicklung der kanakischen Regionen soll besonders gefördert werden.

1998 soll ein erneutes Referendum über die Unabhängigkeit stattfinden. Der späte Zeitpunkt für das Referendum und die Tatsache, daß die Kanaken auch dann kaum eine Chance haben, eine Mehrheit für die Unabhängigkeit zu erringen, solange alle Siedler, die die Mehrheit der Bevölkerung stellen, wahlberechtigt sind, hat in den Reihen der FLNKS zu Kritik an ihrem Führer geführt.

Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina



Mit kaum einem Thema tun sich deutsche Linke so schwer wie mit dem Konflikt Israel/Palästina. Bei keinem anderen Konflikt scheuen sich so viele Linke, einen eindeutigen, parteiichen Standpunkt zugunsten der Entrechteten und Unterdrückten wenigstens verbal zu bekunden.

Auf der anderen Seite gibt es „linksradikale“ Positionen, die weder die realen Bedingungen des Konflikts noch die spezifische Belastung jeder Solidaritätsarbeit zum Thema in diesem Land berücksichtigen.

Wir dokumentieren Auseinandersetzungen in Hamburg, Freiburg und Bremen. Gestritten wird um das israelische Selbstbestimmungsrecht und das Existenzrecht des Staates Israel, um das Verhältnis Palästinenser-Israelis, um Kritik am Zionismus und um den Vorwurf des linken Antisemitismus.

128 Seiten DIN A 5, Preis: 8,- DM (+ 0,70 DM Porto)

Hrsg.: Kommunistischer Bund
Bezug über:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Tel. 040 / 43 53 20

Zeitschriftenschau

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 2/1988

Thema: Frieden = Freiheit? Die Realisierungschancen des Friedensplanes von Esquipulas. In verschiedenen Beiträgen werden Rolle und Interessen der am Friedensplan beteiligten Staaten (Nicaragua, Costa Rica, Honduras, El Salvador, Guatemala) sowie der USA und der Bundesrepublik näher beleuchtet. Ein Bericht über die Medienberichterstattung zum Friedensplan in der Bundesrepublik und zwei Rezensionen (über das Buch von Oscar Arias und über die Rolle der Sowjetunion in Lateinamerika) sowie Artikel über die historische Entwicklung zum Friedensplan von Esquipulas und den aktuellen Stand runden das Heft ab.

Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM
Bezug: BPK, Postfach 2946, 2000 Hamburg 20

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 3/Mai 1988

Schwerpunkt: Militarisierung. Militärisch-nukleare Zusammenarbeit. Südafrika ist stolz auf seine Rüstungsindustrie. Die Vielfältigkeit der in Südafrika hergestellten Waffen wird gerne demonstriert. Untersucht wird in diesem Heft, was an dieser Legende dran ist. Wie es mit der Einhaltung der deutschen Gesetze zum Rüstungsexport aussieht, stellt ein anderer Artikel dar. Außerdem: Stoff für die Bombe – Urananreicherung Südafrikas mit bundesdeutschen Trenndosenverfahren • Israel und Südafrika – Plutonium Bruderschaft • Uran-Connections mit Namibia • U-Boote gegen Mosambik und Angola • Stell schmeißt Pretorias Machtapparat • SADCC-Brief 3/88: Kooperationsfeld Transport

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

ila, Nr. 117/Juli-August 1988

Schwerpunkt: „Vorhof Karibik“. Mit Überblicksartikeln über die Gesamtregion und die Schwierigkeiten, zu einer „afrokaribischen“ kulturellen Identität zu gelangen • Stellenwert der Reaganschen „Caribbean Basin Initiative“ für die ökonomische Entwicklung • Beiträge zu Haiti, Puerto Rico, Caracas, Guyana, Jamaika • Sportgeschichte in Puerto Rico • Ansonsten: Neun Jahre Sandinistische Revolution – eine Rückschau • Manifest der MAPI (alternative Volksbewegung) in Panama • BÜKO XII • Bundestreffen der Mittelamerikakomitees • Länderberichte: Mexiko (Wahlen), Brasilien, Uruguay, USA, Peru

Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Hoerstr. 205, 5500 Bonn 1

blätter des isw, Nr. 150/Juni 1988

Schwerpunkte: Intifada – der palästinensische Aufstand • Streit um Antizionismus und Antisemitismus in der Linken • Hintergründe des Aufstandes • Islamischer Fundamentalismus in Palästina • Politischer Bericht einer Reise in die besetzten Gebiete • Israelische Friedensbewegung • Langfristige außenpolitische Strategie Israels • Interview mit Leila Khaled (PFLP) • Chroniken zu Neukaledonien und Südkorea • Landreform in El Salvador

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: blätter des isw, Postfach 9528, 7800 Freiburg

Parteilich



Ausgewogen, unabhängig, überparteilich – so geben sich Presse, Funk und Fernsehen gerne. Die Medienvielfalt ist verwirrend, scheinbar wird für jeden Geschmack etwas geboten. Die Informationsflut ist kaum noch zu bewältigen.

Tatsächlich wird jedoch trotz der scheinbaren Vielfalt einseitig, abhängig und parteilich informiert. Es ist kaum möglich, sich über bestimmte Vorgänge ein klares Bild zu verschaffen. Vor lauter „Ausgewogenheit“ ist vielfach nicht mehr zu erkennen, worum es eigentlich geht. Oft widersprechen sich die Meldungen innerhalb kürzester Frist. Arbeiterinteressen kommen kaum zu Wort.

Anders die **MD**. Sie versucht nicht, sich ausgewogen, unabhängig und überparteilich zu geben. Im Gegenteil: sie ist parteilich und konsequent. Als Tageszeitung der DKP berichtet sie mit klarem Standpunkt aus der Sicht der arbeitenden Menschen. Über die Probleme unseres Landes, über die Bemühungen für ein besseres Leben, über unsere Zukunft.

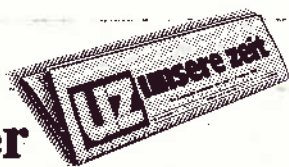
Überzeugen Sie sich. 14 Tage lang. Kostenlos. Einfach anrufen oder den Coupon einsenden.

Unser Angebot

Die ☒ können Sie probelesen. Kosten-
los und unverbindlich, 14 Tage lang.
Einfach anrufen: (02101) 590317. Oder
Sie senden uns diesen Coupon mit
Ihrer Adresse.

Mit der  **auf der richtigen Seite.**

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an: VVG m.b.H., Postfach 10 15 55, 4040 Neuss 1



CHIL